

# Kommune

FORUM FÜR POLITIK · ÖKONOMIE · KULTUR



- Thema** Die Sache mit dem „Euro“  
**Berlin** Parteien in gespaltener Stadt  
**Rußland** Skizze einer politischen Landschaft  
**Südamerika** Chancen trotz Entwicklung  
**Serbien** Mit Mythen gegen Rom  
**Niederlande** Rundgang mit Multatuli



**Wer für die  
Kommune wirbt,  
dem schenken  
wir ein  
gutes Buch!**

**JORGE SEMPRUN  
SCHREIBEN  
ODER LEBEN  
SUHRKAMP**

*Die Zeit:* „Ein wunderbares wahres Lebensbuch...“

*WDR:* „Semprúns kollektives Gedächtnis bleibt uns Deutschen ein wichtiger, ein kostbarer Schatz.“

*Frankfurter Allgemeine Zeitung:* „‘Schreiben oder Leben’ ist Semprúns persönlichstes und eindrucksvollstes Buch geworden. Wenn die unzähligen Gedenkreden und Mahnappelle dieses Jahres längst vergessen sein werden ... wird man dieses Buch immer noch lesen, atemlos, gebannt und voller Bewunderung.“

*Wiener Zeitung:* „‘Schreiben oder Leben’ ist seit Primo Levis Schilderung ... das beeindruckendste literarische Zeugnis einer Rückkehr aus dem KZ ins Leben, das auf immer von den Erfahrungen des Lagers gezeichnet sein wird. Das französische Literaturmagazin *Lire* hat Semprúns neuestes Buch, das unmittelbar nach seinem Erscheinen in Frankreich mehr als 150.000mal verkauft und mittlerweile in acht Sprachen übersetzt wurde, zum *Besten Buch des Jahres* gewählt, wahrscheinlich ist es auch eines der wichtigsten.“

*Kommune:* „In ‘Schreiben oder Leben’ – tatsächlich das eindringlichste Werk seines bisherigen literarischen Schaffens – rekonstruiert Semprún seinen Zustand nach der Befreiung Buchenwalds als ‘Wiedergänger’ in Paris. Ein Zustand, der ihn 1947 zwang, sich für das Leben und damit gegen das Schreiben zu entscheiden, um dem Gedächtnis des Todes zu entfliehen. ... Leidenschaftlich kämpft Semprún gegen die Verdrängung, die eigene wie die kollektive. In unermüdlicher Anstrengung, einer Psychoanalyse gleich, rekonstruiert und reflektiert er bis an die Grenze seines Selbst, bis an die Grenze der Sprache die Erfahrung des Zivilisationsbruchs, um sie vor dem kollektiven Vergessen zu retten.“

*Ulrike Ackermann*

*Wenn Sie für uns eine  
neue Abonentin oder  
einen neuen Abonnenten  
werben, oder ein  
Geschenkabo machen,  
oder ein Paket-Förderabo  
einrichten – dann  
erhalten Sie  
„Das Buch der Kommune“  
als unser Geschenk!*

*Bitte lesen Sie  
die nebenstehenden  
Informationen!*

**P**olitisch und programmatisch gebe es keine Differenzen zwischen ihm und Scharping, betonte Lafontaine nach seinem Sieg über eben denselben. Das stimmt womöglich – oder auch nicht. Der Spiegel vor dem Mannheimer Parteitag hatte Lafontaine so gezeigt:

Lafontaine: *Ich habe für einvernehmliche Lösungen bei der Verteilung von Aufgaben in der Führung plädiert.*

Spiegel: *Einvernehmen schließt eine Kampfkandidatur gegen Scharping aus?*

Lafontaine: *Einvernehmen ist besser als eine Kampfkandidatur.*

Als Synthese von Einvernehmen und Kampfkandidatur haben die Kontrahenten dann in Mannheim die einvernehmliche Kampfkandidatur erfunden. Der Noch-Vorsitzende teilte den Delegierten nicht nur mit, daß er sie dem Noch-Stellvertreternden Vorsitzenden vorgeschlagen, sondern daß er für sie auch sein Einverständnis erhalten habe. Die Partei werde nämlich nicht nur gebraucht, wie er eingangs des Parteitages schon festgestellt habe, sondern sie brauche auch Klarheit. Die schuf und erhielt sie, indem der neue Vorsitzende erklärte, wie schätzenswert der alte sei und wie dringend der arbeitsgeteilte Fraktionschef als Stellvertretender Vorsitzender gebraucht werde. Die Folge war ein Wahlergebnis für den alten Vorsitzenden als neuen stellvertretenden Vorsitzenden wie man es als CDU-Vorsitzender nicht besser erwarten kann, ein SED-Ergebnis also.

Im Schachspiel nennt man das Rochade. Doch den König gibt es noch gar nicht. Die Königswürde in den Parteien ist nur durch die Kanzlerschaft zu erringen. Auch Lafontaine bleibt vorerst nur Präkandidat und in der Partei umstritten. Ein neuer Mann ist auf den Schild gehoben, aber unter dem Schild schauen alle, ob für sie etwas dabei herauspringt. Das wäre normal und ist in den USA schlichter demokratischer Brauch. Hierzulande belegen sich

dabei die Stimmen. Es geht immer noch um Salbung und Thron. Die Liquidierung eines Kronanspruchs kann Tränen kosten, aber mit Politik und Programmatik soll sie nichts zu tun haben. Lafontaine dixit.

Es gibt natürlich Wichtigeres auf der Welt als einen SPD-Parteitag. Die bundesdeutschen Provinzposten sind jedoch von ihrem internationalen Kontext nicht zu trennen. In ihm ist zum Beispiel die Abwahl Norbert Gansels aus dem Vorstand der SPD zu sehen. Sein Scheitern

im Fernsehen gegeben haben, Stoff für Streit bleibt in der SPD genug.

Lafontaine will sich das Linksimage billig in der Außenpolitik holen und wird zugleich rechts unter der „Brücke ins Solarzeitalter“ etliche Clochards in Kauf nehmen. Wie die meisten Grünen wird Lafontaine die Linke hochhalten, wo es um Leben anderswo geht, und wie die meisten CDUler wird er rechts sein, wo er für den „Standort Deutschland“ kämpft. Sein Erfolg wird vorerst nur in Umfrageergebnissen gemessen. Mehr als ein Erscheinungsbild ist da nicht nötig. Und das kann in der nächsten Zeit nur besser werden.

Wenn freilich das Problem der Bundesrepublik nicht die Führungslosigkeit eines linken Lagers, sondern die Orientierungslosigkeit einer diffusen Mitte ist, die emotional zwar eher nach links neigt, außenpolitisch eine Vorliebe für Appeasement hegt und innenpolitisch nur passives Gewicht entwickelt, bleibt Lafontaine ein Placebo für die SPD, für die Grünen ein Konkurrent auf deren eigenem Feld und für die CDU höchstens unberechenbar.

Lafontaine hat mit Kohl in der Kanzlerfrage auf Anhieb gleichgezogen. Die Bocksprünge einer Volkspartei und der Bonus, den sie ihr bringen, sind nur erklärbar vor einem gesellschaftlichen Hintergrund, der sich eben nicht in feste Lager teilt, und vor dem die einzelnen ihre Vorlieben in Personen suchen, die ihnen so schillernd entgegenkommen, wie sie selber unsicher sind. Nur über solche Personen läßt sich der polarisierende Schaulust von Wahlkämpfen erzielen, ohne den Mainstream oder das Justemilieu auch nur einen Augenblick verlassen zu müssen. Die SPD hat nachgerüstet medial und personal, ohne sich auch nur einen Deut zu ändern. Mit dem „glänzenden Rhetoriker“ an ihrer Spitze zu sprechen: In diesem Sinn, Glück auf!

*Joscha Schmierer*

---

#### Treff in der Kommune

### **Frieden in Sicht im früheren Jugoslawien?**

*Diskussion mit Dunja Melcic  
(Kommune) und Nenad Stefanov  
(Perspektiven)*

**Dienstag, den 5. Dezember, 20 Uhr**

ÖKOHAUS  
Kasseler Str. 1a  
Veranstaltungszentrum

---

hat ausnahmsweise doch politische Gründe. Ihn hatten sozialdemokratische Werte, die ja in puncto Unterbindung von Menschenrechtsverletzungen und militärischer Aggression allgemein anerkannte Werte der Bundesrepublik sein könnten, dem Tornadoinsatz zustimmen lassen. In x Fällen passiert solche Übereinstimmung mit der Regierung unter der Hand. Lafontaine zum Beispiel hat sich schon im Vorfeld parlamentarischer Beratung mit Waigel über (einschneidende) Steuerfragen geeinigt. Das hat ihm bei seiner Wahl nicht geschadet, aber Gansel hat seine Zustimmung zu den (symbolischen) Tornadoesätzen die Stimmen gekostet. Mag es also zwischen Scharping und Lafontaine nur Differenzen über die Arbeitsteilung im Vorstand und das Auftreten

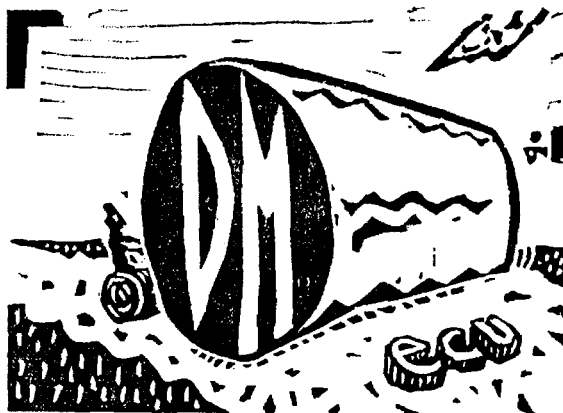
# In diesem Heft

## THEMA: EUROPA

- Die Sache mit dem „Euro“ 6  
*Joscha Schmierer*
- Die „Konvergenzkriterien“ js. 8
- Südwest-Boulevard: Das Geld als Verfassungsgebot. 13  
*Gerd Held*

## ZUR ZEIT

- Die Ostlichterkette. 31. Kerze: Ab mit Schaden. 16  
*Wilhelm Pauli*
- Hauptstadt blues. Berlin nach der Wahl. 17  
*Peter Lohauß*
- Kommentar aus Bonn: Kritischer Dialog? 18  
*Gerd Poppe*
- Exjugoslawien: Übergang in Ostslawonien. 22  
*Dunja Melcic*
- Im Dickicht der Parteienlandschaft. Wahlen in Rußland. 23  
*Erhard Stöling*
- Kommentar: Polen – Das Duell. 24  
*Jens Becker*
- Besprechung: Jurij Galperins „Play Blues“ 26  
*Wolfgang Schlott*
- Die Bewegung wird uns töten. Die andinen Gesellschaften auf der Suche nach einer eigenen Entwicklung. 28  
*Albert Recknagel*
- Artenvielfalt in den Anden – Lokale Initiativen und Entwicklungsaggression. A. R. 30
- Nicaragua: Das (fast) alltägliche Sterben auf den Straßen Managuas. 32  
*Werner Mackenbach*
- Schaurige Tropen 4. W. M. 33
- Niederlande: Stadt der Poesie. 34  
*Frank Eckardt*



### Die Sache mit dem „Euro“

Wagel, Kohl und Santer geben eine Versicherung nach der anderen ab, das europäische Geld werde mindestens so stabil sein wie deutsche Mark. Statt die Gesellschaft auf große Veränderungen vorzubereiten, täuschen sie vor, es bliebe alles beim Alten. Die Jahre der Bürokratie stellen die Uhr auf die Stunde der Populisten. –  
*Joscha Schmierer*

Seite 6

### Parteien in gespaltenen Stadt

Eine genauere Analyse der Berliner Wahlergebnisse zeigt, daß kein wie immer geartetes Parteienbündnis, auch keine große Koalition, die disparaten Segmente der Berliner Gesellschaft derzeit klammern kann. – *Peter Lohauß*

Seite 17

### Skizze einer politischen Landschaft

Rußland bietet vor den Parlamentswahlen ein verwirrendes Bild. Erst langsam bilden sich politische Orientierungen heraus, die weniger durch klare Inhalte als durch mehr oder weniger windige politische Führer gewiesen werden. Als stärkste Gruppierung zeichnen sich die Kommunisten ab mit ihrer Mischung aus russischem Chauvinismus und sozialen Versprechen. – *Erhard Stöling*

Seite 23

## ZUR ZEIT II.

- „Die Krise dauert an“ 35  
Samir Amin über „auto-zentrierte“ Entwicklung, Liberalismus und die Rolle der Vereinten Nationen.  
*Craig Naumann*
- Brief aus Österreich: Jenseits von „Command & Control“ 40  
*Gerhard Fritz*

## DOKUMENTATION

- Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. 41  
*Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Ludger Vollmer*

## EXJUGOSLAWIEN

- Furchtbare Freunde. Kritik eines Buches zum Krieg auf dem Balkan. 45  
*Heinz-Günther Stobbe*
- Muß für „Balkanexperten“ Victor Meiers „Wie Jugoslawien verspielt wurde“ js. 46
- Sprechen die Menschen in Bosnien bosnisch oder serbokroatisch? 48  
*Thomas Bremer*

## KULTUR

- Multatuli und ein Fundstück. Späte Wiederentdeckung eines antikonialistischen Romanklassikers. 53  
*Wilfried W. Meyer*
- Göttliches Musiktalent. Zur Geschichte, Renaissance und Aktualität der jüdischen Klezmermusik. 56  
*Christoph Wagner*
- Ist der Ostschilling in deiner Westentasche härter als die Westmark in meinem Mantelsaum? 58  
*Richard Wagner*
- Abstreiten. Alles abstreiten! Karl Corino und „Die Akte Kant“ 59  
*Udo Scheer*

## KULTUR II.

- Die deutsche Wehrmacht. 60  
Komplizin und Instrument  
der nationalsozialistischen  
Vernichtungspolitik.  
*Jens Becker*
- Eine neue Kritik der 62  
praktischen Vernunft.  
*Achim Russer*
- Tom Segevs 63  
„Die siebte Million“  
*Jutta Maixner*
- Untaten & Orte: 64  
Verschwörungen.  
*Joscha Schmierer*
- In Nordafrika. Romane 65  
von Jussuf Idris und  
Ibrahim al-Koni.  
*Chérifa Magdi*
- Hinter dem Vorhang. 66  
Romane von Wang Meng  
und Wang Shuo.  
*Marie-Luise Latsch*
- Nadine Gordimers 67  
frühe Erzählungen.  
*Angelika Burkhard*
- Aus dem Bücherkorb. 68  
Über Romane und Essays  
von Drago Jancar, Maria  
Nurowska, Dietrich  
Schwartz und Mario  
Vargas Llosa. *Balduin  
Winter/Wolfgang Schlott/  
Jürgen Walla/Michael  
Ackermann*
- „...lebte ich lyrisch 70  
wie jeder Besessene“  
Bücher von und über  
Pier Paolo Pasolini.  
*Michael Schweizer*
- Film-Schnitte: 71  
Unheimliches Dreieck.  
*Michael Ackermann*
- Sport & Körper: 72  
Körpergeschichte.  
*Thomas Gehrmann*
- Aufgelesene Töne: 73  
Kreative Stimulanz.  
Die Avantgarde-Szene  
von San Francisco läuft  
New York den Rang ab.  
*Christoph Wagner*

## RUBRIKEN

- Editorial 3
- Briefe & Repliken 74
- Echo & Bücher 74
- Autorinnen & Autoren 74

## Chancen trotz Entwicklung

Daß „Entwicklung“ oft nur die Dampfwalze ist, unter der die Ansätze von Selbständigkeit zerstört werden, hat sich langsam herumgesprochen. Aber sind die Potentiale einer andinen Kultur noch zu beleben? Beispiele nennt Albert Recknagel.

Seite 28

## Mit Mythen gegen Rom

Die Aufgabe, die serbische Position endlich fair und unvoreingenommen dem deutschsprachigen Publikum nahezubringen, haben sich mit einem Gemeinschaftswerk Kirchenkritiker Karlheinz Deschner und Milan Petrovic gestellt. – Sie sind an ihr gescheitert.

Heinz-Günther Stobbe

Seite 45



## Rundgang mit Multatuli

Hinter dem fremdklingenden Pseudonym steckte ein niederländischer Kolonialbeamter, den seine Erfahrungen zu einem fulminanten Kritiker des Kolonialsystems gemacht hatten. Auf den Spuren des einstigen Bestsellerautors –

Wilfried W Meyer

Seite 53

## Impressum

Kommune. Forum für Politik, Ökonomie  
und Kultur Monatszeitschrift

ISSN 0723-7669

### Herausgeber:

M. Ackermann, F. Dick, C. Falter,  
G. Heinemann, A. Mönich, A. Nikolaus,  
G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner,  
H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

### Redaktion:

Michael Ackermann (ma), Karin Dienst  
(kd), Dunja Melcic (dm),  
Joscha Schmierer (js). Verantwortlich im  
Sinne des Presserechts: Joscha Schmierer

**Gestaltung:** Karin Dienst  
(Michael Ackermann)

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet  
sind, geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder.

Über unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Fotos freuen wir uns.  
Gewähr und obligatorische  
Benachrichtigung können wir nicht  
garantieren.

### Anschrift der Redaktion:

Kommune-Redaktion, Postfach 900609,  
60446 Frankfurt/M. oder: Kasseler  
Straße 1 a, 60486 Frankfurt/M.,  
Tel. 069/792097-81/82, Fax 792097-83

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

Kühl Verwaltungs GmbH & Co.  
Verlagskommanditgesellschaft,  
z. Hd. Michael Ackermann, Postfach  
900609, 60446 Frankfurt/M., Tel.  
069/792097-81/82, Fax 792097-83

Es gilt die Anzeigenpreisliste 11/1994

### Druck:

CARO Druck GmbH, Frankfurt

### Vertrieb, Bestellungen und

**Abonnements:** Kommune, Postfach  
900609, 60446 Frankfurt, Telefon 069/  
792097-81, Fax -83, Postgiroamt Ffm.  
(BLZ 50010060) Konto-Nr. 484200-603

### Bezugsbedingungen:

Einzelheft 12 DM, Jahresabonnement  
130 DM, Halbjahresabo Student  
50 DM; Auslands-Jahresabonnement  
140 DM, Förderabonnement ab 170 DM.  
*Abos verlängern sich nach Ablauf des  
Lieferzeitraums automatisch, wenn nicht  
6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.*

### Spendenkonto (nur für Spenden!):

Kommune, Frankfurter Volksbank  
(BLZ 50190000), Konto-Nr. 271691

**Titel:** Collage von Cornelia Hollaender,  
unter Verwendung einer Karikatur von  
Hachfeld, aus „Le monde“ 10.10.95

**Rückseite:** Foto von Helmut Veil

**Redaktionsschluß 1/96:** 11. Dez. 95

**Erscheinungstermin 1/96:** 22. Dez. 95

**Umschlag und Einlage gedruckt auf  
chlorfrei gebleichtem Papier.**



## Die Sache mit dem „Euro“

Joscha Schmierer

Irgendwo zwischen der Beschwörung der „1100 Jahre alten Idee der innereuropäischen Versöhnung“, wie sie „von den Enkeln Karls des Großen“ 842 „in den Eiden von Straßburg auf deutsch, französisch und lateinisch formuliert“ worden war (Roman Herzog vor dem Europäischen Parlament), dem Kampf um den „franc fort“ der Verteidigung der harten Mark durch Francoforte und der Absicht, beide abzulösen „durch eine Einheitswährung, die mindestens so stark ist wie die Mark“ (Jacques Santer, *Spiegel* 11/95), irgendwo zwischen der Einlösung der währungspolitischen Vereinbarungen von Maastricht und der Aushandlung der Reformvorhaben von Maastricht II braut sich eine gehörige politische Krise der Europäischen Union zusammen. Ihr ökonomischer Hintergrund ist die auch durch den bescheiden konjunkturellen Aufschwung kaum gebremste Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern und die wachsende Finanzkrise der Mitgliedsstaaten. Um zu verstehen, wie sich diese Situation, verknüpft mit dem außenpolitischen Ver-

sagen der Europäischen Union im frühen Jugoslawien und im Mittelmeerraum, zu einer institutionellen Krise der Europäischen Union auswachsen kann, muß man auf die Ergebnisse von Maastricht zurückgehen.

Von den dortigen Unionsvorhaben konnte lediglich die Währungsunion fest vereinbart werden, während die Errichtung der anderen „Säulen“ der Union, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Innen- und Rechtspolitik über Absichterklärungen zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Regierungen nicht hinauskam. Die Sozialpolitik schaffte es nicht einmal, in den Rang einer Säule des gemeinsamen Baus erhoben zu werden, so daß er nach dieser Seite hin schon in der Planung ohne Stütze bleibt.

Die Konflikte auf der ersten Regierungskonferenz von Maastricht zwischen den Protagonisten Großbritannien (Beschränkung auf den gemeinsamen Binnenmarkt und intergouvermentale Zusammenarbeit), Bundesrepublik (Politische Union als Voraussetzung einer Wirt-

schafts- und Währungsunion) und Frankreich (Vorrang der Währungsunion) fanden in diesem unterschiedlichen Planungs- und Bauzustand der drei Säulen ihren Ausdruck. Protagonisten der Auseinandersetzung innerhalb der Europäischen Staaten sind diese Länder nicht nur wegen ihrer Größe und Bedeutung, sondern auch, weil sie die maßgeblichen Positionen in dieser Auseinandersetzung dem Inhalt nach politisch besetzen. Die Währungsunion wurde nach der Seite ihrer Voraussetzungen („Konvergenzkriterien“ siehe *Kasten*), ihrer Verfahren und Institutionen hin sowie in ihrer Terminierung vertraglich fixiert, während die weitere Planung der beiden anderen Säulen und die institutionelle Reform im Hinblick auf die Erweiterung der EU an eine neue Regierungskonferenz in Maastricht verwiesen wurden. Sie wird im nächsten Jahr beginnen.

Da der Europäische Rat inzwischen von einer Verwirklichung der Währungsunion zum frühesten Termin 1997 Abstand genommen hat und nun der als äußerster Zeitpunkt vereinbarte Termin von 1999 für ihre Verwirklichung feststeht, ergibt



sich folgendes Kalendarium für das weitere Vorgehen der Europäischen Union:

□ 1996 Maastricht II (über die Dauer der Regierungskonferenz gibt es unterschiedliche Vorstellungen);

□ vor Ende 1997 muß der Europäische Rat an Hand der Konvergenzkriterien über die vorläufigen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion entscheiden, um dann bis Ende 1998 die technischen Vorbereitungen der Währungsunion voranzutreiben und das Verhältnis zwischen Währungsunion und draußen gebliebenen Mitgliedern der EU zu klären;

□ ebenfalls 1998 müssen die finanziellen Perspektiven der Gemeinschaft neu ausgehandelt werden, die 1992 auf dem Gipfel von Edinburgh bis Ende 1999 festgelegt worden sind. Diese Verhandlungen über die Finanzierung der Gemeinschaft mit ihrem prekären Verhältnis zwischen „Nettozahlern“ und „Nettoempfängern“ werden bereits im Vorzeichen der Erweiterung der Europäischen Union um die assoziierten mittelosteuropäischen Staaten stehen. „Den Deutschen wird es nicht gelingen, eine Erweiterung zu erreichen, ohne gleichzeitig den Preis dafür zu bezahlen“ zitiert *Le monde* (14.9.95) einen französischen Diplomaten, der nicht genannt werden wollte. Der Preis dürfte insbesondere in der Agrarpolitik fällig werden.

Angesichts der Fülle von Problemen und der Schwierigkeiten, sie im einzelnen und erst recht alle zusammen zu lösen, dürften sich in den nächsten Jahren die größten Anstrengungen wie die schärfsten Auseinandersetzungen auf die Aufgabe konzentrieren, deren Lösung im Vertrag von Maastricht im Grundsatz bereits vereinbart ist: die Währungsunion. Ob die EU sich damit auf ihr tatsächlich größtes Problem konzentriert oder sich umgekehrt mit der Aufgabe erst ihr größtes Problem geschaffen hat, aus dem sie sich nicht mehr ungestraft herauswinden kann, ist bereits einer der Streitpunkte der politischen Auseinandersetzung, die die Europäische Union in den nächsten Jahren fesseln und die Öffentlichkeit ihrer Mitgliedsstaaten erregen wird.

### Divergenzen um die Währungsunion

Die in Maastricht beschlossene Währungsunion liegt auf der Linie einer „Vertiefung“ der Gemeinschaft, mit der Absicht, sie zu härten, ehe sie erweitert wird. Wie alle Absichten dieser Art stößt sie insbesondere in Großbritannien auf Skepsis bis Ablehnung. Die gegenwärtige Regierung, wie zuvor schon und erst recht die Regierung von Margaret Thatcher, hält den gemeinsamen Binnenmarkt für eine ausreichende und zudem leicht erweiterbare Basis eines locker verfaßten

**chon der gemeinsame Binnenmarkt und erst recht dessen angestrebte „Krönung“ durch die Währungsunion führen on die Schnittstelle zwischen zwei gegensätzlichen und nur begrenzt praktisch miteinander vereinbaren politischen Konzeptionen Europas heran, die bisher in der EU koexistieren. Solange Großbritannien und die Bundesrepublik als souveräne Staaten nebeneinander her existieren, brauchen sich diese gegensätzlichen Konzeptionen nicht zu beißen. Sobald sich aber eine der beiden als die bestimmende durchzusetzen beginnt, wird es kompliziert.**

Staatensystems, in dem alle kontinentalen Hegemonialbestrebungen durch gegenläufige Allianzen konterkariert werden können, um mit einem europäischen Gleichgewicht auch den Frieden in Europa zu sichern. Gegen eine solche europäische Philosophie, die natürlich auch in anderen Ländern ihre Anhänger hat und sie neuerdings gerade in der größer gewordenen Bundesrepublik findet, richtete sich Roman Herzog in seiner Straßburger Rede unter Verweis auf den Krieg in Bosnien: „Der anachronistische Rückfall in ‚Balance of Power‘-Denken, auch unter europäischen Partnern, hat den Krieg nur verlängert und verschlimmert. Europa erwies sich darüber hinaus mangels einmütiger Strategien als handlungsunfähig.“

Diese Philosophie schließt die Verteidigung der möglichst uneingeschränkten staatlichen Souveränität in allen zentralen politischen Fragen ein. Ob die Teilnahme an einer Währungsunion bereits an den Kern der Souveränität rührt, hat die britische Regierung in Maastricht offengelassen, indem sie einerseits ihren Vorbehalt festschrieb und andererseits die Vereinbarung nicht verhinderte. Damit gab sie zweierlei zu verstehen:

□ Nach ihrer Ansicht muß aus der Währungsunion keineswegs eine politische Union oder gar ein Bundesstaat folgen;

□ eben deshalb kann es eventuell auch für Großbritannien sinnvoll werden, an

ihr teilzunehmen, um eine solche Weiterentwicklung auszuschließen.

Für die britische Regierung bleibt die Währungsunion ein beschränktes Spielfeld, dem sie als Zuschauer zunächst fernbleibt, um je nach Spielverlauf frei zu entscheiden, ob sie als Linien- Schiedsrichter oder Joker doch ins Spiel eingreifen soll.

Angesichts dieser reservierten bis ablehnenden Haltung ist es nicht erstaunlich, daß grundsätzlich kritische Stimmen gegen die Währungsunion vor allem in Großbritannien zu hören sind. Wunderlich ist höchstens, daß die schrillste Stimme einem hohen britischen EU-Beamten gehört, der bis vor kurzem direkt an den Vorbereitungen der Währungsunion beteiligt gewesen ist. Bernard Connolly hat seine Polemik nicht nur in einem dicken Buch (*The Rotten Heart of Europe*) zu Papier gebracht, sondern wird neuerdings auch gern in *Spiegel* und *Newsweek* als Zeuge aus dem Inneren des Wals herbeizitiert.

Auf den beiden Polen der Debatte um die Währungsunion, nimmt er ausdrücklich jene Position ein, wonach der gemeinsame Binnenmarkt nicht nur keine Währungsunion, sondern noch nicht einmal geregelte Wechselkurse braucht. Als seine zentrale These bezeichnet er, „daß der Europäische Wechselkursmechanismus (ERM) und die Währungsunion nicht nur ineffizient, sondern auch undemokratisch sind: Sie gefährden nicht nur unseren Reichtum, sondern auch unseren Frieden. Die Bösewichte der Geschichte einige schuldiger als andere sind Bürokraten und überhebliche Politiker. Der ERM ist ein Mechanismus, der dazu dient, das wirtschaftliche Wohlergehen, die demokratischen Rechte und die nationale Unabhängigkeit der Bürger in den europäischen Ländern dem Willen der politischen und bürokratischen Elite zu unterwerfen, deren Machthunger, Zynismus und Verblendung die Taten jener bestimmen, die einen europäischen Superstaat schaffen wollen.“ (zit. nach *NZZ*, 9.9.95).

Seine These müßte Connolly nicht als Verschwörungstheorie vortragen, denn zumindest die Bundesregierung hat ja nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Währungsunion für sie ein Vehikel der politischen Union ist, das die ursprünglich als Voraussetzung gedachte bundesstaatliche Verfassung Europas nun als zukünftige Konsequenz mit sich führen soll. Wer diese Konsequenz nicht will, muß also schon gegen Wechselkursmechanismus und Währungsunion angehen, denn ein gemeinsamer Markt von völlig unabhängigen Staaten mit unterschiedlicher oder gar entgegengesetzter Wirtschaftspolitik ist ohne freie Wechselkurse tatsächlich kaum zu denken. Mehr als eine jederzeit widerrufbare Freihandelszone wird dieser



# Die „Konvergenzkriterien“

**O**ft genannt und im Maastrichter Vertrag festgelegt, muß man sie dennoch immer wieder aufführen. Nach Meinung des britischen EU-Kommissars Leon Brittan haben sie in den letzten Jahren ihre heilsame Wirkung bereits bewiesen, selbst wenn es zu keiner Währungsunion käme.

**Inflation:** Die durchschnittliche Inflationsrate während des letzten Jahres vor der Prüfung darf nicht mehr als 1,5 Prozent über dem Durchschnitt der höchstens drei preisstabilsten Länder der EU liegen.

**Zinsen:** Die durchschnittlichen langfristigen Zinsen während des letzten Jahres vor der Prüfung dürfen nicht mehr als 2 Prozent über dem Durchschnitt der höchstens drei preisstabilsten Länder der EU liegen.

**Budgetdefizit:** Das geplante oder tatsächliche staatliche Budgetdefizit auf allen Staatsebenen, ohne Erträge aus Privatisierungen von Staatsbetrieben, aber inklusive Arbeitslosen- und Pensionskassen, darf nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.

**Staatsschulden:** Die Staatsschulden dürfen nicht mehr als 60% des BIP betragen.

**Wechselkurse:** Einhalten der normalen Bandbreite im EWS ohne größere Probleme während mindestens zwei Jahren vor Beginn der Währungsunion. Insbesondere ist eine Abwertung aus eigener Initiative in dieser Zeitspanne untersagt.

Bei Beginn der dritten Stufe der Währungsreform ist bei allen beteiligten Staaten die Unabhängigkeit ihrer Zentralbank von der Regierung vorausgesetzt.

Die erste Stufe der Währungsreform hat mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags begonnen, die zweite wurde mit der Einrichtung des Europäischen Währungsinstitutes in Frankfurt erreicht. In ihr befindet sich gegenwärtig die EU. Nur zwei ihrer Mitgliedsstaaten erfüllen gegenwärtig bei strenger Auslegung alle fünf Kriterien: Luxemburg leicht, die Bundesrepublik schlecht und recht. Die dritte Stufe wird mit der Auswahl der Teilnahmeberechtigten vorbereitet und mit der Fixierung des dauerhaften Verhältnisses ihrer Währungen zu der einheitlichen Währung erklommen. Auf ihr geht es dann, ab dem 1.1.99 um die technische Umstellung der gemeinsamen, aber in unterschiedlichen Geldzeichen ausgedrückten Währung auf ein einheitliches Geldzeichen.

An den Konvergenzkriterien fällt auf, daß sie sich alle nur auf Geld-Geld-Verhältnisse beziehen, also zum Beispiel nicht auf die Entwicklung der Lohnstückkosten, in denen sich das Verhältnis zwischen produzierter Ware, der Zeitdauer ihrer Produktion und den Lohnkosten dieser Zeit bezogen auf eine Stunde Produktion ausdrückt. Über die reale Konvergenz der Produktionsbedingungen würde sie mehr aussagen

als die vereinbarten Kriterien. Sie würde auch zu erkennen geben, um was es bei der Währungsunion letzten Endes geht, nämlich um die Verbesserung der Konkurrenzverhältnisse zu anderen Teilnehmern des Weltmarktes. Die ist nur zu erreichen durch überproportionale Steigerung des Produktionsergebnisses einer durchschnittlichen Arbeitsstunde gegenüber ihren Lohnkosten. So direkt konnte man das nicht vertraglich vereinbaren. Wegen der allseits geltenden Tarifautonomie bei unterschiedlichen Tarifverhältnissen in den einzelnen Ländern haben die EU wie auch ihre einzelnen Mitgliedsstaaten auf die Entwicklung der Lohnstückkosten keinen direkten Einfluß. Einfluß haben sie nur indirekt über die Geld- und die Finanzpolitik.

Man kann die vereinbarten Kriterien hierarchisch verstehen. Ziel ist eine Preisstabilität, die vor allem über Lohndisziplin erreicht werden soll. Lohndisziplin erreicht man, indem man die Nachfrage nach Arbeit nicht über staatliche Programme fördert, sondern in erster Linie von privaten Investitionen abhängig macht, also über niedrige langfristige Zinsen fördert, die nicht umsonst am Durchschnitt der preisstabilsten Länder gemessen werden. Beste Voraussetzungen für niedrige Zinsen wiederum schafft eine Beschränkung des staatlichen Handlungsspielraums zur Stimulierung der Kaufkraft über Lohnerhö-

Markt dann allerdings nicht sein können. Mehr aber will Connolly auch nicht.

Schon der gemeinsame Binnenmarkt und erst recht dessen angestrebte „Krönung“ durch die Währungsunion führen an die Schnittstelle zwischen zwei gegensätzlichen und nur begrenzt praktisch miteinander vereinbaren politischen Konzeptionen Europas heran, die bisher in der EU koexistieren. Solange Großbritannien und die Bundesrepublik als souveräne Staaten nebeneinander her existieren, brauchen sich diese gegensätzlichen Konzeptionen nicht zu beißen. Sobald sich aber eine der beiden als die bestimmende durchzusetzen beginnt, wird es kompliziert. Die britische Politik ist dabei der beherrschende, die bundesrepublikanische Politik der dynamische Faktor.

So verärgert sich britische Politiker über die Umstände ihres Ausscheidens aus dem Europäischen Währungssystem 1993 öffentlich geäußert haben, so genüßlich reiben sie sich die Hände über die Wettbewerbsvorteile, die die Abwertung des Pfunds kurzfristig gewährte. Freier Markt zwischen souveränen Staaten bei freien Wechselkursen ist ja ihre Vorstellung von Europa, weil alles weite

re nach ihrer Ansicht nur zu einer durch die EU mühsam verdeckten Vorherrschaft der stärksten Kontinentalmacht, der Bundesrepublik, führen müßte, ohne daß diese dann noch durch unabhängige Staaten unterbunden werden könnte.

## Die französische Position

In Hinsicht auf das Ideal des souveränen Staates unterscheiden sich Frankreichs und Englands Konzeptionen nicht, wohl aber in ihren europäischen Ordnungsvorstellungen. Frankreich, das heißt seine politische Elite, sieht nämlich durch den Selbstlauf der ökonomischen Entwicklung bei überlegener Position der Bundesrepublik seine Souveränität bereits untergraben und gefährdet. Die Währungsunion erscheint dort deshalb als Möglichkeit der Teilung der Macht der Bundesbank durch die Übertragung ihrer Funktionen auf eine europäische Zentralbank. An die Stelle nur scheinbar gleichberechtigter Konsultationen und Abstimmungen zwischen den jeweiligen Notenbanken, träten dann die internen Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse einer euro-

päischen Zentralbank, in denen französische Interessen von vornherein präsent wären, ein realer Zugewinn von Souveränität also bei formeller Einschränkung derselben.

Seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereiches und dem Wiedereintritt der mittelosteuropäischen Staaten in die europäische Ökonomie und verstärkt seit der Erweiterung der EU durch die nordischen Staaten und Österreich plagt Frankreich die Vorstellung eines unabhängigen DM-Blocks, auf den es selber keinen Einfluß nehmen kann, um indirekt doch desto mehr von ihm abhängig zu werden. Die Regierung sieht die Gefahr einer Spaltung des Kontinents, bei der Frankreich auf die schwächere Seite geraten würde. Nicht ganz so ressentimenthaft wie in der Abstimmungskampagne für Maastricht, bei der der Vertrag weniger mit Argumenten für Zusammenschluß und Integration als mit der Behauptung verteidigt wurde, nur über die nun mögliche Ausschaltung der Bundesbank könnte die Souveränität überhaupt wieder zurückgewonnen werden, beschwor Alain Juppé diese Gefahr vor dem Nationalrat der RPR im September:



hungen für seine Angestellten oder staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme. Daher Beschränkung der Budgetdefizite, die nur zu Zinserhöhungen führen können. Da die Defizite die Staatsschulden aufblähen und Schulden inflationäre Interessen des Staates fördern könnten, müssen sie beschränkt werden. Da Abwertungen das Mittel sein könnten, um unter Konkurrenzgesichtspunkten unzulässige Lohnerhöhungen abzufedern, müssen sie unterbunden werden.

Egal, ob die Konvergenzkriterien in eine Währungsunion führen, sie fördern allemal eine gleichartige Wirtschaftspolitik. Sie für obszön zu erklären ist leichter als sie als verfehlt zu enthüllen. Wenn man sich nicht mächtig genug fühlt, den Zwängen des Weltmarktes die Versprechen der Weltrevolution entgegenzuhalten, wird man sich vor allem fragen müssen, ob die Währungsunion der politischen Integration Europas dient und damit die Handlungsfähigkeit auf einer europäischen Ebene verbessert. Die Antwort kann nur so zwiespältig sein, wie die Eindeutigkeit der Konvergenzkriterien nur vorgetäuscht ist. In Wirklichkeit wird die europäische Vereinigung, solange sie Ziel der Regierungen bleibt und nicht durch eskalierende Nationalismen ausgeschlossen wird, Verhandlungs- und Streitsache bleiben. In der Praxis wird sie durch gesellschaftliche und politische Bewegung und nicht durch scheinbar klare Lösungen vorangetrieben. Eben deshalb aber ist jede europäische Form, die diese Bewegung aufnehmen und

gestalten kann, zu nutzen und nicht von vornherein zu verwerfen.

Unser neuer Bundespräsident, der den alten im politischen Feeling fast schon übertrifft, sagte einfach: „Heute mögen die Römischen Verträge angesichts der Debatte über die Durchführung des Maastrichter Vertrags schon fast vergessen sein. Damals waren sie eine europäische Revolution mit wirtschaftlichen, außenpolitischen und vor allem geistigen Folgen, von denen wir noch heute profitieren. Es wurde ein Modellversuch für die Welt.“

Dieser Permanenzklärung der Revolution durch den obersten Repräsentanten der Bundesrepublik muß man höchstens hinzufügen, daß heute zum erstenmal Reaktion und Restauration zu befürchten sind.

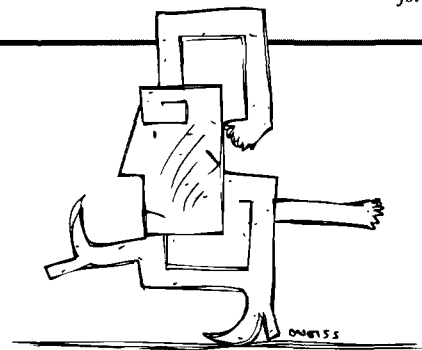
Man kann sicher behaupten, die europäische Integration auf Grund der Römischen Verträge sei die erste sanfte Revolution gewesen, die alle weiteren erst ermöglicht hat. Jetzt aber stößt sie an eine hohe Hürde, das Geld, das zugleich als allgemeines Medium alle Mauern zwischen den Staaten zu durchdringen vermag. Merkwürdig, daß ein Roman Herzog aussprechen muß, wir lebten in Zeiten permanenter Revolution. Wie sie freilich mit dem heiligen Versprechen auf unverrückbare und höchstens noch steigerbare Stabilität der Währung zu vereinbaren sein soll, bleibt rätselhaft. Internet ist eine Kleinigkeit gegenüber der Vernetzung, die gemeinsames Geld schafft.

js.

„Wenn wir nicht eine solide Wirtschafts- und Währungsunion um ein gemeinsames Geld (monnaie unique) aufbauen, wird Europa sich auflösen. ( ) In zwei oder drei, drei oder vier Jahren wird es dann ein Markzone um Deutschland herum geben, mit Benelux und den skandinavischen Ländern, Mitteleuropa (la Mitteleuropa).“ (Le monde, 29.9.95)

Von dieser Furcht vor den Folgen eines ökonomischen Selbstlaufes umgetrieben, vertraut Frankreich eben nicht auf den Markt und Gelegenheitsallianzen gegen neue Hegemonialbildungen, sondern setzt politisch auf weitere Vergemeinschaftung mit der französisch-deutschen Union als Klammer Vorrang hat dabei die ökonomisch-währungspolitische Verknüpfung, die Frankreichs selbständige politische Handlungsfähigkeit stärken und nicht schwächen soll.

Frankreich folgt also in Fragen der Währungsunion einem Primat der Politik und nicht in erster Linie inneren und ökonomischen Interessen, obwohl natürlich auch diese eine Rolle spielen – immerhin ist die Bundesrepublik Frankreichs wichtigster Handelspartner und erzielt Frankreich inzwischen in diesem Handel einen



leichten Exportüberschuß, was durch den stabilen Wechselkurs entscheidend erleichtert worden sein dürfte.

In dem Schlagwort vom „franc fort“ vom starken Franken, schwingt etwas von diesem Primat der Politik mit, das aus der „harten Mark“ nicht herauszuhören ist. Tatsächlich wird die Politik des „franc fort“ in Frankreich immer wieder unter Ausfällen gegen die „pensée unique“ also die Idee der Währungsunion und eines einheitlichen Geldes, mit ökonomischen Argumenten angegriffen, so zuletzt nach Chiracs großem Fernsehinterview vom 26. Oktober. Dabei hatte Chirac für den propagierten Sparkurs und die Verschiebung von Steuererleichterungen um zwei Jahre, also bis 1997(!) nicht mit Blick auf Konvergenzkriterien und Wäh-

rungsunion geworben, sondern damit, daß der von ihm versprochene Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wirksam eben nur so begonnen werden könne, um dann über Zinssenkungen Investitionen zu erleichtern und die Nachfrage nach Arbeit zu fördern. Chirac hat also nicht das Europaargument für den „franc fort“ sondern ein monetaristisches Standardargument direkt ins Feld geführt. Einen unpopulären Schwenk und den Rückzug aus den Wahlversprechen von Steuererleichterungen mit der Währungsunion und den Konvergenzkriterien von Maastricht zu erklären, wäre unter der Würde eines französischen Präsidenten. Sein Hinweis, daß Frankreich die Kriterien selbstverständlich erfüllen werde, darf da nicht mehr sein als eine abwehrende Geste gegen lästige Nachfragen und nicht etwa Begründung der eigenen Politik. Eine gaullistisch geführte Regierung entscheidet an Hand der Interessen der Nation und nicht unter äußerem Druck wie seinerzeit Pierre Mouros, als der 1983 das wirtschaftspolitische Ruder herumwarf und auf den Kurs der Bundesbank einschwenkte. Im übrigen muß man festhalten, daß Chirac die Priorität der Senkung des Staatsdefizits, um Zinssenkungen einzuleiten, selbst im Wahlkampf nicht verhehlt hatte. Wie fast alle europäischen Politiker heutzutage ist Chirac Monetarist aus Überzeugung.

Anders als in der Bundesrepublik steht jedenfalls der Kurs auf die Währungsunion in Frankreich nicht deshalb unter Kritik, weil eine Lockerung der Konvergenzkriterien und ein Abrücken von der Stabilitätspolitik befürchtet wird, sondern weil die Politik des „franc fort“ und die „pensée unique“ für die hohe Arbeitslosigkeit und die Unfähigkeit der Regierung, sie wirksam zu bekämpfen, verantwortlich gemacht werden.

Dabei lassen sich zwei Varianten der Kritik unterscheiden. Eine Variante lehnt die enge Verknüpfung der Geldpolitiken der Banque de France und der Bundesbank grundsätzlich ab und verwirft unter Berufung auf die internationalen freien Märkte sowohl den Vorrang der Stabilitätspolitik wie die Priorität einer Währungsunion mit ihrer Klammer zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Sie kann sich wie bei Jean-François Hémin, früherem Direktor von Altus Finances, äußern:

„Die Vorstellung der Banque de France ist, daß eine strikte Verknüpfung zwischen Franc und Mark die Inflation vermeiden ließe. Doch dieses Problem existiert nicht mehr, seit die Indizierung der Löhne durch die Preise aufgehoben ist. Die allgemeine Öffnung der Ökonomien für die internationale Konkurrenz führt dazu, daß sich dieses Problem praktisch in keinem entwickelten Land mehr stellt.“



In diesem Zusammenhang hebt Hénin hervor, daß Großbritannien wie überhaupt „die europäischen Länder, die nicht dem kleinen Block, der sich an die Deutsche Mark anlehnt, gefolgt sind, beachtliche Resultate erzielt haben.“ (*Libération*, 28.10.) Hier ist also ein englischer Ton in der französischen Debatte zu vernehmen.

Schwerer tun sich jene Kritiker, die eigentlich der Überzeugung sind, daß unterhalb einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion angesichts der internationalen Konkurrenz und Finanzmärkte nicht mehr viel zu steuern und zu regulieren bleibt. Da sie den Vertrag von Maastricht also nicht grundsätzlich in Frage stellen wollen, schlagen sie vor, über die fixierten Konvergenzkriterien hinaus eine „eine wirkliche europäische Konvergenz zu erreichen, die zugleich wirtschaftlich und sozial wäre“ In diesem Sinne schlägt Bernard Cassen in der *Le monde diplomatique* (dt. Ausgabe Juni 1995) vor:

„Man könnte die Regierungskonferenz für den Versuch benutzen, die Kriterien von Maastricht nicht formell in Frage zu stellen, ihnen aber die beiden Kriterien einer sich kontinuierlich verringernden Arbeitslosenquote und eines Abbaus der gesellschaftlichen Ungleichheit hinzuzufügen. (...) Diese Kriterien wären problemlos quantifizierbar und würden Europa einem tatsächlichen Abbau der gesellschaftlichen Unterschiede näherbringen.“

Daß dieser Versuch scheitern muß, das Recht auf Arbeit und die bisher nicht zustandegebrachte Sozialcharta unter die

Konvergenzkriterien zu schmuggeln, die ja nur auf die Stabilitätsbedingungen des angestrebten gemeinsamen Geldes zielen, wird dem Verfasser selbst klar sein. Er zeigt, von seiner Plausibilität abgesehen, nur einmal mehr, wie schwierig es ist, in die sektoral erzielten Konsense des Europäischen Rates nachträglich „sachfremde“ Gesichtspunkte einführen zu wollen. Nicht umsonst soll die Währungsunion strikt aus den Verhandlungen von Maastricht II herausgehalten werden, um, wie Jacques Santer sagt, nicht die Büchse der Pandora zu öffnen, das heißt statt des vereinbarten Kompromisses am Ende nichts in Händen zu halten. Das kann zwar immer noch geschehen, dann aber bitte durch die Macht des Faktischen erzwingen und nicht durch das freiwillige Aufschneiden des Kompromißpakets provoziert. Alle Kunst der EU-Diplomatie besteht darin, die Differenz zwischen tatsächlichen Entwicklungen und vereinbarten Kompromissen unter der Hand zu überbrücken, das eine Scheitern nicht zu provozieren und das andere zu unterlaufen. Mehr kann man von einem intergouvernementalen Verständigungsprozeß nicht verlangen. Dessen Kunst war bisher die Erfolgsgarantie der europäischen Integration. Sie dürfte aber eben durch die Fortschritte der Integration an ihre Grenzen gelangt sein. Die Integration berührt inzwischen nicht nur die Kernbereiche staatlicher Politik, sondern auch den alltäglichen Lebensbereich der gesellschaftlichen Individuen in den Mitgliedsländern. Nirgendwo wird das so deutlich wie an der Währungsunion und wie in der Bundesrepublik.

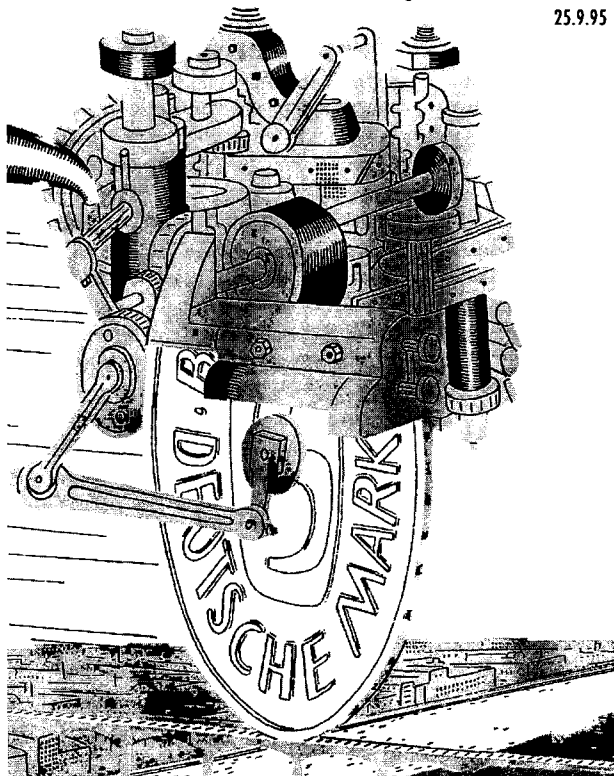
Die Währungsreform 1948 und die Währungsunion 1990 (die ja für die DDR auch eine Währungsreform war) waren die entscheidenden konstitutiven Akte der Bundesrepublik. Mehr als durch alle anderen Formen wird die Bundesrepublik durch die Wertform, letztlich durch das Geldzeichen DM, zusammengehalten. (vgl. Joscha Schmierer, Der konstitutive Defekt der Bundesrepublik, *Kommune* 4/94)

Die Politiker der Bundesregierung, allen vorneweg der Kanzler, lassen keine Gelegenheit aus, zu versichern, die D-Mark werde durch keine Währung abgelöst, die nicht „mindestens“ ebenso stabil sei wie sie. Kommissionspräsident Santer läßt sich nicht lumpen. Auch er tritt neuerdings verstärkt in der Bundesrepublik auf und versichert das gleiche.

Welche Stabilität sprechen sie denn an? Ist es nicht eine Lebenserfahrung in der Bundesrepublik, daß im großen und ganzen alles teurer wird und höchstens die Produkte billiger werden, die erst vor kurzem zum ersten Mal auf den Markt gekommen sind, elektronische Geräte im Wesentlichen, Computer zumal, solche Produkte also, die das Leben ziemlich stark verändert und nicht stabilisiert haben? All das aber, was man kennt und einem seit längerem vertraut ist, ist im großen und ganzen auch immer teurer geworden, zum Glück auch die Arbeitskraft, die man verkauft. Weder was die großen gesellschaftlichen Entwicklungen, noch was die Entwicklung der Preise im besonderen betrifft, ist die prägende Erfahrung der Bundesrepublik Stabilität. Veränderung und Dynamik sind prägend. Auch die Mark ist nichts Stabiles. Man hat sie oder hat sie nicht. Wenn man sie hat, gibt man sie aus und hofft darauf, daß sie wie der zurückkommt, um sie wieder auszugeben. Die Stabilität der Mark, das bedeutet für die Alltagserfahrung nur, daß man mit ihr im Ausland nicht blamiert ist. Sie ist generell eintauschbar und das nicht schlecht – und dient in immer mehr Ecken der Welt auch ohne Umtausch als Geld. Durch und durch lächerlich ist es aber, einer Gesellschaft, die sich laufend so verändert, daß jede neue Viertelsgeneration nicht mehr weiß, was vor ihrem Auftreten normal war, Stabilität aufschwätzen zu wollen darüber, daß das Geldzeichen immer DM hieß und als Zeichen nie außer Kraft gesetzt wurde. Die D-Mark ihrerseits ist Produkt eines Bruchs und nicht der Kontinuität. Be schwört man die Furcht vor Geldentwertung, bezieht man sich auf die Reichsmark, die durch verlorene Kriege und in den Sand gesetzte Kriegskredite zweimal in den Abgrund sank, auf Erfahrungen also, deren Wiederholung durch die Währungsunion gerade zusätzlich ausgeschlossen werden sollen.

Stabiler aber selbst als die D-Mark sind die Institutionen der Bundesrepublik. Bevor die Grünen auf der Bildfläche erschienen, war jede Stimme – wie es hieß – entweder verloren oder brachte immer wieder die gleichen Geschichter ins Parlament. Das kann zu dem Trugschluß verführen, die Mark sei mehr wert als die Stimme, weil mit ihr immer neues, wenn auch immer weniger zu erzielen war. Zum Symbol für Stabilität wird sie deshalb noch lange nicht. Wenn schon Symbol, dann ist sie das des *Bruchs* mit der kriegsrissen, kreditfinanzierten und zweimal fallierten Vergangenheit des Deutschen Reiches und der zivilen Dynamik der Bundesrepublik.

Zeichnung: Brian Coronin, aus: „Time“ 25.9.95



Als die Arbeiter nach langer Hinnahme der „Stabilität“ das heißt des Rückgangs ihres Einkommens gegenüber der realen Veränderung ihrer Lebensumstände, Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre schließlich zweistellige Lohnerhöhungen erstreikten, mußten sie sich sagen lassen, sie gefährdeten die Stabilität der D-Mark. Das Argument hat gezogen. Dennoch taten die Gewerkschaften nicht gut daran, ihre Lohnpolitik im vorhinein der Geldpolitik der Bundesbank zu unterwerfen.

Wenn etwas in dieser Bundesrepublik stabil ist, dann sind es die Institutionen, einschließlich der Bundesbank, und die einigermaßen geregelten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Diese „Stabilität“ war Ergebnis von Kampf und Veränderung beileibe nicht vorab gegeben. Diese Kämpfe und Veränderungen haben die Bundesrepublik bis zu einem gewissen Grad über die Währungsreform hinaus nachträglich als Republik konstituiert, haben sie tatsächlich zu einem modernen und beweglichen Staat gemacht. Und jetzt soll dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft, die immer noch keine Gesellschaft von Schatzbildnern und Rentiers ist, versichert werden, daß eine einschneidende Veränderung ihrer Institutionen wenigstens nichts an der Stabilität des Geldes, also eigentlich gar nichts ändere? Jetzt, da die entscheidenden Stabilitätsfaktoren einer rasanten gesellschaftlichen Entwicklung überall gefährdet sind, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, soll sich diese Gesellschaft gegenüber einer geplanten Veränderung, die zu einem neuen Institutionengefüge führen wird, alles an der Stabilität des Geldzeichens messen, hinter der sich seit Jahren die Einkünfte extrem differenzieren und die Erosion entwickelter Gesellschaftlichkeit sich verbirgt? Sie tut es zu Teilen. Sie tut es, weil sie sich eine Stabilität aufschwätzen läßt, die es in der Realität nie gab, in der statt dessen die D-Mark immer nur Vermittler der Veränderung und nie Garant der Stabilität war. Eine große politische Veränderung wie die europäische Währungsunion unter der Flagge der unveränderten Stabilität des Geldzeichens politisch verkaufen zu wollen ist nicht nur Schwundel und dumm, sondern behandelt zudem eine Gesellschaft, deren Zentrum die meist lohnabhängige Arbeit ist und Veränderung braucht, als Haufen von Rentiers und Schatzbildnern, die sich von jeder Veränderung nur Unheil versprechen können.

Tatsächlich wird die Währungsunion angestrebt, um großer Veränderungen in Europa und auf den Weltmärkten Herr zu werden. Zugleich wird so getan, als bliebe alles beim alten und änderte sich höchstens der Namen des Geldzeichens.

Diesem Schwundel zuliebe, Veränderung als Stabilität zu verkaufen, müssen die Straßburger Eide beschworen werden, müssen drohende Abwertungsschlachten und auch schon Kriege im Zentrum Europas an die Wand gemalt werden. Aus dem Off murmelt dann Frau Noelle-Neumann, sie hätte eine Grenze entdeckt, die sich quer durch Europa entlang der ethnischsprachlichen Grenze zwischen romanischen und germanischen Völkern ziehe und deren Wirkung die Erweiterung der EU um die skandinavischen Völker und Österreich für die Deutschen zu einer „Herzensangelegenheit“ gemacht habe (FAZ, 27.8.). Die Norweger haben sich darum nicht gekümmert, und die Finnen sind mit dem EU-Beitritt nicht zu Germanen geworden. Die Österreicher verstehen sich eh als etwas ganz Eigenes und Außergewöhnliches.

Nach Frau Noelle-Neumann haben sich die Westdeutschen in der EG wohl immer isoliert und an den Rand gedrückt gefühlt und werden die Bundesrepublikaner nach der unvollendeten germanischen Herzensangelegenheit wahrscheinlich eine slawisch-romanische Einkreisung fürchten, wenn sich die EU in Zukunft um die Visegrad-Staaten erweitert. All dieser Quatsch steckt noch in vielen Köpfen. Er wird aber gehegt und gepflegt von Leuten, die ihn mit höheren Weihen versehen. Das ist ein Indiz für die Veröstlichung der Bundesrepublik, also ein Indiz für die Renaissance antwestlicher und antislawischer Denkfiguren in einer Bundesrepublik, die eben nicht mehr nur Westdeutschland ist.

Diese Veröstlichung hat ihre Protagonisten in deutschnationalen und rassistischen Intellektuellen, die in Westdeutschland überwintert haben und in Ostdeutschland endlich wieder einen gewissen Resonanzboden zu finden hoffen.

*Plädoyer für  
ein bißchen europäische Politik*

Offensichtlich hat die französische Entscheidung für den „franc fort“ eine politische Komponente. Sie entspricht der Absicht, die Klammer zwischen Frankreich und Deutschland, die sich mit der westdeutschen Bundesrepublik in der ganzen Geschichte der europäischen Integration unter Bedingungen des Eisernen Vorhangs befestigt und bewährt hat, nicht aufzugeben, auch wenn sie ökonomisch und innenpolitisch zu kosten droht. Sie drückt den Willen aus, jene, von Frau Noelle-Neumann sympathetisch erahnte, angebliche Herzensgrenze zwischen „romanischen“ und „germanischen“ Staaten nicht nur offen zu halten, sondern zu überbrücken. Das bedarf im Unterschied zu



239 Seiten DM 34,-

Jeremy Rifkin schildert Arbeitslosigkeit als Folge der Dritten Industriellen Revolution, in der Millionen von Arbeitnehmern durch Maschinen, Roboter und Computer ersetzt werden. Dagegen helfen keine herkömmlichen Instrumente, sondern nur der gesellschaftliche Umbau. Wer dieses Buch gelesen hat, kann den Beschwichtigungen von Unternehmern, Politikern und Gewerkschaften nichts mehr abgewinnen.

»Sein Buch wird uns noch lange beschäftigen.«

*Süddeutsche Zeitung*

**Campus Verlag**  
Frankfurt/New York



den 50er, 60er und noch 70er Jahren heute entschiedener politischer Anstrengungen, weil die kulturelle Avantgardefunktion und Attraktionskraft Frankreichs gegenüber der angloamerikanischen Diffusionsfähigkeit geschwunden ist. Über Radio, Fernsehen und Kino nehmen auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze die populären und emotionalen Verbindungen ab. Camus und Sartre waren Gymnastenschwärme, danach fängt die Quälerei von Expertenzirkeln an. Die Résistance – und für sie stand noch ein de Gaulle – war ein Beispiel. Warum aber sollten die *nouveaux philosophes* glaubhafter sein als Lothar Baier? An die Stelle von Trampen und Eisenbahn als Verkehrsmittel ist das eigene Auto und das Flugzeug getreten, so daß die spontanen regionalen Verbindungen an Bedeutung verlieren. Das Englische ist so vorherrschend geworden, daß es zunehmend schwierig wird – außer in den direkt zweisprachigen Grenzgebieten sich in Französisch oder Deutsch zu unterhalten. Frankreich, das heißt Paris, bleibt ein Anziehungspunkt für osteuropäische Intellektuelle, aber Englisch im Allgemeinen und Deutsch in Osteuropa sind jetzt die interkulturellen Verkehrssprachen. Frankreich aber macht Atombombenversuche.

Es stimmt, wenn sich Europa nicht spalten oder auflösen will, dann bleiben Frankreich und die Bundesrepublik die entscheidende Klammer, weil sich an ihren Grenzen ein Teil der europäischen Integrationsprobleme konzentriert und nur über ihre Klammer das westliche und das östliche Europa zusammengehalten und

aus: Le monde, 30.5.95

weiter zusammengeführt werden können. Das gleiche gilt weniger dramatisch auch für die italienisch-deutschen Beziehungen. Wenn also eine Währungsunion, dann lieber ein weiches Geld als härtere Grenzen und lockerere Verbindungen nach Westen.

Obwohl die Währungsunion in der Bundesrepublik neuerdings intensiver diskutiert wird, wird sie ausschließlich geld- und stabilitätspolitisch diskutiert. Wenn die Bundesrepublik aber eine stabile und harte Währung hat, was sollte sie dann veranlassen, sich auf das Risiko einer Währungsunion einzulassen, die bestenfalls gleich stabiles und hartes Geld garantieren wird? Wer mit „Stabilität“ argumentiert, kann bestenfalls sinnlose Geschichten als Argument für die Währungsunion vorbringen. Er kann erzählen, daß jemand der mit dem Fahrrad rund durch die Länder der Europäischen Union fahre, am Ende nur noch die Hälfte seiner ursprünglichen hundert Mark in der Tasche habe, obwohl er in keinem Land etwas gekauft und nur überall sein Geld in die Landeswährung eingewechselt habe. Mit dem Eurogeld in der Tasche könne er die gleiche unsinnige Reise machen und hätte am Ende noch die gleiche Geldsumme in der Tasche. Aber wen reizt sowas? Kommt es zu der vorhersehbaren Miniwährungsunion, dann wird unser Tölpel bei der gleichen Reise statt 50 Prozent, wohl immer noch 40 oder 30 Prozent Verlust gemacht und nichts erlebt haben.

Dies ist die Standardgeschichte der Werbung für die Währungsunion. Sie täuscht die gleiche, zudem ins extrem Alberne gezogene Urlaubsökonomie vor, mit der schon die deutsch-deutsche Währungsunion in ihren Wirkungen verharmlost wurde. Die andere Standardgeschichte ist, daß sich durch die gemeinsame Währung circa 20 bis 25 Milliarden ECU, beziehungsweise fast doppelt so viel Milliarden Mark an Wechselkosten einsparen ließen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt dazu trocken fest:

„Die Attraktivität dieses Arguments beruht primär auf seiner Anschaulichkeit ... Aus ökonomischer Sicht kommt diesem Argument indessen nur ein geringer Stellenwert zu. Entscheidend ist vielmehr der gesamtwirtschaftliche Nutzen, der sich daraus ergibt, daß Wechselkursrisiken entfallen und der Wirkungsgrad geldpolitischer Maßnahmen erheblich gesteigert werden.“ (Wochenbericht 29/95)

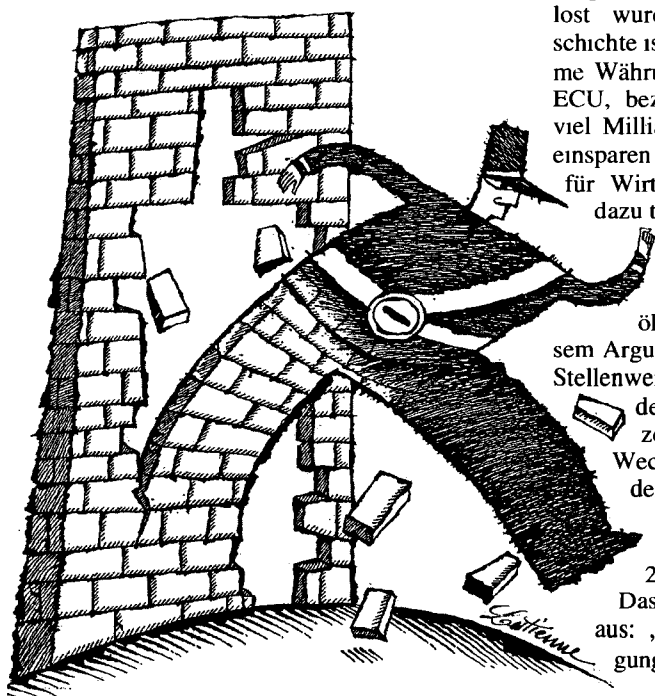
Das DIW führt dieses Argument aus: „Nur die vollständige Beseitigung von Wechselkursrisiken schafft die Voraussetzung dafür, daß

knappe Ressourcen dahin fließen, wo sie am effektivsten gebraucht werden. Noch wichtiger ist, daß wahrscheinlich nur ein großer, weitgehend geschlossener Wirtschaftsraum wie Europa eine Geldpolitik betreiben kann, die sich vorwiegend an binnenwirtschaftlichen Kriterien orientiert. Gerade der zuletzt genannte Aspekt verdient besondere Aufmerksamkeit. Gegenwärtig steht eine fragmentierte Geldpolitik hochintegrierten Finanzmärkten gegenüber. Die Geldpolitik gerät immer wieder in das Spannungsfeld zwischen interner und externer Stabilität. Das läßt sich nur vermeiden, wenn auch die Geldpolitik integriert wird.“

So ist zum Beispiel die Banque de France gegenwärtig weniger aus binnenwirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Zinsen hoch zu halten – die Inflation ist schon mehrere Jahre niedriger als in der Bundesrepublik – sondern weil der Franc immer wieder zum Objekt internationaler Spekulationen wird. Andererseits ist die Mark höher bewertet, als ökonomisch und geldpolitisch erklärbar ist.

Die selten ausgesprochenen, weil komplizierten Hauptargumente für die Währungsunion zielen also auf einen kontinuierlicheren und nicht durch mehr oder weniger willkürliche Wechselkursänderungen beeinflussten Warenverkehr und vor allem auf bessere Kalkulierbarkeit von Direktinvestitionen innerhalb der EU sowie auf einen größeren Spielraum der Geldpolitik der EU gegenüber einem rund um den Erdball leicht beweglichen Finanzkapital. Die Währungsunion könnte also dazu beitragen, die Preiskonkurrenz unter Warenanbietern in der Union durchsichtiger zu gestalten, die Entwicklungspotentiale einzelner Regionen durch Kapitalimporte leichter zu mobilisieren und der spekulativen Mobilität des internationalen Finanzkapitals Schranken ziehen.

Diese Argumente wiederum ziehen nur, wenn ein Staat oder seine Regierung danach strebt, in die internationale Märkte regionale Strukturen einzuziehen, statt sich ungebunden direkt zu allen Weltmärkten verhalten zu wollen. Ihre Überzeugungskraft hängt also von einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption ab, die weder von allen Staaten und Regierungen der Union geteilt wird noch aus der allgemeinen Wirkungsweise der Kapitalakkumulation folgt. Letzten Endes beruht ihre Überzeugungskraft auf der politischen Option für die Integration Europas, die weder aus dem Selbstlauf der Ökonomie noch aus den politischen Traditionen der beteiligten Staaten unmittelbar hervorgeht. Deren Verwirklichung setzt einen gemeinsamen politischen Willen voraus. Nur in seinem Rahmen überzeugen die genannten Argumente unbedingt. Für einen Freihändler, der nur das





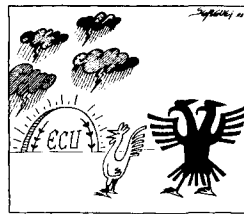
**E**in Angebot von Verfassungsrang“ hat Ralf Dahrendorf 1990 die Aufnahme der Noch-DDR in das Währungsgebiet der Bundesrepublik genannt (*Merkur* 497). Nach dem Sturz der Mauer und der Durchsetzung der persönlichen Mobilität durch Demonstration und Fluchtbewegung war die D-Mark so etwas wie ein Fahrschein für erweiterte Transaktionen. Es konnten Werte das Automobil, die Arbeitskraft, die Immobilie, und die Reihe ist noch nicht historisch abgeschlossen ausgetauscht werden. Die freie Konvertibilität der D-Mark öffnete einen internationalen Raum, ihre relative Stabilität eröffnete einen anderen Zeithorizont. Dies alles konnte nun geschehen – und darin besteht der besondere Verfassungsrang des Geldes ohne daß jede Transaktion erst noch durch Devisenpolitik besonders reguliert werden mußte. Das gemeinsame Geld befreit von politischer Willkür, und zwar nicht, weil es individualisiert, sondern weil es eine elementare bürgerliche Kohärenz verbürgt. Oder mit den Worten von Dahrendorf: „Noch vor allen Fragen des Kapitalismus und der Wirtschaftsethik gibt es ein Ordnungsproblem, auf das die D-Mark eine Antwort gibt.“

Der gegenwärtigen Debatte über die europäische Währungsunion sind solche institutionellen Überlegungen fremd. Hier hat sich das Nützlichkeitsdenken durchgesetzt. Die Aufregung um Schröder, Lafontaine, Scharping kaschiert ja, daß diese Leute schon einen halben Sieg errungen haben: Es ist ihnen gelungen, die Währungsdebatte auf eine Debatte um „Geldpolitik“ herunterzubringen. Was fordern nämlich die Kritiker? Zusätzliche Stabilitätsvereinbarungen und zusätzliche Sozial- und Regionalfonds. Wie antworten die Verteidiger? Mit Hinweisen auf den Eindruck bei den Nachbarn und die Freundschaft einer Politikergeneration. Und schon sind wir in einem politisierenden Ambiente von Absichten, Beschlüssen und Sitzungen mit einer Halbwertszeit von Wahlperioden, wo „Geldpolitik“ sich mit „Außenpolitik“ „Industriepolitik“ oder „Sozialpolitik“ reimt. Die Legitimierung einer Währung mit „blühenden Landschaften“ durch die CDU/CSU ist noch ebenso frisch in Erinnerung wie die SPD-Losung „Lieber ein Prozent Inflation als ein Prozent Arbeitslosigkeit“ So werden Institutionen durch Nützlichkeits-erwägungen ersetzt.

Die Leistung der Juso-Troika besteht darin, diese Erwägungen auf bisher unerreichte Höhen getrieben zu haben. Sie wünschen sich zugleich mehr Stabilitätsgarantien, mehr sozialstaatliche Sicherungen und einen größeren Mindestteilnehmerkreis. Nach diesem Maßstab

hätte das Europäische Währungssystem (EWS) 1978 bei extremen Inflationsdisparitäten zwischen Frankreich und Deutschland als gräßliches Abenteuer abgelehnt werden müssen. Auf diesem Anspruchsniveau ließe sich heute nicht mal die Stabilität einer nationalen Währung begründen. Wer die Juso-Troika als „D-Mark-Nationalisten“ bezeichnet, tut ihnen daher zuviel der Ehre an. Sie nehmen eher einen regionalen Standpunkt ein. Sie bewegen sich im Ambiente von „Projekten“ deren Gewicht in keiner volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überprüft wird, und deren Zeitlinie weniger mit der Stabilität des Geldmedi-

## Das Geld als Verfassungsangebot



ums als mit anderen Medien zu tun hat. Das „Europa der Regionen“ war für sie ja auch eher ein Lebensstil, und für die

Selbstverwirklichung reichen Wechselkurse immer. Jetzt wird das „Europa“ gestrichen, und es bleiben die „Regionen“. Das Neue an der provinzkrämerischen Währungsdebatte ist, daß die Generation der Erlebnis-Sozialdemokraten nun dazu übergeht, die großen Zusammenhänge zu kündigen. Die linke Opposition findet ihren Platz in der Endmoräne der Wohlstandsgesellschaft.

**S**tatt dessen wäre eine liberale Opposition denkbar, die in die Rolle gerät, gerade die großen Zusammenhänge weiter voranzutreiben auch risikobereiter, als es der bundesdeutsche Konsens will.

Es gibt die vernünftigen Kriterien für die Währungsunion. Es ist falsch, nach weiteren Garantien für eine europäischen Währung in Richtung auf die Tätigkeit von Wahlkörperschaften zu suchen. Im Verhältnis zur notwendigen Dauerhaftigkeit der Währungsinstitution, die Generationen übergreifen muß, sind solche Körperschaften strukturell zu kurzatmig. Auch die Unabhängigkeit einer Zentralbank reicht nicht, wenn man sie nur technisch-monetaristisch als Geldmengen-Begrenzer faßt. Es muß ein allgemeines Interesse an einer stabilen Geldform gegeben sein, auf das sich die Unabhängigkeit gründen kann. Dafür reicht das einfache Konsumentenin-

teresse nicht aus. Das „Publikum“ muß Akkumulationsinteressen haben, die es langfristig an die Geldform binden. Und diese müssen eine kritische Masse erreichen, die in einem bestimmten Verhältnis zum Geltungsbereich der Währung steht, damit ihre Wirkung nicht verpufft. Das kann man die „territoriale Garantie“ einer Währung nennen, und es wäre eine Untersuchung wert, den historischen Punkt einer Nation zu finden, an dem diese notwendige Relation zwischen Akkumulation und Territorium für eine Währung ohne Golddeckung erfüllt war.

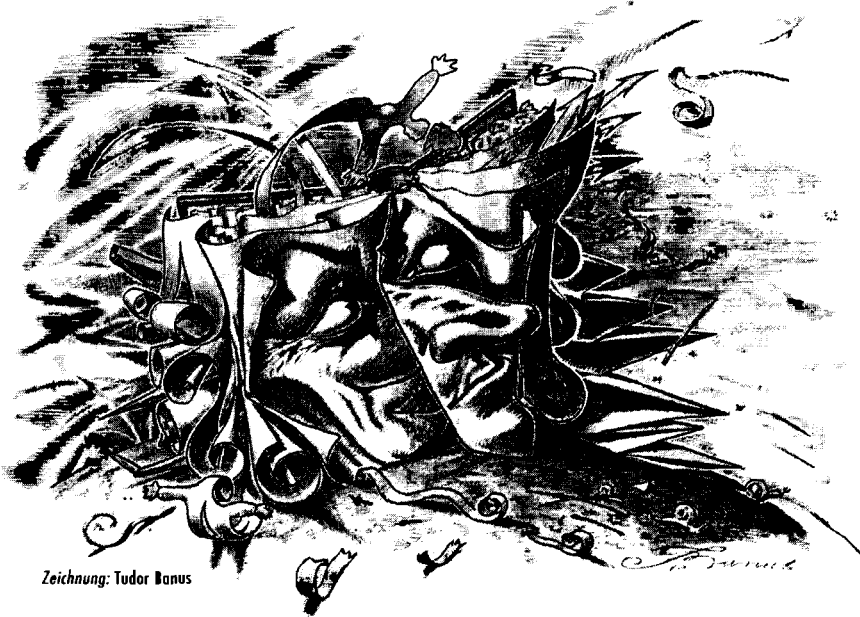
Die europäische Währungsunion deutet einen territorialen Geltungsbe reich, den es bisher in Europa noch nicht gegeben hat. Bisher war der Ausschluss der anderen Nationen Stabilitätsgarantie des nationalen Geldes. Ebenso die Brachlegung bestimmter „schwieriger“ Territorien im Inneren. Jetzt muß eine Einschlußbewegung bewältigt werden, die mindestens Deutschland und Frankreich

umfaßt. Die republikanische Breite des Geldes bringt es mit sich, daß die Verhältnisse der einen Nation vors Publikum der anderen geraten. Das gilt auch für den Umgang mit „La France profonde“ und den neuen Bundesländern. Man darf nämlich bezweifeln, daß jene

dichte Unternehmenslandschaft in dem (von Fall zu Fall verbreiteten) Korridor von Südingland über die Rheinschiene bis nach Oberitalien genug gemeinsame Akkumulationsmasse bildet, um die Währung zu tragen und weitere Länder langsam heranzuziehen. Die Herausforderung wird noch größer angesichts der Tatsache, daß der „europäische Kern“ große Bataillone konsumptiver Mittelschichten mit langfristigen Versorgungsansprüchen mit sich führt. Der Bundesbankpräsident Tietmeyer wies kürzlich darauf hin, daß in der BRD der private und öffentliche Verbrauch 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschlingt, während die Vergleichszahl für Schwellenländer bei weniger als 50 liegt.

Das europäische Währungsprojekt könnte also an den Tag bringen, daß das europäische Publikum ein Akkumulationsproblem hat, und daß die europäische Geldform deshalb zu groß ist und Schulden in Inflation oder Hochzinsen übersetzt. Aber bis zu diesem Punkt muß die Angelegenheit erstmal getrieben werden, damit es wirklich an den Tag kommt. Erst dann kann sich das Publikum wirklich europäisch weiter bilden. Für dies Hineintreiben in größere Zusammenhänge plädiert der „Süd-West-Boulevard“

Gerd Held



Zeichnung: Tudor Banus

Kapital im allgemeinen theoretisch im Kopf und praktisch nur den leichten Profit des Einzelkapitals im Sinn hat, wo immer er zu machen ist, zählen sie nicht. Für einen Marxisten, der wegen der Widersprüche der nationalen Kapitale in der EU entweder nur eine zum Scheitern verurteilte idealistische Konstruktion oder die bloße Hülle für imperialistische Bestrebungen der potentiellen Hegemonialmacht sieht, zählen sie genausowenig. Rein ökonomisch gedacht, ist die Währungsunion weder stringent zu begründen noch zu rechtfertigen.

### *Die politischen Risiken einer Währungsunion*

Blieben die sogenannten Konvergenzkriterien (siehe *Kasten*) und die voraussichtliche Wirkungsweise der Währungsunion zu prüfen. Da mit der Währungsunion die Möglichkeit entfällt, unterschiedliche Lohnstückkosten durch schwankende Wechselkurse auszugleichen und Waren unterschiedlicher Lohnstückkosten auf dem Binnenmarkt direkt in Preiskonkurrenz treten, gehört eine ähnliche Entwicklung der Lohnstückkosten zu den Voraussetzungen wie den Bedingungen einer funktionierenden Währungsunion, da ansonsten regionale Arbeitslosigkeit oder große Transferkosten drohen. Das Europäische Währungssystem hatte, bevor es zerbrach, bereits eine solche Annäherung der Lohnstückkosten erzwungen, die jetzt wieder gefährdet ist, sich aber in einer Währungsunion als brachialer Zwang durchsetzen würde.

Hier könnten sich soziale mit ethnischen nationalen Spannungen überlagern, die zugleich die Geldpolitik der Zentralbank wie die Finanzpolitik der EU einer Zerreißprobe aussetzen würden. Eine Wäh-

rungsunion fördert die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse viel schneller als ihre Gleichheit. Wie sich bei solcher prinzipiellen Vergleichbarkeit dann soziale Ungleichheit in und zwischen Regionen selbst innerhalb einer Nation und eines Staates zu regionalen Ressentiments und Feindschaften hochschaukeln können, hat schon die deutsch-deutsche Währungsunion zu Genüge gezeigt. Ähnliche Entwicklungen hätten in der Europäischen Union wahrscheinlich weniger Basis, aber auch einen weniger haltbaren Rahmen, als es der nationalstaatliche der Bundesrepublik kurz nach der Währungsunion wurde.

Aus den Erfahrungen der deutsch-deutschen Währungsunion schließt das DIW: „Auch wenn die zu erwartenden Divergenzen (in einer europäischen) Währungsunion weitaus weniger spektakulär sein mögen als in Ostdeutschland, können sie zu einer schweren Belastung eines zwar geld- aber eben nicht lohnpolitisch integrierten Europas werden.“ Wie also die Währungsunion praktische Ansätze einer europäischen Gewerkschaftsbewegung fördern könnten, ist auch denkbar, daß in Zukunft jeder regionale, im Rahmen der EU also eben nationale Lohnkampf von den Lohnabhängigen der nichtbeteiligten Regionen mit chauvinistischen Argusaugen beobachtet wird – nach dem Motto: Mit *ihren* unsinnigen Forderungen machen die doch nur *unser* Geld kaputt.

Dies ist überhaupt das Hauptproblem einer europäischen Währungsunion ohne starken und gefestigten politischen europäischen Rahmen: Sozialkonflikte in einem Staat könnten gerade in der Masse der Bevölkerung sehr leicht als nationale Konflikte aufgefaßt und durch chauvinistische Demagogie in dieser Richtung geschürt werden. Deshalb ist es nicht nur

sinnlos, sondern auch politisch gefährlich, die Währungsunion bürokratisch und pseudotechnisch unter Dach und Fach bringen zu wollen, ohne in einer Diskussion der politischen Ziele die Risiken offen zu legen und damit ihre irrationalen Auswirkungen zu minimieren. Indem man einerseits verspricht, es würde sich praktisch nichts ändern und andererseits damit droht, wenn die Währungsunion nicht zustande komme, stünden im Zentrum Europas in absehbarer Zeit unausweichlich Kriege bevor, fördert man die Sprengkraft, die sich in der Währungsunion aufbauen kann. Eine solche Nichtdiskussion ist insbesondere in der Bundesrepublik gefährlich, weil sich alle für die Währungsunion absehbaren Konflikte leicht als Konflikte zwischen Deutschen und dem Rest abbilden lassen werden. In Deutschland kann also Großmachtchauvinismus gerade auch unter „kleinen Leuten“ Platz greifen, während anderswo alle inneren Schwierigkeiten einer gemeinsamen und womöglich rigiden Geldpolitik als von „den Deutschen“ eingebrockt erscheinen können.

Der interessierte Katastrophismus eines Connolly spielt mit einem solchen Szenario:

„Sofern die Europäische Zentralbank (EZB) je entstehen sollte, wird sie mit Sicherheit nie im unabhängigen Interesse der Gemeinschaft handeln, denn es gibt kein Gesamtinteresse der Gemeinschaft. Entweder wird sie im Interesse der Franzosen handeln oder überhaupt nicht. Wenn sie das tut, wird sie Deutschland zerstören und so 50 Jahre des ‚europäischen Europa beenden. Wenn sie das nicht tut, dann könnte sehr wohl Frankreich zugrunde gehen. ... Die Geschichte des Europäischen Wechselkursmechanismus (ERM) ist eine Geschichte, in der die fundamentale Voraussetzung der monetären Union immer wieder verletzt wurde daß die Bürger in den einzelnen Ländern bereit sein sollen, die wirtschaftliche Lage der Gemeinschaft über die Situation im eigenen Land zu stellen. Kurz: der ERM hat gezeigt, daß Europa keine Nation ist.“ (*The Rotten Heart of Europe*, zit. wie zuvor nach *NZZ*, 9.9.95)

Es spricht zwar theoretisch nichts dafür, daß eine Währungsunion prinzipiell schon deshalb scheitern müßte, weil sie per definitionem Nationen oder zumindest Staaten überschreitet und sie zugleich mit einem Geldzeichen durchdringt. Da aber letzten Endes nur Staaten über ihre Steuerhoheit und Finanzpolitik die Geldzeichen garantieren und für die Geldpolitik geradestehen können, wird eine EZB letzten Endes eine höhere Form von europäischer Staatlichkeit nach sich ziehen müssen, als sie die EU gegenwärtig hat. Die Übertragung von Hoheits-

funktionen auf die EU ist eine Frage der politischen Willensbildung. Sie kann durch die Errichtung der Währungsunion und die EZB erheblich gefördert werden. Sie kann durch sie aber auch gestört und zerstört werden. Die Spaltung Europas bleibt auch mit Währungsunion eine Gefahr. Eine Unumkehrbarkeit der europäischen Einigung, die Kohl immer wieder beschwört, weder zu erwarten noch zu wünschen ist. Sie ist kein physiologischer Prozeß und das gemeinsame Geld stellt keinen Blutkreislauf in einem Körper her, dessen Herz in Francoforte schlägt.

### Die Risiken aussprechen

Wenn die Bundesregierung die weitere politische Vereinigung tatsächlich will, dann sollte sie sich in erster Linie um die Sicherung der Unabhängigkeit der Zentralbank von den Regierungen der Einzelstaaten kümmern, statt auf den Konvergenzkriterien, die ja im Vertrag festgelegt sind, aber auch interpretierbar bleiben, immer neu herumzureiten, um sie allein definieren zu können. Durch diese Schulmeisteri untergräbt sie nur ihre Position für die Entscheidungen im Europäischen Rat, wenn es dann 1997/1998 darum geht, über die ursprünglichen Teilnehmerlän-

derdem sollten die Bundesregierung, alle Parteien des Bundestages, aber auch die politische Publizistik davon Abstand nehmen, die innen- und die außenpolitische Seite der Diskussion um die europäische Integration demagogisch auseinanderhalten zu wollen. Wo jedes halbe Prozent Zinsveränderung der Bundesbank, europäische und internationale Auswirkungen bis zum Broteinkauf haben kann, können die Politiker und die Bundesbanker nicht so tun, als bildeten sie ihre Vorstellungen im Kaffeekränzchen.

Zeichnung: Hochfeld, aus: Le monde, 10.10.95



der der Währungsunion zu entscheiden. Sie sollte weniger danach trachten, den Kern der Teilnehmerländer möglichst eng zu halten, als herauszustellen, daß die Währungsunion für die Europäische Union nur Sinn macht, wenn alle Mitgliedsländer möglichst zügig an die Währungsunion herangezogen und in sie einbezogen werden, daß die Konvergenzkriterien keine Meßlatte für Selektion, sondern Richtschnur zu engerem Zusammenschluß aller Beteiligten sind. Die Politische Union sollte sie nicht durch die Hintertür über Hegemonie in der Währungsunion anstreben, sondern den Zeitplan der Europäischen Union, in der nun die Regierungskonferenz (Maastricht II) deutlich vor der Entscheidung über die Teilnahme an der Währungsunion liegt, nutzen, um von der Bereitschaft zu Fortschritten der politischen Vereinigung ihre Auslegung der Konvergenzkriterien ab-

hängig zu machen. Und vor allem sollten die Bundesregierung, alle Parteien des Bundestages, aber auch die politische Publizistik davon Abstand nehmen, die innen- und die außenpolitische Seite der Diskussion um die europäische Integration demagogisch auseinanderhalten zu wollen. Wo jedes halbe Prozent Zinsveränderung der Bundesbank, europäische und internationale Auswirkungen bis zum Broteinkauf haben kann, können die Politiker und die Bundesbanker nicht so tun, als bildeten sie ihre Vorstellungen im Kaffeekränzchen. Dann würden sich die peinlichen Auswirkungen solcher „Indiskretionen“ wie die Veröffentlichung von Waigels Äußerungen über Italien im Finanzausschuß des Bundestages vermei-

den lassen und könnte auf die innenpolitisch wie außenpolitisch gegenaufläckerische Diskrepanz einer Beschwörung künftiger Kriegsgefahr bei Scheitern der Währungsunion verzichtet werden. Dasselbe gilt für die gleichzeitige Behauptung, mit der Währungsunion würde sich für die Bundesbürger gar nichts ändern, weil Kohl und Waigel das verhindern würden. Weder ist die positive Erfahrung und die institutionelle Verankerung der europäischen Integration der letzten vierzig Jahre so brüchig noch die vereinbarte Währungsunion so risikos, um solches Geschwätz zu rechtfertigen.

Entweder läßt man sich auf dieses Risiko ein, indem man es ausspricht, oder man scheut es, weil man die Risiken der Behauptung für geringer hält. Das eine macht die französische Regierung, das andere die britische. Die Regierung der Bundesrepublik versucht vorzutäuschen, ihre Bürgerinnen und Bürger hätten keine Wahl. Auf der einen Seite macht ihnen Waigel das Bett, auf der anderen lauert der Krieg. Was gibt es da noch zu überlegen?

Tatsächlich besteht eine Wahl. Entweder läßt man sich auf gemeinsame Formen gefährlicher Verständigungsprozesse ein oder man hält die Interessenssätze für so groß, daß gemeinsame Formen der Verständigung zur eigentlichen Gefahr werden. Nach dieser Alternative sollte Frau Noelle-Neumann mal fragen lassen.

Die Bundesregierung neigt zur zweiten Wahl, weil sie zur ersten keinen Mut hat, vor allem keinen Mut dazu hat, offenzulegen was man mit der Währungsunion wählt. Die SPD hat diese Schwachstelle der Regierung erkannt und greift, wie selbstverständlich, die Regierung von rechts an. Beide Parteien rechnen mit der Stunde der Demagogen, auf die sie in Jahrzehnten der Bürokratie die Uhr gestellt haben. Nutzen wollen sie diese Stunde selbst. Die einen drohen mit Krieg, wenn nein, die anderen mit sozialer Katastrophe, wenn ja. Keine der Gefahren ist real, aber beide müßten eben sie, wenn die eine oder andere Drohung dennoch einträte, verantworten. Die Garantie dafür, daß es nicht so kommt, sind nicht die guten Absichten, sondern die Notwendigkeiten der Konsensbildung in der EU und der aufgeweckte Verstand der Leute. Die Furcht vor der Stunde der Demagogen ist nur Ausdruck der schlechten Angewohnheit, den Leuten nicht die Wahrheit zu sagen. Die sind bekanntlich immer mißtrauischer und streitsüchtiger geworden. Zu jeder Antwort fällt ihnen meistens eine neue Frage ein. Vielleicht werden sie europäische Bürgerinnen und Bürger...? Den Paß haben sie schon. Vielleicht nehmen sie ihn als Ausweis ihrer Rechte? ■

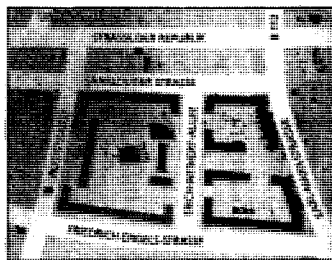
### 31 Kerze

**W**as zuviel ist, ist zuviel. Schnauze gestrichen voll. Höchste Zeit, die beinahe schon eingewachsenen supersof-ten Samthandschuhe abzulegen: Hermann Schäfer, Leiter des Hauses der Geschichte in Bonn, Du bist ein quallblöder Lobbyist in eigener Sache, falls Du überhaupt was bist. Kultusminister Reiche (Brandenburg), Du bist eine Schande für Dein Land, linkst Deine Leute mit auswendig gelernten Besinnungsaufsätzen auf Unterstufenniveau, und Du, Leiter des soeben mit einer ersten Ausstellung ans Licht getretenen „Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR“ Andreas Ludwig (Westberlin), bei deren Eröffnung vorstehende Blödiane mit Sprüchen wie „Keine Zukunft ohne Vergangenheit“ ihr Potential ausgereizt hatten, und Reiche sich nicht scheute, Beuys in alte DDR-Päckchensuppen abzufüllen, Du, Ludwig, bist das Allerletzte. Hast Dir da ein Plätzchen ausgepolstert, Dir eine paar ebenfalls gutgepolsterte ABM-Kräfte aus der Konkursmasse geangelt und machst auf Lord Kollektivgedächtnisbewahrer der DDR. Stehst fickrig in Deinem Konfirmationsanzug rum, als hätte Dich Mutti nach dem Fest bis zum heutigen Tag im Sterilisator aufbewahrt, und sammelst mit perverser Vergnügen die Kalten Bauern anderer Leute. Und Ihr, Eisenhüttenstädter, laßt Euch, Euer Bürgermeister voran, einmachen, daß einem die Augen tränen: Ach freilich: Keine Nostalgie, keine Ostalgie, keine DDR Verehrung & Verklärung. Verlogene Bande!

So nämlich ist die offizielle Lesart, der schon wieder haltlos nachgeplappert und -genickt wird: „Die Sammlung, Sicherung und Erforschung alltagskultureller Gegenstände ist Aufgabe des Dokumentationszentrums... Die im Zuge der Auflösung der DDR millionenfach weggeworfenen und durch westliche Produkte ersetzten Dinge sind schnell aus dem alltäglichen Gebrauch und damit aus der Erinnerung verschwunden. Besonders Alltagsgegenstände wären auf immer verloren, würden sie nicht im Museum bewahrt...“ Erforschung, das wird spaßig, und es klang in den Reden schon an, wird natürlich erhebliche Forschungsaufträge und Folge-ABM-Stellen nach sich ziehen, wo dann diverse Ludwigs über den „Einfluß des Unrechtssystems auf die Schrifttypen bei zwickelverstärkten Elastestrumphosen-Packungen“ brüten, ja dissertieren werden. Lumpenzug!

Ja, habt Ihr Eisenhüttenstädter Euch noch keine Gedanken darüber gemacht, warum dieser Ludwig nicht in seinem eigenen Scheiß rumwühlt? Was glaubt Ihr, was wir im Westen alles weggeworfen haben, so schnell hättet ihr nicht gucken können. Ohne Träne. Ohne Identitätsverlust. Oder betet der Ludwig seine alten Lurchihefte an oder stellt sich seinen ersten Kobold (Staubsauger) in die Bundeslade. Glaubst ihr, wir hätten nicht schlechte Musik bis zum Gruppenkotzen gehabt? Aber bauen wir für Lys Assia jetzt Tempelchen und stecken die Schwänzchen in die Plattenhüllen? Und

### Ab mit Schaden



wo bewahrt der Ludwig die mumifizierte Hand des Briketts auf, das ihm einst einen Chewinggum vom Panzer gereicht hat? Oder

die Lübke-Bilder oder das Halsband vom Hund seines Blockwarts? Oder die Voss-Margarine Tierbildersammlung? Alles total lustige Sachen, die ihn und uns mit dem nostalgischen Schimmer hirnamputierter Dummerchen beglänzten. Also sind sie weg. Zu Recht. WEGWEGWEG. Bis auf Ludwigs Konfirmationsanzug. Ansonsten aus dem Sinn, weil Platz sein muß für das Leben und eine Entwicklung.

Und da wird's kriminell, Ihr rundumverarschten Eisenhüttenstädter. Mit Leben ist bei Euch nicht viel. In Euerer sogenannten City kein einziges Lokal, in dem man essen gehen kann, beispielsweise. Euerer miniaturisierte stalinistische Zuckerbäckerstil-Architektur ohne Zucker: ein Jammer. Die Gebärlust so rasend, daß die Kita II jetzt den Nostalgieschund der Ausstellung fassen kann. Arbeitslosigkeit, Abwanderung. Also drücken sie Euch das Zeug, das sonst ein jeder, der gesund ist, wegschmeißt und erneuert und austauscht wie's grad kracht, als Ersatz ins Gemüt. Die scheißen auf Euch und füttern Euch mit Euerer eigenen Scheiße. Diese ganze Nostalgiewelle ist, ihr dämlichen Eisenhüttenstädter, eine Kampagne von West-

defraudanten oder gewissenlosen einheimischen Blitzmerkern, die mit Euerer traurigen Lage schnell ein paar Mark machen wollen (Ossi-Park! hehe, da werdet ihr enden, wenn ihr so weitermacht), von arbeitslosen Pädagogen, Presseörschern, die Stoff brauchen, und Politikern, die sonst nix zu bieten haben und Euch sedieren wollen. Euer Stadt ist sowas von beschissen und ihr glotzt auf Plasteierbecher und kriegt dumpe Feuchte im neuen Doppelripp. Ja, wenn's nur um Euch ginge! Ab dafür!

Aber schon ist der Koneaner da, mit Kamera und Mikrofon und mit der Lösung „Von Eisenhüttenstadt lernen“ auf den schönen Lippen, und macht Beiträge über das Vereinigungswunder und schaut, wie er es hinkriegen kann, den – man weiß noch nicht wie es ausgehen wird unterlegenen Teil Koreas adäquat zu verblöden. Die haben so ein Museum jetzt schon voll im Kopf. Mit minderwertigen Stäbchen, Gummimösen und allem, was dazu gehört. Pfu, Eisenhüttenstädter! So werdet Ihr der Verantwortung vor der Welt, insbesondere der Dritten und ihrem unstillbaren Solidaritätsbedarf oder -verschleiß nie und nimmer gerecht. Es war eine Wohltat, daß in dem ganzen Schleim ein offenbar seit Jahrzehnten versierter Provokateur und Unterwanderstinkstiefel von etwa einsvierzig herumkroch, der ständig wispernd auf den „wirklichen geistigen Vater“ des Unternehmens und „Inspirator“ deutend und zügelnd verwies, welcher verzweifelt an den Rand sich drückte und protzend gedrängt wurde, pausenlos wiederholend: „Ich bin der geistige Vater und Inspirador“ Es war wunderbar peinlich. Ekelhaft peinlich dagegen das permanente gönnerhafte Westkichern. Über Stillausweis, oder die Tempolinsen, oder beispielsweise den Schwangerschaftsausweis mit den Vorzug erzwingenden Kräften in öffentlichen Verkehrsmitteln, Dienststellen, bei ärztlicher Hilfe oder Einkauf von Lebensmitteln. Da kann nur kichern, wer verdrängt, wie in unseren Bussen und Bahnen beinlose Roilbrettfahrer entfernt werden, wenn sie ihre Behindertenausweise nicht bei sich führen. Schluß aus.

Die Eröffnung war an jenem 13.11., da die Bild-Zeitung in Berlin, ihre Alphabetisierungs-Kampagne auf hohem Niveau fortsetzend, titelte: *Egon Krenz gaga?* Das machte ja nichts. Der ist aus dem Rennen. Hier alle viel gagariner. Das Land ist schwer krank.

*W. L.*



# Hauptstadt-Blues

Berlin nach der Wahl

Peter Lohauß

In den Wahlergebnissen von Berlin zeigen sich gesamtdeutsche politische Problemlagen wie im Brennpunkt. Die CDU wurde mit 37,4 Prozent stärkste Partei, die SPD erlitt eine furchtbare Wahlniederlage und wurde auf ihr historisches Tief von 23,6 Prozent reduziert. Zusammen erreichen zwar die beiden Parteien der bisherigen großen Koalition noch eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordnetenhausmandate, aber die Sozialdemokraten sind wie am Boden zerstört, und ein großer Teil der Partei will lieber in die Opposition, als sich an der Seite der CDU zu verschleißen. Wann es zu einer Regierungsbildung kommt, ist derzeit noch offen. Die PDS wurde mit 14,6 Prozent die drittstärkste Partei in der Hauptstadt und mit 36,3 Prozent mit Abstand stärkste Partei in Ostberlin. Sie hat sich unbestreitbar als östliche Volkspartei etabliert. Die Bündnisgrünen legten kräftig auf 13,2 Prozent zu, sie erreichten erstmals zwei Direktmandate in einem Landesparlament, aber wegen der Verluste der SPD sind rot-grüne Mehrheiten ferner denn je.

Die politisch-kulturelle Ost-West-Spaltung der Stadt spiegelt sich in der parteipolitischen Konstellation: CDU SPD und Grüne sind als Gesamtparteien wesentlich westlich geprägt und bilden nach der Abwahl der FDP und der Republikaner das Drei-Parteien-System des Westteils, das von der CDU dominiert wird. Das Ostberliner Milieu aber wird auf Landesebene institutionell faktisch durch die PDS allein vertreten, so daß sich im Ostteil ein Vier-Parteien-System unter Dominanz der PDS etabliert hat. So ist auf Landesebene tatsächlich die seit 1990 absehbare politische Blockade eingetreten: bleibt die Ausgrenzung der PDS bestehen, sind schon rein rechnerisch nur große

Koalitionen möglich, in denen die SPD zur immer kleineren Mehrheitsbeschafferin der CDU schrumpft, während sich die PDS als einzige institutionalisierte Vertretung der Ostdeutschen etabliert und die Bündnisgrünen nur die Chance haben, aus der Opposition heraus die Zukunftsthemen zu besetzen. Eine Tolerierung von Rot-Grün nach dem Modell von Sachsen-Anhalt kommt nicht in Betracht, insbesondere, weil den Westberlinern nicht zu vermitteln wäre, warum sie sich nach dem Zusammenbruch des ehemaligen kommunistischen Gegners nun von dessen Nachfolgepartei regieren lassen sollten. Bei dieser Aussicht auf eine Dauerregierung der CDU stellt sich bei vielen schon eine Depression ein.

Deutlich anders dagegen sieht die Lage in den Stadtbezirken aus. Bei der zeitgleich zum Landesparlament durchgeführten Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen ergaben sich vielfältige und unterschiedliche Perspektiven. In neun der elf Ostberliner Bezirke ist die PDS stärkste Partei und könnte nach bisherigem Bezirksrecht die Bürgermeister stellen – wenn die große Koalition nicht

durch eine rasche Gesetzesänderung kurz vor der Wahl dieses Recht der stärksten Bezirksfraktionen wieder beseitigt hätte. Aber in fünf Bezirken verfügt die PDS allein über mehr Sitze als CDU und SPD zusammen, hier wird man an einer Zusammenarbeit nicht vorbeikommen. Nur in vier Ostbezirken ergibt sich eine Mehrheit für eine „große“ Koalition aus SPD und CDU, aber ob nicht auch dort breitere oder andere Bündnisse geschlossen werden, wird sich zeigen.

Im Westteil der Stadt hat die CDU nunmehr in sieben von zwölf Bezirken die absolute Mehrheit der Sitze, nur in vier Bezirken im alten Stadtkern Westberlins sind rechnerisch entweder rot-grüne Mehrheiten oder große Koalitionen denkbar. In einem oder zwei dieser Bezirke werden erstmals grüne BürgermeisterInnen gewählt werden. Auf Bezirksebene wird es also alle nur denkbaren politischen Konstellationen tatsächlich geben – mit einer Ausnahme: Während selbst die Bündnisgrünen in einem Bezirk (Kreuzberg) die Mehrheit stellen, verloren die ehemals in Berlin mit absoluten Mehrheiten herrschenden Sozialdemokraten ohne Ausnahme überall den ersten Platz.



Foto: Ilja C. Handl

**W**ie jedes Jahr wird der Deutsche Bundestag in der letzten Woche vor den Weihnachtsferien pflichtgemäß seine Debatte zum „Tag der Menschenrechte“ führen. Im Plenarsaal wird es viele freie Plätze geben, die Reden werden kurz sein, und wie immer zu diesem Anlaß werden sie sich in bemerkenswerter Weise ähneln. „Beifall im ganzen Hause“ welcher Abgeordnete liest diese Anmerkung nicht gern im Protokoll?

Der Staatsminister des Auswärtigen Amtes wird den durch seinen Chef geführten „kritischen Dialog“ begründen. An dieser Stelle wird möglicherweise eine gewisse Unruhe entstehen. Manche Zuhörer werden sich an die nur wenige Wochen zurückliegende und bisher einzige Abstimmungsniederlage der Bundesregierung erinnern – der Regierung, nicht der Koalitionsfraktionen. Etwa fünfzig ihrer Mitglieder haben mitgewonnen, sie haben bewiesen, daß die parlamentarische Demokratie nicht so schlecht ist wie ihr öffentlicher Ruf. Niemand ist gegen den Dialog, schon gar nicht den kritischen. Aber das kann nicht bedeuten, daß man den menschenverachtenden Regimes dieser Welt alles durchgehen läßt.

Es war zu hoffen, daß Außenminister Kinkel, dessen Stuhl trotz aller Dementis seit diesem Tag beträchtlich wackelt, die Lehren aus seiner Niederlage zieht. Er hat es nicht getan, denn statt den iranischen Außenminister auszuladen, wie es der Bundestag forderte, hat er die ganze Islam-Konferenz verschoben. „Ich respektiere das Votum des Parlaments“ sagt er öffentlich. Aber er meint etwas anderes: Lassen wir einige Wochen Gras darüber wachsen, aber unsere Iran-Politik wird sich um kein Jota ändern. Schon werden die ersten Erklärungen nachgeschoben: Keineswegs wäre die Torpedierung des Nahost-Friedensprozesses Bestandteil der offiziellen iranischen Politik. Demnächst könnte es auch Erläuterungen maßgeblicher bundesdeutscher Islamisten geben, etwa so: Der Begriff „Strafe Gottes“ wäre für den Islam ganz üblich und deshalb würde er auch im Fall eines politischen Mordes verwendet. Mit Israel hätte das eigentlich gar nichts zu tun.

Wenn schon nicht Kinkel, hat denn wenigstens der Bundeskanzler etwas gelernt? Er meint ja immer, schon alles zu wissen, und den Buddha-Vergleich der Opposition hat er prächtig pariert. Indes könnte er in Asien wirklich noch einiges lernen, weniger allerdings von den Fossilien der chinesischen KP als beispielsweise vom Dalai Lama, aber den besucht er ja nicht. Statt dessen besuchte er eine Eliteeinheit der chinesischen Armee. Der chinesischen Führung wäre es wohl noch lieber gewesen, Helmut Kohl hätte der Panzerbrigade, die 1989 die Studenten auf dem Tiananmen-Platz niederwalzte, seine Ehrenbezeugung gemacht. Einen großen Unterschied macht das allerdings nicht,

denn natürlich ist die gesamte chinesische Armee in erster Linie ein innenpolitisches Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrument, wie es auch die Armeen in Honeckers und Breschnews Reich waren (und mit Duzfreund Boris' und Gratschows Zeiten hat sich daran wenig geändert). Versuchen wir uns einmal vorzustellen, ein deutscher Bundeskanzler hätte

sich nach Strausberg/DDR begeben, sich dort vor einer NVA-Standarte verneigt, als stünde er mit Freund Mitterrand am Arc de Triomphe. Nichts dazugelernt hat er seit 1989/90, der Kanzler. Eher etwas vergessen. Eine peinliche Entgleisung gegenüber der chinesischen

Demokratiebewegung.

Was bleibt übrig von den Aktivitäten des Menschenrechtlers Kohl? Bei seiner vorigen China-Reise hatte er eine Liste mit den Namen von achtzehn Gefangenen überreicht, jetzt nahm er die Liste auf Begehren von Amnesty International wieder mit auf die Reise: Drei Namen fehlten. Ein armseliges Ergebnis für zwei Jahre „kritischen Dialogs“

Es ist richtig, gute Wirtschaftsbeziehungen zu China anzustreben. Es ist aber grundfalsch, allein darauf die Hoffnung auf eine rechtsstaatliche Entwicklung zu begründen. Es ist auch nichts gegen stille Diplomatie zu sagen, aber in manchen Fällen ist sie sogar kontraproduktiv und wird von den Menschenrechtsverachtern als Ermunterung verstanden.

Zum Beispiel in Nigeria. Seit zwei Jahren terrorisiert die Militärjunta das Volk der Ogoni und streicht die Milliarden Gewinne ein, zu der ihr die Shell AG verhilft. Seit zwei Jahren sind die Menschenrechtsverletzungen bekannt, aber es mußte erst zu dem schändlichen Justizmord an Ken Saro-Wiwa und seinen Mitstreitern kommen, ehe die Politiker des Westens reagieren. Jetzt sind sie „betroffen“ oder „erschüttert“ oder äußern „Zweifel“ an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens. Wer gute Wirtschaftsbeziehungen mit Diktaturen anstrebt, muß wissen, welche Verantwortung er sich damit auflädt. Das gilt für Shell, mehr aber noch für die Politik. Hier hilft stille Diplomatie oder Dialog nicht mehr, hier hilft nur noch ein konsequentes Öl-Embargo gegen die Junta. Man sollte es nicht bei der überraschenden Wiederentdeckung des Commonwealth bewenden lassen: Die Europäische Union ist zu Sanktionen aufgefordert und mit ihr die Bundesrepublik, die sich nicht aufgrund mangelnder Aktienanteile oder zeitweise ausgesetzter Rüstungsexporte beruhigt zurücklehnen darf. Es ist ein immer noch weit verbreitetes Ammenmärchen, daß durch einen Boykott vor allem das Volk leidet. In einer Diktatur sind in erster Linie die Machthaber durch ihn gefährdet. Man sollte endlich einmal darauf hören, welche Forderungen die Opfer des Terrors selbst erheben.

Gerd Poppe

**M**an sollte aber nicht denken, daß es der Ost-West-Gegensatz allein ist, der zur politischen Zerrissenheit führt. Eine differenzierte Wahlanalyse macht das deutlich.

Während für die Einschätzung des politischen Ergebnisses der Wahlen nur die Mandatsverteilung ausschlaggebend ist, die auf der Stimmverteilung der Wähler beruht, ist für die Diskussion über gesellschaftliche Einflußfaktoren die ganze Bevölkerung wichtig. Die Repräsentativität der in das Abgeordnetenhaus gewählten Parteien sinkt dramatisch. Über 40 Prozent der über achtzehnjährigen Berliner haben entweder nicht gewählt, waren als Ausländer von der Wahl ausgeschlossen oder wählten Parteien, denen von vornherein keine Chance zugesprochen wurde, Parlamentssitze zu erringen. Selbst eine große Koalition mit Zweidrittelmehrheit der Sitze hat nicht mehr als 36 Prozent der Stimmen der Berliner über achtzehn Jahre erhalten.

Die Konsensfähigkeit der Politik gegenüber den Bürgern wird dadurch in Frage gestellt, daß sich immer deutlicher unterschiedliche sozial-kulturelle Milieus verfestigen, die auch politisch immer weiter auseinanderdriften.

□ *Absteigende Innenstadt im Westen: Das Revier der Bündnisgrünen* Im alten Innenstadtkern von Westberlin lebt in den heute weitgehend sanierten ehemaligen Arbeitervierteln eine stark gemischte Bevölkerung von weniger gebildeten und sozial schwächeren deutschen und ausländischen Familien, sehr vielen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, aber auch – hinter den restaurierten Gründerzeitfassaden von Akademikern und neuen Selbständigen in der gleichen Nachbarschaft zusammen. Neben den Milieus der Ausländer prägen auch viele kulturelle und soziale Einrichtungen der heute etablierten Alternativszenen die Nachbarschaften. Hier ist das Durchschnittseinkommen weit niedriger und die Arbeitslosigkeit deutlich höher als in den PDS-Milieus im Osten der Stadt, aber das Bildungsniveau ist hoch, es gibt vergleichsweise viele Selbständige und vergleichbar wenig deutsche Arbeiter. Hier können sich wegen des hohen Ausländeranteils nur weniger als die Hälfte der Erwachsenden überhaupt an der Wahl der im Parlament vertretenen Parteien beteiligen. Unter den wenigen Wählern haben hier die Bündnisgrünen ihre stärkste Stellung, SPD und CDU schneiden weit unterdurchschnittlich ab (Kreuzberg, Tiergarten, Schöneberg).

□ *Traditionslos-konservatives Milieu mit starkem Arbeitereinschlag* Hiervon scharf abgegrenzt sind die ruhigeren und langweiligeren Viertel der deutschen Angestellten und Arbeiter, der westlichen Mit-

telschichten. Hier leben die älteren, weniger gebildeten Menschen mit mittlerem Einkommen. Früher oft vor dem Umzug aus den alten Arbeiterbezirken in die Hochhäuser des sozialen Wohnungsbaus

waren diese mittlerweile relativ aufgestiegenen Arbeiterschichten ein stabiles SPD-Milieu. Heute sind die SPD-Politiker diesem Milieu entfremdet, die Wahlenthaltung ist hoch, es werden vergleichsweise häufig Splitterparteien gewählt, hier sind die fremdenfeindlichen Ressentiments und sozialen Frustrationen verbreiteter als anderswo, es herrscht eine relative Feindschaft zum alternativen Milieu und es gibt sicher ein Potential für rechtsextreme Parteien. CDU und rechte SPD geben den Ton an. Hier hat entweder die CDU allein das politische Sagen oder sie findet allemal eine große Koalition (Tempelhof, Reinickendorf, Spandau, die überwiegenden Teile Neuköllns und Wedding).

□ **Bürgerlich-liberales Milieu** Ein solches Milieu bildete sich in den Wohnvierteln der bessergestellten Mittelschichten, der Beamten und der Selbständigen, wo sich die Bevölkerung noch am stärksten an der Wahl beteiligt und ihre Stimmen auf die drei Westparteien konzentriert. Türkische Berliner und soziale Problem-

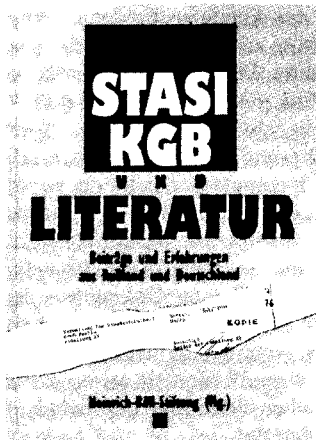
fälle sind hier weniger vertreten, die Durchschnittseinkommen sind die höchsten in Berlin. CDU und Bündnisgrüne schneiden überdurchschnittlich ab. Die Grünen haben hier nachweisbar die ehemals recht starke FDP beerbt, und allein in diesem Milieu wären Experimente in Schwarz-Grün nicht ganz ohne gesellschaftlichen Boden. Dafür würde genau wie im traditionslos-konservativen Milieu jedes Augenzwinkern zur PDS für die jeweilige Partei mit herben Wahlverlusten bestraft (Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz, mit Einschränkungen Charlottenburg).

Die Westberliner bilden insgesamt für sich ein Milieu gegenüber den Ostdeutschen: Diese haben eigene Codes und Zeichen der Zugehörigkeit, die über die gemeinsame regionale Herkunft hinausgehen. Die gemeinsam erlebte Geschichte, eine unscharfe, doch deutlich gespürte Bevorzugung sozialer und Gemeinschaftswerte, erkennbare Konsumgewohnheiten, mehr noch, bestimmte Ressentiments gegenüber den marktorientierten, individualistischen, vermeintlich rücksichtslosen und gefühlkalten Wessis sowie die täglich erlebte Bestätigung dieser Ressentiments durch die Wirklichkeit bilden den Stoff, aus dem die Differenzierungen ge-

webt werden. Innerhalb dessen finden sich allerdings auch im Ostteil unterschiedliche Milieus.

□ **Das PDS-Milieu** PDS-Wähler so der übereinstimmende Befund sind weniger die Einigungsverlierer als diejenigen, die sich ihre Selbstachtung und ihre Identität auf Basis ihrer DDR-Biographie nicht nehmen lassen wollen. Sicher auch diejenigen, die weiterhin sehr auf soziale Versorgung und eine spezifische „Betreuung“ ausgerichtet sind. Im Ostteil der Stadt kann man die sozial bessergestellten, besser gebildeten, jüngeren und kinderreicheren Milieus in den neuen Plattenbauvierteln als den Kern des PDS-Potentials erkennen und gerade nicht diejenigen, die im Vereinigungsprozeß unter die Räder gekommen sind. In den sozialen homogenen und nahezu ausländerfreien PDS-Hochburgen enthält sich ein massiver Teil der Bevölkerung (fast 40 Prozent) der Stimme und ist ein rechtsradikales Potential latent. Bei den Wählern erzielt die PDS zum Teil mehr als CDU und SPD zusammen, die Bündnisgrünen spielen kaum eine Rolle. In diesen Milieus ist noch am meisten von der relativen sozialen Gleichheit der alten DDR vorhanden, herrscht wohl noch am stärksten ein Selbstbewußtsein und eine eigene Identität.

## Schriften der Heinrich-Böll-Stiftung



### Stasi, KGB und Literatur

Beiträge und Erfahrungen aus Rußland und Deutschland.  
216 S., br., zahlreiche Fotos und Dokumente,  
DM 15,- (zzgl. Versandkosten).

Autoren: György Dalos, Anatoli Pristawkin, Elke Erb, Efim Etkind, Wolfgang Ullmann, Oleg Kalugin, Matthias Braun u. a.

Aus dem Inhalt: Der Einfluß des MfS auf die Literatur und Kunstentwicklung in der DDR. Die Literatur unter dem Joch des KGB. Die Geschichte des Samisdat. Die KGB-Akten über Anna Achmatowa.



### Dem Erinnern eine Chance

Die Jenaer Poetik-Vorlesungen  
„Zur Beförderung der Humanität“ in den Jahren  
1993/94.

Herausgegeben von Edwin Kratschmer.  
192 S., br., Fotos, DM 12,- (zzgl. Versandkosten).

Mit Beiträgen von Andrzej Szczygiorski, Herta Müller, Adolf Endler, Jürgen Fuchs, Pavel Kohout, Wolf Biermann, Elazar Benyoët u. a.

### DIE BALTISCHEN STAATEN

Entwicklungskonzepte im Dialog  
Handbuch der Deutsch-Baltischen Beziehungen

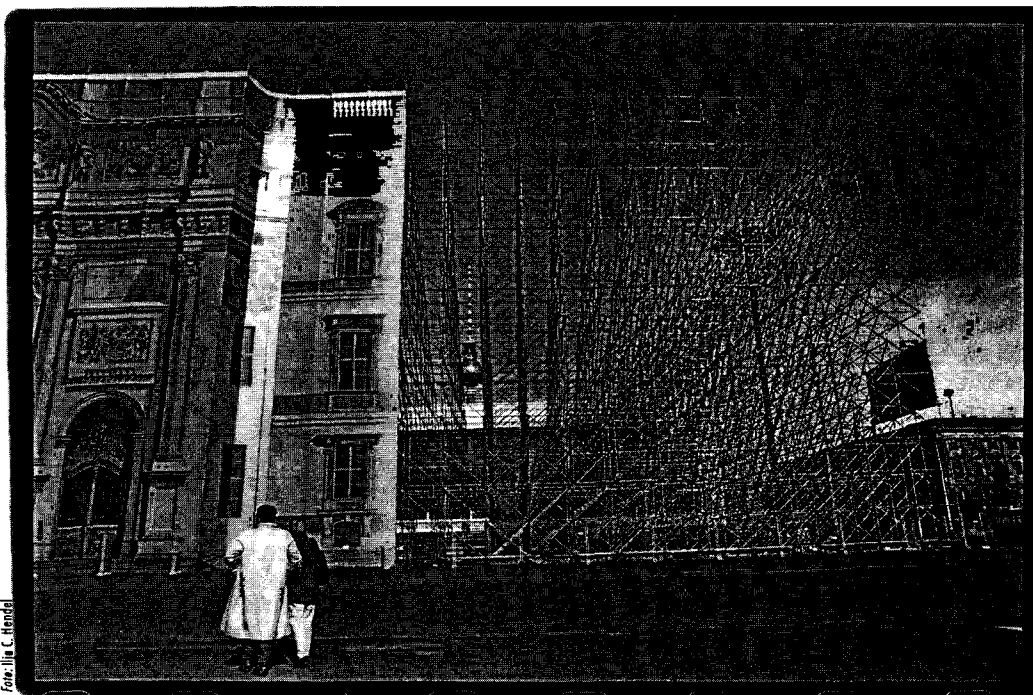
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Baltischer Christlicher Studienverband e.V.  
(Hrsg.)

### Die Baltischen Staaten

Entwicklungskonzepte im Dialog. Handbuch der Deutsch-Baltischen Beziehungen.  
Zusammengestellt und bearbeitet von Andrejs Urdze.  
288 S., br., DM 15,- (zzgl. Versandkosten).

Mit einer Darstellung deutsch-baltischer Projekte, einem umfangreichen Adressenverzeichnis sowie Beiträgen von Hans-Dieter Lucas, Eckhard Stratmann-Mertens, Ruth Kibelka, Jānis Jurkāns, Pēteris Cimdiņš und Mārtiņš Būmanis.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5-11, 50667 Köln, Tel.: 0221-20 71 10



tät, die eben zum Teil mit dem spezifischen PDS-Politikangebot verschmilzt. Hier werden nur diejenigen viele Stimmen bekommen, die auch auf die Gefühlslage und die Bedürfnisse dieses DDR-geprägten Milieus eingehen (Hohenschönhausen, Marzahn, Hellersdorf und Mitte).

□ *Gemischte Milieus im Ostteil* Davon zu unterscheiden sind verschiedene Regionen, die nicht so einheitlich geprägt sind und auch politisch andere Farbtupfer aufweisen, wie der Bezirk Weißensee, der politisch schon leicht bürgerlich geprägt ist, Köpenick und Treptow die traditionellen SPD-Arbeiterbezirke oder der Bezirk Prenzlauer Berg, der mittlerweile unbestritten der Ort der Lebensstilavantgarde geworden ist. Hier gibt es vielleicht Ansatzpunkte für neue Entwicklungen, die auf ein neu gefundenes Selbstbewußtsein aufbauen können, allerdings gibt es hier auch mehr Verlierer im Vereinigungsprozeß, die schwierigeren sozialen Problemlagen, mehr Arbeitslosigkeit, niedrigeres Einkommen und kleinere Haushalte als im PDS-Milieu. Derzeit aber überlagert der Ost-West-Milieuenterschied noch diese bescheidenen Differenzierungsansätze.

In dieser wahrlich zerklüfteten politischen Landschaft sind die großen Parteien völlig orientierungslos. Die CDU repräsentiert weniger politische Programmatik, als daß sie zentrale Orientierungen verkörpert: wirtschaftliche Stärke und Leistung, daraus abgeleitete Macht und die Fähigkeit, mit ihr umzugehen, Sicherheit nach außen und durch einen starken Ordnungsstaat auch nach innen. Hinzu kommen einige Grundwerte: Familie, Fleiß, eigene Anstrengung, die Hochschätzung eines mit Eigenheim und Auto materialisierten Lebensstils sowie politi-

sche Grundsätze wie Erhaltung der sozialen Komponenten der Marktwirtschaft und die leistungsgerechte Ausgestaltung des Sozialstaats. Diese Orientierungen, wozu auch die Abgrenzung der deutschen Lebensart gegen Ausländer, Einwanderer oder multikulturelle Anwendungen gehört, machen überall den Grundbestand des politischen Erfolgs der Union aus.

Zur Lösung der Fragen, wie die sozialen Spannungen, die stadtplanerischen Herausforderungen, der gewachsene Anspruch auf direkte Bürgerbeteiligung und die Verwerfungen der Ost-West-Spannungen in Berlin gelöst werden sollen, bieten sich alle diese in fünf Jahrzehnten Bundesrepublik so eminent erfolgreichen politischen Versatzstücke nicht an. Das einzige Rezept der Berliner CDU ist das Hoffen auf die Zukunft. Sie thematisiert allenfalls die innere Sicherheit, den Antikommunismus, die Autofahrerinteressen und das Versprechen der Stabilität des sie tragenden Westmilieus. Die Berliner CDU sagt deshalb auch gar nichts über Berlins Probleme oder Zukunft, sie akzentuiert ihre Abgrenzung gegen alle anderen Parteien und wartet in einer vermeintlichen Position der Stärke ab. Um ihres Überlebens willen muß sie an der vollständigen Ausgrenzung der PDS festhalten, nur das garantiert ihr die Aussicht auf große Koalitionen. Sie hat sich durch einen demagogischen Wahlkampf – der freilich ganz dem begrenzten geistigen Horizont und den eingeschliffenen politischen Vorurteilen des Berliner Landesverbandes entsprach – selbst alle möglichen Partner verprellt. Das Abgeordnetehaus ist politisch so tief gespalten wie nie zuvor: Die Berliner SPD als Partner der großen Koalition ist am Boden zerstört und demoralisiert, zu den Grünen und zur PDS hat die Berliner CDU keiner-

lei Kontakt- oder auch nur Verständnismöglichkeit. Da die große Koalition geschlossen vor der Wahl über die wahre Haushaltslage die Berliner belogen hat, wird das bereits vor den Koalitionsverhandlungen beschworene drastische Sparprogramm allerdings auch die westlichen CDU-Anhänger vor eine harte Probe stellen. Die CDU lebt in Berlin politisch ganz von der Spaltung der Stadt und der Bewegungsunfähigkeit der SPD

**D**ie SPD lebt seit je davon, gegen die bürgerliche Politik ein inhaltliches Reformprogramm aufzustellen und erfolgreich für die Verbesserung der sozialen Lage von Arbeitern und An-

gestellten einzutreten; in erster Linie durch Ausbau der tarifvertraglichen Leistungen und der sozialstaatlichen Absicherung, des Ausbaus des Bildungssystems und durch sozialen Wohnungsbau. Als historisches Projekt wurde all dies irgendwann in den siebziger Jahren erfolgreich abgeschlossen. Seitdem steht die SPD objektiv vor der Alternative, ob sie mit den Grünen ein neues politisches Feld besetzen oder mit ihrer alten Stammwählerschaft eine populistisch-soziale Politik machen sollte. In Berlin leistete sich die SPD den kapitalen Fehler in eine große Koalition zu gehen, ohne diese Streitfrage zu klären. Infolgedessen machte sie rechte Politik möglich, ohne von ihr überzeugt zu sein, aber auch ohne selbst entweder sozial-populistische Interessen oder ökologisch-soziale Perspektiven zu artikulieren. Die Beobachter müssen nach der Wahl erstaunt zur Kenntnis nehmen, daß auch das lokale SPD-Führungspersonal offenbar in totaler Unkenntnis der Emotionen und Wünsche der eigenen Basis agiert hat und dem allseits heftig verbreiteten Wunsch nach ein wenig sozialdemokratischer Identität so gar nicht Rechnung getragen hat.

Die Berliner SPD-Basis war vor der Wahl Umfragen zufolge etwa fifty-fifty in der Frage „Große Koalition oder Rot-Grün“ gespalten. Als falscher Kompromiß wurden im Wahlkampf zur Beruhigung der einen Hälfte nicht die SPD-Erfolge in der Regierung herausgestellt, zur Beruhigung der anderen Hälfte aber auch nicht die Weichen auf Rot-Grün gestellt, so daß wiederum völlig offen blieb, was die SPD in Berlin nun eigentlich will. Immerhin erreichten die SPD-Rechten, daß als Motto für den Wahlkampf zunächst das CDU-Motto der letzten Bundestagswahl („Sicher in Zukunft“) plakatiert



wurde als die CDU hämisch darauf hinwies, schützte man ein Versehen der Werbeagentur vor und daß selbst die Spitzenkandidatin jeden Angriff auf den Koalitionspartner im Wahlkampf vermied. Als dann in der Wahlnacht der Einbruch festgestellt werden mußte, brach sich allerdings die Enttäuschung auch bei allen Bahn: Die Anhänger der großen Koalition waren ernüchtert, daß ihnen ein Quasi-CDU-Kurs nicht von den Wählern honoriert wird, die „Linken“ sahen sich natürlich bestätigt und versuchen nun mit aller Macht, wenn schon nicht Rot-Grün, so doch wenigstens die Tolerierung zu erzwingen. Aus dieser Lage entstand die unsinnige Lesart der „Besinnungspause“ die diese traditionsreiche Partei nach der großen Niederlage brauche. Tatsächlich hat sie eine Richtungsentscheidung nötig, genau die, zu der sie seit Jahren nicht imstande ist. Die SPD hätte in Berlin den Abstieg von 60 Prozent auf nunmehr 24 Prozent auch gut entweder mit einer populistischen Arbeiterpolitik oder mit einer rot-grünen Zukunftsperspektive hingekriegt. Sie hätte dann allerdings heute bei dem Rest ihrer Wähler noch ihre Glaubwürdigkeit behalten und könnte so eine Zukunftsperspektive aufbauen. Trotz des vehementen Wehklagens der Parteibasis wäre derzeit jede andere Entwicklung als eine Neuaufgabe der großen Koalition und eine Fortsetzung der Perspektivlosigkeit einem Wunder gleichzusetzen.

**D**ie Bündnisgrünen müssen sich auf neue Herausforderungen einstellen. In Ostberlin bestätigt die Korrelationsanalyse des Wahlergebnisses, daß kein Wählerpotential so weit auseinanderliegt, wie das ihre und das der PDS. Die Bündnisgrünen haben mit einer Ostberliner Spitzenkandidatin ihre dramatischen Stimmenverluste aus den letzten Wahlgängen deutlich wieder wettmachen können. Sie haben die Chance, zumindest in gewissen Teilen Ostberlins als Alternative zur PDS und zu den perspektivlosen großen Parteien zu wirken: ohne hysterische Abgrenzung, ohne Furcht vor Gemeinsamkeiten in praktischen politischen Fragen, aber mit dem bewußten Ziel, eine Alternative zum politischen Gegner zu zeigen. Die Chancen der Bündnisgrünen liegen in Berlin darin, daß sich in den Bezirken alle möglichen Konstellationen ausprobieren lassen. Je nach Lage muß versucht werden Mehrheiten für grüne Inhalte zu finden: in Ostberlin auch mit der PDS, im Westen in der niedergehenden Innenstadt mit der SPD und in den bürgerlich-liberalen Bezirken, dort wo es geht, auch mit der CDU. Dieser Kurs ist natürlich weitaus schwieriger als die bisherige Strategie des langfristigen Aufbaus eines rot-grünen Reformbündnisses. Zur notwendigen neuen Kursbestimmung gehört

rotz des niedrigen Quorums der einfachen Mehrheit von 25 Prozent der Wahlberechtigten mag sich im Mai also ein überraschendes Ergebnis zeigen, das die beteiligten Landespolitiker vielleicht dazu verurteilt, sich nach lange mit der sperrigen sozialen Realität Berlins auseinanderzusetzen. Statt einer Flucht vor den Problemen der Hauptstadt hätte die Berliner Politik zuallererst die Aufgabe der Überwindung der Ost-West-Gegensätze in der Stadt anzugehen.

ein größeres Maß an Unabhängigkeit, neuen Ideen und auch unkonventionellen Vorschlägen, als in der letzten Zeit in der Routine der Alltagspolitik sichtbar wurde. Die Schärfung des eigenen Profils auch im Hinblick auf ein überzeugendes Zukunftsbild einer ökologischen und sozialen Metropole, Verteidigung demokratischer-freiheitlicher Spielräume und die Stärkung von individueller und sozialer Verantwortung im Gemeinwesen sind ein politisches Feld, von dem aus die Bündnisgrünen ihre Identität gegenüber den anderen Parteien bewahren und gleichzeitig in Sachfragen unterschiedliche Parteikonstellationen zur Durchsetzung praktischer Maßnahmen finden können.

Die PDS hat zunächst einmal genügend Wahlerfolge, um ihre inneren Widersprüche zu verdecken. Sie hält nur mühsam ein im Kern konservatives Wählerpotential mit einem manchmal sogar alternativ angehauchten Auftreten zusammen. Für kommunale Verwaltung wird sie allemal genügend Kompetenzen aus alten Zeiten mitbringen. Um von sich aus die politische Isolierung zu durchbrechen, müßte sie sich von ihrem in DDR-Zeiten diskreditierten Personal trennen, wozu sie offenkundig bislang nicht bereit ist. Zukünftige Zusammenarbeit muß dennoch daran gemessen werden.

Die sicherste Strategie, die Spaltung aufrechtzuerhalten, bestünde darin, den bisherigen Kurs der vollständigen Ausgrenzung fortzusetzen. An der PDS vorbei wird es keine „normalen Beziehungen“ zwischen der Bevölkerung in West

und Ost geben, also muß auf der praktischen Ebene der Druck verstärkt werden, daß die PDS ohne belastete politische Repräsentanten Teil demokratischer Politik wird.

**I**n der aktuellen Landespolitik zeichnen sich hingegen ganz andere Prioritäten ab. Die Berliner Stadtpolitik bereitet sich bereits auf die Volksabstimmung im Mai 1996 vor, die über die Vereinigung mit dem Land Brandenburg entscheiden soll. Auch aus diesem Grund war der Wahlkampf nur gedämpft: Alle Landespolitiker erwarten eigentlich, daß 1995 das letzte Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Die zukünftige Stadtverwaltung wird zwischen den Bezirken und der Landesregierung in Potsdam eine schwache Position haben, schon deshalb, weil die Berliner Landespolitiker wie gebannt auf das zukünftige neue Land schauen und es keine selbstbewußten BürgerInnen gibt, die für die Interessen einer eigenständigen Hauptstadt streiten. Es sieht so aus, als würden die Fusionsbefürworter in der CDU, der SPD und bei den Bündnisgrünen vor den enormen sozialen und kulturellen Problemen fliehen, um sich entweder in den Lokalpatriotismus des Kiezes oder in relativ ferne Ministerien zurückzuziehen. Für die politische Zukunft der Hauptstadt Berlin sind das sehr schlechte Aussichten.

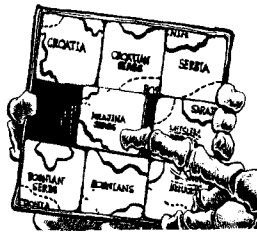
Fraglich ist allerdings, ob hier nicht schon wieder eine Rechnung ohne die WählerInnen gemacht wurde. So gab es bei der Volksabstimmung zur neuen Gesamtberliner Landesverfassung (ein inzwischen ungeliebtes Erbstück der Wende), die zeitgleich mit den Wahlen stattfand, bis zu 35 Prozent Gegenstimmen, wesentlich aus dem Grund, daß die Verfassung eben jene Auflösung des Landes Berlin ermöglicht, die von vielen durchaus nicht erwünscht ist. In Brandenburg sind nicht einmal die Parlamentsparteien einheitlich dafür, die PDS lehnt die Fusion sowieso ab. Es ist etwas unerfindlich, wie die allgemeine politische Stimmungslage der Stadt, in der im November noch niemand sichtbar ist, der überhaupt regieren kann und will, sich bis zum Mai in einen hochgestimmten Aufbruch in ein neues Land wandeln soll. Trotz des niedrigen Quorums der einfachen Mehrheit von 25 Prozent der Wahlberechtigten mag sich im Mai also ein überraschendes Ergebnis zeigen, das die beteiligten Landespolitiker vielleicht dazu verurteilt, sich noch lange mit der sperrigen sozialen Realität Berlins auseinanderzusetzen. Statt einer Flucht vor den Problemen der Hauptstadt hätte die Berliner Politik zuallererst die Aufgabe der Überwindung der Ost-West-Gegensätze in der Stadt anzugehen. ■

**D**er amerikanische Botschafter in Kroatien Peter Galbraith, einer der beiden Unterhändler in Sachen „Ostslawonien“ nannte das am 12. November unterzeichnete Abkommen zur Wiedereingliederung dieser noch okkupierten Gebiete im Osten Kroatiens „historisch“. Dieses Epitheton muß sich allerdings erst noch seine Rechtfertigung verdienen. Aber wie ist es überhaupt zum Abkommen gekommen? Weder die intensive Pendeldiplomatie zwischen Zagreb und Vukovar noch die grundsätzliche Einigung zur friedlichen Lösung des Problems zwischen Milosevic und Tudjman in Dayton haben bei den serbischen Besatzern in Ostslawonien zum Einlenken geführt. Einen Tag vor dem Abkommen ließen sie noch einmal die Unterhändler in Osijek sitzen. Tudjman hatte in der Zwischenzeit den militärischen Druck intensiviert. Teilmobilisierung wurde angeordnet und massive Rüstungstransporte nach Osijek und Umgebung deuteten auf einen unmittelbar bevorstehenden Waffengang. Also mußten die Amerikaner Milosevic in Dayton zu verstehen geben haben, daß sie die Kroaten gewähren lassen werden, und dieser wiederum seinen Handlagern signalisiert haben, daß es für eine friedliche Lösung fünf vor zwölf sei. Von einem Abkommen, das also unter solch einem massiven Druck zustande kam, wird ohne weiteren Druck gleicher Qualität nichts verwirklicht werden können. Die serbischen Okkupanten hatten nämlich die ganze Zeit versucht, das Wesen der Verhandlungen die Wiedereingliederung des besetzten Gebietes in Kroatien – auszuklammern. Das Einlenken ist für sie jetzt sehr schmerzlich, und sie wären eher bereit gewesen, die militärische Konfrontation zu riskieren, trotz der niederschmetternden Erfahrung in der sogenannte Krajina. Ohne Belgrad, das noch immer fest in Milosevics Hand ist, wäre dies freilich selbstmörderisch gewesen. Der serbische Unterzeichner versuchte dennoch die Bedeutung des Abkommens zu verwischen, sprach nur von einer Übergangszeit, ohne zu sagen, Übergang wohin, und von einem nicht näher gekennzeichneten, „Gebiet“. Sonst hätte er Kroatien und sein Staatsterritorium nennen müssen.

Wie sind die Aussichten? Sicherlich ist Zagreb nicht bereit, irgendwelche Verzögerungen hinzunehmen, und die Amerikaner haben es auch eilig, diesen Schlamassel in Europa endlich abzuhaaken. Kroatischerseits spielt dabei auch die Schlappe eine Rolle, die sie in Bosnien-Herzegowina beziehungsweise in Mostar mit dem neuen Abkommen über die bosnisch-kroatische Föderation hin-

nehmen mußten. Den hercegovinischen Hardlinern wird nicht viel weniger zugemutet als jenen Serben in Vukovar. Beharrlich haben sie alle Anstrengungen des EU-Administrators in Mostar, Hans Koschnick, die geteilte Stadt wieder zusammenzuführen, abgeblockt. Zwar haben auch lokale moslemische Machthaber – etwa in Bugojno und Travnik – den Aufbau der Föderation sabotiert, doch nicht soviel daran verdient, wie „Herceg-Bosna“ und seine Mafia, die durch eigene Zölle und andere „Gebühren“ sowie illegalen Handel in kürzester Zeit ein riesiges Vermögen anhäuften.

## Übergang in Ostslawonien



Die Auflösung dieser parastaatlichen Struktur ist ein herber Schlag gegen jene kroatischen politischen Kräfte, für die ein Anschluß Hercegovinas an Kroatien so gut wie abgemachte Sache war. Dafür muß Tudjman jetzt schnellstens Erfolge gegenüber den Serben in Vukovar vorweisen, und er wird alles daran setzen, daß das Abkommen nicht bloß Papier bleibt. So schnell wie bei den Blitzoffensiven im Mai und August sind hier Erfolge nicht zu erzielen, dafür können sie von ganz anderer Qualität sein und in der Tat eine historische Wende einleiten. Dies hängt allerdings in erster Linie davon ab, was die vereinbarte UN-Verwaltung für das Gebiet Baranja-Srijem-Ostslawonien leistet – und der Test dafür wird schon mit der vereinbarten Entwaffnung der Serben beginnen. Die Rückkehr der Vertriebenen wird das Schwierigste, aber gerade auch die Hauptsache sein. Das amerikanische Engagement gibt Hoffnung, daß der vereinbarte 14-Punkte-Plan nicht eine Neuauflage des UNPROFOR-Mißerfolgs wird. Doch Kroatien könnte seinerseits auch viel tun, damit es zu einem Erfolg kommt. Dafür müßte Tudjman allerdings über den eigenen Schatten springen. Denn jetzt heißt es, diese Gebiete

mit politischen Mitteln dem kroatischen Staat wiederinzugliedern, und so muß man denn auch eine entsprechende Politik machen.

Mit der geplanten Übergangsverwaltung für Ostslawonien sind dieses Gebiet und die im Westen befreiten Gebiete eine Art Zwilling geworden. Was die kroatische Regierung in Knin und Umgebung macht, wirkt sich direkt auf Vukovar aus. Und sie hat dort so gut wie nichts gemacht, um ihrem selbstauferlegten Anspruch zu genügen, diese Territorien nicht auf Kosten der dort lebenden Serben unter eigene Souveränität zu stellen.

Ich habe in der *Kommune* 11/95 darauf hingewiesen, daß die geflohenen Serben die Rückkehr als einzelne Menschen und Bürger antreten können. Das bedeutet einen Einschnitt in das kollektive Verhalten. Damit ist aber keineswegs gemeint, daß sie als Minderheit auf keine besonderen Schutzrechte Anspruch hätten. Es wäre töricht zu meinen, daß individuelle und kollektive Rechte sich ausschließen. Konkret heißt das, daß ein jeder für sich (und seine Familie) entsprechende Dokumente für die kroatische Staatsbürgerschaft beantragen muß, um in seinen Heimatort zurückzukehren. Aber es muß auch klar sein, daß nach der Rückkehr nicht bloß Bürgerrechte sondern auch Minderheitenrechte garantiert werden. Leider ist das gegenwärtig für beide Art Rechte nicht der Fall. Die kroatische Administration verschleppt nachweislich die Verfahren für die Rückkehr der geflüchteten Serben. In Ungarn warten einige Tausend Serben mit ihren Familien auf ihre kroatischen Dokumente oder die Möglichkeit, sie bei der dortigen Botschaft wenigstens beantragen zu können. Einige von ihnen leben sogar von dem Geld, das ihre Familienmitglieder aus Kroatien schicken.

Das kroatische Parlament hat im Schnellverfahren – wie es das meistens tut – das Gesetz über Autonomierechte und andere die Serben in Kroatien betreffende Gesetze mit einfacher Mehrheit suspendiert. Das sind eindeutig negative Signale davon, daß Monate nach der Offensive keine Ordnung in der „Krajina“ herrscht und den wenigen (meistens alten) Menschen keinerlei Schutz vor marodierenden Banden und Killern gewährt wird, gar nicht erst zu reden.

Wie sich die kroatische Obrigkeit in Gebieten ihrer Zuständigkeit gegenüber Serben verhält, davon wird weitgehend abhängen, was in Ostslawonien geschieht.

Dunja Melcic

# Im Dickicht der Parteienlandschaft

## Wahlen in Rußland

Erhard Stöltzing

**T**rotz seiner gegenüber dem Präsidenten geschwächten Position hat das russische Parlament politisches Gewicht. Es ist zwar keine vollgültige Legislative im westlichen Sinne, aber es ist eine der Hauptbühnen, auf der russische Politik dem russischen Publikum vorgeführt wird. 270 Gruppierungen bewarben sich diesmal, dreißig wurden zugelassen. Hinzu kommt eine große Anzahl unabhängiger Kandidaten. Gemessen an der Zahl der politischen Organisationen und Parteien ist Rußland wahrscheinlich das demokratischste Land der Welt. Wichtiger als die Parteien aber sind die viel weniger zahlreichen Stimmungen. Vor allem über sie werden die Wahlen einen Eindruck von der Situation der russischen Föderation schaffen.

Die Stimmungen sind nicht gut. Hoffnungsfrohe Aufbruchstimmungen gibt es kaum. Einer sehr kleinen Gruppe von Gewinnern der Umbrüche steht eine sehr große Menge gegenüber, der es erheblich schlechter geht. Die soziale Not der russischen Bevölkerung ist inzwischen selbst im Westen hinreichend bekannt. Die Einführung des Kapitalismus hat das Leben der Bevölkerung nicht verbessert, die Mobilisierung antikapitalistischer Einstellungen gilt als politisch erfolgversprechend. Die beschworenen Stimmungen sind aber trotz aller auftauchenden Stalin-Bilder nicht stalinistisch in einem historischen Sinne. Sie sind nostalgisch und lassen zugleich Raum für die neue weitverbreitete Religiosität. Das gemeinsame Auftreten von orthodoxem Kreuz und Stalinbild ist nur für eine Minderheit historisch belehener Personen kurios. Tatsächlich verweist es auf eine einheitliche Stimmung, die sich gegen die Armut, die Schutzlosigkeit und gegen den Westen in Rußland richtet. Die darauf aufbauenden politischen Ideologien, seien sie kommunistisch oder rechtsextremistisch, überschneiden sich entsprechend. Die Kommunisten sind zuweilen antisemitisch und die Faschisten antikapitalistisch. Die aus westlicher Perspektive – überraschendsten Kooperationen sind möglich. Aber sie bleiben prekär, weil jeder Führer einzigartig sein will.



Foto: Andy Himmelsch, Newsweek

**V**ergegenwärtigt man sich den Ausgangspunkt, die früheren freien Wahlen, dann wird eine langsame Entwicklung hin zu institutionalisierten Strukturen, die Orientierungen ermöglichen und präzisieren, erkennbar. Die freien Wahlen der sowjetischen Endzeit krankten daran, daß Kandidaten und politische Gruppierungen schwer einzuschätzen waren. Die Zusammensetzung des ersten frei gewählten Kongresses der Volksdeputierten war selbst nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse kaum zu erraten. Denn es gab kaum identifizierbare Parteien. Erst Abstimmungen im Parlament ermöglichten allmählich begründete Vermutungen darüber, was gewählt worden war.

Die Überfülle von Gruppen, Vereinigungen und Parteien, deren unablässige Tendenz sich weiter zu spalten, zusammenzuschließen, brüchige Koalitionen zu bilden oder spurlos zu verschwinden, verhinderte zunächst eher den Aufbau stabiler Orientierungen. Als politische Orientierungspunkte blieben damit vor allem herausragende Persönlichkeiten übrig, allen voran der jetzige Präsident Rußlands, Jelzin. Der Platz vor der Kamera, der Bericht in den Medien wurde eine Frage des politischen Überlebens. Die personalisierende Strategie der Medien hat ein zumindest gleiches Gewicht wie in den USA. Wer berühmter Politiker werden will und

kein Amt hat, das ihn öffentlich sichtbar macht, muß es daher auf anderem Wege versuchen. Der öffentliche Skandal, dessen Mechanismen der Populist Shirinowskij meisterhaft beherrscht, ist ein besonders beliebtes Mittel. Die politischen Auseinandersetzungen im Parlament und in der Öffentlichkeit wurden unterhaltsamer und vulgärer. Es war gut zu erkennen, daß Politik als ein schmutziges Geschäft verstanden wurde, wobei der nichtöffentliche Teil des Geschäftes eine besondere Bedeutung erhielt.

Im Oktober 1993 veränderte der von Jelzin veranlaßte Sturm auf das Parlamentsgebäude die Situation entscheidend. Dem äußeren Anschein nach handelte es sich um einen Machtkampf zwischen dem demokratisch oder zumindest reformorientierten Präsidenten und den machthungrigen Führern einer dominerenden Gruppe von nationalistischen, reformfeindlichen und verantwortungslosen Fanatikern. Paradoxe Weise wurde die Entmachtung und Auflösung des Parlaments mitsamt ihren militärischen Begleitumständen als Sieg der liberalen Demokraten gegen einen reaktionären Putschversuch interpretiert.

Angesichts dieses scheinbaren Sieges der liberalen Demokraten waren die Entwicklungen, die nach der Entmachtung des alten Parlaments einsetzen, ernüch-

**A**lso hat es der Herausforderer doch geschafft. Lech Walesa muß den Präsidentenpalast, denn er zu seiner Festung ausgebaut hatte, räumen. Nach dem ersten Wahlgang mußte er damit nicht rechnen. Zwar hatte Kwasniewski bei einer Wahlbeteiligung von 65 Prozent mit 34,8 Prozent der Stimmen knapp die Nase vorn. Doch schienen Walesas 33,3 Prozent deshalb schwerer zu wiegen, weil er es nicht nur verstanden hatte, in einer dramatischen Aufholjagd sein Populartätstief (in Umfragen vom Sommer rangierte er bei unter 20 %) zu überwinden, sondern weil er auf die Stimmen aus den Lagern der meisten ausgeschiedenen Mitbewerber hoffen durfte.

Bereits einen Tag nach dem ersten Wahlgang hatte die wichtigste Oppositionspartei, die Union der Freiheit (UW), Walesa ihre Unterstützung zugesagt. Trotz aller bisherigen Kritik an der Politik des Amtsinhabers, erfüllte nur er die Voraussetzungen, um Polens dringende Aufgaben (EU- und NATO-Integration, Stabilisierung der Demokratie und Marktwirtschaft) zu lösen – auch wenn Kwasniewski sie ebenfalls mit Verve propagierte. Dem Pro-Walesa-Votum hatte sich der Präsidentschaftskandidat der UW Jacek Kurón, ausdrücklich angeschlossen. Mit nur 8,9 Prozent der Stimmen war der frühere Arbeitsminister, den sich nicht wenige Intellektuelle aus dem Post-Solidarnosc-Lager als Integrationsfigur im Präsidentenamt gewünscht hätten, deutlich hinter Walesa geblieben. Somit war dieser erneut zur – umstrittenen – Führungsgehalt der zerbrochenen Gewerkschaftsbewegung avanciert. Einen Achtungserfolg hatte der frühere Ministerpräsident Olszewski (7 Prozent) errungen, der dann ebenfalls Walesa unterstützte.

Nach dem Debakel der mit vielen Vor-schußlorbeeren bedachten Notenbankpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz (2,7 Prozent), der heimlichen Favoritin des katholischen Klerus, war Walesa nun allein mit dem Segen der Kirche ausgestattet. Zusammen mit seiner Strategie, die Wählerschaft zu polarisieren und sich selber als Bollwerk gegen die angeblich drohende Wiederkehr des Kommunismus hochzustilisieren mußte auch Walesas Wahlchancen steigern. Zumal unentschlossene Wähler/innen durch die jüngste Affäre aus dem Grenzbereich von Politik und (Fitz-)Wirtschaft noch mehr in ihren Vorbehalten gegen Exkommunisten, die zu Sozialdemokraten konvertiert sind, gestärkt worden sein dürften.

Der Deal mit Vorzugsaktien der drittgrößten polnischen Versicherungsgesellschaft Polisa, in den neben ehemaligen ZK-Mitgliedern der abgehalfterten KP auch die Ehefrauen von Ministerpräsident Oleksy und Präsidentschaftskandidat Kwasniewski involviert sind, paßt nur zu gut in das Klischee von der roten Nomenklatura, die sich die Filetstücke des ehemals volkseige-

nen Vermögens aneigne. „Das Netz der roten Spinne“ hatte die konservative *Zycie Warszawy* getitelt, als sie die Affäre ins Rollen brachte – Immerhin hatte Kwasniewski das Aktienpaket seiner Frau nicht, wie gesetzlich festgelegt, in seiner Vermögenserklärung angegeben. Überdies klingt seine Ausrede, der Fragebogen zur Vermögenserklärung sei zu kompliziert, doch etwas dürftig.

Beim Fernsehduell mit dem plump wirkenden Amtsinhaber hatte der gewandtere Herausforderer allerdings gepunktet. Die Aktienaffäre bleibt bis jetzt genauso unbewiesen, wie der umgekehrte Vorwurf, Walesa habe den Geheimdienst auf sie angewetzt. Bedeutsamer bleiben vier andere Befunde.

1. Zwischen dem heterogenen Post-Solidarnosc-Lager einerseits und der postkommunistischen SDL andererseits samt der mit ihr noch verbündeten Bauernpartei, deren Kandidat, Exministerpräsident Waldemar Pawlak (4,8 Prozent), seine Politikarriere wohl endgültig begraben dürfte, gibt es derzeit keine Annäherungschancen. Kurón und die Mehrheit seiner Partei haben die Kooperationsbemühungen Kwasniewskis ungeprüft beiseite geschoben. Ihr Block mit Walesa könnte sich jetzt als strategischer Fehler erweisen.

2. Der von manchen Schlaumeiern empfohlene Vorschlag, eine Kohabitation à la française auf die politische Kultur Polens zu übertragen (*FR*, 7.11.95), hatte verkannt, daß es seit dem Wahlsieg der Linken 1993 einen intransigenten Dualismus zwischen Präsident und Parlament gab, der sich tendenziell verhärtet hatte. Eine Mehrheit der Wähler hat wohl gerade davon genug gehabt.

3. Nach wie vor ist die Mittelklasse so schwach, daß sie zwischen der dünnen Intellektuellenschicht und den noch breiten Arbeiter- und Bauernschichten zerrieben wird. Die beiden Kandidaten haben das Wahlvolk vor dem Hintergrund einer soziologischen Struktur polarisiert, die von der untergegangenen bis in die Denkkategorien hinein tief geprägt bleibt.

4. Das Wirtschaftsblatt *Nowa Europa* hatte vor dem zweiten Wahlgang festgestellt: Egal, wie der neue Präsident heißt, bleibe Polen berechenbar und werde es für die polnische Wirtschaft keine ernstzunehmenden Veränderungen geben. Das haben auch und vor allem die letzten zwei Jahre bewiesen. Diese Prognose dürfte sich bestätigen.

So wird die scharfe Polarisierung an der Spitze in diesen Wahlen weniger folgenreich sein, als ihre Heftigkeit vermuten ließ. Sie war eher ideologisch und traditionell als sozial und politisch begründet. Der Sieg des sich moderater und versöhnlicher gebenden Kandidaten dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß vielen Wählern vor einer Fortsetzung dieser künstlichen Polarisierung graute.

Jens Becker

## POLEN

### Das Duell

ternd. Die Neuwahlen im Dezember 1993 brachten keinen Sieg der Reformer, sondern ihre Niederlage. Das neue Parlament war eher noch antiliberaler als das alte. Es wurde deutlich, wie isoliert die Liberalen waren. Tatsächlich verstieß Jelzin bald seinen Ministerpräsidenten, den radikalen Wirtschaftsreformer Gajdar, und holte Viktor Tschernomyrdin, der als ehemaliger führender Energiemanager einen wichtigen Teil der alten Führungsschichten repräsentieren konnte: die sowjetischen Wirtschaftsführer. Das versprach eine Verlangsamung der Reform, eine verstärkt autoritäre Führung aber auch ein intimes Wissen um das Funktionieren der fortbestehenden und noch unentbehrlichen Verwaltungsstrukturen. An die Stelle liberaler Schocktherapie trat ein reformerischer Pragmatismus, der versuchte, die Situation zu stabilisieren.

**D**ieser Wandel an der Staatsspitze war Teil einer umfassenderen Kräfteverschiebung. Im Lande mochten die Liberalen immer eine Minderheit gewesen sein, in den großen Städten aber waren sie sehr aktiv gewesen und hatten das politische Leben dominiert. Die vielen liberalen Gruppen und Initiativen, ihre Bereitschaft, öffentlich zu demonstrieren und ihre Zeit für Ziele zu opfern, die sie für wichtig hielten, haben das Bild Rußlands in der Spätzeit der Perestrojka und nach dem Untergang der Sowjetunion geprägt. Nun waren die Aktiven der Frühzeit zunehmend ernüchtert; sie resignierten und zogen sich zurück. Die „schmutzige“ Politik hatte wieder einmal uneigennützig Idealisten zurückgedrängt. Schon vor der Invasion Tschetscheniens begann sich die ehemals begeisterte Anhängerschaft von ihrem Präsidenten abzuwenden. Die Invasion zeigte, wie sehr sich Jelzin inzwischen auf den Kreis seiner Berater konzentriert und so isoliert. Diese Berater waren und sind loyal insofern, als sie ohne Jelzin ins politische Nichts fallen würden. Öffentlich zweifelhaft aber sind ihre politische Integrität, ihre Klugheit und ihre moralischen Skrupel. Sie passen zu einem Präsidenten, dessen politisches Grundmotiv die Macht selbst und sonst nichts ist.

Obwohl das neue Parlament in seiner politischen Zusammensetzung dem alten weitgehend entsprach, und obwohl es im Zuge der Verfassungsreform weitgehend zugunsten des Präsidenten entmachtet worden war, bleibt es dennoch ein wichtiges Forum. Hier können Abgeordnete medienwirksam andere ohrfeigen oder mit Schreckschußpistolen fuchteln. Wladimir Shirinowskij gelang es in dieser Umgebung, einen eigenen und neuartigen Typus von Politiker zu kreieren, für den es bislang keine Vorbilder gegeben hat.

Von diesem unübersichtlichen Ausgangspunkt aus begann die bunte Szene sich jedoch schrittweise zu strukturieren. Mit vielen Übergängen und politischen Verwerfungen wurden einige große gesellschaftspolitischen Interesse erkennbar, von denen sich einige allmählich mit politischen Organisationen verbinden. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Er wird von politischen Strömungen überlagert, die eher ideologisch oder milieuspezifisch geprägt sind. Beides verbindet sich zu umfassenderen politischen Orientierungen, die sich in bestimmten Organisationen und um sichtbare Personen herum kristallisieren können.

**D**as im Westen besonders bekannte Lager, das der Liberalen, ist nicht völlig verschwunden, wenn auch geschwächt. Die Volksstimmung ist ihm nicht wohlgesonnen. Die ehemals Überzeugten und aktiven Anhänger haben in großer Schär resigniert. Allerdings sollte man die Liberalen auch nicht unterschätzen. In den kommenden Wahlen werden sie vor allem von zwei Parteien repräsentiert. „Rußlands Wahl“ ist die Partei von Jegor Gajdar, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jelzins. Sie steht für dessen radikale Liberalisierungspolitik bis 1993 und ihre wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Bei den Duma-Wahlen 1993 erreichte sie 15,4 Prozent, eine neueren Umfrage zufolge könnten es jetzt 11,4 Prozent werden.<sup>1</sup> Die zweite liberale Gruppierung, die Partei „Jabloko“ von Grigorij Jawlinskij, versucht jene Liberalen zu sammeln, die von Gajdar abgeschreckt worden sind. Schon zu Gorbatschows Zeiten war Jawlinskij als Reformers aufgetreten, der die Reformen immer mit sozialen Hilfsmaßnahmen absichern wollte. Seine Haltung zu seinem Konkurrenten Gajdar und seiner Partei besteht entsprechend in der Distanzierung von der „Schocktherapie“ und vom „Kahlschlag“. Den Prognosen zufolge liegt „Jabloko“ bei 18 Prozent. Es hatte 1993 nur 7,8 Prozent erreicht. Nun hat „Jabloko“ offenbar „Rußlands Wahl“ überrundet. Etwa ein Drittel der Wähler würde den Prognosen zufolge noch für liberale Kandidaten oder Parteien stimmen. Die soziale Basis ist vor allem bei jenen zu orten, die das alte System aus prinzipiellen Gründen ablehnen, die also die demokratische Bewegung fortsetzen und bei jenen, deren berufliche Aktivitäten auf die Wirtschaftsreformen angewiesen sind.

Andere Parteien repräsentieren in unterschiedlichen Aspekten das „patriotische“ Lager. Die größte Rechtspartei bilden zweifellos die „Liberalen Demokraten“ Shirinowskij. Er hat sich nicht nur durch seine öffentlichen Inszenierungen bekannt gemacht. Gerade weil er beden-

kenlos populistisch agiert, spiegeln seine Stellungnahmen ein in der Bevölkerung vorhandenes politisches Potential. Seine Rhetorik richtet sich natürlich erst einmal auf die wirtschaftliche und soziale Not, auf das Verbrechen und die öffentliche Unsicherheit. Darüber hinaus greift er einen Gedanken auf, der das ganze patriotische Lager durchzieht: die Wiederherstellung der Sowjetunion. In einer gemäßigten Variante geht dieser Gedanke von einem slawischen Zusammenschluß Rußlands, Belorußlands, der Ukraine und Teilen Kasachstans aus. Etwas weniger gemäßigt ist der Gedanke einer integralen Wiederherstellung der Union, so wie sie ihrer Idee nach bestanden hatte. Die weitestgehenden und gegenwärtig populärsten Vorschläge sehen die Herstellung eines russischen Einheitsstaates in den Grenzen der Sowjetunion vor, möglicherweise unter Einschluß Finnlands. Auf seinem Ziel eines russischen Vordringens zum Indischen Ozean hat Shirinowskij in den letzten Monaten nicht mehr bestanden.

Den Umfragen zufolge könnten die Liberaldemokraten Shirinowskij bei den nächsten Wahlen von 23 auf 11 Prozent abrutschen. Die Prognose könnte sich als falsch erweisen: Es könnte sein, daß viele potentielle Wähler sich nicht trauten, den Interviewern ihre wahre Parteipräferenz zu offenbaren. Ein anderer Teil könnte zu anderen rechtsextremen Parteien übergehen, wie der „Russischen Nationalen Einheit“ von Aleksandr Barkaschow der in etwa 350 Ortsgruppen ehemalige „Pamjat“-Mitglieder gesammelt hat. Seine Organisation lehnt sich ideologisch sehr stark an den deutschen Nationalsozialismus an, nicht nur in der Wahl eines leicht variierten Hakenkreuzes als Emblem, sondern auch in der Übernahme seiner rassistischen und eugenischen Elementen. Mordlust und die Lust, sich zu unterwerfen, sind es, die potentielle Anhänger anziehen. Nur scheinbar weniger extremistisch ist die Nationalrepublikanische Partei Rußlands. Wie Shirinowskij unterstützte ihr Vorsitzender Nikolaj Lysenko den Einmarsch in Tschetschenien und kritisierte dessen dilettantische Ausführung. Lysenko machte sich dadurch bekannt, daß er in einer Duma-Sitzung vor laufender Kamera eine ukrainische Fahne zerriß. Natürlich wurde daraufhin im ukrainischen Parlament eine russische Fahne zerrissen. Das patriotische Lager ist mit all diesen kaum seriösen und noch weniger seriösen Organisationen noch nicht vollständig beschrieben. Die Eitelkeit ihrer Führer, der unreife Fanatismus ihrer Anhänger und die Exzentrik ihrer Aktionen könnten sie eher als folkloristische Dekorationen eines ungefestigten politischen Systems erscheinen lassen.

Zeitschrift  
für kritische  
Sozialwissenschaft

PROKLA 101

## Kapitalistische Strukturen

Mit Beiträgen u.a. von

S.N. Eisenstadt:

Japan und die Vielfalt kultureller Programme der Moderne

E.-J. Lee:

Singapur: ein „konfuzianischer“ Kapitalismus

H. Radice:

Großbritannien in der Weltwirtschaft: Niedergang der Nation, Erfolg des Kapitalismus?

A. Hopfmann:

Transformation und Weltmarktintegration – Perspektiven der Reformländer Mittel- und Osteuropas in der internationalen Arbeitsteilung

R. Roth:

Die politische Ökonomie der Korruption

ca. 180 S. - DM 18,00 oder  
DM 14,50 im Abo

## Die Themen der neuesten Hefte:

102 Von der Ökonomie des Wassers (März 1996)

101 Kapitalistische Kulturen (Dez. 1995)

100 Ortsbestimmung der Gegenwart

99 Verteilungsfragen

98 Italienische Verhältnisse

97 Netzwerke zwischen Markt und Staat

WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26 · 48145 Münster  
Tel. 02 51 / 6 08 60 80



## Jurij Galperins „Play Blues“

Es gehörte zu den grausam-absurden We-senszügen des stalinistischen Zwangs-systems, daß Hunderte von Künstlern in den 30er und 40er Jahren in die Arbeitslager kamen und dort nicht selten, wenn sie nicht sofort liquidiert wurden, „bessere“ künstlerische Arbeitsbedingungen vorfanden. Als der bekannte Jazz-Musiker Eddy Rosner im Dezember 1946 verhaftet wurde und 1947 im berüchtigten Todeslager Kolyma am Nordural landete, erwarteten ihn viel anregendere Arbeitsbedingungen als die seiner nichtverhafteten Kollegen in Moskau, die gezwungen waren, sich mit Foxtrott und Walzer über Wasser zu halten (vgl. Frederick Starr, *Red and Hot. The Fate of Jazz in the Soviet Union 1917-1980*).

Just in diesen düsteren Zeiten müßte der Ich-Erzähler in Jurij Galperins *Play Blues* das Licht der Sowjetwelt erblickt haben. Er wird in die Familie eines Jazzmusikers hineingeboren, der auf die Nachricht von der Geburt seines Sohnes seine Tournee sofort abbricht, um nach Piter, dem damaligen Leningrad, zurückzukehren. Er läßt sich überhaupt von spontanen Entschlüssen, musikalischer Eingebung, vom Glücksspiel und von Leidenschaften (Frauen, Jazz) inspirieren. Sehr zum Kummer seiner Frau, die lieber einen soliden Ehemann mit festem Einkommen hätte, sehr zur Freude seines Sohnes, der zwar oft auf seinen Papa verzichten muß, aber ihn um so mehr vergöttert, wenn er als Star auf so manchem

heimlichen oder halb-offiziellen Jazzmeeting auftritt... doch der Held der Leningrader Free-Jazz-Szene entzieht sich meist der Huldigung durch seine Verehrer, aber auch den lästigen familiären Pflichten. Der Blues, seine Jazzmusik-Kollegen, die spärlichen Auftritte berühmter amerikanischer Jazzer im Leningrad der späten fünfziger Jahre, die Begeisterung für Fußballspiele das sind die Höhepunkte in seinem Leben, in dem es selten heiter (größere Gagen werden sofort verbubelt), meist aber traurig zu geht (Auftrittsverbote, fehlende Engagements, kein Geld für den elementaren Lebensunterhalt).

Doch nicht er berichtet über sein Leben. Erzählt wird aus der Sicht seines Sohnes. Der Auftakt ist musikalischer, in dem der Ton den Wörtern vorausgeht. Damit markiert der Autor schon in der Eingangspassage seine literarische Position. Er mißtraut den Worten, die, mit ideologischem Ballast vollgestopft, den Weg zur Realität versperren. Er plädiert für eine mythische Vorstellungskraft des Wortes, das sich noch im melodisch-rhythmischen Gewand befindet und in transmentalen Gefilden seine Magie entfaltet. Von dieser Idee ist sein Erzähler besessen, wenn er von seinem Leben berichtet. Es ist ein Entwurf, dem es an konkreten Zielen mangelt. Wenn es nicht die Literatur gäbe, der er sich seit dem sechzehnten Lebensjahr widmet, wenn es nicht die Blues-Rhythmen gäbe, die der Vater

aus seinem Saxophon zaubert. Beide prägen das weitere Leben des Erzählers: Die eine entwickelt sich zur Professionalität, die anderen begleiten ihn über den Tod seines Vaters hinaus. Der Blues erweist sich als widerständiges Element gegen den nivellierenden, inspirationstötenden Kulturbetrieb der Breschnew-Ära. Er hat „nur drei Akkorde, aber tausend Variationen“ Und diese melodisch-rhythmische Vielfalt bildet für ihn und den Jazz-Nachwuchs eine stete Herausforderung.

Der mit leichter Feder geschriebene Text besticht durch die fließenden Übergänge von Erinnerung, Dialog und Reflexion. Die Ereignisse werden aus der Sicht der einzelnen Personen und des Erzählers unmittelbar bewertet, ohne daß ein auktorialer Erzähler dem Leser seine Sicht der Dinge aufzwingt. Zahlreiche Textpassagen (Berichte von Jazzkonzerten, Schulunterricht, Milieuschilderungen) verdichten sich aus diesem Grunde zu kulturhistorischen Zeugnissen, die ihre Realität gegen die offizielle Darstellung ausdrücken. Daß der Blues-Rhythmus dabei eine entscheidende Rolle spielt, gehört zu den überraschenden Einsichten in eine Sowjetrealität, die vielen westlichen Besuchern stets ein Buch mit sieben Siegeln war.

Wolfgang Schlott

Jurij Galperin, *Play Blues*. Roman. Aus dem Russischen von Therese Madeleine Rollier, Zürich (Ammann Verlag) 1995 (212 S., 38,00 DM)

Aber man sollte sie auch nicht unterschätzen. Sie repräsentieren herrschende Stimmungen und verbreiten Einstellungen, die bei anderen, scheinbar gemäßigeren Kräften ebenfalls auftauchen. Die Behauptung, es gebe eine westlich-demokratisch-jüdische Verschwörung gegen Rußland, das russische Volk sei Opfer eines Genozids, ist im Kontext der gegenwärtigen Rhetorik ebenso wenig exotisch wie Haßpropaganda gegen Moslems und vor allem die Kaukasusvölker. „Faschismus“ sofern er ein negativer Begriff geblieben ist, wird mit „Russophobie“ gleichgesetzt. Der Kampf gegen den Faschismus ist aus dieser Sicht identisch mit dem Kampf gegen die russophoben Mächte dieser Welt: die Amerikaner, die Juden, die Tschetschenen, die Tataren und die Liberalen im eigenen Land.

Auf diesem diskursiven Untergrund können gemäßigtere Tendenzen aufbauen. Wie oft in derartigen Konstellationen besteht Mäßigung in der Rücknahme von Extremen und in Zweideutigkeiten, die auch anders ausgelegt werden können. Unter diesen gemäßigeren Gruppen ist die Kommunistische Partei der

Russischen Föderation (KPRF) die bedeutendste. Nun könnte sie sich in den Wahlen als die bedeutendste Partei des Landes herausstellen. Sie ist als kommunistische Opposition gegen Gorbatschows KPdSU schon 1990 gegründet worden, veröffentlichte 1991 ein „Wort ans Volk“ das als Aufruf zu einem Militärputsch gelesen werden konnte und wurde nach dem Putschversuch des gleichen Jahres für kurze Zeit verboten. Ein neues kurzfristiges Verbot kam 1993 nach der Erstürmung des Parlaments. Die KPRF hatte sich gegen Jelzin gestellt.

Tatsächlich ist sie heute organisatorisch die eigentliche Nachfolgerin der KPdSU. Sie verfügt über ein lückenloses Organisationsnetz in ganz Rußland, über den umfangreichsten Mitgliederstamm, darunter viele erfahrene sowjetische Verwaltungsleute. Stimmen die Prognosen, könnte sie über ein Viertel der Stimmen erreichen; bei den Wahlen 1993 waren es erst 12 Prozent.

Wie viele Nachfolgerinnen der ehemals herrschenden kommunistischen Parteien in Osteuropa hat auch die KPRF ihr Profil gewandelt und ähnlich wie ihre Schwesterparteien in Tschechien, der Slowakei

und Serbien mit extrem nationalistischen Aspekten angereichert. Ihr Vorsitzender, Gennadij Sjuganow ein ehemaliger Lehrer, hat nicht nur mit General Gromow und dem berüchtigten Schriftsteller Aleksandr Prochanow der „Nachtigall des Generalstabs“ gemeinsam 1991 das „Wort ans Volk“ veröffentlicht, er hat kontinuierlich auch in antisemitischen Organen publiziert. 1992 gehörte er zum Vorstand der rechtsextremistischen Gesellschaft „teschestwo“ (Vaterland). 1993 wurde er fast einstimmig zum Vorsitzenden der KPRF gewählt. Auf Anhieb führte er seine Partei während der Wahlen von 1993 auf den dritten Platz nach Shirnowskijs Liberaldemokraten. Öffentlich verwendet Sjuganow sowohl rechtsextreme Topoi wie auch gemäßigte. Er bleibt darin ambivalent, ob Rußland im monoethnischen Sinne russisch (russkij) oder im multiethnischen staatlichen Sinne russisch (rossijskij) sein soll. Er greift die in den Wirtschaftsreformen entstandenen sozialen Nöte auf und fordert ein Ende der „Zwangsprivatisierungen“ aber er will auch das private Eigentum und die private Wirtschaft fördern. Gleichzeitig möchte er das staatliche Außenhandelsmonopol

wiederherstellen. Es soll eine positive Anknüpfung an die sozialistische Vergangenheit einschließlich Stalins geben, aber der Schutz der ethnischen russischen Kultur setzt die besondere Förderung der Orthodoxen Kirche voraus. Der Kommunismus der KPRF und Sjuganows speist sich aus dem Geist der nationalen Kirche.

In diesen Ambivalenzen, bei denen immer auch die relative Größe und organisatorische Effizienz der Partei und die fachliche Kompetenz vieler ihrer Mitglieder zu bedenken ist, liegt ein Grund dafür, daß Sjuganow und seine Partei nicht nur als Konkurrent im patriotisch-rechtsextremen Lager auftauchen, sondern auch für viele Liberale attraktiv werden, die sich mehr fachliche Kompetenz im politischen Leben erhoffen.

Sollte Sjuganow diese Wahlen tatsächlich gewinnen, wäre er ein mehr als ernst zu nehmender Konkurrent für Jelzin bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 falls sie dann stattfinden.

Wie stark die Position Sjuganows inzwischen dank der gewandelten Stimmung ist, zeigen nicht nur Umfragen, sondern auch die unvollkommene Wirksamkeit der Gegenstrategien Jelzins und seiner Berater. Seit Beginn seiner politischen Karriere außerhalb der KPdSU hat sich Jelzin als ein Repräsentant des ganzen Volkes dargestellt. Er gründete keine Partei und schloß sich keiner an, weil er nicht als Repräsentant einer Fraktion erscheinen wollte. Solange sich Jelzin auf die Unterstützung einer breiten liberalen Öffentlichkeit verlassen konnte und solange sein charismatischer Bonus noch nicht durch die Verhältnisse ruiniert war, konnte er zugleich demokratisch und ungebunden sein, ohne seine Macht zu gefährden. Das änderte sich, als sich seine liberale Anhängerschaft enttäuscht abwandte und schrumpfte, als er sich gezwungen glaubte, mehr und mehr auf „patriotische“ Einstellungen Rücksicht nehmen zu müssen, und als sich sein Beraterstab mehr und mehr auf die Sicherheitsressorts konzentrierte, die entsprechend mächtiger wurden. In diesem Beraterstab entstand die technisch raffinierte Idee, nicht eine, sondern zwei Organisationen zu gründen, die den Präsidenten politisch unterstützen könnten: eine der rechten und eine der linken Mitte. Gründender Vorsitzender des rechten Zentrums wurde Premierminister Wiktor Tschernomyrdin mit seiner Partei „Unser Haus Rußland“. Sie war nicht vollkommen erfolglos, da Tschernomyrdin unter den Managern der ehemaligen sowjetischen Industrie Prestige genoß und deren Interessen in vernünftigem Maße repräsentieren konnte. Immerhin hat sich der gemäßigte

Premier gegen Sjuganow zu behaupten, der die Stimmung gegen Jelzin mobilisieren konnte.

**E**in Mißerfolg hingegen war tendenziell die Gründung des linken Zentrums unter dem Parlamentsvorsitzenden Iwan Rybkin. Seine schillernde Persönlichkeit stand nicht nur für das politische Leben Rußlands heute überhaupt, sondern besonders für jene, die nach dem Verschwinden der Liberalen den Präsidenten umgaben. Ursprünglich war die



Foto: Pool, Newsweek

politische Heimat Rybkins die kommunistische Fraktion in der Duma. Als deren Mitglied gehörte er 1993 noch zu den Besetzern des Parlamentsgebäudes. Nach den Wahlen von 1993 wurde er mit den Stimmen der Agrarpartei, der Kommunisten, von Shirnowskijs Liberaldemokraten, der Demokratischen Partei und der Frauen Rußlands zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. In dieser Funktion zeigte er dem Präsidenten sofort seine Kooperationsbereitschaft. Zur Belohnung wurde er in dessen Sicherheitsrat, das mächtigste politische Gremium des Landes berufen. Es war unter diesen Umständen vorhersehbar, daß die Liberalen Rybkin kaum als eine Führungsgestalt für sich akzeptieren würden.

Auch andere Einflußnahmen waren denkbar. Unter juristisch triftigen, aber kleinlichen Begründungen wurden Anfang Oktober die „patriotische“ Partei „Dershawa“ (Großmacht) und die „Jabloko“ wegen formeller Mängel von den Wahlen ausgeschlossen. „Dershawa“ ist die Partei des ehemaligen Vizepräsidenten Aleksandr Ruzkoj, der seine Rebellion gegen Jelzin mit Gefängnis gebüßt hat. Vor allem gegen das Verbot von „Jabloko“ der einzigen aussichtsreicheren liberalen Partei, erhob sich öffentlicher Widerspruch, der schließlich berücksichtigt wurde. Anfang November wurden beide Parteien durch das Oberste Gericht doch noch zugelassen. Angesichts des juristischen und organisatorischen Chaos kann das nur wenig überraschen. Es erhält seine Bedeutung allerdings in einer Gesamtkonstellati-

on von Unterstellungen, in denen der Staatsführung illegale Tricks wie selbstverständlich zugetraut werden.

Das hatte sich auch in den Diskussionen um das Wahlgesetz gezeigt. Der Ausschluß von „Jabloko“ und „Dershawa“ war beschlossen worden, weil es beiden Parteien nicht gelungen war, die für eine Zulassung vorgeschriebenen 200000 Unterschriften im ganzen Lande zu sammeln. Ihre Mitglieder konzentrieren sich weitgehend auf Moskau und St. Petersburg. Natürlich waren die Parteien auch schlampig.

Insgesamt wurde das Wahlgesetz auf Grund eines Kompromisses zwischen Parlament und Präsident vereinfacht. Nach seiner Fassung von 1993 ging die Hälfte der 450 Sitze an Sieger in den Wahlkreisen, die andere Hälfte wurde über Parteilisten bestimmt. 1990 waren Parteilisten noch nicht vorgesehen. Jelzin hätte die Zahl der nichtparteilisten Abgeordneten gern erhöht, da er sich selbst ja nicht auf Parteien stützen konnte. Er wußte zudem, daß eine Wahl von Parteien die Parteiführer in einer Weise bekannt und möglicherweise beliebt macht, die er als Präsident nicht kontrollieren kann. Die Vertreter des Parlaments wünschten ihren Interessen entsprechend einen höheren Anteil der Parteien. Auch in der Frage einer Zulassung der Einzelkandidaten der Wahlkreise kam es zu einem Kompromiß. Sie benötigen nun die Unterschriften von nur einem Prozent der Wähler zu ihrer Zulassung. Jelzin hatte erheblich mehr gefordert.

**W**ahrscheinlich wird die kommunistische Partei relativ stärkste Kraft im Lande werden. Sie wird diese Stimmen wahrscheinlich vor allem aus zwei unterschiedlichen Töpfen nehmen, dem der Liberaldemokratischen Partei Shirnowskijs einerseits und dem der sozialdemokratisch-liberalen Jabloko andererseits. Das Profil der KPRF wird dadurch nicht präziser. Sjuganow muß zwei Tendenzen zusammenbinden, die allem Augenschein nach nicht zusammenpassen.

Aber er hat einen Vorteil: Er braucht kein verantwortliches Amt zu übernehmen und sich in ihm verbrauchen. Er kann sich so als ernster Konkurrent Jelzins bei den nächsten Präsidentschaftswahlen stabilisieren. Bis dahin darf er reden und öffentliche Auftritte haben. Das russische Publikum nimmt Widersprüche nicht krumm. Hauptsache, die Politiker sagen auch mal das, was die Zuhörer denken. Aber das ist überall so. ■

1 Ronald J. Brym, Voters Quietly Reveal Greater Communist Leanings, in: *Transition*, Vol. 1, No. 16, 8.9.95, 32-35.



# Die Bewegung wird uns töten

*Die andinen Gesellschaften auf der Suche nach einer eigenen Entwicklung*

*Albert Recknagel*

**D**er zentrale Konflikt der historischen Gesellschaften Lateinamerikas ist der zwischen der „traditionellen Identität und der modernen Andersartigkeit“ (Carlos Fuentes). Nicht der zwischen Armut und Reichtum, Macht und Ohnmacht.

Jedem, der etwas länger in einem der nicht zu 95 Prozent westlich besiedelten und akkulturierten Länder Lateinamerikas lebt, fällt ihre Zerrissenheit auf. Nicht die soziale, die gibt es auch in Chile oder Argentinien, ebenso wie in Deutschland, sondern die kulturelle. Egal, ob diese Zerrissenheit eher rassisch übertüncht wird wie in Peru oder Guatemala oder wahrnehmbar ihren eigenen Sektor in der Gesellschaft hat – wie in Bolivien. In beiden Fällen spürt man eine Art Inkompatibilität der zwei Welten, die, wie Octavio Paz meint, daraus resultiert, daß es sich bei den ursprünglichen amerikanischen Gesellschaften um „Zivilisationen mit langsamem Wachstum handelte, rasches Wachstum hätte ausländischen Einfluß vorausgesetzt.“<sup>1</sup> Nach etwa 20000 Jahren endogener Entwicklung kam der erste

Kontakt mit der anderen Welt wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Im Prinzip, meint man, findet in jeder Gesellschaft, die in Kontakt mit einer anderen tritt, egal ob freiwillig oder unfreiwillig, Veränderung statt. Die „Entdeckung“ und nachfolgende Eroberung Lateinamerikas war ein gewalttätiges und grausames Ereignis. Aber es war immerhin ein doch eher punktuelles, sich 500 Jahre Zeit nehmendes Ereignis. Den Gesellschaften und Kulturen, die nicht durch Mord und Seuchen ausgerottet wurden, ließ es Zeit zum Verdauen. In Technik wie auch Religion wurden Aspekte der christlich-abendländischen Kultur angenommen, wie auch abgelehnt. Zur Katastrophe wird der Zusammenprall zwischen West und Süd nur, wo es nicht gelingt, das andere zu verarbeiten. Die andalusische Philosophin Maria Zambrano hat gesagt, daß eine Katastrophe nur dann wirklich katastrophal sei, wenn aus ihr nicht etwas hervorgehe, was sie transzendiere. Hierfür ist Zeit notwendig – Zeit, um die Erfahrung in Erkenntnis und die Erkenntnis in eine Bestimmung zu verwandeln.<sup>2</sup>

*Die Landnahme der Gesellschaft durch die Ökonomie*

Diese Zeit gewähren die Modernisierungsgenieure nicht mehr. „Die Bewegung wird uns töten“ heißt es in der Prophezeiung der mexikanischen Schöpfungsgeschichte. Die letzten drei Jahrzehnte verordneter Entwicklung bringen eine bislang unbekanntes Geschwindigkeit in die Veränderung. Die von freier Marktwirtschaft, MTV Coca-Cola und Entwicklungshilfe überschwemmten Gesellschaften des Südens drohen im Fortschritt zu ersaufen.

Das zweite Element, welches die heiligen Kräfte der Modernität den Rückständigen nicht zugestehen, ist der Respekt. Davon ausgehend, im Besitz der Zukunft zu sein, wird nur der akzeptiert – nicht mal der wird respektiert der sich der Entwicklung unterwirft, und damit der Vernichtung des gesellschaftlichen und individuellen Selbst zustimmt. Im Gegenzug erhält er dafür Vertröstungen auf eine bessere Zukunft.

Mit anderen Worten: Die Modernisierung stellt das bürgerliche Gesetz und die wirtschaftliche Entwicklung über die Kultur. Zivilisation wird mit Europa, der weißen Rasse, der christlich-abendländischen Kultur und dem positivistischen Denken gleichgesetzt.<sup>3</sup>

Es hat in den autochtonen Kulturgesellschaften Mexikos, der Mayas oder der Anden auch Widerstand gegeben, und es wurden und werden Versuche unternommen, das Eigene vor dem Untergang zu bewahren, die Vielfalt anzuerkennen und pluriethnische und multikulturelle Gesellschaften zuzulassen. Halbwegs gelungen

ist das aber bislang lediglich in dem im engeren Sinne Kulturbereich: den Ideen, der Malerei, Musik, Literatur und dem Film. Die materielle Kultur hat es da viel schwerer, dem Ansturm der modernen Drogen wie Technologie und Konsum standzuhalten. Viele wollen dem natürlich auch gar nichts entgegensetzen.

Die Städte haben sich längst Nike, Levis 505 oder dem Kentucky Fried Chicken ergeben. Die Mittel- wie Unterklasse in Lima oder Santiago hält am „american dream“ fest, obwohl lediglich 5 bis 20 Prozent der Gesellschaft, je nach Land, sich dem ohne Verlust von Lebensqualität hingeben kann. Eine nichtrepräsentative Umfrage bei meinen Taxifahrern ergab, daß drei Viertel im Zweitberuf Taxi fahren, um ihrer Familie ein halbwegs akzeptables Auskommen zu ermöglichen. Diese Männer arbeiten tagsüber als Angestellte, Lehrer, Berufssoldat, Polizist oder sind Pensionäre, abends und an den Wochenenden fahren sie Taxi. Ihre Wochenarbeitszeit liegt bei circa 70 bis 100 Stunden, je nach dem was „reinkommt“ Ihre Frauen arbeiten in Heimarbeit, dann „habe ich meine Kinder besser im Blick, und Essen machen, waschen und das Haus sauber halten muß ich ja auch noch“ Andere sind mit ihren Kindern auf die Straße gezogen und verkaufen, was sich gerade anbietet. Meist im Auftrag eines Großhändlers. Die 8- bis 14-jährigen Kinder verdingen sich auf den Märkten als Lastenträger, putzen Schuhe oder verkaufen als fliegende Händler auf den Plätzen Süßigkeiten. Damit verdienen sie zwar nicht viel, aber doch so viel, daß sie sich selbst ernähren können und die Haushaltskasse nicht noch zusätzlich zu den jüngeren Geschwistern belasten. Konnte vor 15 Jahren ein Bergmann oder Lehrer, mit seinem sehr durchschnittlichen Einkommen von 100 DM noch seine sechsköpfige Familie ernähren, einkleiden und zur Schule schicken, so braucht es heute dazu 500 DM und den Arbeitseinsatz der gesamten Familie. Allein in Peru brachen in den letzten drei Jahren eine Million Kinder vorzeitig die Schule ab, um zu arbeiten. Denn im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten haben sich die Reallöhne nicht erhöht.

Was bedeutet unter diesen Umständen Entwicklung, Modernität, Fortschritt? Dies gefragt, haben die ExpertInnen nur ihre Standardantwort: „Wir befinden uns in einer schwierigen Übergangszeit, da sind Härten nicht zu vermeiden. Aber nach der wirtschaftlichen Gesundung

wird auch die soziale folgen.“ So haben sie es gelernt in Chicago, Madrid oder Buenos Aires. Vielleicht glauben sie es sogar. Aber es spricht nichts dafür, daß dies stimmt.

Und auf dem Land? Auch hier haben Lebensmittelhilfen und evangelikale Sekten in den letzten zwanzig Jahren mehr Schaden angerichtet als 500 Jahre Vernachlässigung und katholische Priester.

### *Das Ritual: kontraproduktiv oder identitätsstiftend?*

Ein weiteres willkürliches Beispiel. Am 7. September feiert die andine Dorfgemeinschaft von Quispillacta seit tausenden von Jahren ihr „jarq a aspiy“ das Fest des Wassers. Zeichen des Lebens, der Produktion, der Gemeinschaft, der Zukunftssicherung. Quispillacta hat 12 Weiler mit etwa 1000 Familien, die nahezu alle Ländereien zwischen 3200 und 4500 Meter Höhe haben, also von Mais über Knollenfrüchte bis zu Fleisch alles produzieren können, was die ausgewogene Ernährung verlangt. Außerdem bleibt immer noch

Schnäppchen gemacht haben, geben über das Fest ihr „surplus“ an die Gemeinschaft zurück. All dies ist eingebettet in jahrtausendealte, wenn auch mit katholischer Symbolik vermischte Ritualität. Morgens um 4 Uhr beginnt das Fest im Haus des „campo alcaide“ der das Ritual durchzuführen hat. Die „ch alla“ das Opfergeschenk für die Berg- und Naturgötter, wird zusammengesteckt und im Dunkeln zieht man hoch zur Quelle. Begleitet wird der Zug von den traditionellen Autoritäten, Musikanten, und mit viel ritueller Gestik, Alkoholkonsum und dem Kauen der Kokablätter. Nach der Rückkehr wird „die Macht“ für das Fest von den offiziellen Autoritäten (Bürgermeister, Gemeinderat) auf dem Rathausplatz offiziell an die traditionellen Führer übergeben. Dann, gegen 8 Uhr, beginnt mit dem Umzug zur Kapelle des Ortes und nachdem die Autoritäten die Hüte der Frauen, Männer und Kinder mit der „mata mata wapha“ („Wasserblume“) geschmückt haben, der Arbeitseinsatz von Hunderten mit Schuppen, Hacken, Sichel und anderem Werkzeug bewaffneter Männer. Bis



*Bild oben: Tag des Condors. Umzug durch die Straßen des Dorfes Cotabambas/Peru.*

*Seite 28: Markttag in der Provinz Canas/Peru.*

*Fotos von Wolfgang Schüler, aus: Land des Condors, Screen Verlag, Detmold.*

genug für den „trueque“ den Tauschhandel mit den Nachbargemeinden und den tropischen Gebieten übrig. Weder Kolonialismus noch Kapitalismus, noch der Maoismus des „Sendero Luminoso“ haben diese andine Kultur zerstören können.

Das „jarq a aspiy“ ist gleichzeitig Arbeit und Fest und hat im wesentlichen zwei Funktionen, eine ökonomische und eine soziale: die Reinigung der Bewässerungskanäle, eine alljährliche Aufgabe, die nur mittels der organisierten Masse bewältigt werden kann, und die Umverteilung von überflüssigen Werten. Die Familien, die in diesem Jahr gut gewirtschaftet, ein

# Artenvielfalt in den Anden

Lokale Initiativen und Entwicklungsaggression

Seit Anfang der neunziger Jahre unterstützt *terre des hommes* in den peruanischen Zentralanden mehrere kleine Basisorganisationen, die versuchen, die andine Kultur in ihrer Gesamtheit wiederzubeleben. Diese Initiativen bestehen entweder aus jungen Agrarwirtschaftlerinnen, die nach dem Studium in ihre Gemeinschaften zurückgegangen sind, oder aus Agraringenieuren, die nach zehn oder mehr Jahren professioneller Arbeit in staatlichen oder nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen ausgestiegen sind, weil ihnen der Sinn modernisierender, vereinheitlichender Entwicklung (Globalisierung) immer fragwürdig erschien.

Allen ist von daher die theoretische wie praktische Kritik an technischer und sozialmodernisierender Hilfe geläufig. Sie lehnen die „technologischen Pakete“ (Hybridsaatgut, Maschinisierung, Einsatz chemischer Düngemittel und Pestizide etc.) ebenso ab, wie soziale Aktionen, die über die Zerstörung der kommunalen Arbeitseinsätze und Netze gegenseitiger Hilfe den Individualismus und den Privatbesitz fördern.

Dem entgegengesetzt ist ihr Anliegen die Wiederbelebung und Stärkung lokaler wie regionaler Kulturen, Technologien und Austauschformen. Aufbauend auf der mehrtausendjährigen Kulturerfahrung der Anden stehen Prinzipien der Reziprozität, des Respekts vor der Schöpfung, der Suche nach einem fruchtbaren Gleichgewicht zwischen den Kräften, einer ausgewogenen Ernährung, angepaßten und nachhaltigen

Produktionsmethoden, die Wahrung der Artenvielfalt et cetera im Vordergrund.

Die andine, wie alle indianische Kosmologie(en) ist ganzheitlich (holistisch) – alles was existiert, steht in einem Verhältnis zueinander, kann nicht lösgelöst vom anderen existieren. Für die andine Kultur ist Natur etwas Lebendiges, etwas Sensibles, was, je nach Behandlung, positiv oder ablehnend reagiert. Die Beziehung des andinen Menschen zu Pflanze, Tier, Wasser, Erde oder den dazugehörigen Gottheiten (*apus*) ist respektvoll, weil Mensch und Natur dem gleichen Ganzen angehören. Erde nicht „Boden“ sondern „pachamama“ Vor der Bodenbestellung kommt das Ritual (*cha'lla*). Mais ist nicht nur elementares Nahrungsmittel, sondern auch Gottheit.

In der peruanischen Gemeinschaft *Quispillacta*, die aus zwölf Siedlungen auf verschiedenen ökologischen Etagen besteht und 39 Familienverbände (*ayllus*) umfaßt, werden in diesem Kontext eine Vielfalt an konkreten Aktivitäten durchgeführt: Verbesserung der Weideflächen durch Kleinstbewässerung und Anpflanzung von heimischen Grassorten, Bau von Natursteinmauern zur besseren Kontrolle der Weidenutzung, Aufforstung in den Quellgebieten und den nicht als Weide oder ackerbaulich genutzten Flächen mit heimischen Baum- und Buscharten (*qenwa, kiswar*) sowie mit in der Region adoptierten Fruchtbäumen (Apfel- Avokado- Pfirsich- Feigen- Nisperobäume und Kakteen) nahe der Häuser, Reinigung und Ausbau der Bewässerungs-

kanäle, Rodung und Anlage von Terrassen oder Maßnahmen zur Bodenverbesserung (Mist- und Guanodüngung). Dies ist nicht etwa „ein Projekt“ sondern Teil der traditionellen, von der Gemeinschaft organisierten Arbeiten (*minka, faena*). Die von *terre des hommes* unterstützte „Projektgruppe“ nimmt als Teil der Gemeinde an diesen Treffen und Aktivitäten teil, versucht sie aufzuwerten und gegen die Entwicklungsaggression der großen Organisationen zu schützen. Das eigentliche „Projekt“ ist mehr auf der unteren Ebene der *ayllus* und Familien angesiedelt, wo die Gruppe der „studierten RückkehrInnen“ versucht, unter Rückgriff auf alte Rezepte und traditionelles Wissen den heutigen Bedingungen und Problemen angemessene Lösungen zu finden. Mit natürlichen Mitteln werden so zum Beispiel Lösungen zur Schädlingsbekämpfung hergestellt, die aber nicht mehr literweise auf den Acker getragen werden, sondern für die man die gleichen Spritzen inklusive Rucksackbehälter verwendet wie bei der chemischen Schädlingsbekämpfung. Schädlinge oder tierische wie menschliche Krankheiten werden in der andinen Kosmologie allerdings nicht als zu vernichtendes Übel gesehen, sondern als notwendiger Bestandteil des Lebens. Gemäß der Vorstellung „jede Übertreibung bringt Schaden“ wird versucht, wieder ein harmonisches Gleichgewicht zwischen den „negativen“ und „positiven“ Kräften herzustellen. Vernichtung wäre ein ungerechtfertigter Eingriff, der neue, nicht abschbarer Folgen haben wird

16 Uhr werden die Kanäle von Steinen, Ästen, Schlamm und Abfall gereinigt. Die in „ayllus“ (Familienverbänden) organisierten Arbeitstrupps werden dabei von den Musikanten besucht und ihnen wird ein Ständchen gegeben, es wird getrunken und gescherzt. Einige karnevalsmäßig verkleidete Figuren, Parodien auf den Priester, den Heiler, den die Indianer mordenden weißen „pistaco“ und andere, unterhalten die Arbeitenden wie die Zuschauenden. Laufend wird Alkohol (fast 90% Industrieschnaps) und „chicha“ (Maisbier) geboten. Gegen 16 Uhr bringen die Frauen riesige Mengen an Essen und Getränken auf ein freies Feld am Dorfrand. Jetzt wird gegessen und getrunken, was das Zeug hält, denn nur wer großzügig ist, zu dem ist auch im kommenden Jahr die „pachamama“ (Mutter Erde) großzügig. Mit Einbruch der Dunkelheit geht das Fest dann in Tanz und Gesang über, bis zum Morgengrauen.

In diesem Jahr nun weigerten sich vier der zwölf Weiler am gemeinsamen Fest des Wassers teilzunehmen. Unter dem

Einfluß von evangelikalen Sekten und einigen fortschrittlichen Ingenieuren staatlicher wie nichtstaatlicher Entwicklungsinstitutionen, sprach man sich dafür aus, nur einen Arbeitseinsatz durchzuführen, ohne Fest. Damit wird das andine authentische Element zerstört. Arbeit ist nicht mehr Fest, sondern Körperinsatz. Nicht mehr Umverteilung, sondern Akkumulation. Mit der gleichen Mentalität gehen diese Fortschrittsapostel an die Zerstörung anderer Aspekte des andinen Lebens. Aus der „pachamama“ die wie ein Mensch respektiert und der wie einem Gott geopfert wird, wird „landwirtschaftliche Nutzfläche“ Kein Gedanke wird an die Konsequenzen derartiger Ideologien verschwendet. Obwohl längst Daten vorliegen, daß sich Bäuerinnen und Bauern in wachsender Zahl mit Insektiziden vergiften und Hunderte von entwurzelten „campesinos“ jährlich „verrückt“ werden, weil sie die Spannung zwischen traditionellem Glauben und fortschrittlichem Zynismus nicht aushalten, gehen die Entwicklungsprojekte unbeirrt weiter.

## Alternativen zur Entwicklungsaggression

Das Fatale ist hierbei nicht das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Ideologien und Kulturpraktiken. Das Fatale ist, daß den Leuten keine Zeit mehr gelassen wird, selbst zu bestimmen, was sie übernehmen, verarbeiten oder ablehnen. Sie werden überrollt. Eine Generation wird der Entwicklung geopfert. Hatten die europäischen Gesellschaften acht oder mehr Generationen Zeit, sich mit der Gewalt des industriellen Fortschritts auseinanderzusetzen, ihre Klassen- und Interessenorganisationen herauszubilden, um sich als soziale und kulturelle Einheit (neu) zu definieren, so wird Fortschritt in den traditionellen Gesellschaften heute als purer Akt der Zerstörung erlebt. Funktionierende Einheiten werden aufgelöst, aber es gibt weder Raum noch Zeit, neue, positive Identitäten herauszubilden. Traditionelle Strukturen und Praktiken werden bestenfalls übergangsweise als „Heftpflaster“ akzeptiert, beispielsweise in der Medizin. Während die



und eventuell viel gefährlichere „negative“ Kräfte auslöst. Andere geförderte Maßnahmen sind die Zuchtverbesserung der Alpaka- und Lamaherden durch Kreuzung mit Tieren anderer Gemeinden, das Sammeln, Ausstellen und Verbreitern der zwölf wichtigsten andinen Nahrungspflanzen und möglichst vieler Sorten oder Kurse zur Gesundheitsvorsorge, Kindererziehung und Studium der peruanischen Land- und Indigena-Gesetze, um sich nicht immer von den „schlauern Städtern“ übers Ohr hauen lassen zu müssen.

Als einer der wichtigsten Aktionen hat sich seit 1991 die Durchführung der Saatgutmesse am Tag vor dem *Mamacha Carmen*-Fest (16. Juli) erwiesen. Mit dem Fest beginnt *Usay Uku*, die Trockenzeit, der Winter, und damit die vorübergehende Einstellung der ackerbaulichen Tätigkeiten, der Abtrieb der Herden in tieferliegende Gebiete Quispillactas und der Beginn zahlreicher traditioneller Feste und kommunaler Aktivitäten, wie etwa die Instandhaltung der kommunalen Wege, Reinigung der Kanäle, Hausbau et cetera.

Auf der Saatgutausstellung von 1993 stellten 676 *campesinos* 3082 Proben von insgesamt 193 Sorten der in dieser Region zwölf gebräuchlichsten andinen Kulturpflanzen aus: Kartoffel (960 Proben/64 Sorten), Mais (947/46), Oca (208/9), Olluco (208/14), Maswa (315/15), Poroto (34/23), Tarwi (49/11), Achita (17/3), Linaza (11/1), Kañiwa (1/1), Quinoa (38/4) und Kürbis (7/2).

Im Fall der Kañiwa handelte es sich um einen ersten Versuch von zwei *campesinos*, die im Vorjahr Saatgut aus Puno erhielten. Bis dahin wurde die Pflanze nicht in

Quispillacta angebaut. Weiterhin interessant, daß die größere Sortenvielfalt in den abseits gelegenen Siedlungen des Rio Pampa angetroffen wurde, wo im Gegensatz zu den leichter zugänglichen Siedlungen des Rio-Cachi-Einzugsgebiets kaum Entwicklungsorganisationen tätig sind. Dies bestätigt einmal mehr, daß über technische Projekte eingeführtes „verbessertes Saatgut“ dessen Absicht die Produktionserhöhung und die Anbindung der *campesinos* an industriell gefertigte Chemieprodukte ist die Arten- und Sortenvielfalt reduziert wird und mittelfristig dazu führt, daß einheimisches Wissen verlorengeht.

Demgegenüber hat sich im Vergleich zur ersten Saatgutmesse von 1991 die Vielfalt und Menge des ausgestellten Saatguts um 27 Prozent erhöht. Ermöglicht wurde dies über organisierte Besuche anderer Bauerngemeinschaften der Zentralanden (Huancaayo, Cusco, Ayacucho, Puno) und den Austausch oder Kauf von Saatgut auf den lokalen Bauermärkten.

Die Vielfalt etwa der Kartoffelsorten ist nun keineswegs Spielerei oder Selbstzweck, sondern entspricht der Vielfalt der Böden, Mikroklimata und Topografie der Anden. Mit Hilfe der Arten- und Sortenvielfalt versucht der *campesino*, die natürlichen Risiken zu senken. Von daher ist die Reifezeit, Festigkeit und Frostresistenz von großer Bedeutung. Es gibt Frühkartoffeln, mehlig, bunte, die als Pellkartoffeln zubereitet werden, weiße, feste für Suppen und das Hauptgericht und Bitterkartoffeln, die über ein Gefrier-trockenverfahren mehrjährig haltbar gemacht werden und eine eiserne Reserve für Notzeiten darstellen. Die Farben reichen von Weiß über Gelb bis Rot

und Violett. Jede Sorte weist ihre Eigenheiten auf und wird bestimmten Gerichten und Festlichkeiten zugeordnet. Durch eine zeitlich über mehrere Wochen gestreckte Aussaat wird versucht den klimatischen Widrigkeiten der Höhen zwischen 3000 bis 4000 Metern entgegenzuwirken. Die *iqu papa* weist beispielsweise eine hohe Resistenz gegen die leichten Nachfröste im Januar/Februar auf. Eine andere Methode, die keimende Kartoffel gegen Frost zu schützen, sind nächtliche Rauchfeuer. Der Rauch legt sich in den kalten, windstillen Nächten wie eine Decke über die Pflanzen und kann so die Gefahr, daß die Temperatur unter den Gefrierpunkt fällt (auf  $-1^{\circ}$   $-2^{\circ}$  C) verhindern.

Wie schon erwähnt, ist die Kartoffel aber nicht nur Grundnahrungsmittel, sondern auch Person, sie lebt, man kommuniziert mit ihr, sie will wie ein Mensch – beachtet und geliebt werden. Sie hat den Respekt des Menschen allemal verdient, ermöglicht sie ihm doch das Überleben in diesen unwirtlichen Höhen. Die *suwa pusaiku* ließe sich etwa mit „jene, die die Diebe anzieht“ übersetzen. Ihren Namen erhielt sie folgendermaßen: Eines Nachts kam ein Dieb auf einen Kartoffelacker und machte sich still und heimlich daran, Kartoffeln zu stehlen. Als er eine ihm unbekannte Sorte sah und so vor sich hinsprach: Welch schöne Kartoffel, welche mag das wohl sein?, antwortete sie ihm welche werde ich schon sein, eben die, die die Diebe anzieht, *suwa pusaiku*.

*Albert Recknagel, Regionalkoordinator von terre des hommes in Cochabamba/Bolivien*

von Arbeitshektik und Konsum gestreßten, den Sinn des Lebens suchenden NordamerikanerInnen und EuropäerInnen beginnen, die andine Spiritualität für sich zu entdecken, wird offiziellerseits weiter an der Vernichtung der andinen Kultur gearbeitet. Für die „Gringos“ werden die ersten andinen Therapiezentren eröffnet.

Es ist an der Zeit, diesen zerstörerischen Messianismus nicht mehr nur intellektuell zu hinterfragen, sondern zu stoppen. Entwicklung muß einen anderen Rhythmus finden. Dazu ist es nötig, erstmal einen Schritt zurück zu machen, ehe der nächste nach vorne gemacht wird. „Nayrapacha“ Erinnerung an die Zukunft, heißt dies auf Ketschua. Soll Entwicklung nicht nur als Zerstörung, sondern als ein Identitäten stärkender und Fortschritt bringender Prozeß verstanden werden, so muß dieser in Anbindung an das Alte, und nicht mit Entwurzelung beginnen.

Heute kommt es darauf an, den noch nicht entwurzelten Kulturen den Rücken frei zu halten, um ihnen über den Dialog den Raum zu geben, ihren Weg zu finden.

Dazu sind lediglich drei Dinge nötig: Respekt, Zeit und eine gewisse finanzielle Unterstützung. Letztere vor allem, um Öffentlichkeit zu erreichen, sich auszutauschen, sich zu vernetzen, sich zu behaupten in einer Welt, die Nichtmeßbares als pure Imagination ablehnt. Und natürlich auch, um ausgebildeten Ingenieurinnen oder Sozialarbeitern, die um den Irrsinn der meisten Entwicklungsprojekte wissen, die Chance zu geben, aus der offiziellen Ideologie auszusteigen und ihr Wissen, ihre Sensibilität und ihre Verbindungen den traditionellen Kräften zur Verfügung stellen zu können.

Ihre Kraft beziehen diese Antworten auf die „development aggression“ aus dem Lokalen, sei es in Peru oder Thailand, ihre Stärke gewinnen sie über „interconnected localization“. Dies bedeutet, daß der Süd-Süd-Austausch durchaus in der Lage ist, seine lokal begrenzten, die Vielfalt und Authentizität wahrenen Kulturereignissen, über globale Netzwerke und computergestützte Systeme wie „Internet“ zu sammeln und auszutauschen. Wichtiger

als dieser „intellektuelle Austausch“ aber ist der praktische. Welche Überraschung war es für die Ketschua aus Quispillacta festzustellen, daß die Onondaga-Nation in den USA („Irokesen-Verband“) in ihrer Kosmvision ihnen viel näher steht als die mestizischen Nachbarn in Peru. Die Rolle der Koka übernimmt hier der Tabak, aber das Fest zur Mais-Aussaat am 3. Mai zufällig am gleichen Tag feiert man in Quispillacta Erntedank – unterscheidet sich in seiner Zelebrierung nicht wesentlich von den andinen Ritualen.

Erfahrungen dieser Art werden das Selbstbewußtsein und damit die Zukunft andersartiger Kulturen, die dem westlichen Materialismus und seinem Prinzip ungehemmter Akkumulation ablehnend gegenüberstehen, stärken helfen. ■

- 1 Octavio Paz im Gespräch, in: Constantín von Barloewen, *Kulturgeschichte und Modernität Lateinamerikas*, München (Matthes & Seitz) 1992.
- 2 Carlos Fuentes, *Unvollendete Schöpfung*, in: *FAZ* vom 29.7.95.
- 3 Zahlreiche interessante Artikel zu diesem Themenkomplex in: Wolfgang Sachs (Hg.), *Wie im Westen so auf Erden*, Reinbek (rororo) 1993.

# Das (fast) alltägliche Sterben auf den Straßen Managuas

Werner Mackenbach

**D**er Tod ist auf den Straßen Managuas zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Die Rede ist nicht von Hunger, Epidemien oder politischen wie gewöhnlichen Morden, sondern von einer Verkehrssituation, die von Tag zu Tag unerträglicher wird. Das mag bei einer Großstadt, die immer noch eher wie eine Ansammlung unzähliger Dörfer, Siedlungen, Vororte mit vielen „Grünflächen“ dazwischen wirkt, verglichen mit Molocho-Städten wie Mexico City Rio de Janeiro wie eine unzulässige Übertreibung klingen. Doch es ist eher ein Euphemismus angesichts von achtzehn Verkehrsunfällen täglich und statistisch einem Verkehrstoten alle zwei Tage.

Noch vor fünf Jahren kannte man in der nicaraguanischen Hauptstadt so etwas wie Verkehrsstaus nicht, und es galt zumindest bei Touristen und nur kurze Zeit im Land weilenden *cheles* (wie die hellhäutigen Europäer und Nordamerikaner hier genannt werden) – eher als aufregend und exotisch, einen der klapprigen Busse, einen der Pritschenwagen mit ihren geschmiedeten Gittern auf den Ladeflächen (wie an deutschen Balkonen oder in Vorgärten) oder einen der anscheinend direkt vom Autofriedhof kommenden Lastwagen zu besteigen, die hier das Kernstück des „öffentlichen Nahverkehrs“ bilden. Für viele derjenigen, die sich keinen Privatwagen leisten können und täglich auf dieses öffentliche Trans-



Foto: Erich Muller

portsystem angewiesen sind, hielt sich die Exotik allerdings seit jeher in Grenzen.

**I**nzwischen hat sich die Situation verschlimmert. Gab es 1990 in Managua noch 50000 Kraftfahrzeuge, so sind es 1995 dreimal so viele. Das sind verglichen mit anderen Städten mit nahezu zwei Millionen Einwohnern immer noch bescheidene Zahlen. Angesichts der Tatsache, daß in diesen fünf Jahren de facto keine neuen Straßen gebaut wurden und sich die existierenden in einem extrem schlechten Zustand befinden (der mit jedem Regenguß in der in diesem Jahr in der Pazifikregion außergewöhnlich feuchten und ausgedehnten Regenzeit noch prekärer wird), ist selbst diese Zahl zu hoch (in Managua gibt es täglich fast siebzig Neuanmeldungen). Hauptproblem ist jedoch nicht die Verkehrsdichte, sondern der katastrophale Zustand der Fahrzeuge und die mangelnde Ausbildung der Verkehrsteilnehmer.

Nach Informationen der Polizei befinden sich 25 Prozent der Kraftfahrzeuge in Nicaragua in einem schlechten Zustand

(35000 Kraftfahrzeuge) und gefährden Gesundheit und Leben der übrigen Verkehrsteilnehmer. Die wirkliche Zahl der Fahrzeuge, die nach europäischen Normen aus dem Verkehr gezogen würden, dürfte noch um einiges höher sein (nach polizeilichen Schätzungen fünfzig Prozent), obwohl inzwischen zunehmend viele teure Modelle jüngsten Baujahrs auf den Straßen zu sehen sind (vor allem Jeeps und *camionetas*, die hier so beliebten Pritschenwagen darunter viele mit dem gelben Kennzeichen mit den zwei Buchstaben „MI“ für *Misión Internacional*). Das gültige Verkehrsgesetz resultiert in seinen meisten Bestimmungen noch aus den dreißiger Jahren, ist somit völlig überholt und bestimmt in seinem Artikel 2, um die öffentlichen Verkehrswege benutzen zu können, müsse das Fahrzeug „die Mindestvoraussetzungen an Sicherheit“ erfüllen, die von den Verkehrsbehörden festgelegt werden. Trotz der bestechenden Naivität dieser Bestimmung hätten die Polizeibehörden also gesetzliche Handhabe, zumindest die genannten etwa 25 Prozent Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen. Das scheitert jedoch an der fehlenden personellen und finanziellen Ausstattung der Polizei. Und die Mindestvoraussetzungen bezüglich Sicherheit scheinen, so hat man als Ver-

kehrsteilnehmer in Managua täglich den sinnlichen Eindruck, schon dann erfüllt zu sein, wenn vier Räder einigermaßen rund laufen und der Fahrer in der Lage ist, beide Arme als Ersatz für die Blinker einzusetzen...

Selbst wenn die Polizeibehörden von ihrer Ausstattung her in der Lage wären, die gefährlichsten Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen, wäre dies politisch und wirtschaftlich nicht durchsetzbar. Denn für viele Nicaraguaner ist ein fahrbarer Entsatz (egal in welchem Zustand) ein unabdingbares Überlebensmittel. Ganze Bereiche des für die nicaraguanische Wirtschaft so wichtigen informellen Sektors würden paralysiert, nicht nur die Werkstätten, Handwerker und Arbeiter „auf eigene Rechnung“ die dringend auf billige Transportmöglichkeiten angewiesen sind, sondern auch die unzähligen *vulcanizaciones* und *talleres de mecánica*, die kleinen Reparaturwerkstätten, die in Managua an jeder Straßenecke zu finden sind und davon leben, daß sie Reifen flicken und fast fahruntüchtige Autos wieder notdürftig zusammenbasteln.

## Schaurige Tropen

4

**N**och gravierender als die technischen Mängel der Fahrzeuge sind allerdings die fehlenden Kenntnisse und Erfahrungen der Verkehrsteilnehmer, vor allem das unvorsichtige, aggressive Fahrverhalten und die Nichteinhaltung des Fahrzeugabstandes. Etwa siebzig Prozent der 1405 tödlichen Unfälle in Managua in den letzten fünf Jahren, so wird geschätzt, hatten ihre Ursache in überhöhter Geschwindigkeit und in der Unachtsamkeit der Fußgänger. Und es sind bezeichnenderweise die Bus- und Taxifahrer, also der öffentliche Nahverkehr, die mit ihrem Fahrverhalten die Verkehrsteilnehmer am meisten gefährden. Prinzipiell werden von ihnen weder Verkehrszeichen noch Ampeln beachtet, noch halten sie in den dafür vorgesehenen Buchten; im Gegenteil, wo immer ein potentieller Fahrgast aufgelesen werden könnte, sind sie zu jedem lebensbedrohenden Manöver bereit, und sei es, mit hoher Geschwindigkeit im dicksten Feierabendverkehr natürlich ohne Licht und Blinker plötzlich auf die Gegenfahrbahn zu wechseln, weil dort drüben auf der anderen Seite eine etwas besser gekleidete *Señora* mit gefüllten Einkaufstüten steht, die ein paar *Córdobas* Tageseinnahme mehr verspricht. Viele Taxifahrer haben, auf dieses lebensbedrohende Fahrverhalten angesprochen, auch dafür die derzeit scheinbar für alles passende Erklärung parat, daran sei das neoliberale Wirtschaftssystem schuld, das sie zu solch gewagten Verkehrsmanövern zwingt, um ein paar *Centavos* mehr zu ergattern. Und für viele Busfahrer reduziert sich das Verkehrsregelsystem anscheinend darauf, mit aller Gewalt (im wirklichen Sinne des Wortes) zu verhindern, daß die „rücksichtslosen“ Kleinwagen ihnen die freie Fahrt versperren und bei ihrem Rennen gegen die Zeit im Wege stehen. Eher als der Neoliberalismus scheint hier der *machismo* ein gerüttelt Maß an „Schuld“ zu haben...

Das eigentliche Problem ist jedoch, daß Bus- und Taxifahrer anscheinend zu den am schlechtesten ausgebildeten Verkehrsteilnehmern gehören. Gerade in den letzten Wochen haben die von ihnen verursachten Verkehrsunfälle – noch dazu oft bei Transporten von Schülern, also ihnen anvertrauten Minderjährigen extrem zugenommen. Angesichts ihrer offenen demonstrierten Verantwortungslosigkeit scheint sich die öffentliche Stimmung zunehmend gegen das aggressive Fahrverhalten eines Großteils dieser Chauffeure zu richten. Allerdings haben die privaten Verkehrsteilnehmer oft keinen Grund, auf andere zu deuten, lassen doch auch bei ihnen das Verantwortungsbeußtsein und das Verkehrskönnen viel zu wünschen übrig. Die etwa hundert Personen, die wöchentlich ihre Fahrerlaubnis

**D**er September ist in Zentralamerika und besonders Nicaragua der Monat der Feierlichkeiten zur nationalen Unabhängigkeit, der Monat der „Fiestas Patrias“ – und der entsprechenden Beilagen in allen Zeitungen, die etwas auf sich halten. Auch die Tageszeitung der FSLN, *Barricada*, enthielt (am 13.9.) einen solchen *suplemento* mit verschiedenen Artikeln über die historischen Vorgänge: die Unabhängigkeit von Spanien am 15. September 1821, den Sieg im nationalen Krieg gegen die Intervention des US-Freibeuters William Walker am 14. September 1856. Die Rückseite schmückt eine Anzeige von – Coca-Cola! Vierfarbig. In der oberen Hälfte die blau-weiße Nationalflagge und die fünf Vulkane mit Regenbogen. Dazu der folgende Text: „Nicaragua. Niemand möge deinen unsterblichen Ruhm verdunkeln. In der festen Überzeugung, daß die wahre Liebe für das VATERLAND die Quelle ist, die alle menschlichen Wesen mit Würde ausstattet und erhöht,

richten wir einen Aufruf an unsere nicaraguanischen Brüder, daß wir alle vereint und voller Glauben und Vertrauen in die Zukunft in der erhabenen Aufgabe zusammenarbeiten, das Vaterland zu schaffen.“ Die untere Hälfte zielt der Schriftzug *Coca-Cola Coke* in Rot. Darunter: „Siempre Contigo“ – „Immer mit Dir“ Und: „Mensaje de los trabajadores de (Botschaft der Arbeiter von) Embotelladora Milca, S.A.“ „Siempre Coca-Cola“ „1821 – 1995 – Fiestas Patrias“ Das Kleingedruckte am Rand: „Coca-Cola y Coke son marcas registradas propiedad de The Coca-Cola Company“ Der US-Interventionist William Walker hätte wahrscheinlich seine Freude an so viel *newspeak* dieses (den Appellen zum 1. Mai nachempfundenen) „Arbeiter“ Aufrufs“ der Getränkefirma Milca S.A. gehabt, die zu einer der mächtigsten Kapitalgruppen Nicaraguas gehört (Grupo MIL mit ca. fünf Millionen Dollar Umsatz im Monat).

W.M.

erhalten, sind zwar verpflichtet, das offizielle Handbuch, den *Manual del conductor* zu kaufen und zu lesen. Wer aber kontrolliert, wie viele das wirklich tun? Bei vielen hat man eher den Eindruck, sie lebten in bezug auf den Verkehr noch in den Zeiten, als das Automobil der Privatbesitz von wenigen Reichen im Ort war und es zu seiner Beherrschung genügte, Gaspedal, Bremse und Kupplung bedienen zu können. Fortleben ruralen Verhaltens unter Bedingungen, die in Managua eher „modernen Verkehrsverhältnissen“ gleichen, zumindest in ihren negativen Folgeerscheinungen?

**D**iese ländliche Einstellung scheint jedenfalls auch noch stark das Fahrverhalten der Fußgänger zu bestimmen. Die Straße gilt ihnen anscheinend als ein Lebensmittelpunkt. Dies läßt sich zumindest aus dem Vertrauen schließen, mit dem sie sich auf diesen inzwischen oft dicht befahrenen Verkehrswegen hin- und herbewegen, von einer zu anderen Straßenseite kreuzen, so daß man oft den Eindruck hat, es mit bewußten Selbstmördern zu tun zu haben. Offensichtlich sind sie sich aber der damit verbundenen Todesgefahr nicht bewußt. Um so weniger an Wochenenden, wo zunehmend der Alkohol mit ins Spiel kommt. Überhöhte Geschwindigkeit, falsche Einschätzung der Entfernungen wurden als Hauptursachen für Unfälle bereits genannt. In Verbindung mit Alkoholkonsum ergibt das eine

oft tödliche Mischung. Und auf viele betrunkene Fußgänger scheint die Ästhetik einer mehr oder weniger glatt asphaltierten, die Wärme speichernden städtischen Hauptverkehrsstraße eine unwiderstehliche Anziehungskraft auszuüben. Wie anders wäre zu erklären, daß gerade an Wochenenden viele Betrunkene ihren Rausch auf makabre Weise auszuschlafen versuchen: die Beine im Straßengraben, den Körper auf dem Straßenrand, den Kopf zur Fahrbahnmitte gerichtet...

Überleben als Verkehrsteilnehmer unter Bedingungen, wo nur das Gesetz des Stärkeren gilt, ist auf Dauer so paradox es klingen mag – nur möglich mit einem extrem defensiven Fahrverhalten. Wie lange es dauern wird, bis sich in einem nach wie vor vom *machismo* geprägten Land, in dem es zunehmend nur noch darum geht, möglichst schnell möglichst viel Geld zu machen (auch wenn das nur eine verschwindend kleine soziale Schicht erreichen kann), ein solches Fahrverhalten durchsetzt, kann man sich ausrechnen. Bis dahin tut man gut daran, gerade dann äußerste Vorsicht walten zu lassen, wenn sich Busse mit Aufschriften wie „Yo manejo, dios me guía“ (Ich lenke, Gott leitet mich) oder „Tengo un angel que me guida“ (Ich habe einen Schutzengel) nähern, ganz zu schweigen von denen mit Schriftzügen wie „El águila negro“ (Der schwarze Adler) oder „El guerrero de la noche“ (Der Krieger der Nacht)..

*Rotterdam ist nicht romantisch  
hat keine Zeit für Flausen  
ist nicht für Suggestionen zu haben  
hört sich keinen Blödsinn an*

Vielleicht wird sich mancher Rotterdammer der Zeilen aus J. A. Deeders bereits im Jahre 1979 veröffentlichten Gedicht „Rotown Magic“ nach dem Ausgang des Juni-Referendums erinnern haben. Den Plänen der Städteplaner und der politischen Willensbekundung der sozialdemokratischen Bürgermeister zufolge sollten die Städte Amsterdam und Rotterdam in je zwölf kleine Verwaltungseinheiten aufgeteilt werden. Die Idee der Dezentralisierung ist eine der Leitlinien der neuen „lila“ Regierung. Vor allem die linksliberalen „Demokraten 66“ sehen in ihr ein Mittel zur Überwindung der Kluft zwischen Politik und Bevölkerung und gegen die zunehmende Politikverdrossenheit. Doch wie halbherzig und arrogant die Regierung mit diesem richtig erkannten Manko umgeht, beweisen die Kommentare aus Den Haag, man wolle trotz der weitgehenden Ablehnung durch die Bevölkerung an den Plänen festhalten. Nicht weniger als 86 Prozent der abgegebenen Stimmen sagten „Neen“ zu den Reformvorschlägen. Personelle Konsequenzen auf politischer Ebene blieben aus, nur ein paar Stadtplaner sollen gehen.

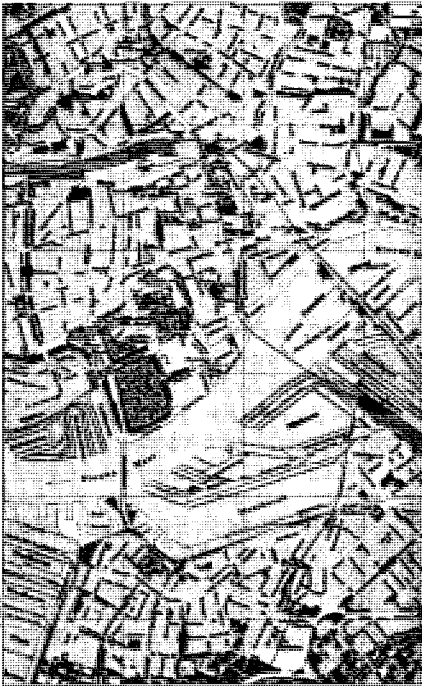
Die Lokalzeitungen kommentierten hingegen das Ergebnis des Referendums mit überschwenglicher Freude, denn die Verwurzelung vom *Rotterdams Dagblad* und des *Algemeen Dagblad* in Rotterdam und von *Het Parool*, aber auch der linksliberalen *De Groene Amsterdammer* in Amsterdam hat den Zeitungsmachern wenig Reformsympathie erlaubt. „Ein Sieg der Poesie“ so bekundete *Rotterdams Dagblad* auf der Titelseite unzweideutig seine Meinung zum Referendum-Ausgang.

„Das Ergebnis des Referendums zeigt, wie sehr die Politiker ihr Gefühl für die Menschen in der Stadt verloren haben“ behauptet Manuel Kneepkens, der Vorsitzende der Stadtpartei Rotterdam. „Ich habe schrittweise entdeckt, was die Menschen bewegt. Was Politiker heutzutage geringschätzig ‚Emotionen nennen, betrachte ich als einen sozialpsychologischen Faktor“ erklärt der ehemalige Dozent für Kriminologie der Erasmus-Universität und verweist auf seinen in der Friedensforschung viel beachteten Essay über die Wiederaufbaupolitik in Rotterdam nach dem Bombardement 1940. Seine rhetorische Frage an die Reformer lautet ganz einfach: Was hat Rotterdam mit den Dörfern zu tun,

mit denen zusammen es in zwölf Stadtprovinzen aufgeteilt werden soll? „Außerhalb der Stadt interessiert die Menschen der Düngemittelüberschuß, aber nicht die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit auf unseren Straßen, die Wohnungsnot und die Pauperisierung“ stellt Kneepkens fest und fordert eine engere Zusammenarbeit mit Amsterdam, Den Haag und Utrecht.

Wer in Kneepkens, der mit seiner Initiative „Rettet Rotterdam“ maßgeblich zum Scheitern des Referendums beigetragen hat, einen Provinzialisten sieht oder die „stadspartij“ mit den konserva-

## Stadt der Poesie



tiven „Stadtparteien“ Deutschlands vergleicht, begeht einen schweren Irrtum. Zwar schmeckt der Ruf nach mehr Sicherheit in Rotterdam, dem Drogenumschlagplatz Europas, zunächst vielen nach Law and order, doch wird dieses Ziel in der Stadt mit den meisten unaufgeklärten Mordfällen Europas verständlich, wenn man den Umfragen unter den Bewohnern der sozialen Brennpunkte trauen darf. Mehr als 80 Prozent der Rotterdammer traut sich nach Einbruch der

Dunkelheit nicht mehr allein auf die Straße. Obwohl die „stadspartij“ dieses Thema sehr ernst nimmt, wehrt sie sich doch gegen die Forderungen der ebenfalls an Zulauf gewinnenden, rechtsextrremen „Centrum-Demokraten“ Das Referendum bot in dieser Hinsicht ein Ventil für die Unzufriedenheit mit der Politik, ohne daß dies in rechtsextrremen Proteststimmen seinen Ausdruck finden mußte. „Think global, act local. Das ist das Motto unserer stadspartij“ erklärt Kneepkens, der sich eigentlich als Dichter versteht. „Wie ich aber Wissenschaft, Politik und Poesie miteinander verbinde, gefällt den anderen Politikern nicht. Darauf haben sie keine Antwort.“ Das ehemalige Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (PvdA), die er wegen ihrer nur auf wirtschaftlichen Wachstum orientierten Politik ebenso verlassen hat wie die von ihm als zu dogmatisch empfundene „Groen-Links“-Partei, sieht die Verbindung von Politik und Poesie als einzige Möglichkeit, in der Stadt der Dichter große Bevölkerungsgruppen an der Politik zu beteiligen. Als Vorbild galt lange Zeit Václav Havel, den die „stadspartij“ auch zum Ehrenbürger Rotterdams ernennen möchte.

Niemand Geringeres als der in den Niederlanden bekannteste Rotterdammer Dichter Jules Deelder zählt zu den Mitgliedern der „stadspartij“ Deelder tritt auch schon einmal im ausverkauften Stadion Sparta auf und liest den geduldig zuhörenden Fußballfans seine Gedichte vor. Zum Image des weltoffenen Rotterdam gehören das alljährlich stattfindende „Poetry International“ das Lyriker aus allen Weltteilen zu Lesungen einlädt und verfolgten Schriftstellern Preise zuerkennt oder der von Tausenden Besuchern mit Volksfesten gefeierte „Poetry Park“ in dem Dichter aller in Rotterdam lebenden Nationalitäten je den Juni ihre Gedichte vorlesen.

„Die Poesie aus Rotterdam“ schrieb der Rotterdammer Dichter Hans Sleutel einst, „ist unintellektuell, ungeschwollen, selten oder nie außergeröhnlich wortreich. Sie ist ernst, aber im Gleichgewicht. Ihre Verständlichkeit respektiert den Leser. Ihr Charakter ist die Prosa, nicht die Lyrik. Der Rotterdammer Poet ist kein Oeuvre Schreiber. Er ist mehr ein Gelegenheitsdichter des Lebens, der seine Beute in einer ihn umringenden, unromantischen und widersinnigen Wirklichkeit schlägt. Die besten Gedichte aus Rotterdam besitzen einen hohen Realitätsgehalt, auch kann mancher den Realismus mit einer Vision verbinden.“

Frank Eckardt

# »Die Krise dauert an«

Craig Naumann

Samir Amin ist ein ägyptischer Ökonom, der in den sechziger und siebziger Jahren durch zahlreiche Buchpublikationen einem größeren Publikum bekannt wurde. Sein bekanntestes Buch ist „L'accumulation mondiale“. Samir Amin ist Direktor des Afrikanischen Instituts für ökonomische Entwicklung und Planung in Dkar. Dort wurde unser Gespräch geführt. Von Samir Amin ist auf Deutsch zuletzt „Das Reich des Chaos“ Hamburg (VSA) 1992 erschienen.

**S**ie befürworten ein „auto-zentriertes“ Entwicklungsmodell für die sogenannten unterentwickelten Länder der Welt. Können Sie ihren Ansatz kurz erklären?

■ Ich denke, in aller Bescheidenheit, daß, wenn ich einen Beitrag zur Analyse des Kapitalismus als weltweites System zu leisten habe, dieser in genau diesem Punkt besteht, der meiner Meinung nach bisher nicht nur von seiten der bürgerlichen, sondern auch durch die sozialistische Theorie und Ideologie unter Ein-schluß des historisch existierenden Sozialismus unterschätzt worden ist, um es milde auszudrücken. Der Kern meiner Ansicht besteht darin, daß der Kapitalismus in seiner weltweiten Ausdehnung schick-salhaft und notwendigerweise polarisierbar ist, das heißt, daß der Kontrast zwischen dem entwickelten Zentrum und der unterentwickelten Peripherie nicht als Produkt einer konkreten historisch spezifischen Bedingung aufzufassen ist, sondern als Produkt der eigentlichen Logik der kapitalistischen Ausdehnung. Warum? Weil die kapitalistische Ausdehnung auf der Vertiefung der Markt-Mondialisierung in zwei und nicht in allen drei seiner Dimensionen beruht: als Markt der Produktion und als Kapitalmarkt mit allem, was das Kapital an Technologie begleitet – aber nicht als Markt der Arbeitskraft. Ich vertrete den Standpunkt, daß der somit verstümmelte Charakter der Marktintegration, die Tatsache, daß sie in globaler Hinsicht zweidimensional ist, wobei sie auf nationaler Ebene in der hi-



## Samir Amin über „auto-zentrierte“ Entwicklung, Liberalismus und die Rolle der Vereinten Nationen

storischen Herausbildung zentraler Kapitalismen stets dreidimensional gewesen ist – Marktintegration bei und über Produktion, Kapital und Arbeit – notwendigerweise zu einer weltweiten Polarisierung führt. Das bedeutet auch, daß der liberalistische Diskurs über die Mondialisierung heuchlerisch und voller Lügen ist. Denn wenn die Liberalen wirklich auf-richtige Liberale wären, würden sie die Integration der Märkte in all ihren Dimen-sionen befürworten, würden sie die Öffnung zum wahrhaft freien Welthandel, zur Bewegung des Kapitals und für priva-te Investitionen unter Abschaffung der Grenzen und der gleichzeitigen Öffnung gegenüber internationaler Arbeitsmigrati-on fordern. Es ist offensichtlich, daß sie dies nicht fordern und in diesem Sinne keine Liberalen sind! Der wahre Liberale war Marx! Marx dachte, daß die Bour-geoisie den Mut dazu hätte, weltweit die Bedingungen für eine zusammenhängen-de kapitalistische Entwicklung zu schaf-fen. Er war in seinem Vertrauen auf den historischen Mut der Bourgeoisie und ihre historische Rolle sehr optimistisch – be-sagte historische Rolle war bereits damals tot, die Bourgeoisie wird sich nie zu die-sen Schritten durchringen.

Unter diesen Bedingungen erzeugt die Polarisation ein Problem, das die Sozialisten und der Marxismus unglücklicher-weise zwar gespürt, letztlich aber unter-schätzt haben. Es geht darum, daß es sich bei der auf der Tagesordnung stehenden Revolution nicht um eine bürgerliche Re-volution in den Ländern der Peripherie handelt, denn die dortigen Bourgeoisien haben keine Möglichkeit, bei sich auto-zentrierte nationale Ökonomien nach dem Vorbild der Entwicklung in den westli-chen Ländern zu rekonstruieren oder auf-zubauen. Noch handelt es sich um eine wahrhaftig sozialistische Revolution, viel-mehr geht es um den Beginn eines sehr langen historischen Übergangsprozesses, den Übergang des weltweiten Kapitalis-mus hin zum weltweiten, homogenisieren-den Sozialismus. Ich spreche dabei nicht von kultureller Homogenisation, sondern von der materiellen Ebene, was auch nicht schlecht und wichtig ist. Dieser historische Übergangsprozeß wird vielleicht mehrere Jahrhunderte dauern, ich habe keine Ah-nung. Auf jeden Fall wird es nicht so schnell gehen, wie von den Bolschewiken und den chinesischen Kommunisten vor-gesehen, nämlich innerhalb weniger Jahre, höchstens einem Jahrzehnt, angeblich aus-



reichend für die „Konstruktion des Sozialismus in einem Land“ und so weiter und so fort. Während dieser sehr langen Transition stehen sich im Zentrum wie in der Peripherie die widersprüchlichen Tendenzen bezüglich der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbeziehungen den Ansprüchen und somit objektiven Tendenzen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden, gegenüber.

Wenn man von den Gründen und der Umwelt spricht, so ist dies eines der Elemente, aber es gibt noch ein weiteres. Während dieser sehr langen Übergangszeit gibt es keine Alternative zur Errichtung relativer homogener Gesellschaften in den Peripherien, die relativ selbstzentriert sind. Ich gebrauche das Wort „autozentriert“ keinesfalls in einem chauvinistischen Sinne, also nicht als einen kulturalistischen Rückzug auf sich selbst, der sich gegenüber äußeren Einflüssen und Beziehungen mit außerhalb abschottet, sondern ganz einfach im Sinne einer gesellschaftlichen Integration, die auf der lokalen oder, mit einem anderen Begriff: der nationalen Basis beruht, mit einer Priorität bezüglich der Komplementarität der wirtschaftlichen Beziehungen und der anderen Beziehungen mit außerhalb.

Ich nenne dies Dekonnexion, Abspaltung. Die Dekonnexion bedeutet für mich keinesfalls Autarkie! Man wird mir nicht gerecht, wenn man teils absichtlich, teils unwissentlich – die zwei Bezeichnungen verwechselt. Die Dekonnexion bedeutet für mich die Unterwerfung der äußeren Beziehungen unter die Logik einer internen Entwicklung. Es ist das Gegenkonzept zu dem zur Mode gewordenen Weltbankmodell der Strukturanpassung. Die Strukturanpassung erfolgt stets einseitig, es ist die Anpassung der Schwachen an die Erfordernisse der Starken. Bei der Dekonnexion handelt es sich darum, mit Hilfe des auto-zentrierten Aufbaus eine gegenseitige Anpassung durchzusetzen. Natürlich hat die auto-zentrierte Entwicklung selbst auch eine Geschichte und hat sich an den Entwicklungsstadien des weltweiten Kapitalismus, der Art der konkreten Herausforderung auszurichten. Es wäre eine auto-zentrierte Entwicklung in einem mittelgroßen Rahmen vorstellbar, beispielsweise dem als Zusammenschluß von mehreren Nationen oder Ländern der Dritten Welt. So große Länder wie China oder Indien und eine Reihe größerer Staaten des Südens könnten hier eine Vorreiterrolle spielen.

Ich glaube, daß die heutigen Herausforderungen eine Reorganisation der Welt auf der Grundlage inemandergefügter großer Regionen erfordern. Diese sehr großen Regionen könnten zum Beispiel sein: Latenamerika, die arabische Welt, das subsaharische Afrika, China und Indi-

en als zwei Riesenländer, Südostasien, aber auch solche Gesamtheiten wie etwa Europa oder die ehemalige Sowjetunion. Das neue Weltsystem würde Ausdruck der ausgehandelten Verschränkung der Abhängigkeiten zwischen diesen großen Regionen sein, die unterschiedliche Entwicklungsprobleme haben und die darauf angewiesen sind, eine relative Selbstbezogenheit, Autozentriertheit aufzubauen und die Interdependenz-Verbindungen den jeweiligen Erfordernissen regionalen auto-zentrierten Aufbaus zu unterwerfen.

### Einschätzung des Liberalismus

■ *Neigen Sie zu einem Mix aus Freihandels- und Staatsplanungselementen oder eher zu einem marxistisch orientierten Freihandelssystem, das die Betonung auf die Freizügigkeit der Arbeitskraft legt?*

■ Diese Frage beinhaltet zwei Aspekte, nämlich den strategischen und den taktischen. Was den strategischen Aspekt angeht, so fehlt es mir vielleicht an Phantasie, aber mir fällt einfach keine bessere Bezeichnung für die notwendige Alternative ein als der gute alte Begriff „Sozialismus“. Dies bedeutet für mich eine Gesellschaft, in der der Gebrauchswert gegenüber dem Tauschwert – ich bemühe hier die alten Begriffe der marxistischen Analyse – dominieren würde, eine Gesellschaft, die auf sämtlichen Ebenen so egalitär wie möglich ist: in sozialer Hinsicht unter Einbezug sämtlicher Länder der Welt, in den Beziehungen zwischen Mann und Frau, in den Beziehungen zwischen den Völkern, unabhängig von ihrer Geschichte, ihrer Kultur und so weiter – die weitestmögliche egalitäre Gesellschaft, die allen Menschen ein Maximum an Chancen öffnet. Um dieses Ziel zu beschreiben, gibt es meiner Meinung nach keine andere Bezeichnung als „Sozialismus“.

Gleichzeitig bedeutet dies ein demokratisches System, in dem unter anderem die Meinungsfreiheit garantiert ist, allerdings eine soziale Demokratie, was heißt: stellen wir diese Dimension der Demokratie in den Dienst des sozialen Fortschritts für alle! Dieses Ideal des Sozialismus liegt meiner Ansicht nach noch in weiter Ferne, da es, wenn überhaupt, nur im weltweiten Maßstab realisiert werden kann der weltweite Kapitalismus hat die Grundlagen einer weltweiten Verflechtung geschaffen, ob man dies gutheißen mag oder nicht, selbst wenn diese Mondialisierung bis heute in die Logik des verstümmelten Kapitalismus eingerahmt ist und dies bleiben wird. Der Sozialismus, den ich als ein höherwertiges

menschliches System begreife, das im historischen Verlauf am Ende eines Entwicklungszyklus eintritt, kann daher seinerseits nur auf globaler Ebene verwirklicht werden. Vor dem Erreichen dieses Zustandes liegt eine sehr, sehr lange Phase des Übergangs, und hier kommt die taktische Seite ins Spiel. Innerhalb dieser sehr langen Übergangsphase müssen die Dinge – ich würde nicht sagen, auf eine pragmatische Weise, denn ich mag diesen Ausdruck nicht – aber auf eine dialektische Art und Weise gesehen werden. Das heißt, es muß akzeptiert werden, daß wir während dieses sehr langen Übergangs innerhalb dieser Gesellschaften mit dem Widerspruch zwischen den Tendenzen des Kapitalismus und den Tendenzen, ihn zu überwinden, leben müssen. Wir sind somit darauf angewiesen, diesen Gegensatz zu regulieren und die ideologischen, politischen, organisatorischen, technischen und ökonomischen Bedingungen zu schaffen, die es den fortschrittlichen Kräften erlauben, sich zu entwickeln und schließlich, in ferner Zukunft, über die Tendenzen des Kapitalismus zur Reproduktion zu obsiegen.

In diesem Zusammenhang spricht man beispielsweise in China von „Markt-Sozialismus“. Nun gut, ich möchte hier nicht ins Detail gehen, um darzulegen, was sich hinter dem Gebrauch dieses Begriffs verbirgt, aber die für mich radikalsten und sympathischsten Sozialdemokraten des europäischen Westens, besonders die Skandinavier, haben selbst auch versucht, einen Markt-Sozialismus oder einen sozialistischen Markt zu entwickeln. Zum Beispiel, als es in Schweden das Projekt gab – es ist momentan auf Eis gelegt – einen Transfer des Eigentums der Unternehmen an die Arbeiter darüber zu erreichen, daß die Gewerkschaften dem Kapital schrittweise die Unternehmen abkauften... – Ein Markt-Sozialismus wieso eigentlich nicht? Aber es muß akzeptiert werden, so denke ich, und ich bleibe sehr marxistisch, was diese fundamentalen Punkte angeht, daß der Markt-Sozialismus innerhalb seiner selbst einen Widerspruch beinhaltet, und zwar zwischen dem Platz, den er dem Tauschwert einräumt – Markt bedeutet: „Tauschwert“ – und den Ansprüchen, die Vorherrschaft des Gebrauchswerts zu etablieren, was die ökonomischen und sozialen Entscheidungen angeht. Warum nicht? Das Leben besteht aus Widersprüchen und dieser langandauernde Widerspruch ist selbst auch widersprüchlich. Wenn man dies so begreift, wieso nicht? Die Planwirtschaft wurde auf die gleiche ganz und gar einseitige Art und Weise als etwas Ausschließliches, als den Markt abschaffend präsentiert. Es wurde sogar gesagt, besonders im Hinblick auf das sowjetische System, daß es sich um eine Kommando-

wirtschaft handelte. Ich glaube, daß dies ein sehr schlechter Begriff ist, der von den amerikanischen Ideologen erfunden wurde, um das System zu bekämpfen; man kann es auch so sehen, daß es sich in dem gleichen Maße um eine Kommandowirtschaft handelte, wie die westlichen, nationalen Wirtschaftssysteme dem Kommando des Kapitals, besonders dem des Großkapitals, unterworfen sind. Es war eine Mischung aus administrativen, sogenannten Planungsentscheidungen und Mechanismen des Marktes oder doch eher eines „Pseudo-Marktes“ Man muß dieses System einer Kritik unterziehen, aber die Kritik muß dabei von den wahren Gegebenheiten ausgehen, indem das Wesen der in dieser Gesellschaft miteinander im Konflikt befindlichen sozialen Interessen aufgedeckt wird. Wenn man die Dinge aus dieser Perspektive betrachtet, sind in der langen Transition auftretende gegensätzliche Etappen und Taktiken der Vereinigung vorstellbar: auf der einen Seite Elemente der Planwirtschaft einschließlich sozialer Planungsmaßnahmen wie etwa der Einkommensverteilung, auf der anderen Seite Elemente der Mobilisierung von Kräften und Reflexen des Marktes zugunsten des ökonomischen Wachstums.

### Die Rolle der Vereinten Nationen

■ *Welches, denken Sie, sind zur Zeit die wichtigsten Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht? Und wie schätzen Sie diesbezüglich die Möglichkeiten zur Einflußnahme und die Handlungsspielräume der Vereinten Nationen ein?*

■ An Herausforderungen gibt es alte und neue, es handelt sich um eine permanente Angelegenheit. Für mich besteht die Hauptherausforderung, der sich die Menschheit seit 1492 gegenüber sieht, in der durch den Kapitalismus verursachten Polarisierung und die in seiner Expansion angelegt ist, wie ich gerade versucht habe, zu erklären. Dies ist eine permanente Herausforderung, die sich mit jedem neuen Jahrhundert verschärft, und dies, kann man sagen, seit fünf Jahrhunderten. Seit fünfzig Jahren ist eine neue Entwicklung hinzugekommen. Während ungefähr der ersten vier Jahrhunderte waren die Völker der Peripherie mehr oder weniger gezwungen, ihre Peripherisierung durch die Expansion des weltweiten Kapitalismus zu akzeptieren. Seit fünfzig Jahren

ist diese Seite der Geschichte umgedreht, die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas akzeptieren dies so nicht mehr, und sie werden es nie mehr akzeptieren! Was die positive Seite der Mondialisierung angeht, so ist es in der Tat so, daß bei einigen Dingen, die vor einigen Jahrhunderten akzeptiert wurden, dies heute nicht mehr so der Fall ist, dies gilt sogar für den anscheinend vollkommen isoliert im hintersten Winkel Afrikas lebenden Bauern – und das ist positiv! Diese Entwicklung hat ermöglicht, daß sich solche Kräfte wie die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens und Afrikas herauskristallisieren können, in Formen, wie es die russische und die chinesische Revolution über ihre eigene Selbstdarstellung als sozialistisch hinaus gewesen sind. Ein Protest, eine Reorganisation der Gesellschaft, um die Auswirkungen der weltweiten Polarisierung zu beseitigen. Aber dies sind alles sehr allgemeine Entwicklungen, die in diesem Sinne noch mindestens bis in absehbare Zukunft anhalten werden, vielleicht weniger stark in der ferneren Zukunft.

Ich glaube nicht, daß die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas das Schicksal, das der Kapitalismus für sie bereithält, akzeptieren werden. Noch nicht einmal die

#### Kongreß

## Wohin geht die Hoffnung? Politische Utopie in der Krise

Samstag, 9. Dezember 1995, 10 18 Uhr  
Kongreßzentrum Rosengarten, Mannheim

**Zur Zukunft politischer Utopien**  
Prof. Dr. Richard Saage

**Das Primat der Politik - Nur noch eine Utopie?**  
Caroline Fetscher, Prof. Dr. Thomas Meyer

**Wer besitzt die Wahrheit?**  
**Zur Universalität der Vernunft und dem Recht auf Differenz**  
Prof. Dr. Sybille Tönnies, Prof. Dr. Rolf Schwendter (angefr.)

**Feministische Perspektiven: Illusionslosigkeit oder die ganz andere Utopie?**  
Heidrun Uta Ehrhardt, N.N.

**Podiumsdiskussion:**  
**Wieviel Utopie braucht der Mensch?**  
Andreas Groß (Schweizer Nationalrat), Kerstin Müller (MdB B90/Grüne),  
Georg Fahrenschon (Bundesvorst. Junge Union), Anke Scheib (Medienabt. Greenpeace)

**Info & Anmeldung:** GPÖ, Tel.. 0711 / 28 20 33 Fax 0711 / 262 48 99  
HGDÖ, Tel.. 069 / 23 10 90, Fax 069 / 23 94 78  
(Dem. & Ök. & Zukunft der Politischen - HGDÖ/Buntstift)



Völker Osteuropas werden dies tun, die sich in ihrer Verzweiflung für das nächstbeste System entschieden haben, angewidert wie sie waren von Systemen, die sich sozialistisch gaben, aber tatsächlich einen Kapitalismus errichteten. Sogar sie werden demnächst ihre Illusionen darüber verlieren, was ihnen der Kapitalismus bringen kann, es gibt bereits Anzeichen hierfür.

Ansonsten müssen die heutigen Herausforderungen sehr differenziert betrachtet werden, die verschiedenen Ebenen müssen aufgefächert und in ihrer Vielschichtigkeit analysiert werden. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte auf gigantische Weise entwickelt. Vor allem hat er eine Ausbeutung der Ressourcen des Globus herbeigeführt, die für das Überleben der Welt eine ernsthafte Gefahr darstellt. Das soll nicht heißen, daß die Umweltprobleme, wenn man sie so bezeichnet, ganz und gar neue Probleme wären. Es sind Probleme, die bis ins Neolithikum zurückgehen! Aber die destruktiven Kapazitäten der Menschheit haben einen solchen Umfang und eine solche Wirksamkeit angenommen, daß sie, und dies sicherlich erstmals in der Geschichte, die Zukunft der Erde bedrohen. Dies ist eine neue Herausforderung, und sie beinhaltet eine Vorstellung der Mondialisierung, die sich sehr stark unterscheidet von der vorherrschenden Vorstellung, dem Marktkonzept... sie impliziert den weltweiten Sozialismus! Dies ist eine wahrhaft neuartige Herausforderung.

Die andere neue Herausforderung stellt die Bedrohung durch die Massenvernichtungsmittel dar. Hier gilt erneut, daß der Krieg in der Geschichte der Menschheit keine unbekannte Größe ist, aber als man sich noch mit Messern umbringen mußte, nahm dies eine gewisse Zeit in Anspruch, um eine Anzahl Menschen zu töten. Mit den Mitteln, über die heutzutage verfügt wird, ist es unglücklicherweise möglich, radikale Zerstörungen in riesigem Umfang vorzunehmen, und diese enorme Gefahr ist, historisch betrachtet, als neuartig zu bezeichnen. Man kann sagen, daß seit der Atombombe, seit 1945, durch die militärische Bedrohung der gesamten Menschheit, ein qualitativer Wandel stattgefunden hat.

Auf einer anderen, unmittelbaren Ebene, befinden wir uns in der aktuellen Periode in einer Krisenzeit, einer Krise des Kapitalismus, da es keinen „Sozialismus“ mehr gibt. Aber die Krise dauert an. Die auf Weltebene herrschenden Mächte sind allesamt vollauf mit der Bewältigung der Krise beschäftigt, egal, ob wir vom westlichen Kapitalismus mit „linken“ oder

„rechten“ Regierungen sprechen, von den Ländern der Dritten Welt, wo die Komprador-Bourgeoisien dominieren, oder von den Ländern Osteuropas. Sie alle haben keine Lösung für die Krise, weil sie sonst mit den sozialen und ökonomischen Interessen, die sie repräsentieren, in Konflikt geraten würden, und so versuchen sie lediglich, die Krise zu bewältigen. Das bedeutet für sie, aus der Krise materiellen Gewinn, also Geld, zu schlagen. Wie ich bereits sagte, ist die Arbeitslosigkeit für das Kapital kein Problem, dies ist das Problem der Arbeitslosen! Wenn die

Arbeitslosigkeit eine bessere Rentabilitätsrate des Kapital ermöglicht, so ist dies eine tadellose Sache für das Kapital.

In dieser Situation sind alle mit der Bewältigung der Krise beschäftigt, aber nicht ihrer Lösung. Dies ist eine neue, weltweite Herausforderung für die Linken. Die Linken im Westen, die Linken in den Ländern des Ostens, die Linken in den Ländern der Dritten Welt müssen versuchen, nicht der Logik des Marktes aufzusitzen, sie dürfen sie nicht akzeptieren, obwohl momentan leider eine ganze Menge von ihnen dies zu sehr tun. Sie müssen im Gegenteil Alternativen hierzu vorschlagen und herausarbeiten, selbst wenn diese anfänglich nur teilweise ausgearbeitet sein sollten, um der zerstörerischen Eigenlogik des Marktes etwas entgegenzusetzen. Langsam, aber sicher werden die demokratischen und linken Kräfte Fortschritte erzielen und weiterkommen bei der Erstellung und dem Herausarbeiten dieser Alternative. Nennen wir sie weiterhin „sozialistisch“ obwohl wir wissen, daß es sich um eine sehr lange Übergangsphase handelt und keinesfalls um eine magische vollständige Antwort, die in sehr kurzer Zeit alle Antworten auf sämtliche Probleme der Menschheit hervorbringt.

Weiterhin sehe ich die Herausforderung des Wiedererrichtens der amerikanischen Hegemonie, eine amerikanische Hegemonie, die trotz der militärischen Bipolarität seit dem Ende des zweiten Weltkrieges dominierte, die scheinbar langsam, aber sicher abnahm, geschwächt durch den europäischen Einigungsprozeß, und die sich plötzlich, in dieser Krisenzeit, wiederfindet. Denn gerade die dominanten Mächte sind vollauf damit beschäftigt, die Krise zu überdauern, und da diese Krise mehr und mehr militärische Interventionen in der ganzen Welt beinhaltet, hat dies der amerikanischen Vorherrschaft, die fast ausschließlich auf der amerikanischen Militärmacht beruht, neues Leben eingeblasen. Unlängst haben wir dies sehen können, in einigen drama-

tischen, teils zugleich dramatischen und grotesken Beispielen. Etwa im Golfkrieg, als die Vereinigten Staaten sich der Kontrolle der Ölvorkommen im mittleren Orient bemächtigt haben. Die militärische Besetzung dieser Region ist keine vorübergehende oder provisorische Besetzung! Als Ägypter erinnere ich mich, daß 1882 die Engländer gesagt haben, das die Besetzung Ägyptens provisorisch sei. Dieses Provisorium dauerte an bis 1954. Die militärische Besetzung des Golfes durch die Amerikaner ist auf die gleiche Weise provisorisch. Sie werden erst dann abziehen, wenn sie eines Tages von der Bevölkerung der Region vertrieben werden. Aber diese militärische Besetzung hat gleichzeitig ihre Position gegenüber ihren Alliierten gestärkt – die europäischen Konkurrenten, denn die Hauptenergiequelle der Europäer befindet sich unter militärischer Kontrolle der Vereinigten Staaten.

Das zweite Beispiel, gleichzeitig dramatisch und grotesk, unter gewissen Gesichtspunkten eher dramatisch als grotesk, ist Jugoslawien, wo die Europäer sich verannt haben, nachdem sie den Zerfall des ehemaligen Jugoslawien unterstützt hatten. Dies mußte notwendigerweise zum Krieg führen und notwendigerweise zur Verstärkung der Chauvinismen, nicht nur des serbischen, sondern auch des kroatischen, des muslimischen und aller anderen. Letzten Endes sahen sich die Europäer einer Situation gegenüber, die sie nicht mehr beherrschen konnten. So haben sie die Amerikaner um Hilfe bitten müssen, um für Ordnung zu sorgen. Eine militärische Intervention würde dies meiner Meinung genauso wenig bewirken können. Diese Herausforderung ist mit einer weiteren verbunden, der sich besonders die Westeuropäer gegenübersehen.

Der Aufbau eines einigen Europa ist heute bedroht, es droht seine Abschwächung und sogar sein vollständiges Verschwinden. Wieso? Weil das Projekt der europäischen Konstruktion ausschließlich als Integration über den Markt vorbereitet wurde. Anfangs war es der gemeinsame europäische Markt und nichts anderes, es wurde sogar scherzhaft vom „europäischen Supermarkt“ gesprochen. Ich gehöre zu denen, die denken, daß der Markt nicht von sich aus eine soziale Integration hervorbringt, sondern daß er im Gegenteil Widersprüche aufweist und somit das europäische Projekt nur dann eine unumkehrbare Festigkeit erwerben kann, wenn parallel zur Integration über den Markt denn es handelt sich um kapitalistische Wirtschaften auch eine politische, kulturelle und soziale Integration stattfindet. Dies bedeutet den Aufbau eines politischen Europa mit einem europäischen Parlament, das wahre Macht hat, also eine Art

Konföderation der europäischen Staaten. Dies war ein wenig das Projekt und die Vision Gorbatschows, mit dem berühmten gemeinsamen Haus Europa. Dies steht natürlich nicht mehr auf der Tagesordnung, weil die europäischen Linken, besonders die Sozialdemokraten, zum Projekt der europäischen Rechten übergelaufen sind, nämlich den Aufbau eines geeinten Europas ausschließlich über den Markt, ohne die politische Konstruktion Europas voranzutreiben. Heute sieht sich das europäische Projekt einer neuen Herausforderung gegenüber: Angesichts der ökonomischen Krise ist der Aufbau eines gemeinsamen ökonomischen Europa täglich bedroht. In Europa haben wir nicht nur ein Wiederaufleben der lokalen Nationalismen, die sich gegenüberstehen, sondern ein Wiedererstarken besonders des französischen und deutschen Nationalismus. Morgen werden wir erneut den russischen Nationalismus sehen. In dieser Hinsicht befinden wir uns in einer Situation wie am Ende des 19. Jahrhunderts, mit den großen Imperialismen und ihren Konflikten. Die ist eine neue Herausforderung für die Europäer.

**U**m auf die Rolle der Vereinten Nationen zu kommen, so glaube ich, daß die Verteidiger der Idee der Mondialisierung unverzüglich zur folgenden Einsicht kommen müßten, wenn sie es ernst meinen: nämlich, daß die Mondialisierung über den Markt begleitet sein muß von einer politischen Mondialisierung, das heißt dem Aufbau nicht unbedingt eines Weltstaates aber eines voll ausgebildeten politischen Systems, das weltweit koordiniert wird. Wenn diejenigen Leute, die sich als Demokraten bezeichnen, es damit genauso ernst meinen würden, wie sie es mit dem Betrieb ihrer politischen Systeme tun, so würden sie ein weltweites politisches, wirklich demokratisches System herbeiwünschen und dafür kämpfen. Aber diese Leute meinen es nicht ernst! Ich sagte, daß die Liberalen falsche Liberale sind, und somit wollen sie eine Mondialisierung über den Markt, aber sie wollen kein demokratisches politisches System im Weltmaßstab, was durch eine vollständige dreidimensionale Mondialisierung über den Markt nötig würde. Was sie statt dessen anbieten, ist schlichtweg eine Farce, nämlich die Unterwerfung der Generalversammlung der Vereinten Nationen durch den Sicherheitsrat unter die Befehle der US-Amerikaner, die das weltweite politische System einfach als ein amerikanisches militärisches System wahrnehmen. Seit dem Untergang der Sowjetunion gibt es keinen halbwegs systematischen Gegner dieses Rates mehr.

Die Amerikaner reduzieren das weltweite politische System und unterwerfen es, bedrohen es mit militärischen Interventionen durch die Vereinigten Staaten. Dies ist das Gegenteil von Demokratie! Wir müssen beginnen, regional, international und weltweit den Aufbau dieses sehr lange dauernden demokratischen politischen Gebilde in Gang zu bringen. Das heißt, Embryos politischer Macht und realer Entscheidungsmacht auf sämtlichen Ebenen, ob hinsichtlich der weltweiten Abrüstung, ob im Hinblick auf die Vertretung der Völker und nicht nur der Regierungen, über die Ingangsetzung einer Art Weltparlament. Was Europa auf europäischer Ebene benötigt, wird auch woanders gebraucht, auf regionaler Ebene, auf arabischer, afrikanischer, lateinamerikanischer Ebene und es wird auch auf globaler Ebene benötigt.



U-Bahnstation in Mexico-Stadt. Foto: Hans-Jürgen Serwe

Nun gut, die Dinge sind diesbezüglich unterschiedlich stark ausgereift, und wenn sie voranschreiten – was ich übrigens wünsche – dann schreiten sie unterschiedlich stark voran, und dies war immer so. Innerhalb dieses Rahmens muß man die verschiedenen internationalen Organisationen beurteilen. Um von denen zu sprechen, die Afrika betreffen: Die OUA wurde 1963 gegründet, durch die Fusion zweier Gruppen, die sich im Moment der Unabhängigkeit der Mehrheit der afrikanischen Länder gebildet hatten. Die Gruppe der radikalen Länder, in denen die nationalen Befreiungsbewegungen einen stärkeren antiimperialistischen und volksnahen Inhalt besaßen, wurde Casablanca-Gruppe genannt. Die Gruppe der Länder, wo die neokolonialistischen, neokolonialistischen Mächte dominierten, hieß Monrovia-Gruppe. Dies war eine Art historischer Kompromiß zwischen den zwei Lagern mit einigen Spielregeln, besonders der Regel der Unantastbarkeit der Grenzen und dem Respekt des Gebots der Nichtintervention. Diese mögen innerhalb der letzten dreißig Jahre der Geschichte Afrikas einige positive Aspekte gehabt haben, sie erschöpften ihr

Potential aber sehr rasch, weil sie nicht den afrikanischen Eingangsprozeß angingen, so wie ihn Nkrumah damals gefordert hatte. „Africa must unite!“ hatte Nkrumah damals gesagt. Er forderte den Panafrikanismus und, wie auch in Europa, eine sanfte und föderale politische Integration, parallel zu einer ökonomischen Eingung. Aber wie jeder weiß, haben damals sämtliche Liberale Nkrumah als einen Verrückten betrachtet. Dabei war er der einzige Realist der Politiker Afrikas zu diesem Zeitpunkt!

Diese Angelegenheit ist längst vergessen, die OUA verfügt somit über keine richtige Existenz mehr. Es gibt andere internationale Instrumente, deren Wichtigkeit manchmal übertrieben wird, hier denke ich an die Weltbank und den Weltwährungsfonds FMI: Ich behaupte, daß ihre Wichtigkeit übertrieben wird, weil die Weltbank und der FMI keine autonomen Organismen sind, dies sind Ausführungsorganismen für Entscheidungen, die von den G 7 getroffen wurden. Das heißt, durch die großen kapitalistischen Mächte, und in erster Linie durch die Vereinigten Staaten. Dies sind Ausführungsorganismen der Mondialisierung durch den Markt, des utopischen Projektes der Mondialisierung

durch den Markt. Diese Organismen sind meiner Meinung nach hinfällig, ganz und gar obsolet, und am 50. Geburtstag der Bretton-Woods-Institutionen im Sommer 1994 hätte die Beerdigungsfeier dieser Organisationen begangen werden sollen. An ihrer Stelle müßten, im Zuge der Regionalisierungen, die ich ansprach, große Regionen gebildet werden. Und ich meine mit großen Regionen Lateinamerika, die arabische Welt, Süd-Ost-Asien, das subsaharische Afrika, Europa oder die zwei Europas, Westeuropa und die ehemalige Sowjetunion, und die großen Länder, die USA, Kanada, China, Indien.

Das Ziel besteht in der Herausbildung und Verschränkung dieser großen Regionen und in der Schaffung ökonomischer Planungsinstitutionen, von Märkten, aber auch von Konföderationen autozentrierter Staatswesen.

Es geht nicht um autarke große Blöcke „à la Orwell“ die sich ständig bekriegen, sondern um eine Vision einer verhandelten und fortschreitenden Interdependenz, die progressiv in Richtung der Erschaffung einer Institution oder von Institutionen der weltweiten Demokratie fortschreiten. ■

In der November-Kommune hat Roland Schaeffer die von Lovins und von Weizsäcker angesagte „Effizienzrevolution“ angezweifelt, aber doch „massenhaft effiziente Reformen“ ausmacht. Er kommt aus der Frankfurter Kämmerei, ist also sowohl mit dem Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie vertraut als auch mit der öffentlichen Armut. Ich halte es nicht für zufällig, daß gerade von dieser Seite her freundliche Worte über dieses aus anderen grünen Ecken angezweifelte, „systemimmanente“ Herangehen kommen. Gerade die Kommunalpolitik ist ja weniger für die großen Utopien und Entwürfe zuständig und eher befaßt mit dem konkreten Reform-Handwerk.

Nachprüfbar ist jedenfalls, daß die Sache mit dem „Faktor 10“ Erhalten der Lebensqualität, wenn auch nicht unbedingt des (warendominierten) Lebensstandards, bei Verringerung des Stoff- und Energiedurchsatzes um das Zehnfache heute reales und realistisches Diskussionsthema in den Vorstandsetagen nicht gerade der kleinsten Konzerne ist.

Verantwortlich dafür ist, mit allem Respekt für die Lehrkanzeln der Wirtschaftsethik aller Universitäten, natürlich die Kostenrechnung. Die zeigt in schlichten Worten: Ökologisches Redesign des Produktes und des Produktionsprozesses rechnet sich.

„Good housekeeping“ als einer der Bestandteile von „cleaner production“ kostet in aller Regel gar nichts und bringt schon beträchtliche Einsparungen, aber auch die Amortisationszeiten von Investitionen zur Emissions- und Abfallvermeidung an der Quelle liegen in zwei Drittel der Fälle unter einem Jahr.

Dazu kommt noch der Technologie- und Kostenvorsprung gegenüber der Konkurrenz bei der Einführung rigiderer Energie bzw. CO<sub>2</sub>-Besteuerung und bei der Verschärfung von Immissionsnormen, sowie die Bereitschaft eines wachsenden (zahlungskräftigen) Publikums für nachweislich umweltschonendere Produkte mehr zu zahlen.

Daß sich da etwas recht massiv eingeschlichen hat, wurde etwa auf dem „Second European roundtable on cleaner production and cleaner products“ in Rotterdam (1. 3.10.95) ganz unübersehbar. Als ich das letzte Mal von Dow Chemicals hörte, haben die Herren Napalm für Vietnam produziert und ich gegen sie amerikanische Fahnen verbrannt. Jetzt erläutert mir der Europa-Direktor von Dow in Englisch mit biederem Schweizer Akzent die Produktmatrix, anhand derer sie die Öko-Effizienz neuer Produkte abchecken, und mir bleibt der

Mund offen... Ein Blick auf die Liste der teilnehmenden Firmen vermittelt den Eindruck, daß der Paradigmenwechsel vom erzwungenen nachsorgenden Umweltschutz zur in Eigenverantwortung implementierten „cleaner production“ schon voll im Gange ist.

Dem entsprechen, auf der staatlichen Seite, ähnliche Umbrüche, vor allem in Nordwesteuropa. Das 2. Nationale Umweltprogramm der Niederlande etwa hat die bisher betriebene „Command & Control“-Politik (Grenzwerte und deren administrative Durchsetzung) voll über den Haufen geworfen und durch eine Art

## Jenseits von Command & Control

„Vertrags-Umweltschutz“ ersetzt. Es werden Immissions(verminderungs)- und Abfallreduktionsziele mit Branchenverbänden vereinbart und sie als Verursacher übernehmen die Verantwortung für die Umsetzung.

Dr. Winters vom Wirtschaftsministerium verweist auch stolz auf die Erfolge: In der bisherigen Laufzeit sei das BIP um 25 Prozent gestiegen, der Gesamtschadstoffausstoß aber um bis zu 60 Prozent gefallen. Herr Henselmann als NGO-Vertreter fordert nachdrücklich verschärfte Internalisierung noch immer externer Kosten, um der schleppenden Umsetzung Beine zu machen, hat aber keinen prinzipiellen Einwand.

Professor Scholl vom Heidelberger Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, der im Auftrag der EU die Entwicklung der Umweltpolitiken untersucht hat, sieht jedenfalls das Ende von Command & Control bevorstehen – vor allem wegen erwiesener Kostenineffizienz: Das Vollzugsdefizit bei der herkömmlichen detailverliebten Umweltschutzgesetzgebung ist eh notorisch gewaltig, es läßt sich einfach nicht ein Inspektor zu jedem *end of the pipe* hinstellen, schon gar nicht angesichts ausufernder Budget-Defizite. Dieser Paradigmenwechsel auch in den nationalen Umweltpolitiken ist sicher geprägt von radikalem Neoliberalismus, aber auch Folge eines durchaus positiven Anti-Etatismus und der Ersetzung von Staatsgläubigkeit durch zivile Selbstverantwortung auch bei Unternehmen.

Die Risiken sind offenkundig – die Erfahrungen mit dem Toronto-Ziel, der

Agenda 21, oder auch den Zielverordnungen im DSD oder nach der österreichischen Verpackungsverordnung belegen das überdeutlich. Allerdings: Das Festhalten an der *command & control*-Haltung wird unfinanzierbar werden, es gibt keine Alternative. (Die Parallelen zur kommunalen Verwaltungsreform sind unübersehbar.) Die neuen *soft policies* des Kontrakt-Umweltschutzes sind vergleichsweise billig und können effektiv sein, wenn sie durch eine Reihe weiterer Steuerungsmechanismen (Öko-Steuern, Signale in Richtung Kosteninternalisierung, die dann marktwirtschaftlich zur Änderung von Unternehmensstrategien führen.) ergänzt werden.

In Holland (Beispiel Rotterdam) wie auch in Dänemark (Beispiel Kopenhagen-Umland) ist denn auch die Betriebsanlagengenehmigungsstelle der Kommunal- bzw. Bezirksverwaltungen zu einem Schnittpunkt für die Förderung von „cleaner production“ geworden. Hier werden eben nicht mehr obrigkeitstaatliche Auflagen erteilt, sondern wird in partnerschaftlicher Kooperation vorausschauender Umweltschutz betrieben. Betriebe werden auch informiert, welche Maßnahmen sie setzen können zur Abfall- oder Emissionsvermeidung. Letztlich werden die Genehmigungsbescheide „ausgehandelt“ Das verlangt natürlich mehr und besser (und anders Stichwort: „Sozialkompetenz“) ausgebildetes Personal dort, bringt aber eben auch einen spürbareren Abbau des Kontrollapparats. In Kopenhagen gibt es schon drei verschiedene Arten von „Lizenzen“ von roten für notorische Schmutziane, die den herkömmlichen Genehmigungsbescheiden entsprechen, bis zu grünen, etwa für Betriebe mit EMAS-Zertifikat oder ISO 14000, denen viel mehr Freiheit gelassen wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in dieser neuen Öko-Kooperation zwischen Behörden, die sich selber als Dienstleistungsunternehmen für gesellschaftliche Bedürfnisse redesignen, und Unternehmen, ist die KMU-Förderung. Gerade bei den KMUs scheitert die „cleaner production“ Strategie in aller Regel an enger Finanzdecke, Personal- und Zeitmangel und ergo mangelndem Know-how. Aus eben diesem Grund hat Dänemark schon seit Jahren Technologische Informationszentren, die mit staatlicher Finanzierung 1994 10380 (von 30000) kleine und mittlere Unternehmen (mit weniger als 100 Beschäftigten, die dänische Definition ist realistischer und enger als die EU-Definition) beraten haben. Die 10 Millionen DM, die dafür aufgewendet wurden, sind gut investiert.

Gerhard Fritz



# Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord?

Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen

Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Ludger Vollmer

Liebe Freundinnen und Freunde,

Vor einiger Zeit hat Joschka Fischer in einem Brief zum Bosnienkrieg ein militärisches Eingreifen gefordert, mit dem Ihr Euch ausführlich befaßt habt. Zu den Konsequenzen seiner Forderung hatte sich der Autor nicht geäußert. Trotz vielfacher Nachfragen ist es uns damals nicht gelungen zu erfahren, wer eine solche Operation unternehmen sollte, mit welchen militärischen Mitteln, wie denn der Gegner zu definieren sei, welches militärische Ziel erreicht werden solle und wie dies eingebunden sei in politische Zielsetzungen. Es wurde vorab weder die Eskalationsgefahr kalkuliert, noch eine Prognose abgegeben, ob ein Militärschlag überhaupt erfolgreich sein würde. Denen, die Krisenintervention forderten, haben wir daraufhin vorgehalten, daß sie auch Kriseninterventionskräfte befürworten müßten, taugliche Angriffswaffen und ihre Produktion und die entsprechende Militärdoktrin. Joschka hat bei der Länderratssitzung in Berlin einräumen müssen, daß die Abgrenzung der grünen InterventionsbefürworterInnen zur Militärpolitik von Volker Rühle schwierig sei.

Wir schreiben diesen Brief nun, weil Joschka auf dem Bonner Perspektiven-Kongreß, statt die Abgrenzung zu Rühle zu klären, in öffentlicher Rede und mit programmatischem Geltungsanspruch einen bemerkenswerten Schritt weiter gegangen ist. Er hat nicht nur die Interventionsforderung für Bosnien verteidigt, sondern eine allgemeine Interventionspflicht der UNO bei Völkermord gefordert. Da diese Formel für die Bundesversammlung in Bremen eine Rolle spielen wird, als Einfallstor für eine praktisch umfassende Befürwortung von Kampfeinsätzen, möchten wir vorab eine Klärung dazu in den Diskussionen der Kreisverbände anregen. Wir setzen uns deshalb in diesem Brief in Form von Rückfragen kritisch mit dem neuen Vorstoß auseinander.

Die neue Formel zielt direkt auf Emotionalisierung. Wer kann schon etwas dagegen sagen, daß Völkermord verhindert werden müsse. Durch die neue erweiterte Forderung aber wurde der Abgrenzungsfrage zu Rühle ausgewichen. Statt dessen sind eine ganze Reihe neuer Fragen an diese außenpolitische Konzeption und ihre Einbettung in eine grüne Gesamtstrategie aufgeworfen, so daß wir es für wünschenswert und nötig halten, daß er möglichst bald eindeutig dazu Stellung nimmt.

---

In Kommune 9/95 haben wir einen offenen Brief Joschka Fischers an die Bundestagsfraktion und die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen dokumentiert: „Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei“ In der gleichen Form griffen jetzt im Vorfeld des Parteitages Anfang Dezember in Bremen Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin und Ludger Vollmer in die Debatte ein. Wir dokumentieren auch ihren offenen Brief.

---

Nach internationalem und deutschem Recht begeht Völkermord (nach Greifelds, Rechtswörterbuch),

„wer in der Absicht, eine nationale, rassische oder religiöse oder Volkstumsgruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, vorsätzlich Mitglieder der Gruppe tötet, ihnen schweren körperlichen oder seelischen Schaden zufügt, sie durch Maßnahmen zur Beschränkung der Lebensbedingungen (Ernährung, Gesundheitsfürsorge) oder Geburtenkontrolle (Sterilisation u. dgl.) der physischen Vernichtung aussetzt oder ihre Kinder in eine andere Gruppe überführt.“

Wenn jemand aus dieser begrüßenswerten Definition die Pflicht der UNO zur militärischen Intervention ableitet, in wie viele Kriege wird er sich gleichzeitig verwickeln? Die aktuellen circa 40 regionalen Kriege der Welt werden nicht nach dem sogenannten humanitären Kriegsvölkerrecht der Haager Kriegskonvention geführt. Auf sie trifft meistens der Völkermordbegriff zu, was Josef Joffe, einen liberal-konservativen und Bundeswehreinsätze prinzipiell be-

grüßenden Leitartikler der *Süddeutschen Zeitung* am 4.10.95 zu dem Kommentar veranlaßte:

„Dabei gilt das Gebot der intellektuellen Ehrlichkeit auch für jene, die nur unter der Flagge der Moral in den Krieg zu ziehen wünschen. Der Grünen-Fraktionschef Fischer hat zum Beispiel eine ‚Interventionspflicht‘ angesichts der ‚Gefahr des Völkermordes‘ konstruiert. Wenn dem so wäre, müßte sich die Bundeswehr um ihre Daseinsberechtigung nicht mehr sorgen. Ethisch-religiöse Kriege sind zur Routine geworden: Sudan, Somalia, Ruanda, Kaschmir, Bosnien. In diesen Kriegen gilt nicht der Ehrenkodex des 18. Jahrhunderts, sondern die Regel: Morde so viele Frauen, Kinder, Alte wie es geht, und vertriebe den Rest.“

Man kann, wie Teile der Öffentlichkeit es tun, aus Joschkas Position einen weltweiten Kampfauftrag der Bundeswehr herauslesen, ein Ansatz, den wir nicht einmal Rühle anlasten würden. Wenn das nicht beabsichtigt war, dann müßte er zumindest einen eingegrenzten Begriff von Völkermord vorschlagen und international durchsetzen. Damit aber würde verhindert, daß manch grausamer Krieg unter das historisch und völkerrechtlich wichtige, wenn auch nicht mit einer automatischen Konsequenz versehene Verdikt des Völkermordes gestellt wird.

Zudem: Wie soll Völkermord so frühzeitig festgestellt werden, daß ein militärisches Eingreifen, was einen operativen Vorlauf braucht, rechtzeitig möglich ist? In der Regel werden Völkermorde im nachhinein als solche festgestellt. Kann es in den internationalen Beziehungen einen Verfolgungszwang geben? Wer ist der Staatsanwalt? Welche Instanz soll feststellen, daß ein kriegerisches Ereignis als Völkermord zu werten ist? Die Grünen sind es mit Sicherheit nicht. Kann es die UNO-Vollversammlung sein – mit wie überzeugenden Mehrheiten?

Faktisch werden es die sein, die auch den Sicherheitsrat dominieren, die führenden Mächte in NATO, Westeuropa und G 7. Soll es auf dieser Grundlage einen Interventionsmechanismus geben, der automatisch in Gang gesetzt wird?

Joschka kritisiert die antimilitaristische Haltung zu Unrecht damit, daß sie weltfremd sei und höchstens langfristig wirksame Utopien entwickle, statt konkrete Eingriffsmöglichkeiten zu schaffen. Wer dies tut, muß das Kriterium der Realitätstüchtigkeit aber auch an sein eigenes Konzept anlegen lassen. Er darf nun nicht seinerseits seine Forderung nach einer Interventionspflicht der UNO von deren Reform abhängig machen, die so schnell nicht kommen wird. Er muß dem eigenen Anspruch folgend sagen, wie Intervention denn hier und heute angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse, Machtkonstellationen und Methoden möglich ist. Er muß die Frage beantworten, wer denn mit welchen Mitteln intervenieren soll? Führende NATO-Staaten haben bis zur Zahlungsverweigerung an die UNO alles getan, damit diese Organisation keine eigenen Erzwangungsmittel erhält. Faktisch ist deshalb nur die NATO als Interventionskraft handlungsfähig, vielleicht im politisch hoch belasteten Zusammenspiel mit GUS-Staaten-Armeen. Heißt die vage Vorstellung von der Interventionspflicht der UNO nun praktisch, daß, weil andere Verbände nicht zur Verfügung stehen, es letztlich die NATO ist, die im UNO-Auftrag weltweit intervenieren muß? Und wie soll verhindert werden, daß sich das Weisungsverhältnis praktisch umdreht und die NATO, deren Führungseliten weitgehend identisch mit denen der G-7-Staaten und des Sicherheitsrates sind, den „westlichen“ Eigeninteressen folgend, der UNO eine bestimmte Sicht der Dinge aufzwingt und die sie zur Legitimationsinstanz der NATO degradiert?

Faktisch steuert die internationale Politik auf eine neue Blockkonfrontation zu mit allen Folgen. Schlüsselfunktion hat dabei die NATO, die sich über angeblich humanitäre Aufträge neue Legitimation verschafft, mit ihrer Politik und ihren Absichten aber weit darüber hinaus geht. Wer jetzt die NATO, die sich als weltweite Schutzmacht aufzuspielen beginnt, über ihre angeblich humanitäre neue Funktion legitimiert, muß darlegen, wie er sich denn internationale Abrüstung und die Verminderung von Rüstungsproduktion – und -export vorstellt. Wie eine neue Blocklogik verhindert werden soll. Wie man sich eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft vorstellen kann als Antwort auf die unregelmäßige und chaotische Globalisierung, die die Dritte Welt tiefer ins Elend stürzt und den Aufstieg von Schwellenländern zum Vorwand der Bundesregierung für Deregulierung, Lohndrückerei und Sozialabbau macht. Steht die subtile Befürwortung der NATO, die hinter der Interventionsforderung steht, im Zusammenhang mit dem weltwirtschaftlichen Selbst-

behauptungsinteresse Westeuropas und Deutschlands, wie es Joschka in seinem von der Presse sogenannten Wirtschaftspapier beschreibt?

**W**as bleibt angesichts der realen Entscheidungsmechanismen überhaupt von einem moralisierenden Interventionsansatz übrig? Die Führungsmacht von NATO, G 7 und Sicherheitsrat hat für den Hausgebrauch ihre eigenen höchst realen Kriterien für einen Militärschlag entwickelt: Er muß trotz Haushaltsdefizits finanzierbar sein, die anderen Westpartner müssen mitmachen, der Sieg muß sicher und die ganze Operation muß mehrheitsfähig sein, sprich die Wiederwahlchancen des Präsidenten erhöhen. Dieser Pragmatismus steht in bemerkenswertem Gegensatz zum Moralismus grüner InterventionistInnen. (Einen ähnlichen Rat zum „Pragmatismus“ gibt Joffe der Bundesregierung.) Sollen Grüne den USA statt dessen raten, das Trauma des verlorenen Vietnamkriegs, das immer noch wirksam ist, zu verdrängen und zurückzukehren zur Doktrin des ehemaligen Präsidenten Woodrow Wilson? Der forderte zu Beginn des Jahrhunderts, die USA müßten überall auf der Welt ohne Rücksicht auf pragmatische Überlegungen die Werte des freien Westens und die Menschenrechte durchkämpfen. Er forderte damals in seiner Doktrin, die bis heute eine ideologische Grundlage der US-amerikanischen Außenpolitik ist:

*„Wir sind auf keinen Wettbewerb im Handel und ebensowenig auf eine andere friedliche Errungenschaft eifersüchtig. Wir wollen unser eigenes Leben nach unserem Willen leben, wir wollen aber auch andere leben lassen. Wir sind die aufrichtigen Freunde aller Völker der Welt, weil wir niemanden bedrohen, niemandes Besitz begehren und niemanden vernichten wollen.“*

Das klingt nach grüner Selbstbeschränkung. Doch dieser Humanismus ist mit einem Staat verknüpft, der nur durch den Völkermord an den nordamerikanischen Indianern hatte entstehen können. Mehr noch: Wie die heutigen grünen InterventionsfreundInnen leitet Wilson aus dieser Haltung eine weltweite Verpflichtung ab:

*„Wir bestehen auf Sicherheit in der Verfolgung unserer selbstgewählten Richtlinien staatlicher Entwicklung. Wir tun mehr als das: Wir fordern sie auch für andere. Wir beschränken unsere Begeisterung für persönliche Freiheit und eine freie staatliche Entwicklung nicht auf Zufälligkeiten und die Bewegungen der Geschehnisse, die uns selbst berühren. Wir empfinden sie vielmehr überall da, wo ein Volk auf diesen schwierigen Pfaden der Unabhängigkeit und des Rechts zu wandeln sucht.“*

Wenn sich diese Sätze auf den ersten Blick auch harmlos ausnehmen, so bildeten sie faktisch die Begründung für einen weltweiten amerikanischen Interventionismus, wie Henry Kissinger in seinem Kommentar dazu ausführt:

*„Fortan hatte Amerika eine Art Freibrief, sich im Ausland einzumischen. Welch ungewöhnlicher Einfall, aus der Warnung ... vor Einflußnahme im Ausland eine Rechtfertigung weltweiter Interventionen abzuleiten! Welch Paradox, eine Neutralitätsphilosophie zu ersinnen, die eine Verwicklung in Kriege unabwendbar machte!“*

Und welch verblüffende Ähnlichkeit mit den Denkfiguren der heutigen grünen InterventionsfreundInnen.

Spätere Präsidenten wiesen diese „Kreuzzugs“-Mentalität (Kissinger) zwar zurück, bedienten sich bei der Verfolgung des nationalen Interesses aber fleißig der Wilsonschen Menschenrechtsrhetorik, um ihre eigentlichen Absichten zu verschleiern. Das begann bei der Uminterpretation der Monroe-Doktrin, die gegen die imperialistischen Interessen der westeuropäischen Staaten ein besonderes Interesse der jungen USA am lateinamerikanischen Raum formuliert hatte. Nachdem Roosevelt sie bereits als Folie zur Politik der Einflußsphärensicherung genommen hatte, wurde das Ganze noch mit Wilsons Idealen überwölbt, um so die amerikanischen Interventionen seit den zwanziger Jahren bis zum Militärputsch in Chile, der Invasion auf Grenada, dem Überfall auf Panama und der Blockade von Kuba zu legitimieren. Es ging weiter im Vietnamkrieg, wo angeblich der freie Westen verteidigt wurde und endete bisher beim Wüstenkrieg am Golf. Immer ging es angeblich um Menschen- und Freiheitsrechte. Uns interessiert die Frage, wie denn verhindert werden kann, daß ein grüner, auch militärisch ausgerichteter Menschenrechtsfundamentalismus als Mäntelchen für andere, reale Interessen genutzt wird.

**Z**udem: Wie soll ein Kampfeinsatz im grünen Sinne praktisch aussehen? Joschka hat die kritischen Anfragen an seine Interventionsforderung für Bosnien damit gekontert, daß er eine Interventionspflicht auch für Ruanda verlangt hat.

In Ruanda sind zwei tief verfeindete Ethnien bis zum äußersten entschlossen, sich gegenseitig abzuschlachten. Doch was als Völkermord erscheint, ist letztlich auch eine soziale Auseinandersetzung, die nach jahrhundertlangem Kolonialismus jetzt aufbricht. Ohne eine Stärkung der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), verbunden mit einer wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie, wird in Afrika Konfliktschlichtung nicht möglich sein. Wie soll denn praktisch eine Intervention in Ruanda aussehen? Was nährt den Optimismus, daß ein Kampfeinsatz im zentralen Afrika erfolgreicher verlaufen wäre als die böse Vorstellung in Somalia?

Die Interventions-BefürworterInnen wollen aber nicht nur in Ruanda einmarschieren lassen, sondern fordern eine umfassende Verpflichtung der UNO. Die gilt also auch für weitere völkermörderische Kriege.

In Somalia gab es Hunderttausende von Hungertoten, für die Stammesfehden mit-

verantwortlich sind. Die UNO hat nicht zuletzt aus finanziellen Gründen eine echte Peace-keeping-Aktion durch das OAU-Mitglied Eritrea ein Jahr vor dem bekannten Einsatz verweigert. Wie hätte denn in Somalia statt des gescheiterten Einsatzes eine effektive militärische UNO-Intervention aussehen müssen? Oder war das kein Völkermord, da nicht absichtlich geplant?

In der Nachbarschaft Somalias, im Südsudan, setzt der arabisch-islamische Norden alles daran, die schwarzen Ethnien animistischen Glaubens physisch zu vernichten, ein ethnisch-rassistisches Ziel, das schon die arabischen Sklavenjäger vor gut 200 Jahren verfolgten. Innenpolitisch ist dies bereits ein Thema. Welche Truppen sollen nun aber an den oberen Nil geschickt werden, um dem Morden ein Ende zu machen?

In Kurdistan wird ein Volk seiner Lebensgrundlagen beraubt. Türkisches Militär zerstörte Tausende kurdischer Dörfer, ermordete zehntausend Menschen und vertrieb Hunderttausende. Gibt es dort die militärische Interventionspflicht der UNO über das Flugverbot auf irakischer Seite hinaus? Soll die NATO dies als Auftragnehmerin leisten, auch gegen den NATO-Partner Türkei?

In Osttimor, zugegeben einem kleinen Fleckchen im Pazifik, haben indonesische Regierungstruppen vor Jahren eine ehemalige portugiesische Kolonie militärisch okkupiert, als sie in die Unabhängigkeit entlassen wurde, haben die Einwohner vertrieben, ermordet oder versuchen ihre kulturelle Tradition zu vernichten. Die Besetzung dauert an. Ist auch dies ein Anlaß für eine UNO-Militärintervention oder ist das zu weit weg für uns, obwohl es wegen der portugiesischen Komponente sogar Thema der EU sein müßte?

In Brasilien gibt es einen Vernichtungskampf von Wirtschaftsverbänden und -banden gegen die Urbevölkerung im Amazonasgebiet. Wenn dies aber Völkermord ist, und davon gehen alle Beobachter aus, und nicht eine innere Angelegenheit Brasiliens, wie stellt man sich eine NATO-Expedition am Amazonas vor?

Im Bürgerkrieg von Afghanistan wird immer wieder die Grenze zum Völkermord überschritten. Die Belagerung von Kabul erinnert in vielem an die von Sarajewo. Dürfen wir da nicht so genau hinschauen, weil wir einst die Kriegsparteien gegen die russische Invasion unterstützt hatten oder ist dies gar ein hinnehmbares Gemetzel? Soll die UNO intervenieren, die NATO hinschicken oder wäre es diesmal besser, die Russen einmarschieren zu lassen oder beide?

Wie halten wir es mit Tibet? Sollen wir den Begriff des Völkermordes dafür ablehnen, weil wir uns nicht mit China anlegen wollen, oder kämpfen wir die Menschenrechte militärisch gegen die atomare Großmacht durch? Oder müssen wir nicht einräumen, daß dies zwar Völkermord ist, der Begriff allein aber keinen automatischen Mechanismus von Intervention nach sich ziehen kann?

**W**er der Formel der Interventionspflicht bei Völkermord folgt, müßte in all diese Konflikte rigoros und konsequent eingreifen, wenn er sich nicht mitschuldig am Morden machen will. Wenn aber pragmatisch gesagt wird, wir greifen nur dort ein, wo wir ähnlich den amerikanischen Kriterien gewisse Erfolgchancen sehen, dann sollte man die Moral nicht zum Maßstab aller Dinge machen. Welche Größenordnung muß denn ein Völkermord haben, daß die UNO / NATO eingreifen soll?

Tatsache ist: Gegen kleine Verbrecher ist Intervention nicht nötig, gegen große nicht möglich. Aber selbst in mittleren Konfliktlagen gibt es absolut keine Garantie für einen militärischen Sieg. Wir fragen deshalb: Wie weit soll das militärische Eskalationspotential getrieben werden, um bei anhaltender Stärke des Verbrechers siegreich zu sein? Und wie will man in dem Moment, wo die Bereitschaft zum nächsten Eskalationsschritt nicht besteht, sich gegen denselben Vorwurf erwehren, der gegen die Antiinterventionisten erhoben wird, nämlich daß man angeblich tatenlos dem Morden zuschaut?

Es ist schlechterdings nicht bestreitbar, daß eine Intervention auch einmal erfolgreich sein kann. Rechtfertigt diese Ausnahme aber die Vorratshaltung all der Militärapparate, die für eine Krisenintervention unabdingbar sind? Die gesamte politische Krisenstrategie wird im Wissen um die Ultima ratio dann doch wieder regelmäßig die nichtmilitärischen Mittel übergehen, die viel Geld kosten, während das Militär schon bezahlt ist.

BefürworterInnen von Intervention, militärischer Friedenserzwingung und Kampfeinsätzen werden sich nicht darauf beschränken können zu sagen, vermittelt über die internationale Rechtsinstanz der UNO definiert die Politik den Völkermord und gibt den Einsatzbefehl, das Militärische hätten die Militärs zu beurteilen, das sei nicht Sache der Politik. Mit einer solchen Haltung werden sie sogar auf den massiven Widerstand zahlreicher aufgeklärter Militärs treffen, die zu Recht sagen, daß die Politik es sich sehr leicht mache, wenn sie vor schwer lösbaren Problemen kapituliert und die „Lösung“ den Militärs zuschiebt.

Eine solche Politik drückt sich vor der Eskalationsfrage, die der Militärwissenschaftler und Oberst a. D. Karl Harms im Freitag vom 13.10.95 so beschreibt:

*„In Deutschland bröckelt indes die Front konsequenter Interventionsgegner, besonders während des Strategiekongresses der Grünen in Bad Godesberg war das zu erkennen. Die Machbarkeit einer Intervention wird kaum ernsthaft in Zweifel gestellt. Offenbar zweifelt man nicht an den entsprechenden Fähigkeiten des Militärs.“*

Nach einer Analyse des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen



Bedingungsgefüges verschiedener Konflikte und Interventionen kommt er zu den Aussagen:

*„Eine Interventionsstreitmacht kann bei langandauernden bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen (und als solche analysiert er fast alle aktuellen Konflikte) in eine Vielzahl von Ge-*

*fechten verwickelt werden. Früher oder später erfolgt die Anpassung an die Logik eines archaischen Partisanenkrieges mit all seiner Brutalität und Hinterhältigkeit. Das schließt Aktionen gegen die Zivilbevölkerung ein, zu Lasten von Moral und Motivation einer Eingreiftruppe aus Eliteeinheiten wird eine gnadenlose Soldateska. Die hehren Ziele einer Mission im Auftrag der UNO mögen in den Medien noch so oft kolportiert werden, sie müssen nicht in den Hirnen und Herzen der beteiligten Soldaten wurzeln. Kurzum: ein ‚sauberer Krieg‘ hart, aber ehrenhaft ist unter den geschilderten Bedingungen kaum zu haben. Nach ersten Mißerfolgen können Militärs zu einem massierten Einsatz der Kräfte und Mittel nach dem Prinzip der Feuerwalze oder des Flächenbombardements neigen. Ein konzentrierter Einsatz von Fliegerkräften, Artillerie und Panzern erfolgt dann zumeist nicht in der offenen Feldschlacht, sondern gegen Dörfer, Siedlungen und Städte, die ja im Bürgerkrieg zwangsläufig mit zu den Hauptoperationsbasen der einheimischen Parteien gehören. Die Angst, das Gesicht zu verlieren, zwingt zu einer mehrfachen Wiederholung dieser Handlungsabläufe und zwar so lange, bis die Erkenntnis reift, daß der begonnene Militäreinsatz unter den vorgegebenen politischen und geostrategischen Rahmenbedingungen nicht zu gewinnen ist – es folgt die Entscheidung zum Rückzug.“*

**W**ie fragwürdig die Forderung nach einer Militärintervention ist, zeigt auch der Ausgangspunkt dieser Debatte, das Massaker von Srebrenica. Dies wird als Grund für die notwendige politische Wende angeführt. Joschka übersieht in seiner Analyse, daß die Schutzzonen von Beginn an nicht als militärische Verteidigungsräume konzipiert waren. Der ehemalige deutsche Botschafter in Jugoslawien, Horst Grabert, schreibt dazu im Freitag vom 27.10.95:

*„Am 2. Februar 1993 legte Boutros-Ghali dem Sicherheitsrat den Vance-Owen-Plan für Bosnien vor. Clinton hatte gerade das Präsidentenamt übernommen und beeilte sich, diesen Plan zu torpedieren. Gegen den Rat des UN-Generalsekretärs setzten die USA mit der Resolution Nr. 824 noch im gleichen Jahr die Ausdehnung des in Kroatien erfolgreichen Konzepts der Sicherheitszonen für andere schutzbedürftige Städte durch, um im ganzen Land Frieden und Stabilität zu gewährleisten und sofort in den*

Städten Sarajevo, Tuzla, Zepa, Gorazde, Bi-hac sowie Srebrenica zu erreichen. Die für dieses Konzept notwendige Zahl an Blauhelmen wurde allerdings nicht bewilligt. So viel wollte man denn doch nicht anlegen. Der Vance-Owen-Plan aber war damit vom Tisch.“

Grund für den amerikanischen Strategiewechsel war nach Grabert nur der innenpolitische Umstand, daß Clinton im Wahlkampf den von Bush favorisierten Vance Owen-Plan angefeindet hatte, nun eine Alternative brauchte und diese wegen innenpolitischer Mißerfolge als außenpolitische Glanzleistung seinem Konto für die Wiederwahl gutbuchten wollte.

In den Diskussionen über Joschkas Brief wurde bereits angemerkt, daß seine Analyse genau zu dem Zeitpunkt abbricht, wo der Westen schnelle Eingreiftruppen zum Schutz der Blauhelme entsandte. Damals hatten viele Beobachter prophezeit, daß dies einen Abzug statt einer Verstärkung von Blauhelmen aus den ostbosnischen Schutz-zonen Srebrenica und Zepa und damit deren Fall bedeuten würde, da die wenigen Blauhelme nur Schutz finden könnten, wenn sie sich aus aussichtslosen Positionen in stärkere Stellungen zurückzögen. Gemunkelt wurde damals auch viel über das gleichzeitig stattfindende Treffen der angeblichen Feinde Tudjman und Milosevic. Wir erlebten dann fast zeitgleich den Fall der ostbosnischen Schutz-zonen, ohne daß jemand den Serben entgegengetreten wäre und den von amerikanischen Ausbildern mit vorbereiteten Angriff Kroatiens auf die Krajina, ohne daß die Serben organisierte Gegenwehr geleistet hätten. Sollte es hier einen von den mächtigsten Konfliktparteien ausgehandelten, mit den Amerikanern abgestimmten Gebietsaustausch gegeben haben? Das Gemetzel in der Schutzzone durch die Mördermilizen des Belgrad- (!), nicht Pale-Serben Arkan wäre dann zwar ebenso verabscheuungswürdig, im Prinzip aber eine Folge eines verabredeten Kalküls zu Lasten der bosnischen Muslime gewesen. Wenn diese Spekulation Wahrheitsgehalt hätte, dann hätte es gar keine Adressaten für einen grünen Wunsch nach Intervention gegeben, weil die Hauptakteure ein anderes Spiel spielten.

Wir sollten Indizien und Spekulationen nicht als Wahrheit ausgeben. Aber interessant ist in diesem Zusammenhang eine Meldung der FAZ vom 13.10.95. Sie beruft sich auf einen taz-Artikel, der behauptet, daß die USA ihre Kenntnis von Massenmorden an der Bevölkerung von Srebrenica verschwiegen hätten. Während die taz diese Meldung so gestylt hat, daß daraus nachträglich noch einmal die moralische Verpflichtung zu einer Intervention folgen könnte, kann man aus den weiteren Informationen aber auch ganz andere Schlüsse ziehen. Denn die Eroberung von Srebrenica soll von Belgrad unter dem Oberbefehl des serbischen Generalstabschefs Pericic gesteuert worden sein. Von den Plänen, von den Absprachen mit dem bosnisch-serbi-

schen General Mladic und vom Aufmarsch entsprechender Panzer- und Artillerieeinheiten sollen die USA mindestens drei Wochen vorher durch Abhören des Funkverkehrs und durch detaillierte Luftaufnahmen ziemlich genaue Kenntnis gehabt haben, ohne aber der UNO oder den NATO-Partnern davon zu berichten.

Bedeutet diese Informationen, daß Großmächte, die unter dem Begriff der Intervention für Menschenrechte in den Konflikt gezogen sind, den Krieg dadurch zu beenden versuchten, daß sie die Herstellung „ethnisch reiner Gebiete“ tolerierten? Die *Süddeutsche Zeitung* meldete mit Bezug auf die taz am 20.10.95, daß entgegen früheren Annahmen auch der Bundesnachrichtendienst vorab von der serbischen Offensive auf die Schutz-zonen informiert war. Ist dies die Quelle, die einzelnen Bonner Journalisten ermöglichte, den möglichen Fall Srebrenicas eine Woche vorher anzudeuten? Und überlegen wir: Welche Chance hätte der Holbrooke-Plan, der auf der Basis eines Teilungsplans für Bosnien den Waffenstillstand herbeiführte, gehabt, wenn nicht die Krajina- und die Enklavenfrage so „geregelt“ worden wäre wie geschehen?

Auch diese Überlegungen werden uns nicht dazu verleiten, nun eine harte Behauptung aufzustellen. Denn auch dies wird nur ein Teil der Wahrheit sein. Um so unverständlicher empfinden wir aber die Sicherheit, mit der Joschka meint, Srebrenica zum Ausgangspunkt einer grundsätzlichen Wende grüner Friedenspolitik und der Anpassung an die herrschende Außenpolitik bestimmen zu können. Wahrscheinlich werden wir die Wahrheit über den Fall erst aus späteren Enthüllungsgeschichten erfahren – wenn überhaupt.

Zur Zeit gibt es die öffentliche Auseinandersetzung darüber, ob die traditionelle Politik es schafft, den Antimilitaristen ein Ja zum Militär abzu-zwingen oder ob die aus der Friedensbewegung hervorgegangenen Kräfte stark genug sind, die historische einmalige Chance für eine umfassende Abrüstung und Zivilisierung der internationalen Politik im Gespräch zu halten. Wer, wenn nicht wir, Bündnis 90/Die Grünen, kann und muß denn eigentlich in der offiziellen Politik noch die antimilitaristische und pazifistische Denktradition aufrechterhalten und in Handlungsoptionen umsetzen? Friedensforschung und institutionalisierte Friedensbewegung hätten keinen Ansprechpartner mehr, wenn nun auch wir der traditionellen Militärpolitik die Legitimation zusprechen würden.

Auf dem Perspektiv-Kongreß hat Joschka bei der Erläuterung seiner Position unsere Beschlußlage mit falschen Begriffen wie „Austritt aus der NATO“ beschrieben. Damit wird er zum Kronzeugen der konservativen Politik. Während die inhaltliche Debatte trotz aller Differenzen ansonsten sehr sachlich war, ist dies ein echtes Ärgernis. Denn nachdem Joschka diese Chimäre auf-

gebaut hatte, zerschlug er nicht nur sie selber, sondern auch unsere gesamte differenzierte Politik. Wir wollen, daß die ehemaligen feindlichen Militärblöcke unter dem gemeinsamen Dach einer kooperativen Sicherheitsstruktur zusammengeführt und die Militärapparate schrittweise aufgelöst werden. Die OSZE sollte den politischen Rahmen bilden, mit den nötigen Kompetenzen und Mitteln zur frühzeitigen Konflikterkennung und -schlichtung und mit harten, aber nichtmilitärischen Erzwingungsmitteln für den Fall der Kooperationsverweigerung ausgestattet werden. Wir sind uns nur nicht sicher, ob Joschka unsere eigentliche Politik nicht kennt oder nicht will. Der Unterschied des Interventions-Diskurses zum Mainstream der Außenpolitik in CDU, SPD und FDP wird immer undeutlicher. Eine gründliche Kurskorrektur, um mit der SPD koalitionsfähig zu werden, halten wir nicht für notwendig. Wir befürchten aber, daß die vage und allgemeine Forderung nach militärischen Interventionspflichten die militärische Kategorie zu einer ganz normalen Kategorie grüner Politik macht, wenn die aufgeworfenen Fragen nicht in einer Art und Weise beantwortet werden, daß der praktische Unterschied zur konservativen Politik deutlich wird.

Ganz problematisch aber wird es, wenn auf dem Perspektiv-Kongreß vor breiter Öffentlichkeit erklärt wird, daß eine wie gear-tete Beschlußfassung auf dem Bremer Parteitag auf jeden Fall nur ein Zwischenschritt sei, der im weiteren Prozeß in die Richtung größeren militärischen Engagements zu überwinden sei. Damit werden innerparteiliche Übereinkünfte aufgekündigt. Es ist in der Tat nicht sehr schwierig, sich irgendwo zwischen der grünen Programmauffassung und dem gesellschaftlichen Mainstream zu positionieren und zu prophezeien, daß der allgemeine Anpassungsdruck die Partei schon „in die richtige Richtung“ treiben wird. Unserer Meinung nach ist es dagegen angebracht, die authentischen grünen Positionen gegen den Anpassungsdruck des Mainstreams offensiv zu vertreten. Dies heißt nicht Beharrung auf überholten Standpunkten, sondern erfordert die ständige Weiterqualifizierung des eigenen Ansatzes. Wir sehen aber einen entscheidenden Unterschied zwischen einer programmatischen Fortentwicklung, die auf Verbesserung zielt, und einer Programmrevision, die die Umkehrung grundsätzlicher Wertentscheidungen vielleicht nicht beabsichtigt, aber zwangsläufig zur Folge hat.

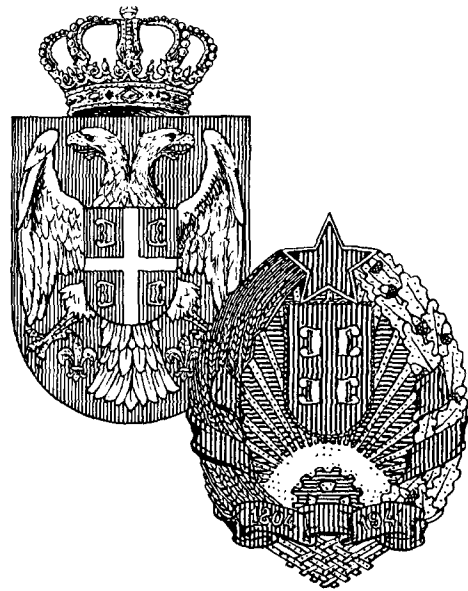
Wir bitten die AnhängerInnen der Interventionspflicht herzlich, möglichst bald nachvollziehbar zu klären, wohin für sie die Reise geht. Wir selbst sind mit anderen dabei, für die Bremer Bundesversammlung einen Antrag zu entwickeln, der dem Ziel der Programmverbesserung auf der Grundlage der alten Aussagen folgt.

# Furchtbare Freunde

Kritik eines Buches zum Krieg auf dem Balkan

Heinz-Günther Stobbe

**B**ekanntlich verwandeln erst die Massenmedien Geschehnisse in Ereignisse, denn was in ihnen eine Wirkung zeitigt, verschwindet im Schwarzen Loch des Vergessens und allgemeiner Ignoranz. Den Krieg im früheren Jugoslawien allerdings zeichnet gegenüber anderen mörderischen Konflikten der Gegenwart aus, daß – vielleicht mit Ausnahme des Zweiten Golfkriegs – kein anderer neben Tod und Zerstörung eine derartige Fülle von Kommentaren und Analysen erzeugt hat. Mehr noch, von Anfang an bis heute spielt sich dieser Krieg in hohem Maß auf dem Feld der Medien und Literatur ab, und diese Tatsache hat ihrerseits mittlerweile eine heftige Kontroverse sozusagen zweiter Ordnung entfacht. Obgleich der darin erhobene Vorwurf einer antiserbischen Hetzpropaganda in westlichen und besonders deutschen Medien selbst propagandastischen Charakter trägt, bleibt doch einzuräumen, daß der Standpunkt und die Sichtweise der serbischen Kriegspartei nur selten ausführlich und mit positiv gestimmter Einfühlsamkeit dargestellt werden. Insofern weckt das umfangreiche Werk *Weltkrieg der Religionen. Der ewige Kreuzzug auf dem Balkan* von K. Deschner und M. Petrovic durchaus gespannte Aufmerksamkeit, wenn das Autorengespann einleitend ankündigt, den allenthalben ohne faire Anhörung schuldig gesprochenen Serben mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen zu wollen (vgl. 6; 167). Die Autoren beabsichtigen demnach, wie auch Zeitpunkt und Titel der Publikation bekräftigen, einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über Hintergründe und Lösungsmöglichkeiten dieses immer noch heißen Konflikts. Indes endet der weit zurückgreifende historische Rückblick, den sie de facto bieten, mit dem Hinweis auf die jugoslawische Verfassungsreform von 1974, die Tito im Nachspiel zur brutalen Niederschlagung der Zagreber November-Unruhen von 1971 veranlaßt hatte, für die Autoren der Vorabend des gegenwärtigen Dramas auf dem Balkan. Um die nachfolgende Entwicklung „einigermaßen unparteiisch“ beurteilen zu können, fehle es, so erklären sie, an der nötigen Distanz – eine klug und bescheiden anmutende Zurückhaltung, die sich scheinbar völlig deckt mit dem anfänglichen Versprechen, es gehe ihnen nicht darum, „der einen kämpfenden Partei in Bausch und Bogen recht zu geben und die andere zu verurteilen“ sondern darum, die „Sicht der Beteiligten begreiflich zu machen“ (5).



Ob es sich hier um einen eklatanten Fall von Selbstbetrug oder um dreiste Lesertäuschung handelt, mag dahingestellt bleiben, Inhalt und Methode des Buches stehen jedenfalls zu solchen Versicherungen in krassem Widerspruch. Sprachlich verschämt als Hypothese verklausuliert, tragen die Autoren am Ende jene Überzeugung vor, die plausibel zu machen ihr gesamtes Werk dient, und sie scheuen dabei mitnichten vor pauschalen Schuldzuweisungen zurück: Es sei „der Westen“ gewesen, der 1992 „sein Vernichtungswerk an Jugoslawien“ vollendet habe, beziehungsweise etwas genauer: „Die alten expansionistischen Ziele des römischen Katholizismus, der Panislamismus jener asiatischen Staaten, die mit dem Westen starke geopolitische und wirtschaftliche Interessen verbinden, sowie der erzreaktionäre Antikommunismus im wiedervereinigten Deutschland scheinen die Hauptmotive zu sein.“ (320) Der Westen habe „die archaischen – feudalen und vorfeudalen

Ungeheuer wieder geweckt“ die Jugoslawien zerfleischt, und diese Ungeheuer schlummerten keineswegs, wie die manipulierte westliche Öffentlichkeit meint, in Serbien, sondern allein in Kroatien und Bosnien, deren Bevölkerung alle Welt für unschuldige Opfer serbischer Eroberungs- und Vertreibungspolitik hält. Entgegen dem Buchtitel dreht es sich genau bese-

hen auf dem Balkan eben gerade nicht um einen Weltkrieg der Religionen, wir beobachten vielmehr die Neuaufgabe eines uralten Vernichtungskrieges von Islam und Katholizismus gegen die orthodoxe Christenheit und das mit ihr verbundene Serbentum.

Eine „überzeugende, völlig neue Interpretation des Krieges im Herzen Europas“ wie der Umschlagtext lobhudelt? Weder das eine noch das andere. Text und Melodie dieses Klagegedichtes vom serbischen Unschuldslamm, das von mordlüsternen Finsterlingen fortwährend auf die Schlachtbank gezerrt wird und sich in einsamem Kampf seiner Haut wehren muß, klingen recht vertraut, und überzeugender als sonst wirkt sie auch in der vorliegenden Version leider nicht.

Deren Strickmuster tritt gleich zu Beginn der geschichtlichen Darstellung klar hervor: Das erste Hauptkapitel setzt ein mit einer Schilderung der kroatischen Geschichte vom 8. bis zum 11. Jahrhundert, also einer Phase, deren Deutung den Autoren zufolge vom 14. Jahrhundert an bis zur Gegenwart eine zentrale Rolle für die Legitimation des kroatischen Nationalbewußtseins und seines Herrschaftsanspruchs spielt: „Für die Serben aber, die auf dem kroatischen ‚historischen Bo-

den leben, bedeutet das: Legt man die ‚Pacta conventa ‚milder‘ aus, kann man die Serben als politisch rechtlose Gruppe dulden; legt man sie ‚strenger‘ aus, muß man die Serben vernichten. Diese zweite Interpretation wurde zwischen 1941 und 1945 praktiziert, und 1990 versuchte die kroatische Führung abermals, die ‚strenge Lesart der ‚Pacta conventa‘ geltend zu machen.“ (23) Die unausgesprochene Schlußfolgerung dieser Kontinuitätsthese lautet: Die Serben befinden sich seit 1991 in einem Verteidigungskampf auf Leben und Tod, wie er ihnen spätestens seit dem 14. Jahrhundert immer wieder aufgezwungen wurde. Die Hauptschuld daran trägt, mit weitem Abstand, die einzige Institution, die Jahrhunderte überdauert und alle politischen Reiche überlebt hat: die römisch-katholische Kirche. „Diesem flagranten Kriegstreiben lag die uralte scheinreligiöse Aggressivität der Romkirche zugrunde“ (140), so heißt es zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, eine mörderische Militanz, die nur wenig später ganz ungehemmt rast und zeigt: „Nicht das Kroatentum als solches oder der kroatische Katholizismus waren jemals im Ersten oder gar Zweiten Weltkrieg in ihren Existenzen bedroht, sondern das Serbentum und die serbische

Orthodoxie. Das wird der hier bald zu dokumentierende klerofaschistische Ustascha-Kreuzzug 1941–1943 noch erschütternd belegen, worin sich ja nur die jahrhundertelange Verfolgungswut der wenn sie kann! alle Gegner vernichtenden römisch-katholischen Kirche fortgesetzt und wahrlich blutig genug ausgetobt hat.“ (167) Schon der „mörderisch-rassistische Serbenhaß“ des Kroaten Ante Starcevic (1823–1896), der „an Wahnsinn grenzte, ja diese Grenze zuweilen zu überschreiten schien“ (100), besaß „eine römisch-katholische Wurzel“ (106), und desgleichen der spätere Ustascha-Staat, der lediglich vollstreckte, was Starcevic vorgedacht hatte, indem er „die Serbenvernichtung zur Grundlage der kroatischen Nationalidee“ erhob (114). In ihm „haben die drei Instanzen – Nazi-Deutschland, die Ustaschen und die römisch-katholische Kirchengewalt .. wunderbar zusammengearbeitet bei dem, was ihnen allen gemeinsam am Herzen lag, bei der Vernichtung der Serben und der orthodoxen Kirche.“ (240) Zwar kam der Islam noch als vierte Kraft hinzu (vgl. 162), denn „Faschismus und Serbenhaß waren... die Brücke, die Katholiken und Moslems verband.“ (248) Entscheidend jedoch bleibt immer der Katholizismus, er allein bildet „den Wesenskern dieses Mörderregimes“ (254), und diese „Wesensidentität von Ustaschatum und römischer Kirche“ (255) bringt ans Licht, was das Wesen der „Papstkirche“ selbst

## Muß für „Balkanexperten“

Über Johann Georg Reißmüllers Leitartikeln und Kommentaren, die viel weniger ideologisch gefärbt sind als das Gezeter über ihre „Einseitigkeit“ wird leicht vergessen, daß in der FAZ nicht nur sehr früh politische Position bezogen wurde zu Krieg und Kriegursachen im früheren Jugoslawien, sondern daß dort von Victor Meier in seinen Korrespondenzen von Anfang an auch gründlich informiert wurde.

Victor Meier, dem man als Schweizer und langjährigem Südosteuropa-Korrespondenten der *Neuen Züricher Zeitung* nicht ohne weiteres einer großdeutschen Brille verdächtigen kann, hat seinen Ruhestand genutzt, um das erste gründliche Buch in deutscher Sprache über Vorgeschichte, Entstehung und Verlauf dieses Krieges zu schreiben. Dabei verbindet er die dreißigjährigen Erfahrungen als Korrespondent, die Auswertung seiner Aufzeichnungen und Erinnerungen, mit weiter zurückreichenden historischen Kenntnissen und den Ergebnissen zahlreicher Gespräche, die er in Vorbereitung des Buches teilweise erst vor kurzem geführt hat. Aus historischer Kenntnis, persönlicher Erfahrung und nachträglichen Gesprächen ist ein aktuelles Buch von über vierhundert Seiten entstanden, das man noch lange brauchen wird. Wer sich als „Balkanexperte“ aufspielen will, etwa Peter Glotz, muß jetzt dieses Buch wenigstens kennen. Groben Unsinn kann er nur noch glaubhaft zu machen versuchen, indem er sich an diesem Buch reibt. Er wird es also schwerer haben.

Das chronologisch gegliederte Buch führt bis an die Ereignisse von Mitte dieses Jahres, bis an die Aufgabe von Srebrenica und Zepa durch die UNO und die Liquidierung dieser zu Schutzzonen erklärten bosnischen Städte heran. Es ist also zeitnah. Dabei hilft es zugleich dem Gedächtnis auch sorgfältiger Beobachter

der Ereignisse durch seine genaue Darstellung immer wieder auf die Sprünge. Wieviel hat man vergessen in diesen vier Jahren, wieviel hat man gar nicht zur Kenntnis genommen, wieviel bringt man heute durcheinander! Von diesen Schwierigkeiten leben die wohlfeilen Behauptungen an Biertischen, an linken etwa die, daß die Anerkennungspolitik Genschers den Krieg, wenn nicht ausgelöst, so doch unvermeidlich gemacht habe. Damit glaubte noch Joschka Fischer sein Plädoyer für internationale Intervention gegen linke Kritik stark machen zu müssen. Wer diesen Unsinn weiter vorbringen will, muß künftig Victor Meier *ausdrücklich* widerlegen. An Biertischen und in Talkshows kann bekanntlich jeder alles behaupten. Da wäre es eine zivilisatorische Tat, solchen Terror mit der schlichten Frage zu durchbrechen: Hast du „den Meier“ denn gelesen?

Dabei geht es nicht um dessen Urteile, sondern um das Minimum von Kenntnissen, ohne das überhaupt kein Urteil vernünftig getroffen werden kann. Hätte Jürgen Habermas zum Beispiel, der den Krieg nicht entfernt so haßt, wie er die FAZ verabscheut, seinerzeit die Korrespondenzen von Meier studiert und sich nicht nur über die Leitartikel von Reißmüller erhitzt, hätte er schon damals besser geurteilt, statt in der Bundesrepublik überall Reaktionäre und im früheren Jugoslawien keine Aggressoren zu entdecken. Man kann Meiers Buch also auch als Beitrag zur Kommunikationstheorie verstehen: Mach dich über den Charakter eines Konfliktes und seiner Kontrahenten kundig, statt jeden Konflikt nur als Störung herrschaftsfreier Kommunikation wahrzunehmen und die Kontrahenten als Störer gleichzusetzen. (js)

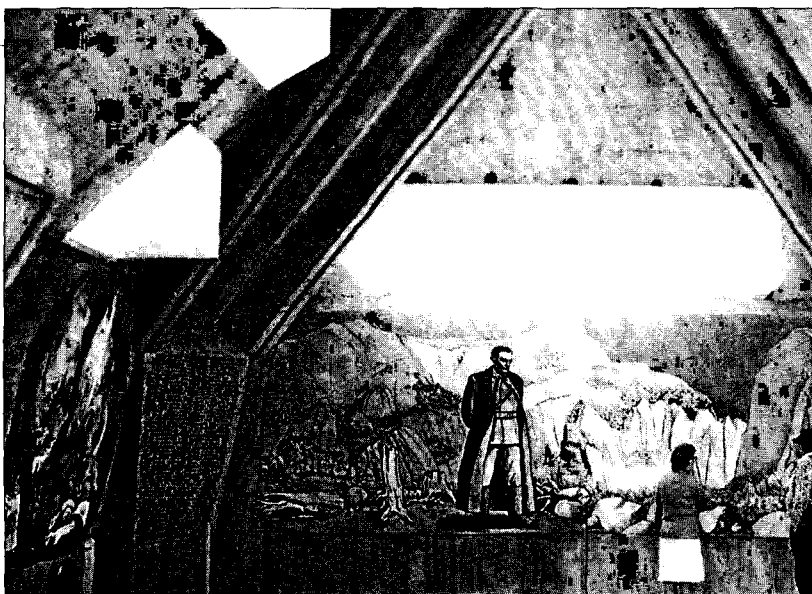
Victor Meier, *Wie Jugoslawien verspielt wurde*. München (Beck'sche Reihe) 1995 (464 S., 29.80 DM)



ausmacht: rücksichtsloser Machiavellismus (vgl. 234; 278), opportunistische Heuchelei (vgl. 65; 160; 162), dogmatistische Arroganz (vgl. 17; 67; 68), Verlogenheit (vgl. 17; 65; 120).

Demgegenüber nun das Serbentum: Nach Nemanjas Kreuzzug gegen die Bogumilen im 11. Jahrhundert, von der „serbische(n) Öffentlichkeit“ als „ungerechte Härte“ empfunden, „tötete der serbische Staat keine Ketzer mehr“ (29/30), und bereits 1349 führte der serbische König Stefan Dusan die Gewaltenteilung ein, als sie dem Westen „noch immer unbekannt“ war (42/43). Unter Stefan Lazarevic genossen die Katholiken „volle Religionsfreiheit“ (53), sie wurden „in Serbien und Montenegro immer zuvorkommend behandelt“ (140) und selbst als „kroatische Hand“ im Jahr 1934 „den serbischen König ermordete, rief kein Serbe seine Volksgenossen zum heiligen Krieg gegen die Kroaten auf – was diese indes bloß für Dummheit zu halten schienen. Vielleicht aber war es nicht so sehr das als vielmehr eine Bekundung der religiösen Wahrheit, daß der katholische und der orthodoxe Gott nicht ein und dieselbe Person sind.“ (158) Und noch die antititoistischen Kommunisten an den serbischen Universitäten und Instituten konnte man dank ihrer Tugendhaftigkeit „schnell erkennen: Bürokraten mit makellosem Privatleben, nicht korrupt, kameradschaftlich und hilfsbereit.“ (306) Während in Bosnien die „Lippenbekenntnisse zur Rechtgläubigkeit“ ein elementarer Bestandteil der „üblichen Mimikry“ wurden (37), steht das Serbentum seit alters unverbrüchlich treu zum Glauben der Väter, bereit, sich notfalls getreu dem Kosovo-Mythos heldenhaft zu opfern, diesem „konstituierenden Glauben der serbischen Nation“ der uns hilft, „die Zähigkeit der Serben vor dem Feind zu verstehen, freilich zugleich einen Übermut, den sie oft teuer bezahlen.“ (51) Ihrem Untergang entgingen die Serben jedoch nur durch ihre „meisterhafte Verstellungskunst“: „Waren die Osmanen überlegen, täuschten ihnen die Serben maßlose Demut und Ergebenheit vor: fühlten die Serben sich aber stark genug, schlugen sie die Türken gnadenlos, vernichtend – nicht wie normale Feinde im Krieg, sondern wie das Unkraut im Feld.“ (54) Gedankt hat den Serben das niemand, genutzt hat es ihnen nur wenig, im Gegenteil. Ihre Sehnsucht nach einem friedlichen Miteinander wird ihnen zum Schicksal: Obschon fortwährend in ihrer Geschichte unterdrückt, verfolgt und gemordet, beleidigt (vgl. 288), betrogen (vgl. 141/142) und verraten (vgl. 193, 288), fallen die Serben schließlich auch auf das grandioseste antiserbische Blendwerk herein, den Jugoslawismus. Wieder einmal sind die Serben die Opfer, wenngleich dieses Mal zum Teil Opfer ihrer selbst.

**E**nde des 17. Jahrhunderts, mit dem Einzug der Freimaurerei in die serbische „Hochpolitik“, beginnt für die Autoren „ein äußerst wichtiges Kapitel der serbischen Geistesgeschichte.“ Denn: „Die serbische Quasi-Religion einer südslawischen Nation ging aus den Logen hervor.“ (79) Erst im Ersten Weltkrieg allerdings macht der serbische Staat „die selbstmörderische Idee der Vereinigung der Serben mit den Kroaten und Slowenen. – zum Ziel seiner Politik.“ (91) Es irrt darum gewaltig, wer die großserbische Vision mit dem Jugoslawismus verwechselt. Ga-



rasanin (1812–1874) etwa, oft für einen Anhänger des Südslawentums gehalten, verfolgte ein genuin großserbisches Programm (vgl. 90/91), Pasic (1845–1926) hingegen, „der Mann, der Jugoslawien schuf“ war, obgleich häufig als „großserbisch bezeichnet,“ zum „Unglück Serbiens.. vor allem Großjugoslawe. Er glaubte unerschütterlich daran, daß Serben und Kroaten eine Nation seien und deshalb auch in einem Staat leben sollten.“ (130) Dieser Panslawismus schlug zugleich die Brücke zum Kommunismus, denn „Jugoslawien ist auch eine revolutionäre Utopie, im Wesen cum grano salis nicht sehr verschieden von Lenins bolschewistischer Weltrepublik.“ (132) So erklärt sich denn zwanglos auch die völlig verkannte Rolle Titos, dessen „Kampf den Lebensinteressen des serbischen Volkes widersprach.“ (286) Während die Ustaschas die Serben hinmetzelten, brach Tito mit Mihailovic, um den Bürgerkrieg zwischen den Serben anzuheizen. Und mehr noch: „Titos Einsatz gegen die Deutschen sollte dieses Genozid noch intensivieren; seine Guerilla tötete die deutschen Soldaten nur, um Repressalien zu provozieren.“ (286/287) Doch aus welchem Grund sollte der gegen die deutschen Eroberer kämpfende Partisanenführer dergleichen tun? Antwort: Tito war vermutlich – ein Doppelagent, der im Auftrag des NKWD und der Nazis zugleich arbeitete, eine fürwahr „ungeheuerliche Mischung des Verrätertums und der Heimtücke.“ (283) Derart widerwärtig handeln kann nur jemand, hinter dem eine ganz andere Macht steckt: der Vatikan. Hatte nicht Tito bereits im Herbst 1944 den Vatikan aufgesucht, „ein Besuch, dessen Inhalt immer noch ein Geheimnis ist“ (288)? Kann es ein Zufall sein, daß er 1945 praktisch die gesamte orthodoxe Priesterschaft Sloweniens samt ihren Metropolitane ermorden ließ und auf diese Weise „den uralten Traum der Romkirche zu verwirklichen“ (290) half? Ein Schelm, wer dabei an nichts

Der jugoslawische Volksheld in Wahrheit ein Doppelo-gent und „Serben-fresser“ mit faschistischem Charakter? Nun endlich enthüllt!

Unter dem Titel *Opfer und Täter* haben M. Ackermann, M. Luso und F. Müntzel (Hrsg.) Texte gesammelt, die einen unentbehrlichen Bestandteil der praktizierten großserbischen Ideologie ausmachen. Auch wenn das Buch im formellen und technischen Sinne Mängel aufweist, bietet es eine einzigartige Dokumentation mit den Auszügen aus programmatischen Reden oder Interviews der namhaften Intellektuellen (Mihajlo Markovic, Milorad Ekmečić, Mirosljub Jeftić) und Geistlichen. Das „Geräte“ der serbischen Elite wird „komplementiert“ durch Zeugenaussagen der Opfer. Die „Dokumentation zum Balkan-Krieg“ ist bei Pabst Science Publishers (49525 Lengerich) 1995 erschienen (ISBN 3-931660-01-X. D. M.

Böses denkt. Aber vertrat denn nicht Titos Kommunistenorganisation einen „aggressiven Atheismus“ kaum geeignet als Grundlage für ein Bündnis mit dem Vatikan? Das schon, nur: in „Wirklichkeit war dieser aggressive Atheismus allein gegen die serbisch-orthodoxe Kirche gerichtet. Den Islam bekämpfte Tito nicht, die Religion Muhammeds blühte sogar unter ihm, und mit der katholischen Kirche arrangierte er sich 1966 völlig.“ (304) Kurzum, Tito war „für die Serben viel gefährlicher“ als selbst der Ustascha-Führer Pavelic, denn dieser „machte aus seinem Klerofaschismus keinen Hehl, während Tito und die Titoisten ihren Faschismus mit dem kommunistischen Nebel verschleierten, so daß sie ihr Werk bis zum Tode Titos und etwas darüber hinaus fortsetzen konnten.“ (290) Man muß freilich gar nicht die ausdrücklich antiserbischen und antiorthodoxen Untaten Titos bemühen, um deren geistige Herkunft aufzudecken: „Schon die Grundprinzipien des titoistischen politischen Systems, die ‚gesellschaftliche Selbstverwaltung und das ‚Gesellschaftseigentum waren nichts anderes als Übernahmen der mittelalterlichen Institutionen und Rechtsinstitute, die Papst Pius IX. in seinem am 15. Mai 1931 erlassenen programmatischen Rundschreiben ‚Quadragesimo anno ebenfalls empfohlen hatte. Auch in den klerofaschistischen Staaten galten diese Einrichtungen als Ideallösung der sozialen Frage; am nächsten stand dem System Titos das Experiment Mussolinis, seine ‚Repubblica Sociale Italiana ‚Repubblica di Salo (1943–1945).“ (307)

Aus alledem folgt: „Das Aufblühen der Beziehungen zwischen dem ‚liberalen Tito und der katholischen Kirche aktivierte die Höllenmaschine, die Jugoslawien definitiv zerstören sollte.“ (315) Zwar war Tito, wie die Autoren feststellen, „nirgends in Jugoslawien ... so verhaßt wie in Kroatien“ (315), trotzdem erfreuten sich die „kroatischen Nationalisten und Separatisten“ seines Schutzes, da er sich gerne mit dem kroatischen Volk aussöhnen wollte, und diese Protektion erlaubte es ihnen, sich auf dem Wege von „Infiltration und Verschwörung“ im jugoslawischen Staat auszubreiten sehr zur Freude der katholischen Kirche natürlich (vgl. 316). Ende 1971 jedoch sah sich Tito unter dem Druck Moskaus genötigt, binnem kurzem „die Volksbewegung der Kroaten gnadenlos zu vernichten“ (318), die er nun als „nationalsozialisch“ bezeichnete (vgl. 317), und hernach, im Oktober 1972, schaltete er „die serbischen Liberalen“ aus, obwohl sie ihm „unablässig huldigten.“ (319). Die neue Bundesverfassung von 1974, sein letzter großer Coup, zementierte den neuen Status quo, das heißt, den als Diktatur des Proletariats getarnten „Ständestaat“ (307), solange der Diktator lebte, bot aber nach seinem Tod keine tragfähige Basis mehr für einen Fortbestand des Staates. Sein Untergang war nur noch eine Frage der Zeit.

**D**as vorliegende Werk stellt zweifellos eine höchst aufschlußreiche Lektüre dar, die tatsächlich besser versteht, was seit nunmehr vier Jahren im früheren Jugoslawien geschieht. Allerdings nicht aufgrund seiner wissenschaftlichen Qualität, sondern als Dokument jener Weltanschauung, die zur Rechtfertigung der serbischen Kriegspolitik dient. Statt unvoreingenommener Analyse bietet es eine ideologische Mixtur, in der sich die charakteristische serbische Paranoia mit dem obsessiven Antikatholizismus Deschners auf kongeniale Weise verbindet. Soweit

## Sprechen die Menschen in Bosnien bosnisch oder serbokroatisch?

Thomas Bremer

Da stieg der Herr herab, um sich Stadt und Turm anzusehen, die die Menschenkinder bauten. Er sprach: Seht nur, ein Volk sind sie, und eine Sprache haben sie alle. (...) Auf steigen wir herab und verwirren wir dort ihre Sprache, so daß keiner mehr die Sprache des anderen versteht.

Genesis 11 5-7

**S**ieht man sich die Publikationen und öffentlichen Äußerungen zum Thema „bosnische Sprache“ an, die in der letzten Zeit entstanden sind, so hat man den Eindruck, der liebe Gott sei nicht zu den Erbauern der Türme zu Babel herabgestiegen (in der Übersetzung Luthers: hermedergefahren), sondern zu den anerkannten oder selbstberufenen Fachleuten, die sich heute mit einer Sprache beschäftigen, von der sie gar nicht wissen, ob es sie gibt, nämlich der bosnischen. Während etwa Azra Dzajic in ihrem Vortrag „Bosnisch-herzegowinische Studien zur Slavistik: Ein Plädoyer für die Bosnistik“ gehalten am 19. Januar auf einer Veranstaltung in Bonn, wie selbstverständlich von der Existenz einer bosnischen Sprache („die sich sowohl vom Serbischen als auch vom Kroatischen in dem Maße unterscheidet, in dem sich die

es die historischen Fakten betrifft, enthält es, dem etwas penetranten Enthüllungspathos zum Trotz, im Grunde nur Altbekanntes. Die Darbietungsform jedoch darf als durchaus originell gelten: Die Autoren verknüpfen geschickt gelegentliche Detailverliebtheit mit einer großflächigen Geschichtskonstruktion, die ganze Bereiche ausblendet oder in anderen Bereichen mit Einzelheiten geradezu geizt. Ein gutes Beispiel für diese Methode bietet etwa die Interpretation des kroatischen Bischofs Josef Stroj Mayer, der westlichen Kirchengeschichtsschreibung vor allem bekannt als entschiedener Gegner der Dogmatisierung von Primat und Unfehlbarkeit des Papstes während des Ersten Vatikanischen Konzils. Die Autoren sehen in ihm richtig einen der bedeutendsten Vertreter des panslawischen Idee und des Konzepts einer römisch-katholisch/orthodoxen Kirchenunion, doch war in ihren Augen sein Panslawismus „nichts anderes... als eine Spielart des römisch-germanischen ‚Drangs nach Osten““ der ihn zu einem geistigen Wegbereiter der totalitären Diktatur Titos machte (vgl. 98), und das Ziel der angestrebten Kirchenunion bestand, selbstverständlich, in der „Unterjochung der Orthodoxen unter den Vatikan sowie der Serben unter die Habsburger Krone“ (95). Bereits 1858 habe die serbische Regierung glaubt man den Autoren, offenbar zu Recht – vor den „Agenten“ Stroj Mayers gewarnt und ihn selber beschuldigt, von Österreich bestochen zu sein (vgl. 98).

se Sprachen voneinander unterscheiden“ zitiert sie den bosnischen Autor A. Isakovic) und einer bosnisch-hercegowinischen Literatur ausgeht, kommt Lothar Baier in seinem Aufsatz „Sprachgewalt Vom Krieg gegen Wörter, die sich erinnern“<sup>1</sup> zum Schluß, daß sich das Serbokroatische als Sprache der Serben, Kroaten und Bosnier „nun in drei angeblich ganz unterschiedliche Sprachen, in das Serbische, das Kroatische und das Bosnische aufgeteilt“ hat (79). Die Frage stellt sich also: Gibt es eine bosnische Sprache, die sich vom Serbokroatischen oder vom Kroatischen und vom Serbischen unterscheidet, oder ist das Serbokroatische, das laut Baier erst seit 1918 so heißt und früher „der Einfachheit halber“ (ebd.) serbisch genannt wurde, das gemeinsame Idiom der größten Völker des früheren Jugoslawien?

Zunächst muß deutlich unterschieden werden zwischen der Sprache als einem phonetisch-lexikalisch-grammatischen System und der Bezeichnung dafür. Betrachtet man die Sprache, die von Serben, Kroaten und Bosniaken gesprochen wird, von ihrer linguistischen Gestalt her, so wird kein ernsthafter Mensch auf die Idee kommen, sie als „ganz unterschiedliche Sprachen“ zu bezeichnen, wie Baier das unterstellt. *Linguistisch* gesehen handelt es sich um ein und dieselbe Sprache, die jedoch erhebliche regionale und dialektale Unterschiede aufweist. Diese Unterschiede haben jedoch nichts mit nationalen Kriterien zu tun. In einem bosnischen Ort sprachen und sprechen also die dort lebenden Bosniaken, Serben und Kroaten gleich; die in Kroatien siedelnden Serben sprechen wie die dort

lebenden Kroaten, und umgekehrt. In jeder der (früheren) jugoslawischen Republiken gab es eine Passage in der Verfassung, die die Amtssprache sowie die dafür zu verwendende Schrift (lateinisch, kyrillisch) festlegte. In Kroatien war das eben „kroatisch oder serbisch“ (die ijekavische Variante), in Serbien „serbokroatisch“ (die evakische Variante) und in Bosnien „serbokroatisch“ allerdings in der ijekavischen Sprachform. Die Normsprache wurde als nicht nach ethnischen, sondern nach geographischen Kriterien festgelegt.

Erst seit Kriegsausbruch lassen sich Purifizierungsmaßnahmen erkennen: In den serbisch kontrollierten Gebieten Bosniens versuchen die Behörden, in den Schulen die vor allem in Zentralserbien gesprochenen Sprachvariante des Ekavischen durchzusetzen; entsprechend werden in Kroatien als Serbismen geltende Wörter gebrandmarkt und in Bosnien vermehrt Turzismen verwendet. Welche Folgen das für die Sprachentwicklung haben wird, läßt sich frühestens in einigen Jahrzehnten absehen.

**E**s ist richtig, daß in den drei Hauptstädten Belgrad, Sarajevo und Zagreb immer die Sprache verstanden wurde, wie sie in den jeweils anderen Städten gesprochen wurde. Man konnte sofort merken, woher ein Sprecher kam, aber man verstand ihn. Das läßt sich mit der Sprachfärbung des Deutschen vergleichen (also etwa mit bayerisch oder rheinisch gefärbtem Hochdeutsch); der Unterschied liegt allerdings darin, daß alle diese Varianten als schriftsprachlich galten, nicht als Dialekte. Es stimmt jedoch nicht, wie Baier behauptet,

daß man diese gemeinsame Sprache zunächst als serbisch und dann als serbokroatisch bezeichnet habe. Schon immer haben die Serben in der Kommunikation ihre Sprache „serbisch“ die Kroaten ihre „kroatisch“ genannt. Die Bosnier waren die einzigen, die im Alltag die Bezeichnung „serbokroatisch“ oder aber Ausdrücke wie „Jugoslawisch“ „unsere Sprache“ („Hast Du das Buch auf englisch oder in unserer Sprache gelesen?“) und ähnliche Umschreibungen verwendet haben. *Offiziell* hieß die Sprache im sozialistischen Jugoslawien in Serbien „serbokroatisch“ in Kroatien „kroatisch oder serbisch“ So wurde etwa das Fach in den Schulen genannt, und Wörterbücher aus Belgrad hießen „Serbokroatisch-deutsches Wörterbuch“ solche aus Zagreb „Kroatisch oder Serbisch-deutsches Wörterbuch“

**D**avon unterscheiden muß man die *Literaturen*. Eine serbokroatische Literatur gibt es bestenfalls in dem Sinne, in dem es eine skandinavische oder eine englischsprachige Literatur gibt. Doch ist zu beachten, daß spätestens seit Kriegsausbruch dieser Begriff für die allermeisten Kroaten und Bosniaken, aber auch für viele Serben ein emotionales Problem darstellt. Oft wird in der Verwendung des Ausdrucks „serbokroatische Literatur“ die Beanspruchung einer kulturellen und auch politischen serbischen Hegemonie gesehen. Doch nicht nur wegen dieser Bedenken, sondern vor allem aus sachlichen Gründen unterscheidet man sinnvollerweise zwischen den einzelnen Literaturen. Im sozialistischen Jugoslawien wurden eine kroati-

All das paßt sicherlich wunderbar zur Wahnvorstellung einer uralten, von langer Hand und zentral gesteuerten katholischen Verschwörung gegen die Serben und die Orthodoxie, die konsequent in den Ustascha-Staat und dessen Wiederbelebung durch das unabhängige Kroatien – soll heißen: in den gegenwärtigen „Religionskrieg“ – mündete. Nur mit der historischen Wirklichkeit verträgt sich diese Darstellung schlecht. Die Autoren verschweigen nämlich nicht nur die Rolle Stroßmayers als Wortführer eines liberalen, reformgewillten Katholizismus in Kroatien und in der katholischen Weltkirche, sie übergehen nicht nur seine tiefe Überzeugung von der dogmatischen Einheit von Katholizismus und Orthodoxie sowie sein leidenschaftliches Eintreten für die Zulassung der altslawischen Liturgie, sie verheimlichen nicht nur seine heftige Kritik an der Kirchenpolitik des Österreichischen Kaisers, sie unterschlagen vor allem, daß Stroßmayer mit sämtlichen seiner Anliegen am Widerstand des Vatikans scheiterte, der sich 1882 ausgerechnet vom österreichischen Außenminister Kalnoky zu einem Verbot der altslawischen Liturgiesprache bewegen ließ, welcher dieses Verbot seinerseits unter dem Einfluß des protestantischen Grafen Tisza betrieb. Sollte also Österreich den Vatikan gegen seinen eigenen Gewährsmann in Kroatien aufgehetzt haben? Oder erhielt Stroßmayer seinen österreichischen Sold, um gegen den Vatikan die

Rolle des liberalen Katholiken zu spielen? Oder stimmt gar beides und beweist ein teuflisches Komplott Österreichs gegen die gesamte katholische Kirche? Nichts von alledem. Was die Tatsachen in Wahrheit beweisen, ist schlicht und ergreifend die Unsinnigkeit des von den Autoren gezeichneten Bildes einer vatikanisch kroatisch österreichisch germanisch katholischen Einheitsfront gegen Serbien und die orthodoxen Kirchen.

Daß den Autoren nicht sonderlich an einer differenzierten und wirklich unparteiischen historischen Analyse gelegen ist, läßt sich noch von einer anderen Seite her beleuchten. Sie beharren, wie gezeigt, energisch und mit Recht auf dem Unterschied zwischen dem Großserbentum und dem Jugoslawismus, den sie als Trojanisches Pferd kroatischer Nationalisten begreifen, dank dessen „Jugoslawien, als freimaurerisches Königreich wie als pseudokommunistische totalitäre Diktatur, zum Friedhof der serbischen Nation geworden ist.“ (99) Doch in bezug auf die großserbischen Träume und ihre Folgen verhalten sie sich auffallend wortkarg. Kein Wort etwa über das von St. Moljevic, einem Berater von General Mihajlovic, 1941 verfaßte Memorandum „Einheitliches Serbien“ das sich vehement gegen die Grenzen Serbiens von 1918 richtet und in dem minutiös aufgelistet wird, welche Gebiete, Städte und Gemeinden von Rechts wegen an Serbien angeschlossen werden sollten. Ein Vergleich dieses Planes zu einer

sche, eine serbische, eine montenegrinische und eine bosnisch-herzegowinische Literatur unterschieden, wobei die letztere ein problematischer Begriff ist. Dzevad Karahasan hat auf der genannten Tagung in Bonn auf die Diskussionen hingewiesen, die es allein um die Benennung dieser Literatur gegeben hat (bosnisch-herzegowinische Literatur, Literatur in Bosnien-Herzegowina, Literatur der Völker von Bosnien-Herzegowina...).

Diese Literaturen unterliegen unterschiedlichen Einflüssen und sind in den Kontexten der westeuropäischen, byzantinischen oder orientalischen Literaturen mehr oder weniger einzuordnen; alle weisen Elemente dieser Einflüsse auf, die in verschiedenen historischen Abschnitten auf verschiedene Art und Weise rezipiert wurden. Daher ist es sinnvoll, sie aus methodologischen und literaturhistorischen Gründen voneinander zu trennen, wie die Literaturhistoriker das auch immer getan haben. Ein Korpus der „jugoslawischen“ oder enger gefaßt der „serbokroatischen“ Literatur ist ein politisch determiniertes Korpus und hat mit streng literaturhistorischen Kriterien wenig zu tun. Da Jugoslawien erst seit 1918 eine politische Realität war, kann man kaum von diesem Kriterium ausgehen, und da weiter „das Serbokroatische“ als gemeinsame Bezeichnung ein Produkt des „jugoslawischen“ Politikums ist (ob als „jugoslawische Idee“ bei den



Kroaten oder als jugoslawischer Staat), kann auch dieses kein Kriterium für eine literaturhistorische Einordnung sein. Da die Kroaten vorwiegend unter österreichischem, italienischem und ungarischem Einfluß kulturelle Anregungen bekamen, die Serben unter byzantinisch-griechischem, aber auch österreichisch-ungarischem und türkischem und die Bosnier unter allen diesen und unter starkem türkisch-arabischen, ist die gemeinsame Sprache nur ein Bindeglied, doch das System Literatur wird nicht nur nach diesem Element beschrieben.

Es läßt sich also sagen, daß es sich um ein und dieselbe Sprache handelt, in der Kroaten, Serben und Bosniaken kommunizieren. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Sprache nur einen Namen haben darf. Wie gesagt, hatte diese Sprache ja nicht einmal eine offizielle Bezeichnung, sondern bisher zwei.

Inoffiziell gab es eine ganze Reihe von Namen. Das ist jedoch kein balkanischer Einzelfall, sondern kommt ja auch in unserer nächsten mitteleuropäischen Nachbarschaft vor: Wir haben kein Problem zu akzeptieren, daß Bücher aus dem Niederländischen und andere aus dem Flämischen übersetzt werden – aber kein Niederländer wird auf die Idee kommen, das Flämische für eine Fremdsprache zu halten, und um-

gekehrt (es gab im niederländischen Fernsehen sogar das Sprachquiz „Tien voor taal“ in dem niederländische gegen flämische Kandidaten antraten). Ähnliches gilt für britisches und amerikanisches Englisch: Der Engländer wird einen Amerikaner sofort als solchen erkennen, er wird eine Reihe von Ausdrücken, die dieser verwendet, zwar verstehen, aber selber nicht benutzen, und eine Kommunikation zwischen beiden ist ganz einfach möglich, sofern beide sich halbwegs an die jeweils normierte Schriftsprache halten, also nicht einen stark davon abweichenden Dialekt oder Soziolekt verwenden.

Was hat das alles mit Nationalismus zu tun? Eine ganze Menge. Für Nationalisten ist Sprache immer ein Instrument, mit dem sie ein vermeintlich nicht oder zu gering entwickeltes nationales Bewußtsein schaffen oder fördern wollen. Es ist unbestreitbar, daß die Versuche, Neologismen einzuführen oder Dialekte vorzuschreiben, jeweils einen nationalistischen Hintergrund haben. Aber es ist ebenso klar, daß sich solche Neuerungen nicht durchsetzen lassen. Die von Baier in seinem Aufsatz angeführten Beispiele aus Frankreich oder aus Nazi-Deutschland zeigen ja gerade, daß solche Änderungen nie durch Verordnung zustandekommen können. Und daß die Kroaten, Bosniaken und Serben weithin auf ihre bisherige Art zu sprechen und schreiben verzichten, ist nicht abzusehen. ■

1 In: *Text + Kritik*, Nr. 124, Oktober 1994, 74-81.

Serbokroatische  
Grabschrift

umfassenden Grenzrevision mit der serbischen Kriegsführung seit 1991 hätte sich gewiß gelohnt, unterbleibt aber. Desgleichen belassen es die Autoren bei ihrem verschämten Hinweis auf Garasanni, ohne die naheliegende Frage nach der Kontinuität großserbischer Ambitionen zu verfolgen. Sie verlieren kein Wort über N. Stojanovic, der den Kroaten bereits 1902 prophezeite, das Kroatentum werde im tödlichen Kampf mit den progressiven serbischen Idealen untergehen, weil es nichts anderes repräsentiere als die Interessen ausländischer Cliquen. Weshalb diese Zurückhaltung angesichts und trotz der erklärten Absicht, die serbische Sicht der Dinge darzustellen? Haben diese und andere Vorstellungen nichts zu tun mit der Vorgeschichte des aktuellen Konflikts? Das könnte durchaus sein, wäre aber eigens zu begründen. Doch das geschieht nicht, und zwar aus einem einfachen Grund: Der serbische Standpunkt bildet für die Autoren nicht den Gegenstand der Betrachtung, sondern die Brille, durch die sie die Geschichte betrachten. Es liegt ihnen überhaupt nicht daran, ihn beschreibend vorzustellen, um Einseitigkeiten und Vereinfachungen im westlichen Serbienbild zu korrigieren, sie propagieren ihn vielmehr, wenig überzeugend, dafür um so überzeugter. Welcher halbbrecherischen Winkelzüge sie sich dabei bedienen, darauf wirft ein besonders grelles Licht ihre Beurteilung Titos.

Man erinnere sich: Tito, dieser perfideste aller Serbenfresser, der sich zeit lebens als Kommunist maskierte, um seinen faschistischen Charakter zu verheimlichen (vgl. 290), der die deutsche Minderheit in Jugoslawien besetzte, um „ungeachtet der traditionellen serbischen Deutschfreundlichkeit“ (292) – die „serbische(n) Rachsucht von den Kroaten und Moslems“ abzulenken (vgl. ebda.), und schließlich Tausende von Ustaschas ermorden (vgl. 290) und später, wie erwähnt, die kroatische Nationalbewegung liquidieren ließ, um antifaschistische und antinationalistische Ziele vorzutauschen, die ser Tito also war, wie gleichfalls schon vermeldet, den Autoren zufolge ein Doppelagent im Dienste der Gestapo und des NKWD – Nun dürfte es dem unbefangenen Leser bereits einigermaßen schwer fallen, sich Tito als NKWD-Mann vorzustellen, ihn aber von dessen Gestapo-Tätigkeit zu überzeugen, scheint schier unmöglich. Die Autoren verwenden denn auch einige Mühe auf diese Aufgabe, und sie entblöden sich wahrhaftig nicht, dazu auf eine der schaurigsten Episoden in der Geschichte des Nachkriegskommunismus zurückzugreifen, den Rajk-Prozeß in Ungarn (1949), den ersten in einer langen Reihe von Schauprozessen in den europäischen Satellitenstaaten, mittels derer Stalin vor allem die aus dem Exil zurückgekehrten Altkommunisten ausschaltete und mit dem er eine umfangreiche

Hetzkampagne gegen Tito eröffnete. Wie die absurden Anklagen und die ebenso absurden Geständnisse in diesem Prozeß zustande kamen, hat Bela Szasz, einer der Mitangeklagten und wenigen Überlebenden dieses grotesken Spektakels, in seinem Buch *Freiwillige für den Galgen* (Die Andere Bibliothek, Nördlingen 1986) ausführlich berichtet. Aus seiner Schilderung geht hervor, daß der Prozeß in allen Einzelheiten vom sowjetischen Geheimdienst diktiert und vom ungarischen Geheimdienst inszeniert worden war. Die Entscheidung für Rajk als Hauptangeklagten wurde in Moskau getroffen, nachdem man dort lange erörtert hatte, ob nicht besser Imre Nagy oder Janos Kadar der Prozeß gemacht werden sollte. Der ungarische Verteidigungsminister M. Far-



kas erteilte daraufhin auf einem Zettel dem Chef des ungarischen Geheimdienstes G. Peter die Weisung, Rajk als „imperialistischen Agenten“ zu entlarven. M. Rakosi, Generalsekretär der ungarischen KP und einer der wichtigsten Akteure in dem erbärmlichen Schmierentheater, das dann folgte, räumte im März 1956, brav der neuen Moskauer Linie folgend, öffentlich ein, der gesamte Prozeß habe auf einer „Provokation“ beruht und schob alle Verantwortung Berija und Peter in die Schuhe, obschon er vorher das Verdienst, die Machenschaften der „Rajk-Bande“ aufgedeckt zu haben, allein für sich reklamiert hatte.

Die Autoren Deschner und Petrovic lassen sich durch derlei unappetitliche Details in keiner Weise irritieren oder gar anfechten, sondern nehmen Rajks Geständnisse einfach für bare Münze. Sie berufen sich dabei zusätzlich auf einen Hinweis von M. Djilas, Rajk habe enge Kontakte zu Rankovic gepflegt. Bei Djilas, der nach seinem Bruch mit Tito keinerlei Grund hatte, die sen zu schonen, steht allerdings bei aller Kritik an Titos Politik und Verhalten nichts davon zu lesen, daß dieser

oder Rankovic verkappte Faschisten gewesen sein könnten, und darum beweist seine Bemerkung allenfalls das, worauf sie sich direkt bezieht, nämlich Kontakte zwischen Rajk und den Titoisten. Als verdammungswürdige Verbrechen galten solche Kontakte lediglich in den Augen Stalins, und es ist denn auch eine Publikation der Kominform von 1947, die die Autoren das Urteil entnehmen, Titos Regime sei in Wahrheit faschistischer Natur (vgl. 284/295). Über den Wert solcher Verdikte mag man geteilter Meinung sein, Tatsache ist jedenfalls, daß der Vorwurf des Faschismus gegenüber Tito im Rajk-Prozeß überhaupt keine Rol-

le spielte. Während Rajks Untersuchungshaft taucht in der kommunistischen Propaganda zwar der Vorwurf auf, er habe für das Horty-Regime als Informant gearbeitet, wohingegen Rajk seinerseits lediglich zugab, während seiner Internierung in Frankreich für das Petain-Regime als Spitzel gearbeitet zu haben. Die Autoren bezeichnen es als „Rätsel“ wie Rajk ohne Hilfe der Gestapo aus der französischen Haft habe nach Ungarn zurückkehren können, wundern sich aber besonders kräftig darüber, weshalb ihn Hitler nicht „wie andere wahre Kommunisten... umbringen ließ (284), ohne zu merken, daß sie sich mit diesem suggestiven Verdacht die infame Logik Stalins zu eigen machen, derzufolge jeder, der den Faschismus überlebte, selber ein Faschist sein mußte eine Schlußfolgerung, aufgrund der Stalin bekanntlich Abertausende sowjetischer Kriegsgefangener hinrichten oder nach Sibirien verschwinden ließ. Rajk wiederum hatte allerdings das Geheimnis, das die Autoren quält, längst gelüftet, indem er in seinem Geständnis angab, von der Gestapo nach Ungarn zurück gebracht worden zu sein. Dummerweise wußte freilich

Die serbisch-orthodoxe Kirche bis heute von Rom verfolgt und gedemütigt?

Bei uns steht

# Hintergrund

im

# Vordergrund

## Probeabonnement

3 Wochen lang kostenlos

6 Wochen für DM 15, \*

12 Wochen für DM 30, \*

\* Nur gegen Vorkasse (Bar oder V-Scheck)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

# Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

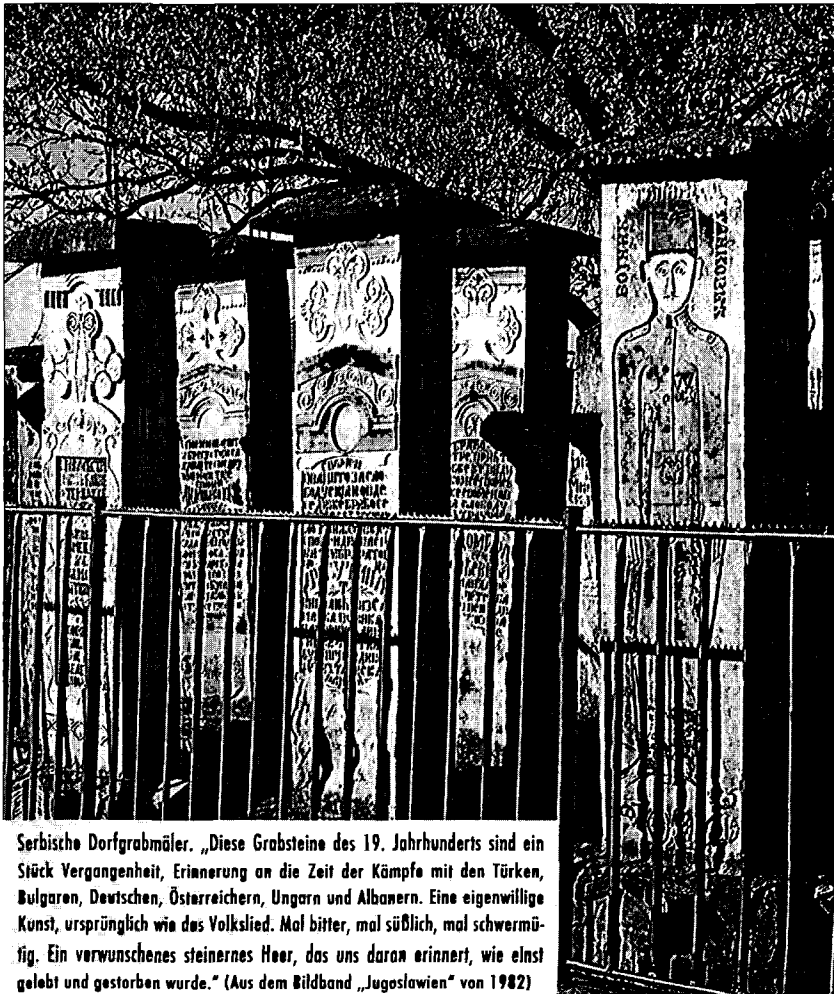
Vertrieb FREITAG, Postf. 66, 12414 Berlin

selbst er nicht recht zu erklären, weshalb er trotz Gestapo-Beistand in Ungarn eingesperrt blieb und beim Rückzug der deutschen Truppen nach Deutschland verschleppt wurde, so daß er erst nach dem Sieg der Alliierten frei kam. Die Hauptanklage gegen Rajk hatte indes mit all diesen seltsamen Umständen nur wenig zu tun. Im Zuge der Verhöre richtete sich das Augenmerk der Untersucher vornehmlich auf Rajks Trotzismus, seine Übereinstimmung mit der titoistischen Irrlehre und seine Zugehörigkeit zu imperialistischen Nachrichtendiensten. Weshalb der Trotzismusvorwurf, den die Verhörspezialisten eifrig zu erhärten suchten, dennoch in der Eröffnungsrede des Anklagevertreters nicht mehr auftauchte, ließ Staatsanwalt Alapi keineswegs im dunkeln. Er unterstrich nämlich mit Nachdruck die internationale Bedeutung des Prozesses, der sich eigentlich gegen „die jugoslawischen Verräter“ die „Verbrecherbande Tito, Rankovic, Kardelj und Djilas“ richtete. Unmißverständlich ließ sich kaum verdeutlichen, daß Rajks Person und seine angeblichen Vergehen in Wahrheit vollkommen belanglos waren.

**D**ie Moral dieser kleinen Geschichte liegt auf der Hand: Obwohl die Autoren mehrfach die substantielle Identität von Faschismus und Sozialismus hervorheben (vgl. etwa 285), sind sie sich nicht zu schade, ein Parodiestück des stalinistischen Propagandakrieges gegen Tito heranzuziehen, um ihn als heimlichen Faschisten zu diffamieren, und zwar einzig und allein deshalb, um Titos heim-

tückische Serbenfeindlichkeit plausibel zu machen. Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Denn ähnlich verfahren sie an vielen Stellen ihres Buches. Von da her gewinnt auch ihre bedeutsamste Auslassung ihr methodisches Gewicht, das heißt, die mit fadenscheinigen Argumenten begründete Entscheidung, die unmittelbare Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges nicht zu behandeln. Wer den Anspruch erhebt, die Hintergründe dieses Krieges, der 1991 begann, historisch aufzuhellen, und zu diesem Zweck 1995 ein dickleibiges Werk veröffentlicht, das im Grunde bereits mit dem Jahr 1971 abschließt, und damit den Eindruck erweckt, die fehlenden zwanzig Jahre ließen sich ohne Not verschmerzen, der weiß entweder nicht, wovon er redet, oder aber er weiß es nur zu gut und riskiert deshalb eine waghalsige Flucht nach vorne durch eine entschiedene Rückwendung nach hinten. Dieses Manöver macht es möglich, eine erstaunliche Fülle von Vorgängen und Fakten elegant zu umgehen: Kein Satz über die Ereignisse im Kosovo seit der Mitte der achtziger Jahre, kein Wort über das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften von 1986 und die Amsfeld-Rede Milosevic von 1989 keine Silbe über sozio-ökonomische Konflikte in Jugoslawien, über die Machtstrukturen in Bürokratie und Armee, über die finanziellen Räubereien der Belgrader Zentrale, ihre Aufkündigung des Autonomiestatus des Kosovo und der Vojvodina, ihre Verweigerungshaltung auf der Ebene der Bundespolitik, ihre Wirtschaftsblockade gegen Slowenien et cetera. Statt dessen ein

Frontalangriff gegen die katholische Kirche, den Vatikan und seine ebenso zahlreichen wie buntgescheckten Helfershelfer: Österreicher und Deutsche; Ustaschas, Stalinisten und Titoisten; Freimauer und Muslime; der Westen überhaupt; Hitler, Pavelic, Churchill, Stalin, Tito. (Wer Lust hat, darf gewiß mit gütiger Erlaubnis der Autoren noch ergänzen: Kohl und Genscher.) Dieser krude Antikatholizismus mag gewissen Tendenzen in Serbien entsprechen und gewissen Neigungen in der deutschen Öffentlichkeit entgegenkommen, aufklärerisch wirkt er trotzdem oder gerade deswegen nicht. Im Gegenteil: Indem die Autoren die Mär vom ewigen Religionskrieg und Völkerhaß eifrig weiter-spinnen, anstatt historische Aufklärung als Entmythologisierung der Geschichte zu betreiben, tragen sie ihren Teil dazu bei, jene Tragödie von Betrug und Verrat am serbischen Volk fortzuschreiben, von der sie in ihrem Werk erzählen, und die wahren Motive derer zu verschleiern, die am Krieg in Exjugoslawien in jeder Hinsicht profitieren, während sie eine ganze Region, Serbien eingeschlossen, ins Elend stürzen. Das serbische Volk hat in der Vergangenheit gelernt, sich vor seinen Feinden zu hüten. Es wird sich in Zukunft der schmerzlichen Einsicht stellen müssen, daß auch manche seiner Freunde wahrlich zum Fürchten sind. ■



Serbische Dorfgrabmäler. „Diese Grabsteine des 19. Jahrhunderts sind ein Stück Vergangenheit, Erinnerung an die Zeit der Kämpfe mit den Türken, Bulgaren, Deutschen, Österreichern, Ungarn und Albanern. Eine eigenwillige Kunst, ursprünglich wie das Volkslied. Mal bitter, mal süßlich, mal schwerwiegend. Ein verwunschenes steinernes Meer, das uns daran erinnert, wie elend geliebt und gestorben wurde.“ (Aus dem Bildband „Jugoslawien“ von 1982)

Karlheinz Deschner / Milan Petrovic, *Weltkrieg der Religionen. Der ewige Kreuzzug auf dem Balkan*, Stuttgart und Wien (Verlag Weitbrecht) 1995 (38,00 DM)



Deutsch falle ihm ein wenig schwer, sagt der Museumsführer zur Begrüßung „eine Generationsfrage, Sie verstehen.“ und ist spürbar erleichtert, als ich mich auf Niederländisch um Verständigung bemühe. Er bugsiert noch rasch sein Fahrrad aus dem Dokumentations- und Leseraum dem ehemaligen Wohnzimmer in die angrenzende Küche, dann führt er seinen ersten und einzigen Besucher an diesem Vormittag sachkundig und erzählfreudig durch das Amsterdamer Geburtshaus des Eduard Douwes Dekker. Hier kam er 1820 als Sohn eines Kapitäns zur Welt, hier sammelt und pflegt man seinen Nachlaß, Mobiliar und persönlichen Gebrauchsgegenstände, Erinnerungsstücke aus seiner Zeit in Niederländisch-Indien und Nieder-Ingelheim, die Seemannskiste, die Schreibutensilien, die Tonpfannen, noch warm, so scheint es, die Bücher, die er las, die Bücher über ihn, und die, die er schrieb.

Alles, was ich bislang von ihm kannte, waren *Die Abenteuer des kleinen Walther* hatte sie vor Jahren bei einem Gebrauchtwarenhändler erstanden, zusammen mit einem guten Dutzend anderer Bücher, das Stück zu zwei Mark, und einem weniger preiswerten Tischchen, das nach Mahagoni und Jahrhundertwende aussah. Letzteres trug für ein paar Monate das Telefon in meiner Wohnung, bevor es unter ihm einknickte, von Holzwürmern zerfressen, und schleunigst entsorgt werden mußte. *Die Abenteuer des kleinen Walther* dagegen trugen sehr viel mehr zu meinem Haushalt bei, meinem Seelenhaushalt, und entschädigten mich für die wurmstichige Geschäftstüchtigkeit des Händlers. Dieser hatte mich, um den noch Zögernden über das Tischchen zu ziehen, zu einer unverbindlichen Sichtung eines „Sonderpostens Bücher“ zu sich nach Hause eingeladen, eine armselige Wohnbaracke, in der der Mann mit seiner Familie lebte. In einem der schlecht isolierten Räume lag aber, wie aus Säcken geschüttet und seit langer Zeit nicht mehr angerührt, tatsächlich der versprochene „Haufen Bücher“ bis Fensterbankhöhe und an den Wänden von rohgezimmerten Regalen eingezäunt, in denen jedoch nur vereinzelt ein paar Bände zusammengestellt waren. „Alphabetisch geordnet“ sagte der Mann, „gute Übung für die Kinder.“ Ich stöberte also ein wenig in diesem fragwürdigen „Sonderposten“ aus Verlegenheit, aus Höflichkeit und natürlich auch, weil ich die Hoffnung auf eine befriedigende Kompensation für den hohen Preis des Tischchens so rasch nicht aufgeben mochte. Das meiste allerdings

Wilfried W Meyer

## Multatuli und ein Fundstück

Späte Wiederentdeckung eines antikolonialistischen Romanklassikers



war in einem erbärmlichen Zustand, hoffnungslos verdreckt und durchfeuchtet, beschimmelt, zerfleddert oder aus dem Leim gegangen. Hier und da zog ich mit spitzen Fingern aber doch ein einigermaßen erhaltenes Buch aus dem muffigen Durcheinander, mehr auf Verdacht als mit treffsicherem Kennerblick, denn die Literatur des späten 19. Jahrhunderts, die hier schinken- und schartekenreich zuhauf lag, kannte ich nur schlecht.

So kam ich an das Tischchen und *Die Abenteuer des kleinen Walther* eine von Karl Mischke übersetzte, 1901 in Halle an der Saale erschienene Ausgabe des Otto Hendel Verlags, und in einem

Exemplar, das den Weg bis in die Gradska Biblioteka von Subotica gefunden hatte. Das jedenfalls entnahm ich, als sich bereits das Holzmehl unter meinem Telefonschreibtisch zu sammeln begann, dem Stempel, über den ich beim Lesen gestolpert war und der mich dazu veranlaßte, diesen Ort kurzerhand aufzusuchen, in einem anderen Buch wenigstens: Das zu Serbien gehörende Subotica liegt nahe der ungarischen Grenze in der autonomen Provinz Wojwodina zwischen Donau und Theiß. Anfang des Jahrhunderts waren in dieser Region auch mehr als 500.000 Nachfahren der Donauschwaben zu Haus, bei denen die Stadt Maria-Theresiopel hieß; heute leben noch etwa 9000 Deutsch-

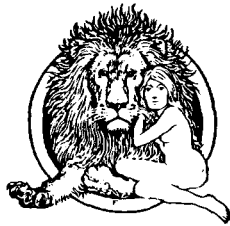
stämmige in der Worwodina. Dort also hatten *Die Abenteuer des kleinen Walther* wohl auch schon frühe Leser gefunden, bevor das Bibliotheksexemplar den schweren Wegen der Vertriebenen gefolgt, und später, bei fortgesetzter Veramschung, in die niedersächsische Provinz gelangt war, wo es zu guter Letzt jenem Gebrauchtwarenhändler zum Verkauf eines morschen Tischchens verhalf.

Mein Telefon steht längst auf seinem Nachfolger aus Acryl. Aber als vor kurzem eine Zeitung anrief, ich möge für sie „etwas über diesen Multatuli schreiben Sie wissen schon, *Max Havelaar* – am besten eine Buchreportage“ denn wer lese schon Rezensionen alter Bücher, wo diese selbst doch kaum gelesen würden, und seien sie noch so neuübersetzt, da fiel mir plötzlich alles wieder ein: das Tischchen, der Gebrauchtwarenhändler, sein Bücherhaufen, *Die Abenteuer des kleinen Walther* und der atemberaubende Ansturm eigener Kindheitsempfindungen auf das im Erwachsenen erstarrte Kind. Doch über diesen wunderbaren Entwicklungsroman einer sensiblen poetischen Kinderseele, der damit beginnt, daß der kleine Walther seiner Mutter vierzehn Stüber stibitzt, um sie in der Leihbibliothek als Pfand für den „großen Glorioso“ einen zünftigen Räuberroman, zu hinterlegen, und über Fancy Walthers hilfreichen Muse der Imagination auf dem Weg des Heranwachsenden in einer Welt voller Biedersinn und Krämerseelen, oder gar über den Bücherhaufen des Gebrauchtwarenhändlers und das verwurmt Tischchen wollte der Zeitungsredakteur natürlich nichts wissen; denn schon seit 1955 hatte es keine neue deutsche Ausgabe mehr von den *Abenteuern des kleinen Walther* gegeben, und wer sie lesen will, wird sein Glück wohl oder übel in Bibliotheken oder antiquarisch, womöglich auch bei zweifelhaften Kompensationsgeschäften suchen müssen. *Max Havelaar* hingegen findet man vielleicht sogar in besseren Dritte Welt-Läden.

**M**ax Havelaar oder *Die Kaffeeversteigerungen der niederländischen Handelsgesellschaft*“ erläutert mein Museumsführer, während er vor mir mit blitzender Hosenklammer eine enge Treppe „Achtung, der Kopf!“ hinaufsteigt, „erschien 1860, und aus Eduard Douwes Dekker war *Multatuli* geworden, das heißt: Ich habe viel erlitten (getragen).“

Unter diesem Schriftstellernamen und mit seinem ersten Roman verschaffte er sich also das Gehör, das dem Kolonialbeamten Eduard Douwes Dekker in Niederländisch-Indien, dem heutigen Indonesien, versagt blieb. Dort war er während 17 konfliktreicher Jahre und sehr zum Schaden der eigenen beruflichen Laufbahn gegen die Ausbeutung und die unmenschlichen Lebensbedingungen der Einheimischen angegangen, insbesondere gegen das vom fernen Holland diktierte Verwaltungssystem, das bestimmte Mißbrauchsformen regelrecht begünstigte. Dann quittierte der 37jährige den Dienst, kehrte unter schwierigsten finanziellen und familiären Umständen nach Europa zurück und schrieb innerhalb von vier Wochen auf einem

## MULTATULI MAX HAVELAAR



MINDEN i. W.  
J. C. L. BRUNS' VERLAG.

Brüsseler Dachboden seinen *Max Havelaar* persönliche Rechtfertigung und erbitterte Anklageschrift in einem, autobiographisches Zeugnis und erzählpoetische Fiktion, javanischer Kolonialroman und scharfsinnige Karikatur der Amsterdamer Kaufmannschaft.

Denn der Roman um den glühenden Idealisten Max Havelaar hält den geschäftstüchtigen Landsleuten in Amsterdam nicht nur die ferne javanische Kehrseite ihres heimischen Gewinnstrebens vor, sondern zugleich auch das eigene, höchst wirkungsvoll entlarvende Spiegelbild ihrer selbstgefälligen Speißigkeit und Heuchelei. Den geeigneten Zunftvertreter dafür hat Multatuli in der Figur des Kaffeemaklers *Batavus Droogstoppel* geschaffen, und *droogstoppel* ist in den Niederlanden bis heute ein geflügeltes Wort für den philiströsen Speißer.

„Ich bin Makler in Kaffee und wohne Lauriergracht N 37“ läßt dieser *Droogstoppel* sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu seiner Sicht der Dinge zwischen Java und Amsterdam vernehmen. Denn ausgerechnet ihm hat ein verarmter Dichter(!) eine Kiste mit Aufzeichnungen aus Java anvertraut; und statt der erhofften Geschäftsinformationen fördert der neugierige Kaffeemakler nun Stück für Stück die Geschichte Max Havelaars zutage, mischt sich mit Kommentaren und „Lebensweisheiten“ ein, die an unfreiwilliger Selbstkarikatur kaum zu überbieten sind.

Aus dieser vielschichtigen, verspiegelten Erzählstruktur tritt am Ende dann Multatuli selbst hervor, um eine flammende Brandrede gegen den „Raubstaat am Meer, zwischen Ostfriesland und der Schelde“ zu halten.

Es war also dem literarischen Debüt eines Kolonialbeamten vorbehalten, in die biedermeierliche Idylle der Amsterdamer Kolonialherrenmentalität mit der Wucht und Leuchtkraft eines Meteors einzuschlagen, der seinerzeit „ein Schaudern durch das Land gehen ließ“ wie es damals in einer Parlamentsdebatte hieß. Sein Buch jedenfalls, dieses einzigartige Beispiel für eine auch der Form nach unerhört gewagte und geglückte *littérature engagée*, gab in den Niederlanden einen entscheidenden Anstoß, die Rechtsstellung der Bauern in Niederländisch-Indien zu verbessern.

**I**n der Folgezeit hatte Multatuli trotz wachsenden literarischen Ruhms mit allerlei Schwierigkeiten und Anfeindungen im eigenen Land zu kämpfen, vor denen er 1866 zu den Bergholländern auswich Vorsicht beim Hinuntergehen, die Stufen!“ „Bergholländer?“ „So wurden die Deutschen von den Javanern genannt, wie Multatuli im *Max Havelaar* notiert. Aus deren Perspektive waren die Deutschen damals eben noch eine seltene, im bergigen Hinterland lebende Spezies von Holländern.“

Für einige Zeit arbeitete Multatuli von Mainz aus als Journalist für eine niederländische Zeitung: In seinen „Berichten vom Rhein“ referierte er, was in der deutschen Presse zu lesen war und bezog sich, wenn er eigene Ansichten zum Ausdruck bringen wollte, mit besonderer Vorliebe auf den *Mainzer Beobachter* den es gar nicht gab. Er scheiterte mit der Idee, seine Finanznöte in der Spielbank von Homburg zu beheben, er scheiterte mit der Idee von einer ménage à trois, und seine literarische Enzyklopädie der *Ideen*, die „Times meiner Seele“ wie er sie nannte, blieb ein vielbändiger gigantischer Torso aus brillanten Textfragmenten, Polemiken und Feuilletons, Aphorismen und ausführlichen Abhandlungen, Parabeln und Skizzen; eingestreut auch: *Die Abenteuer des kleinen Walther* – und *Walther in der Lehre*, ein Fortsetzungsband, den ich plötzlich in Händen halte, ebenfalls 1901 erschienen, derselbe Übersetzer, derselbe Verlag, und in einem Leineneinband, dessen rotbräunlicher Farbton mir wie zum Spott noch einmal mein kurzes biges Telefonschreiben vor Augen ruft.

„So ging *Max Havelaar* um den Globus“ fährt mein Museumsführer von derlei Abschweifungen nichts ahnend fort, als wir aus dem Archiv im Keller, früher die Wohnung und Werkstatt eines Schusters, wieder nach oben steigen – „Achtung, der Kopf!“ und zieht im Dokumentationsraum einige Ausgaben des weltweit meistübersetzten niederländischen Buches aus den Regalen, französische, russische, spanische, chinesische,

ungarische: „38 Sprachen bislang. Hier die erste deutsche Ausgabe, schon von 1875. Und dort die neueste, eben erst reingekommen. Überhaupt, die Bergholländer haben zeitweilig einen richtigen Narren an ihm gefressen.“

Der Weltklassiker, aber auch weitere Werke Multatulis hatten schon früh und gerade in Deutschland ein bemerkenswertes Echo: Allein von *Max Havelaar* waren bis 1927 bereits vier verschiedene deutsche Übersetzungen erschienen; die Auflage in den zwanziger Jahren lag bei 100000 Exemplaren. Und diese frühe Verbreitung bleibt vor allem mit einem Namen verbunden, mit dem Namen Wilhelm Spohr. Der humanitäre Anarcho-Sozialist aus Berlin, der Multatuli zunächst in französischer Sprache begegnet war, nutzte eine vierzehntonatige Gefängnisstrafe dazu, Niederländisch zu lernen, und sein wichtigstes Lehr- und Anwendungsbuch war *Max Havelaar*. Dann fand er erstaunlich genug in dem westfälischen Provinzstädtchen Minden eine große literarische Verlegerpersönlichkeit, jenen Max Bruns, dem das *Minden-Lübbecke-Kreisblatt* nicht Herausforderung genug war und der 1899 mit einer Werkausgabe Multatulis im väterlichen Verlag begann.

So wurde Multatuli von Wilhelm Busch ebenso wie mit besonderer Vorliebe – von Gustav Mahler oder Gustav Landauer gelesen, der 1900 schwärmte: „Multatuli ist ein Genie, und das ist viel gesagt; aber noch mehr: er ist ein Genie, das einzig dasteht.“ Und zu *Sigmund Freuds Privatlektüre* gehört Multatuli auch, wie Peter Brückner in seiner gleichnamigen Studie von 1975 hervorhob, und dabei auf eine verblüffende geistige Verwandtschaft mit „dem großen Denker und Menschenfreund Multatuli“ (Freud) aufmerksam machte. Vor allem aber um Wilhelm Spohr, im legendären „Friedrichshagener Kreis“ vor den Toren Berlins, bildete sich eine regelrechte Lesegemeinde aus Anarchisten und Sozialisten, politischen und literarischen „Lebensreformern“ – Traditionen, die die erste Hälfte dieses Jahrhunderts nicht überlebten, und wenn, dann bis zur Unkenntlichkeit entstellten.

Vor diesem Hintergrund geriet der „niederländische Voltair“ wie Anatole France Multatuli wegen seiner uner-schrockenen Denkbilder und geistigen Freiheit nannte, zeitweilig ein wenig in Vergessenheit. Nur die ehemalige DDR nahm sich des *Max Havelaars* in mehreren Ausgaben der Spohrschen Übersetzungen an und schrieb sich Multatulis Kolonialismuskritik zuletzt 1976 auf die klirrenden Fahnen der „internationalen Solidarität“ Bis, ja, bis sich erneut ein



• In diesem Hause wohnte  
der niederländische Schriftsteller  
**MULTATULI**  
Eduard Douwes Dekker  
• \* 2. März 1820, † 19. Febr. 1887 •

»38 Sprachen bislang.  
Hier die erste deutsche Ausgabe,  
schon von 1875  
Und dort die neueste,  
eben erst reingekommen.  
Überhaupt, die Bergholländer  
haben zeitweilig  
einen richtigen Narren  
an ihm gefressen.«

junger deutscher Verleger (Arnold Thünker) für Multatuli begeisterte und 1993 die Herausgabe einer Neuübersetzung dieses „frühen Anwalts der Dritten Welt“ riskierte. *Max Havelaar* nämlich, wie auch die inzwischen ebenfalls neu übersetzten *Minnebriefe* an Fancy die Muse des kleinen Walthers wie des großen Multatulis, ist alles andere als ein angestaubtes Museumsstück aus dem Geburtshaus eines gewissen Eduard Douwes Dekker, der sich einen anderen Namen gab und, außer Landes gegrault, 1887 in Nieder-Ingelheim am Rhein starb: „Drüben haben wir das Sterbesofa“ weist mir mein Begleiter den letzten Weg des staats- und kirchenabtrünnigen Freidenkers, „daneben die Urne mit seiner Asche, aus Gotha, Kremierungen waren bei uns noch nicht erlaubt.“

Als der freundliche Herr mich nach einem fast zweistündigen Privatissimum zwischen Büchern & Bildern, Nachlaß & Nachruhm, Oberwohnung & Archivkeller schließlich wieder auf den schmalen *Korsjespoorsteeg* hinausläßt „Vorsicht, Stufe!“ und den Sonne tan-kenden Vertreterinnen des ältesten Gewerbes der Welt einen nachbarschaftlichen Gruß zuwirft, muß ich für einen Augenblick wohl ausgesehen haben wie jener spießige Kaffeemakler *Batavus Droogstoppel*. Denn gleichsam zur Beruhigung erklärt mein Museumsführer mir sogleich: „Nur altmodische Prostitution, wissen Sie. Keine Junkies, keine Minderjährigen. Die Damen achten ein wenig aufs Haus und nehmen manchmal die Post für Multatuli in Empfang.“

Und wie ich schon auf dem engen Bürgersteig das barocke Profil der Empfangsdame vom Nebeneingang umkurve, ruft er mir noch nach: „Ach, und wenn Sie n Pfund *Max Havelaar* mitnehmen wollen, fragen Sie am Hauptbahnhof, direkt gegenüber!“ So heißt nämlich eine Kaffeemarke hier, die von der gleichnamigen Stiftung zur Unterstützung von kleinen Kaffeeanbauern der Dritten Welt vertreten wird.

Rechts das Pfund der im Museum erworbenen *Max Havelaar*-Ausgabe, links den nach ihm benannten Kaffee im Leinenbeutel schwenkend, mache ich mich also ganz im Einklang und Gleichgewicht mit mir und der Dritten Welt auf den Weg zu meinem Logis, begleitet von dem vagen Gefühl, daß ein anderer, jemand mit einer halben Multatuli-Gesellschaft im Kopf, die gewünschte Buchreportage schon in meinem Namen geschrieben haben wird, wenn ich mich an den Schreibtisch setze, so daß sie nur noch an die Redaktion irgendeines *Mainzer Beobachters* geschickt zu werden braucht und ich bei viel Kaffee und ohne schlechtes Gewissen den *Max Havelaar* endlich lesen kann. ■

Multatuli, *Max Havelaar* oder die Kaffeeversteigerungen der niederländischen Handelsgesellschaft. Aus dem Niederländischen von Martina den Hertog-Vogt, Köln, Saignelégier (Verlag Bruckner & Thünker) 1993 (482 Seiten, 44,00 DM)

Multatuli, *Minnebriefe*. Roman in Briefen. Aus dem Niederländischen von Martina den Hertog-Vogt, Köln, Saignelégier (Verlag Bruckner & Thünker) 1993 (255 Seiten, 42,00 DM)

Christoph Wagner

# Göttliches Musiktalent

Zur Geschichte, Renaissance und Aktualität  
der jüdischen Klezmermusik



Jüdische Musiker bei einer Hochzeit  
in einem ukrainischen Dorf.

Die Weisheit liegt in den Büchern. Für die frommen Juden Osteuropas war das Studium der heiligen Texte der Weg zum Heil, und Buchstaben und Schrift bildeten den Schlüssel dazu. Nicht lesen zu können war ein Makel, der auch die Musik betraf. Wer die Notenschrift nicht beherrschte, zählte zum Musikantengesindel, dem man aus dem Weg ging. Solche Leute wurden „Klezmorim“ (Einzahl: Klezmer) genannt, was durchaus ein Schimpfwort war. „Dafür hätte ich Dir früher eine runtergehauen!“ sagt der Klarinetist Max Epstein heute. Epstein, der 1912 in Brooklyn zur Welt kam und einst zusammen mit seinen Brüdern eine der erfolgreichsten Kapellen des jüdischen New Yorks bildete (eine neue Platte der Epstein-Brothers ist gerade erschienen), ist heute einer der letzten, der sie noch alle gekannt hat: die großen Emigranten-Musiker aus Weißrußland, Polen, Rumänien oder Ungarn, die Anfang unse-

res Jahrhunderts in die USA gekommen waren.

Unter ihnen war auch der 24-jährige David Tarraschuk. Er hatte 1921 seine ukrainische Heimat verlassen, wo es immer wieder zu blutigen Ausschreitungen und Überfällen gekommen war. Schätzungen besagen, daß zwischen 1918 und 1921 ungefähr 150.000 Juden Prognomen zum Opfer fielen. In der alten Heimat hatte ihm sein Vater noch das Notenlesen beigebracht, um dem Sohn die Demütigung zu ersparen, als ungebildeter musikalischer Dilettant angesehen zu werden. Tarraschuk ging in Ellis Island an Land, wo die Behörden kurzerhand seine Klarinette beschlagnahmten und vernichteten. „Aus Desinfektionsgründen!“ wie es hieß. Zuerst schlug er sich als Kürschner durch und konnte erst allmählich wieder als Musiker Fuß fassen. Vom gelegentlichen Hochzeitsunterhalter avancierte er unter seinem amerikanisierten Namen

Dave Tarras ab Mitte der zwanziger Jahre zum Star der jüdischen Musikszene in den USA. Als Solist und Begleiter nahm er Dutzende von Schallplatten auf, spielten in „Live“ Shows im jiddischen Radio und wurde von den großen Hotels der jüdischen Erholungsorte zu einträglichen Engagements verpflichtet. Seine makelloste Technik kombiniert mit einem leicht aufgerauten Ton und feinem Vibrato gaben ihm einen unverwechselbaren Sound, den er noch mit Ziehtönen und Trillern anreicherte. Wenn Dave Tarras zum Solo ansetzte, wurde es still im Saal.

In der Alten Welt war alles anders gewesen. Dort hatten es Musiker schwer. Die Familienkapelle der Tarraschuks, die aus zehn Mitgliedern bestand und vom Onkel an der Geige geleitet wurde, trat überall auf, wo im weiteren Umkreis ein Fest gefeiert wurde. Ein Zuckerschlecken war das nicht. Selten wurde man mit Respekt behandelt. Die Gagen waren kümmerlich, wenn überhaupt etwas bezahlt wurde, und die Musiker waren froh, „wenn sie gute Speisen und Lebkuchen für ihre Familien mitnehmen durften“ wie Joseph Roth berichtete. Befanden sich reiche Gäste im Publikum, konnte man auf etwas Trinkgeld hoffen. Gespielt wurde für jedermann, der eine „Kapelye“ benötigte, egal ob Jude, Zigeuner oder Goy, Bauer oder Edelmann. Denn kein Klezmer konnte es sich leisten, einen Verdienst auszuschlagen, auch wenn die Anfahrt weit war. „Wir fuhren immer mit dem Pferdewagen in das Shtetl, wo wir zur Hochzeit spielen sollten, und wir spielten beim Licht der Kerosinlampen“ erzählt der Schlagzeuger Ben Bazylar. „Der Baß war so alt, daß er auseinanderfiel. Er wurde mit Bindfäden zusammengehalten. Wenn wir auf dem Wagen fuhren, schaukelte es, und vom Baß lösten sich ganze Stücke ab. Mein Vater wollte nicht, daß ich Musiker werde, weil es ein Hundeleben war.“

Das Repertoire der jüdischen Musikanten in Osteuropa spiegelte ihre prekäre soziale Lage wider. Da das Publikum und sein Geschmack variierte, konnte man seine Auftrittsmöglichkeiten dadurch steigern, daß man möglichst viele verschiedene Stilarten beherrschte. Von den traditionellen Hochzeitsmelodien über jiddische Instrumentalmusik bis zu aktuellen Modetänze war vieles gefragt. Sogar klassische Musik wurde verlangt, und wehe man hatte den Wunschtitel nicht parat. Klezmorim blieben selten unter sich. Gemischte Kapellen waren häufig, und in Ungarn sollen sogar „Zigeunerorchester“ aufgetaucht sein, die ganz von jüdischen Musikern gebildet wurden – und umgekehrt. Aus dem Gros der Musikanten ragten einzelne legendäre Figuren heraus, um die sich abenteuerliche Geschichten

ranken. Eine solche Sagengestalt war der Klezmergeiger Shepsl, der regelmäßig von seinem polnischen Landbesitzer zur Konzertunterhaltung für seine erlauchten Gästen eingeladen wurde, wofür er tausend Rubel und ein Diplom erhielt, das ihm bescheinigte, über „göttliches Musiktalent“ zu verfügen, obwohl er keine formale Ausbildung besaß.

Die osteuropäischen Klezmerkapellen waren bis Ende des vorigen Jahrhunderts überwiegend mit Streichern besetzt, wobei die Geige den Ton angab. Dann drängte sich allmählich die Klarinette in den Vordergrund. Sie wurde für die jiddische Musik in Amerika das, was die Mundharmonika für den Blues oder das Akkordeon für die Cajunmusik waren: das stilprägende Instrument. Vom schrillen Aufheulen bis zum weichen Summen, vom kunstvollen Triller bis zum expressiven Überblasen reichte ihre Ausdrucks-skala, wobei der Klarinetten-ton kräftig genug war, um der Melodie klare Konturen zu verleihen und sich von der Begleitung abzuheben. Dazu kamen menschliche Eigenschaften. Die Klarinette konnte wimmern und jauchzen, lachen und weinen.

Nach dem Ersten Weltkrieg erlebte die Klezmermusik in den USA ihr „Golden Age“. Die aufkommende Schallplattenindustrie sowie unzählige Tanzsäle, Varietes, Theater und Stummfilmkinos boten üppigen Verdienst. Um aktuell zu bleiben, wurden Jazzelemente in die jiddische Musik aufgenommen. Doch der Boom währte nicht lange. Die Weltwirtschaftskrise stürzte die gesamte Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche in eine tiefe Depression, von der sich die Klezmermusik nie mehr ganz erholte. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die „heymishn“ Tänze die „Bulgars“ und „Frey-lekhs“ immer mehr aus der Mode. Erst die siebziger Jahre brachten den Umschwung. Die Klarinette wurde zur Fanfare, die das Comeback begleitete. Im Rückgriff auf ihre jiddischen Wurzeln begannen junge amerikanische Musiker die Tanzweisen ihrer Großeltern wiederzuentdecken, wobei sich die Rückbesinnung gerade noch rechtzeitig vollzog, um die Klezmermusik vor dem Verschwinden zu bewahren. In Europa durch Holocaust und Stalimus vernichtet, waren auch in den USA nur noch wenige der großen alten Klezmorim am Leben. Dave Tarras war einer von ihnen. Um ihn scharte sich ein Kreis von Schülern, die begierig die authentischen Spieltechniken und Aufführungspraktiken aufsogen. Dieser Zirkel von Enthusiasten wurde zum Motor des Wiederbeginns. Etliche neue Gruppen

wurden gegründet, die sich „Klezmorim“ „Kapelye“ „Brave Old World“ oder „Klezmer Conservatory Band“ nannten und in Konzerten, auf Festivals und Platten der jüdischen Musik wieder eine Stimme gaben. In einer exzellenten Zusammenstellung unter der Federführung des Klezmer-musikers und -forschers Joel Rubin und der Judaistin Rita Ottens hat das Münchner Trikont-Label die Wiederentdeckung der traditionellen Klezmermusik dokumentiert, wobei die Aufnahmen vom Ende der siebziger Jahre bis in die Gegenwart reichen. Dabei wird deutlich, daß das Klezmer-Revival nie eine ausschließlich amerikanische Angelegenheit war. Auch in Israel, Kanada, Bulgarien und der Ukraine gab es Gruppen und Solisten, die daran Anteil nahmen. Für Deutschland kommt dem argentinisch-jüdischen Klarinettenisten Giora Feidman das Verdienst zu, die Klänge der Opfer des Holocausts den Enkeln der Täter wieder bekannt gemacht zu haben. Und indem Feidman bei einer Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der

entwickeln experimentellen Geist und befreien sich aus den Fesseln der Tradition. Wie ein zweiter Sampler zum aktuellen Stand der Klezmermusik hörbar macht, kommen die brachialsten Auführer aus dem Umfeld der „radical jewish culture“ wie das „New Klezmer Trio“ aus Kalifornien oder der New Yorker Multiinstrumentalist Elliott Sharp, die zwischen elektronischen Soundlawinen und freien Improvisationen nach neuen Wegen suchen. Dagegen versuchen der schwarze Klarinettenist Don Byron sowie der in Amsterdam lebende Pianist Burton Greene die Klezmerklänge in Richtung Jazz zu öffnen, während Frank London und seine „Klezmatics“ von anderen Visionen geleitet werden. Auf ihrer aktuellen Einspielung modeln sie mit Rocksounds, Funkrhythmen und Weltmusikzutaten die Klezmermusik zum chassidischen Ethno-Beat um, der allemal das Zeug dazu hat, neben Salsa, Zouk und Cumbia in den Discos der neunziger Jahre für neuen Schwung zu sorgen.

Wenn das gelingt, könnte es bald auf dem „Dancefloor“ wieder zu ähnlichen Szenen kommen, wie sie Joseph Roth bei einem chassidischen Fest Anfang des Jahrhunderts beobachtet hat. Die Akteure „faßten sich bei den Händen, tanzten in der Runde, lösten den Ring und klatschten in die Hände, warfen die Köpfe im Takt nach links und rechts.“ Damit wäre der jiddischen Musik ihre Seele als Tanzmusik zurückgegeben. ■



Bild oben: Joel Rubin rechts: Tarras Instrumental Trio.

Befreiung von der Nazidiktatur mit seiner Klarinette durch die Reihen der Abgeordneten von Bundestag und Bundesrat ging, sorgte er dafür, daß die Millionen ermordeten Juden wenigstens in ihrer Musik anwesend waren.

Seit Beginn der neunziger Jahre befindet sich die Klezmermusik abermals im Umbruch, die mittlerweile vor allem in den USA zum mächtigen Trend angewachsen ist mit mehr als 130 Formationen. Frische Ideen würfeln die alten Muster durcheinander. Neue Musiker



Platten:  
Zur Geschichte der Klezmermusik:  
Yikhes – Frühe Klezmer-Aufnahmen von 1907–1939, Trikont US-0179  
Zum Klezmer-Revival:  
Joel Rubin with the Epstein Brothers Orchestra – Zeydes un Fyniklekh, Wergo SM 1610-2  
Doyres – Traditional Klezmer Recordings 1979–94, Trikont US-0206  
Zur Aktualität der Klezmermusik:  
Shteygers – New Klezmer Music 1991–94, Trikont US-0207  
The Klezomatics – Jews with Horns, Piranha pir 35-2

*Auf unserer zusammen mit Literatur + Kritik veranstalteten Diskussion zur Frankfurter Buchmesse „Österreich Deutschland“ sprengte der deutschsprachige, aus Rumänien stammende und in Berlin lebende Schriftsteller Richard Wagner mit seinem Beitrag zur Freude des Publikums das enge deutsch-österreichische Schema. Wir veröffentlichen hier diesen Text. Von Richard Wagner ist zuletzt der Roman „In der Hand der Frauen“ Stuttgart (DVA) 1995 (190 S., 36,00 DM) erschienen.*

Ich sitze am Wörthersee. Der Wörthersee verliert naturgemäß ein h. Hitler oder Hundertmarkschein. Hiermit sitze ich also am Wörtersee. Donauwort. Kaum habe ich den ausgelutschten Witz des Monats gemacht und schon bin ich in Deutschösterreich. Schreiben wir vielleicht das Jahr 1919? Österreich ist ausgelutscht.

Ich sitze am Wörtersee und neben mir sitzt eine Österreicherin. Sie sieht aus wie eine kinderlose Italienerin. Ich rede mit der Österreicherin österreichisch, und diese Sprache kommt mir irgendwie bekannt vor. Vielleicht ist es gar nicht Österreichisch, was wir da sprechen, denke ich mir, und werde den Verdacht nicht los, es könnte meine Muttersprache sein, und sie würde eigentlich ganz anders heißen. Nämlich..., aber das sage ich lieber nicht. Ich hüte mich, es der Österreicherin gegenüber zu sagen. Hinter uns liegt ein schönes Sporthotel. Vor uns ist eine herrliche Aussicht. Es ist wie in einem Film von Ernst Marischka.

In Österreich ist es schön. Auch unser Bundeskanzler fährt jedes Jahr nach Österreich. Er fährt an den Wolfgangsee. Dort, am Wolfgangsee, trifft er auf Heimo, Vico Torriani und den Ostbahn-Kurti. Dann fahren unsere Journalisten nach Österreich, um unserem Bundeskanzler an seinem Wolfgangsee ihre Fragen zu stellen: Wieviel Europa brauchen wir? Auch in Österreich heißt der Ministerpräsident Bundeskanzler. Aber er ist von der anderen Partei. Gewesen. Das macht nichts. Kommt eh der Komet.

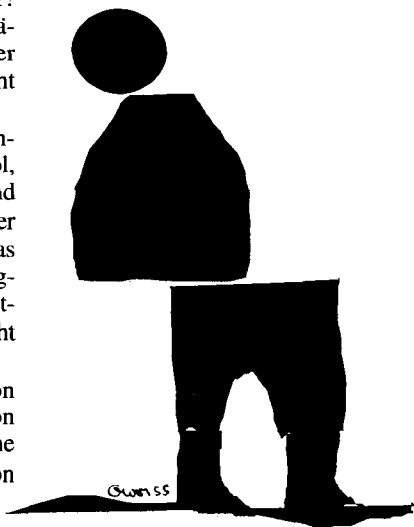
Auch Österreich hat mehrere Bundesländer. Niederösterreich, Salzburg, Südtirol, Wien, Slowenien, Ungarn, das Burgenland und Bayern. Genau wie bei uns. Darüber hinaus ist Österreich sehr gebirgig und das österreichische Gebirge hat einen stillgelegten Hafen: Triest. Dorthin führt bekanntlich die Brenner-Autobahn, und das macht die Sache auch so schwierig.

Österreich unterscheidet sich von Deutschland, wie Bayern sich von Deutschland unterscheidet. Es ist eine Kreuzifixfrage. Krenn ist der Bischof von Fulda. In der Netten-Leit-Show wird

Annemarie Schimmel geküßt, aber es nützt nichts.

Was verbindet Vorarlberg mit dem Burgenland? Schon mal gefragt? Ich sag s: Deutschland verbindet Vorarlberg mit dem Burgenland. Deutschland und sonst gar nichts. Ganz besonders seit 1989 Früher war es noch der Drahtzaun am Neusiedlersee. Aber den hat ja dieser Deutsche, Horn, Gyula Horn, durchgeschnitten. Zusammen mit Alois Mock, den besten Außenminister, den Deutschland seit langem hatte.

*Ist der  
Ostschilling  
in deiner  
Westentasche  
härter  
als die Westmark  
in meinem  
Mantelsaum?*



Die Hauptstadt von Österreich ist und bleibt Linz. Hätte Hitler den Krieg verloren, wäre Linz die Kulturhauptstadt Deutschlands geworden und Wien wäre Modehauptstadt geblieben, aber so. Haben Sie auch schon mal eine Briefbombe bekommen, ehrlich? Vor Jahren saß ich einmal in jenem Strandcafé, Café Museum genannt, am Karlsplatz, und ein paar Tische weiter saß eine Frau mit Kreuzberg-Lederjacke, die wie Elfriede Jelinek aussah und las die Volksstimme. Ich weiß, es war Elfriede Jelinek.

Am Wörtersee sitzen sie alle. Deutsche wie Österreicher. Und am Wörtersee leben auch viele Schriftsteller. Österreichische, die sich mit dem Tod auskennen. Die meisten von ihnen veröffentlichen in deutschen Verlagen. Trotzdem ist Österreich ein unabhängiges Land. Nein, Österreich ist nicht nur ein unabhängiges Land, es ist sogar ein neutrales Land. Es ist manchmal so neutral, daß selbst ein Tscheche es nur noch schwer erkennen kann. Von Berlin nach Wien fährt man über Prag. Seltsam.

Nach dem Ende der KPÖ, als die Achtundsechziger in Deutschland die Adenauerrepublik (für sich) entdeckten, fanden die österreichischen Kollegen den Austriazismus. Sie fanden einen Austriazismus ohne Otto von Habsburg. Der ist ein Deutscher, ein Bayer, also ein Österreicher.

Aber Österreich hat bei seiner Neutralität, deren unmittelbarster Ausdruck der Transitverkehr ist, auch eine österreichische Literatur. Und die Sprache? höre ich den interessierten Literaturkritiker aus dem Land der Königspinguine fragen. Deutsch für Ausländer, steht auf den Plakaten in der Wiener U-Bahn. Müßte da nicht Österreichisch für Ausländer stehen? Ich denke über den Unterschied zwischen Fußgängerzone und Fußgeherzone nach. Vielleicht sollte man das Österreichische kyrillisch schreiben.

Soviel ist klar: Die Österreicher haben das Österreichische verfehlt. Nach dem Ende des Kommunismus schrumpfte der Austromarxismus zum Austriazismus. In Österreich ist Deutschland kleiner. Aber das Lebensgefühl swingt grenzenlos fort. Wer will was?

Ich hänge am Wörtersee herum. Da sitzen sie und schreiben. Alles Deutsche, alles Österreicher. Schau sie dir an, sagt Polgar. Schau sie dir an, sagt er. Manche Herren sind glattrasiert, sagt er, und glauben, sie sähen aus wie Engländer, aber sie sehen nur aus wie glattrasierte Mährisch-Schlesier.

Felix Europa! rufe ich aus und wende mich wieder der Österreicherin zu.

*Richard Wagner*



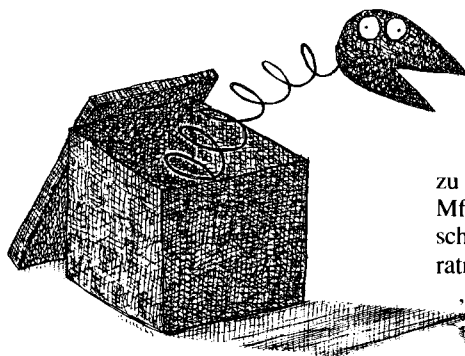
# Abstreiten. Alles abstreiten!

Es ist schon erstaunlich: Vom und über den Inoffiziellen Mitarbeiter „Martin“ sind 2254 Blatt Stasi-Akten erhalten geblieben. Dabei war weit unbedeutenderen Systemträgern als Hermann Kant, dem Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR (1978–1990), die Gunst des Reißwolfs zuteil geworden und damit die Chance zur Legendierung ihrer Vergangenheit. In seinen 1991 erschienenen „Erinnerungen“ unter dem sarkastischen Titel *Abspann* erklärte er: „Alles soll nur so auf dieses Papier, wie ich es wahrgenommen habe. Gedächtnistäuschungen, Ideologie und Erzählübermut werden ohnehin das Ihre tun.“ Die tummelten sich denn auch zur Genüge neben Verzerrungen und Ausblendungen in seinem Roman *Kormoran* (1994) und in der aufgeblähten Kurzgeschichtensammlung *Escape* (1995). Nicht Hermann Kant, sondern der Literaturwissenschaftler und Journalist Karl Corino hat die politische Biographie des Schriftstellerfunktionärs jetzt analytisch aufgearbeitet. Ergänzt durch 450 Dokumentenseiten und Fußnoten legt Corino ein aufschlußreiches Charakter- und Zeitzeugnis vor.

Bereits 1951 zeigen Kants Denunziationen Folgen. Johannes Krikowski, sein Kommilitone an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät in Greifswald, einer jener Einrichtungen, die die künftige sozialistische Elite an das Abitur heranzuführen hatte, wird zu 25 plus 10 Jahren Straf Arbeitslager im Eismeer-GULAG Workuta verurteilt. Nach seiner Amnestie 1955 erklärt er an Eides Statt, dank Kants Informationen, wonach er u.a. „von freien und demokratischen Wahlen gefaselt“ habe, konnte die Anklage um den Punkt „Feind der DDR“ erweitert werden. Wie progressiv liest sich diese Zeit dagegen in Kants Frühwerk *Die Aula*.

Von 1957 an gibt der Genosse Kant, Mitglied der Universitätsparteileitung und Dozent an der Ostberliner Humboldt-Universität, die vornehmlich auf die Freie Universität in Westberlin zielende Studentenzeitschrift *tua res* heraus. Das Redaktionszimmer wird zum regelmäßigen Stasi-Treff. Die „Kontaktperson Kant“ liefert Psycho- und Soziogramme über „interessierende Personen“. Auch über einen Freundeskreis um Dieter Borkowski und den Westberliner Studenten Hans-Joachim Startz. Startz wird im Oktober 1958 zu acht Jahren Zuchthaus wegen „Boykotthetze“ verurteilt. Borkowski folgt ihm 1960 wegen „fortgesetzter staatsfeindlicher Hetze“ mit zwei Jahren Zuchthaus. Nach der Aktenlage hatte Kant auch hier seinen Anteil an der Höhe der Strafmaße.

## Karl Corino und „Die Akte Kant“



„Ich bin kein Mitarbeiter dieser Institution geworden und es auch nicht gewesen, war es nicht und bin es nicht“ verteidigte sich Hermann Kant in seiner Marburger Rede im Oktober 1992 während einer Diskussion mit Günter Gauß und Dieter Lattmann.

Am 18. Februar 1963 erhebt der MfS-Oberleutnant Treike den Schriftsteller Hermann Kant in den Rang eines GI, eines Geheimen Informanten. In seinem Bericht über die IM-Werbung schreibt er: „Da der Kandidat seit dem 06. August 1957 inoffiziell mit dem MfS zusammenarbeitet, wurde bei dem Kandidaten von einer schriftlichen Verpflichtung Abstand genommen.“ Kant berichtet weiter wie zuvor schon über die PEN-Tagungen West und Ost, über die Schriftstellerkongresse der DDR, über Auseinandersetzungen in der Parteigruppe des Verbandes. Er berichtet über Biermann, Kunert, Hermlin..., über die Frankfurter Buchmesse und über ein Treffen mit Peter Weiss und Uwe Johnson in Westberlin.

Unerwartet bezichtigt ihn Günther Zehm (*Die Welt*, 7.4.64), ein „Spitzel der Staatsmacht“ gewesen zu sein. Kant geht zum Angriff über. Seinem Naturell gemäß geschieht das zynisch bis verquast. Das *ND* druckt am 22.4.64: Die Behauptung „Spitzel der Staatsmacht“ gewesen zu sein, sei „nicht zu widerlegen; sie ist ihrer Natur nach ebenso unwiderlegbar, wie es etwa die Behauptung wäre, ich sei in Wirklichkeit der Mann im Mond.“ Die Dekonspiration sorgt für Wirbel, aber „Martin“ bleibt dienstbar. Seine Wohnung wird zum konspirativen Stasi-Treff. 1975 kommt er gegen den operativen Schwerpunkt „Selbstverlag“ zum Einsatz, gegen den Versuch von Klaus Schlessinger, Martin Stade und Ulrich Plenzdorf, eine Antologie *Berliner Geschichten* frei von Zensur

zu herauszugeben. 1976 erhält er durch das MfS die „Medaille für Waffenbüderschaft“ in Silber für die Erarbeitung „operativ wertvoller Informationen“ überreicht.

„Nicht schuldig! Ich habe immer gesagt, ich war nie inoffizieller, sondern offizieller oder sonstiger Mitarbeiter der Staatssicherheit, darauf bestehe ich nach wie vor.“ Diesen kindisch-trotzigen Satz ließ Hermann Kant als Antwort auf Karl Corinos Buch *Die Akte Kant* über dpa verbreiten. Kein Eingeständnis, keine Entschuldigung. Eine Identifikationsfigur für Gleichgesinnte. Wie sagte Günter Kunert: „Kant reagiert wie jeder gewöhnliche Kriminelle: Abstreiten, alles abstreiten.“

1976 wurde Kant von seiner IM-Verpflichtung entbunden. Er war zum Mitglied der Bezirksleitung Berlin avanciert. In dieser Funktion war die Zusammenarbeit mit dem MfS selbstverständlich.

Gleichzeitig suchte der Duzbruder Erich Honeckers die Anerkennung durch die literarische Opposition. Corino dokumentiert, wie energisch er sich für die Publikation von Tschingis Aitmatow in der DDR, für die zweite Auflage des Loest-Romans *Es geht seinen Gang*, für den Abdruck von Erwin Strittmatters *Wundertäter Teil III* einsetzte. Dumm für ihn, daß eine Information des Parteisekretärs des Schriftstellerverbandes Gerhard Henninger erhalten blieb, wonach Kant dem ZK sein Doppelspiel so erklärte: „Wenn das Buch von Erich Loest jedoch keine Nachauflage erhält, würde er wie ein Messer ohne Klinge dastehen. In künftigen Auseinandersetzungen, wo es unter Umständen um größere Probleme als ein Loest-Buch gehen könnte, würde dann niemand mehr auf ihn hören.“

Hermann Kant verstehen zu wollen, bereitet Kopfschmerzen. Seine Bücher geben nur bedingt Antworten. Erst *Die Akte Kant* macht es möglich, ihre ganze Halbschicht zu erschließen. Denn: „Nicht der Verrat, sondern der Verrat unter Leugnung des Verrats ist das Schlimmste für jeden produktiven Prozeß“ (Stefan Tomas).

Udo Scheer

Karl Corino (Hg.), *Die Akte Kant*, Reinbek (rororo aktuell) 1995 (512 S., 24,80 DM)

# Die deutsche Wehrmacht

## Komplizin und Instrument der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik



Hinrichtung von sieben Polen am 23. Juni 1942 auf dem Bahnhof in Kraków. An der Exekution waren Soldaten der Wehrmacht und der Luftwaffe beteiligt.

In der Verschmelzung von Nationalismus und Gewalt sieht der Historiker Michael Geyer den entscheidenden Impetus der deutschen Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert. Danach waren die Verbrechen des Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkrieges, die von der Mehrheit der deutschen Gesellschaft unterstützt oder zumindest geduldet wurden, ohne Zweifel der Kulminationspunkt dieses Prozesses. Nahezu alle relevanten staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen waren direkt oder indirekt in das Räderwerk des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges eingebunden, der in dem historisch beispiellosen Akt eines systematisch angelegten und technokratisch durchgeführten Ausrottungsfeldzuges, im Holocaust an den europäischen Juden, gipfelte. Darüber hinaus, ohne die Grausamkeiten gegen andere Völker banalisieren zu wollen, bekamen vor allem die (slawischen) Völker Osteuropas, insbesondere Polen und die Sowjetunion, die verheerenden Auswirkungen deutschen Größen- und Rassenwahns zu spüren.

Die Frage nach den Hauptverantwortungsträgern dieser Gewaltorgie schien mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß und der rasch abgebrochenen Entnazifizierung auf (west-)deutscher Seite beantwortet: Die „Schuldfrage“ wurde auf Hitler, Himmler und andere Repräsentanten des NS-Staates sowie, als blutige Handlanger, auf diverse SS-Kommandos verengt. Alle anderen Akteure wurden schlicht ausgeblendet: Entweder „wußten sie von nichts“ oder handelten unter „Befehlsnotstand“. Damit war der Schoß fruchtbar für Geschichtslegenden, die teilweise immer noch kursieren, aber wissenschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten sind.

Das gilt etwa für das „Klischee von der scharfen Trennung zwischen der SS, die die ‚Schmutzarbeit‘ verrichtete, und der ‚anständigen‘ Wehrmacht, die ihre ‚Pflicht für die Heimat‘ erfüllte“ wie Walter Manoschek treffend in dem von ihm editierten Briefband „*Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung*“ feststellte. Die hier auszugsweise abgedruckten Briefe deutscher und österreichischer

Landser aus der 50000 Feldpostbriefe umfassenden „Sammlung Sterz“ (aufbewahrt in der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte) belegen den dumpfen Antisemitismus und Vernichtungswillen, welcher offenbar gekoppelt mit Allmachtsgefühlen und Angstprojektionen, die im Laufe des Krieges wechselten oder eine Symbiose eingingen auch unter „einfachen“ Soldaten weit verbreitet war. Darauf deuten jedenfalls die vielen jüdenfeindlichen und antibolschewistischen Stereotypen der Briefeschreiber hin, deren Invektiven dem Tenor der nationalsozialistischen Propaganda („jüdischer Bolschewismus“) folgten:

„Das satanischste und verbrecherischste System aller Zeiten ist das Judentum im ‚Sowjetparadies‘ – es ist ein Paradies der Juden“ (S. 51). Die bestialische Inhumanität, die der Krieg bei einzelnen Soldaten auslösen konnte, wird durch den Brief des Soldaten „Franzl“ an seine Eltern deutlich. Darin spricht er angebliche russische Greuelthaten an „gefangenen Kameraden“ an, um dann zum eigentlichen Punkt zu kommen, die Verwicklung der Wehrmacht in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg:

„Die Rache folgte sofort auf dem Fuße. Gestern (am 5.7.1941, J. B.) waren wir mit der SS gnädig, denn jeder Jude, den wir erwischten, wurde sofort erschossen“ (S. 33). „Franzl“ berichtet von „zirka 1000 Juden“ welche die Wehrmacht im ukrainischen Tarnopol „ins Jenseits befördert“ habe teilweise auch mit „Knüppeln und Spaten“ (ebd.). Das beklemmend wirkende, aber notwendige Buch gibt in Form einer dokumentierten „oral history from below“ nicht nur einen Einblick in die Geisteshaltung oder in die psychischen Dispositionen der beteiligten Soldaten, sondern offenbart historische Zusammenhänge, wie die Verbrechen der Wehrmacht, die von den Briefeschreibern en passant erwähnt werden.

Den maßgeblichen und lange kaschierten Anteil der Wehrmacht an verschiedenen Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen im Namen des NS-Staates herauszuarbeiten, ist das erkenntnisleitende Interesse des von Hannes Heer und Klaus Naumann herausgegebenen Sammelbandes *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*. In ihrer Einleitung verweisen die Herausgeber auf den Tatbestand, daß die nationalsozialistische Führung Krieg nicht als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz verstand (siehe dazu auch den ausgezeichneten Beitrag von Jan Philipp Reemtsma). Vielmehr war ihr ein Rekurs auf tradierte Zielvorstellungen einer rational verstandenen Interessenpolitik fremd. Statt dessen orientierte sich Hitlers „improvisierter

Kriegsplan“ (Andreas Hillgruber) am Konzept des „totalen Krieges“ das General Ludendorff bereits im Ersten Weltkrieg mit der totalen Mobilmachung der deutschen Gesellschaft zu erreichen suchte (S. 26 f.). Die Jahre 1933–1939 dienten zur Vorbereitung eines Krieges, der nach Hitlers Rassenideologie nur ein Vernichtungskrieg sein konnte, wobei über die Methoden noch Unklarheit herrschte (S. 29). Entgegen allen Mystifizierungen war die Führung der Wehrmacht über alle verbrecherischen Befehle informiert, die den Krieg gegen die Sowjetunion, Hitlers eigentlichen Krieg, betrafen: Kommissarbefehl, Verweigerung völkerrechtlicher Standards für Kriegsgefangene, willkürlicher Terror gegen die Zivilbevölkerung unter dem Deckmantel der „Partisanenbekämpfung“ und Überstellung der Juden an die Sondereinsatztruppen zur physischen Liquidierung (S. 29). Last but not least schaltete sich die Wehrmacht als Bestandteil der Besatzungsverwaltung direkt in die Erschießungsexzesse ein. Anhand der erhaltenen Kriegstagebücher hat das Hannes Heer in dem Schlüsselbeitrag „Killing Fields Die Wehrmacht und der Holocaust“ nachdrücklich belegt:

Allein bis Mitte August 1941 – der Rußlandfeldzug begann am 22.6. 1941 waren Wehrmachteinheiten an der Ermordung von 17000 weißrussischen Juden beteiligt (S. 61). Die Aktionen der Mord- und Zerstörungskommandos waren nicht gegen vermeintliche Partisanen, die sich erst 1942 richtig zu formieren begannen, gerichtet, sondern gegen die Zivilbevölkerung; vor allem die Judenjagd erfolgte systematisch, wobei offensichtlich schwer zu befehlende „Mordlust und Sadismus, Gefühlskälte und sexuelle Perversionen“ der deutschen Soldaten, denen von oben erlaubt wurde, ihr überschüssiges Triebpotential „auszuagieren“ ins Auge stachen (S. 64). Insgesamt geht Heer von einem rassistisch geprägten Bewußtseinszustand der Truppe aus (S. 67/68), der durch die Vernichtungsaktionen in den Juden-Ghettos weißrussischer Städte (Beginn Herbst 1941) nochmals bestätigt wurde (S. 69 ff.). Als weiterer Beleg für die These, daß die Wehrmacht als integraler Bestandteil der NS-Vernichtungsmaschinerie fungierte, kann der Hinweis auf Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Militär- und Zivilverwaltung in Weißrußland dienen. Erstere, so ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes (SD) hatte aus „Gründen der allgemeinen Sicherheit“ ein Interesse an der „Lösung der Judenfrage“ wie es schönklingend im Nazi-Jargon hieß, letztere lehnten eine „baldige Lösung der Judenfrage“ aus Gründen der ökonomischen Zweckmäßigkeit ab (S. 72). Ergänzend zu den Ausführungen Heers über die Ereignis-

se in Weißrußland hervorzuheben ist auch sein Beitrag über die instrumentelle Vorgehensweise der Wehrmacht gegen „Partisanen“ (jede/r ermordete oder verhaftete ZivilistIn konnte willkürlich dazu gemacht werden), aus denen 1942, nachdem Himmler die Partisanenbekämpfung unterstellt wurde, mit Hilfe semantischer Eingriffe „Banditen“ wurden (S. 123) seien auch die Gedanken Manfred Messerschmidts zum Minsker Prozeß 1946, dem sowjetischen Kriegsverbrechertribunal gegen deutsche SS- und Wehrmachtsangehörige, empfohlen.

Einen weiteren Beleg für die aktive Partizipation der deutschen Armee am Holocaust liefert im übrigen Walter Manoschek, indem er die Vernichtung der Juden



Jude in Lodz, der vor der Ermordung sein eigenes Grab schaufelt.

in Serbien darstellt. Ebenso brisant sind Darstellungen über die Wehrmacht im Zusammenhang mit der Behandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen (Christian Streit) und der Rekrutierung von sowjetischen Zwangsarbeitern (Rolf-Dieter Müller) sowie über das deutsche Besatzungsregime in Griechenland (Mark Mazower) und in Italien (Michael Geyer). Wenig bekannt in der deutschen Geschichtsforschung dürften auch die Mordaktionen an italienischen Kriegsgefangenen sein, denen Manachem Shelah nachgeht.

Bernd Boll und Hans Safrian gelingt es, den noch heute unter ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und im neofaschistischen Dunstkreis existierenden Mythos von der „ruhmreichen 6. Armee“ zu relativieren. Ihr langer Weg in das Desaster von Stalingrad wurde ab 1941/42 von Massakern an der jüdischen, russischen und ukrainischen Zivilbevölkerung begleitet. Ein bezeichnendes Licht für die Kooperation von SS und Wehrmacht stellt die Ermordung selbst wehrloser Frauen und Kinder im ukrainischen Bjelaja Zerkow dar, das zum Einsatzgebiet der 6. Armee gehörte. Unabhängig davon, daß der Generalstab die Ermordung vor allem von Juden durch SS-Sondereinsatzgruppen im Armeegebiet als „notwendig“ erachtete (S. 274), kommen Boll/Safrian zu dem Schluß, daß die 6. Armee sich bereits

im Sommer 1941 nicht nur „wissentlich zum Komplizen des Genozids“ machte, sondern daß Generalstab, Offiziere und Soldaten „keinen speziellen Befehl Hitlers“ benötigten, um zum „Massenmord an jüdischen Männern, Frauen und Kindern beizutragen“ (S. 278). Zu ähnlichen Befunden kommt auch Truman Anderson in seiner Fallstudie über die 62. Infanterie-Division, die ebenfalls im Heeresgebiet Süd, dem Operationsfeld der 6. Armee, gnadenlos jüdische und ukrainische Zivilisten massakrierte.

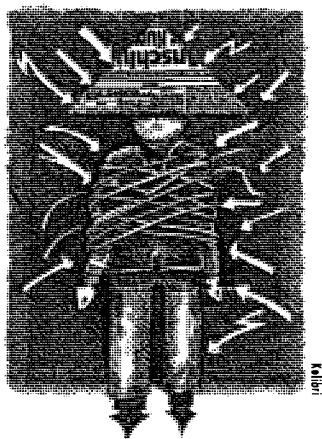
Insgesamt bietet das Buch zahlreiches Anschauungsmaterial dieser Art, von dem auch einiges in die bundesweit vielbesuchte Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung einfloß. Die gründlichen Recherchen der beteiligten WissenschaftlerInnen trafen den Nerv jener Frontgeneration, zu denen etwa Helmut Schmidt und Erich Mende zählen, die sich immer noch an die Rolle einer „anständigen“ sprich „sauberen“ Wehrmacht klammern. Solche und andere prominente Akteure wie General Erich von Manstein (vgl. a. Christian Schneiders Beitrag „Denkmal Manstein – Psychogramm eines Befehlshabers“) hatten und haben ein vitales In-

teresse, Klischees dieser Art zu verfestigen. Daher tragen die Beiträge im fünften Kapitel über die Pflege eines heroischen Geschichtsbildes in Memoiren und Zeitschriftendarstellungen dazu bei, zu verstehen, warum es lange Jahre keine „Konjunktur“ zur Demystifizierung der Wehrmacht geben konnte. Omar Bartow analysiert im übrigen das wichtige Thema Wehrmacht und Geschichtswissenschaft.

Fazit: Die Wehrmacht war ein verbrecherisches Machtorgan des NS-Staates, was aber nicht heißt, daß alle Soldaten Verbrecher waren. Das Verdienst dieser Edition besteht vor allem darin, fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in einer Zeit, in der von der NS-Justiz verurteilte Wehrmachtsdeserteure oder ihre Angehörigen noch immer auf eine vollständige Rehabilitierung und Entschädigung durch die Mehrheitsfraktionen des deutschen Bundestages warten, eine notwendige Diskussion angestoßen zu haben, die mit harten Fakten den lange tabuisierten Status der Wehrmacht entzaubert.

Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945, Hamburg (Hamburger Edition) 1995 (689 S., 49,00 DM)  
Walter Manoschek (Hg.), „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg (Hamburger Edition) 1995 (80 S., 19,80 DM)

# Eine neue Kritik der praktischen Vernunft



Seit vor nunmehr gut zweieinhalbtausend Jahren in Griechenland Nachdenken zum Beruf wurde und ein Beschäftigungszweig entstand, der später die Bezeichnung „Philosophie“ erhielt, scheint man mit den damals als wesentlich erkannten Fragen nicht viel weitergekommen zu sein; Whitehead meinte gar, die ganze Philosophiegeschichte des Abendlandes lasse sich letztlich auf eine Fußnote zu Platon reduzieren. Tatsächlich steht, wer sich die Geschichte dieser Philosophie vor Augen führt, einer Abfolge von Werken gegenüber, die meist nicht viel mehr miteinander zu tun haben als beispielsweise Dantes *Divina Commedia* und Balzacs *Comédie humaine*: Selbst wenn das jüngere Werk sich auf das ältere bezieht oder sich gar an ihm orientiert, unterscheidet es sich in aller Regel doch derart grundsätzlich in Ansatz und Vorgehen, daß – anders als in der Mathematik zum Beispiel – keines der entscheidenden Werke den Eindruck vermittelt, daß es auf dem eines Vorgängers „aufbaut“. Und so muß eine Philosophiegeschichte wie etwa die von Wolfgang Röd im letzten Jahr bei Beck edierte, die den *Weg der Philosophie von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert* bereits im Titel suggestiv als Einbahnstraße ausgibt, schon kantianisch die Rolle des erkennenden Subjekts in den Vordergrund spielen, um in der kontingenten Abfolge philosophischer Werke einen Schimmer von Kontinuität ausmachen zu können.

Woran liegt es eigentlich, daß das Wort „Fortschritt“ das wir in Zusammenhang mit den Naturwissenschaften so selbstverständlich benutzen, sich kaum auf Philosophie anwenden läßt? Eine neue, möglicherweise entscheidende Beantwortung dieser oft gestellten Frage ist zwei Außenseitern zu danken: einem aus Nordamerika stammenden Hellenisten und einem deutschen Physiker, der in Spanien Philosophie lehrt. In ihrer jüngsten, soeben bei dem angesehenen Pariser Wissenschaftsverlag „Les Belles Lettres“ erschienenen Veröffentlichung versuchen sie, „Macht und Ohnmacht der Vernunft“ zu bestimmen und aus deren Grenzen die Aporien des Wertproblems abzuleiten. Sie setzen bei der Entstehungsgeschichte abendländischer Philosophie an, die den „Logos“ im Kampf mit dem „Mythos“ zeigt, dem im antiken Griechenland mangelnden Priesterkaste das Monopol der Welterklärung zugefallen war. An die Stelle des theologischen, historischen und nicht zuletzt ethischen Wissens, das die poetischen Erzählungen Homers und anderer transportierten, setzten die Philosophen einen prosaischen Diskurs, der das Gesehene gegenüber dem Gehörten und den Beweis gegenüber der Überlieferung

aufwertete (ein Vorgang, über den Brissson in seiner *Philosophie des Mythos* ausführlicher informiert). Mit der Aufgabe, die Welt zu erklären, wie sie ist, erbte die Philosophie die lebensorientierende Funktion des Mythos, aber auch seine Form. Schon Platon, der radikalste Kritiker der Mythen überhaupt, kommt ohne sie nicht aus; um seine Theorien vom Ursprung der Welt (in *Timaios*) oder über das Wesen der Liebe (in *Symposion*) einsichtig zu machen, verweist er auf vorhandene Mythen, ja erfindet gar neue (wie die bekannte Höhlenparabel). Und so wird auch der in „Phaidon“ erzählte Tod des Sokrates von Brissson und Meyerstein in *Puissance et limites de la raison. Le problème des valeurs* zu Recht als der beeindruckendste Beweis für die Unsterblichkeit der Seele zitiert, den Platon ins Feld führt. Vom Gelingen dieses Beweises aber (und damit von der Überzeugungskraft eines Mythos!) hängt für Platons Theorie alles ab: die Superiorität der Seele gegenüber dem Körper, des Unstofflichen gegenüber dem Stofflichen, des Abstrakten gegenüber dem Konkreten, letztlich der Philosophie gegenüber dem Mythos, dessen emotionalisierende Qualitäten Platon einsetzt, um ihn selbst (oder doch seinen führenden Status) aus der Welt zu schaffen.

Daß die Philosophie nur über den Mythos triumphierte, indem sie ihn in sich aufnahm: Dieser Nachweis ist für die Antike einigermaßen problemlos zu führen; schließlich war der Mythos eine eingeführte Textsorte, die (im Theater zumal, wo blutige Familiengeschichten von den Ursprüngen der Polis berichteten) auf Publikumszuspruch bauen konnte. Schwerer hält es, bei Kant und Heidegger, den beiden anderen Kronzeugen unserer Autoren, dergleichen Elemente auszumachen. Es erfordert, den Mythos in aussagenlogischer Manier und unter Absehung von seiner narrativen Struktur zu definieren als „unbewiesene und nicht zu beweisende Äußerung“. Auf dieser Basis interpretieren Brissson und Meyerstein Kants Postulate der Existenz Gottes, des freien Willens und der unsterblichen Seele als mythologische Elemente, die aus der Vernunftkritik selbst nicht zu erschließen seien, aber Voraussetzungen dessen darstellten, daß (wie Kant fordert) „reine Vernunft praktisch sein kann“: daß logisches Denken aus sich selbst Regeln für das menschliche Zusammenleben hervorbringt. Auch Heideggers *Sein und Zeit* – das dritte Werk, das Brissson und Meyerstein auf ihm immanente Mythologeme hin untersuchen beansprucht, Verhaltensregeln letztlich aus (onto-)logischen Überlegungen deduzieren zu können. Brissson und Meyerstein zeigen, daß er am Ende zu ähnlichen Inkonsistenzen veranlaßt ist wie Kant: die Aufforderung zu „Eigentlich-

## Tom Segevs „Die siebte Million“

keit“ angesichts des „Seins zum Tode“ die Verurteilung des „Man“ als falscher Gewißheit, die Werte also, die unsere Verhalten regeln sollen, werden eingeführt, ohne aus der immanenten Logik des Werkes hervorzugehen.

Niemand so das Resümee, das unsere Autoren ihrem Rundgang durch die abendländische Philosophiegeschichte entnehmen ist in der Lage, aus logischen Schlüssen ethische Regeln abzuleiten; der Mythos (bei Kant: das Christentum, bei Heidegger: die Dichtung) ist uneingestandenermaßen letzte Instanz. Bleibt zu fragen, worin dieses Unvermögen begründet ist. Die nicht eben überraschende Antwort lautet: in der Komplexität der Welt. Den Nachweis dieser Komplexität jedoch führen die Verfasser auf originelle Weise: anhand der von Chaitin entwickelten algorithmischen Informationstheorie. Sie zeigt, daß Phänomene nicht schon dann logischem Denken zugänglicher werden, wenn sie auf einfache Elemente zurückgeführt sind. Das Axiom, unsere Welt sei im Grunde auf wenige Prinzipien reduzierbar – eine Ansicht, der nicht wenige Philosophen (von politischen Theoretikern ganz zu schweigen) bis weit ins 20. Jh. hinein anhängen – hat zwar ausgedient; heute gilt jene nach allgemeinem Dafürhalten als hyperkomplex. Aber selbst wenn sie restlos in einfachste Bestandteile auflösbar wäre – so die Beweisführung von Brisson und Meyerstein wäre sie damit noch nicht erklärbar. Denn noch die algorithmischen Elemente 0 und 1 können einander auf so vertrackte Weise ablösen, daß jede Reduktion ihrer Abfolge auf einfachere Strukturen aussichtslos ist.

Trifft dies zu, dann sind Aussagen über die Welt im Ganzen, und erst recht Urteile darüber, wie wir uns in ihr einzurichten haben, mythologischen Schlages. Philosophie ist jedenfalls so, wie sie bisher war, der Welt nicht gewachsen. Wie der stehen wir an dem Punkt, an dem schon Platon scheiterte: Rein vernünftig, ohne allen Mythos sind Werte nicht konstruierbar. Zweitausendfünfhundert Jahre Philosophie waren umsonst – so jedenfalls die niederschmetternde Bilanz der Verfasser, deren Argumentation als praktisches Gebot der Vernunft nur übrigläßt: Verblende dich nicht gegenüber der beschränkten Reichweite der dir möglichen Erkenntnisse; verhalte dich stets so, daß

Genau zehn Jahre ist es her, daß ich mit einer Gruppe „politischer Multiplikatoren“ (sic!) die Gedenkstätte Yad Vashem besuchte. Wir hatten eben das Gebäude verlassen, da raunte mir einer der sozialdemokratischen Reisegegnossen zu: „Und deswegen gibt es Israel“ Deswegen meinte: wegen des Holocausts – und deswegen ist Israel, wie es ist, und deswegen kann es daran nichts zu deuteln geben. So die Meinung dieses Mannes, die weitverbreitet ist. Wahr daran ist allemal, daß die Nazis das zionistische Projekt der jüdischen Heimstatt in Palästina mehr beförderten, als Zionisten samt revisionistischer Konkurrenz es vermocht haben. Weniger wahr ist, daß der Zionismus Garant für Schutz und Unversehrtheit jüdischer Existenz, jüdischen Lebens war, wie es seine Vorkämpfer versprochen hatten.

„Das Land, das seine Verheißung nicht erfüllte“ lautet der Titel, den die *Los Angeles Times* der Rezension von Segevs Buch *Die Siebte Million* gab – Autor: Elie Wiesel. Es könnte auch der Titel von Segevs Buch sein, denn es handelt von der Unfähigkeit und dem Unwillen der zionistischen Führung in Palästina, sich auf die Situation systematischer Diskriminierung und Verfolgung politisch adäquat einzulassen. Und es beschreibt Facetten der israelischen Unfähigkeit zu trauern, der sich die Überlebenden und Geretteten in Israel ausgesetzt sahen. Erst mit dem Eichmann-Prozeß 1961 in Jerusalem begann sich die herrschende Verdrängung des Holocaust zu wandeln, Lebens- und Überlebensgeschichten wurden erzählt.

Dabei ist sich Segev sehr wohl im klaren, daß die tatsächlichen Rettungsmöglichkeiten der jüdischen Gemeinschaft in Palästina sehr begrenzt waren: Joel Brands Plan aus dem Frühjahr 1944, eine Million Juden für 10000 Lastwagen freizukaufen, scheiterte nicht nur an den Lastwagen, sondern auch nicht unmaßgeblich an der mangelnden Bereitschaft der Engländer, überhaupt weitere Juden in ihr Mandatsgebiet zu lassen, was von der Führung des Jischuw akzeptiert wurde. Geschehen konnte dies nur, weil Ben Gurions Arbeitspartei in der Jewish Agency die stärkste Kraft war und damit Einfluß auf die Einwanderungsgenehmigungen hatte. Legalistisch auf gutes Einvernehmen mit der Mandatsmacht be-

du der Begrenztheit deines Wissens Rechnung trägt.

Bleibt zu fragen, ob der Nachweis undurchsichtiger fortwirkender mythologischer Elemente in der Philosophie so, wie er hier geführt wird, nicht letzten Endes selbst dem Mythos verhaftet bleibt, dessen Fortwirken er darstellt. Jedenfalls teilt die vorliegende Bilanz abendländischen Philosophierens mit dem Mythos über einige Strecken die narrative Form, andernorts den appellativen Zug. Dies macht gegenüber ihren apodiktischen Folgerungen skeptisch. Geht aus der Einsicht der Vernunft in ihre Grenzen notwendigerweise ihre Unzuständigkeit in Fragen menschlichen Zusammenlebens hervor? Ist

dacht, vergaben die Zionisten die Eintrittskarten vorrangig an die eigenen Parteigänger. Die wahre Gemeinschaft neuer Menschen in Eretz Israel zu schaffen war eine Aufgabe, für die die Mehrheitszionisten sich besonders geeignet wähnten.

Entgegen dem eigenen Diktum „Kommen Sie aus Deutschland oder aus Idealismus“ reichte letzterer für den Staatsaufbau allein nicht aus. Geld wurde gebraucht. Im August 1933 schloß die zionistische Führung mit den Nazis das „Haawara-Abkommen“ das 20000 Juden mit einem Vermögen von 30 Millionen Dollar die Einwanderung nach Palästina ermöglichte. Zur gleichen Zeit unterstützten Juden in aller Welt die deutschen Juden, die mehrheitlich im Land bleiben wollten. In Amerika wurde ein Warenboykott organisiert. Durch derlei Druck sollten die deutschen Juden im Kampf für ihre Rechte ermutigt und die Nazis zur Aufgabe ihrer antijüdischen Politik bewegt werden.

Elie Wiesel zeih Ben Gurion in diesem Zusammenhang des „ehernen Pragmatismus“ und gar der „faktischen Sabotage“ spricht von „wachsender Enttäuschung“ während die zionistische Bewegung den Holocaust als Bestätigung für etwas ansah, vor dem sie sozusagen schon immer gewarnt hatte. Die Juden hätten – aus Idealismus eben früher kommen müssen, statt „wie Lämmer zur Schlachtbank“ (Abba Kovner, überlebender Anführer des Wilnaer Ghetto-Aufstands) zu gehen. Der Blick auf diese Gemengelage mag eine schwache Vorstellung der wenig heimeligen Situation aufkommen lassen, in welche sich die „aus Deutschland“ retteten.

Tom Segevs Buch ist, wie nicht anders zu erwarten, in Israel heftig diskutiert worden. Zu wünschen wäre, daß sich hierzulande interessierte Individuen, Politiker und Wissenschaftler an der Debatte beteiligen, statt sich in eingefahrenen Gleisen abgesicherter Floskeln zu bewegen. Denn auch das hat der Mord an Itzhak Rabin gezeigt: Die alten Bilder sind überholt und überholungsbedürftig.

Jutta Maixner

Tom Segev, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Reinbek (Rowohlt Verlag) 1995 (768 S., 68,00 DM)

Selbstaufklärung der Philosophie nicht zu haben ohne ihre zeitgeistgemäße Selbstbescheidung? Bereitet solche Zurückhaltung nicht am Ende Obskurantisten die Bahn, die schon immer wußten, daß die Vernunft ein Holzweg ist? Fragen auch praktisch-politischer Relevanz, die der (übrigens in angenehm unpräziser Diktion gehaltene) Text unabweisbar macht. Ihre Diskussion sollte nicht aufgeschoben werden. Die unverzügliche Übersetzung dieser neuen Vernunftkritik wäre ein erster Schritt. ■

Luc Brisson und Walter F. Meyerstein, *Puissance et limites de la raison. Le problème des valeurs*, Paris (Les Belles Lettres) 1995

**B**ella Block würde es gern lassen, aber es gelingt ihr nicht. Erst war sie bei der Polizei, dann hat sie gekündigt und ist Privatdetektivin geworden, nach einer Erbschaft zöge sie es vor, nur noch Privatgelehrte zu sein. Sie läuft keinen Fällen hinterher, sondern die Fälle stolpern ihr immer wieder zwischen ihre mannigfaltigen literarischen und Forschungsinteressen.

Indem Doris Gercke den Lebens- und Interessenkreis Bella Blocks rekapituliert und auf die Höhe der Zeit bringt, ist schon die Hälfte der Seiten gefüllt. Olga, die Mutter, knappt immer noch an dem Zusammenbruch der Sowjetunion und gräbt sich in ihren Erinnerungen zum Spanischen Bürgerkrieg zurück. Bella Block stellt sich als Frucht einer von der Partei als Mesalliance angeesehenen Liebe zu einem Anarchisten heraus. Das erklärt manches. So geht die Zeit dahin.

Vorwärts und nicht vergessen. Und eben deshalb zurück bis in die Antike. Herakles war schließlich auch nur ein Macho. Ihm gilt zur Zeit das Studieninteresse Bella Blocks.

Und an so einen Herakles, einen Killer eben, gerät Bella Block in *Auf Leben und Tod* durch Zufall erneut. Inzwischen ist Doris Gercke einiges zu Ohren gekommen über den staatlichen Antiterror-Terror gegen die ETA, die „GAL-Affaire“ (vgl. *Kommune* 11/95) und die mutmaßliche Verwicklung Felipe González in dieselbe. So stellt sich der entkommene Killer aus *Der Krieg, der Tod, die Pest* jetzt eben als Mitglied dieser GAL heraus. Einstweilen hatte er auf privatwirtschaftlicher Basis weiter gemordet. Nun muß er als Mitwisser beseitigt werden, damit Felipe González im spanischen Parlament fröhlich verkünden kann:

„Die Regierung hat von der Existenz und den Machenschaften der GAL Truppe nichts gewußt, und niemandem wird es gelingen, uns etwas anderes nachzuweisen. Und nun lassen Sie uns zu einem wichtigen Thema kommen: Spaniens Haltung zu Europa.“ Und für das Europa der Monopole muß eben nicht zuletzt unter tätiger Mithilfe der Bundesrepublik gemordet werden.

Das kann Bella Block zwar durchschauen, aber nicht mehr aufklären oder gar verhindern. Also wird sie sich nach Hamburg an ihre Studien zu Herakles zurückbegeben und dort vielleicht doch mit dem Polizeipsychologen Kranz gemeinsam speisen gehen. Der ist inzwischen in die Affaire um die menschenrechtswidri-

# UNTATEN

BARCELONA BADEWANNE VERGIFTET  
KIEZ L.A. ERSCHOSSEN KÜHLTRUHE  
ZÜRICH GEKOCHT FAHRSTUHL ULM  
BETAUBT CHEFETAGEN FRANKFURT  
KIRCHE GEFÄHLT GRAZ VERRATEN  
GÄSTEZIMMER HINTERTUPFINGEN EIS  
GEFESSELT RIVIERA ERSCHLAGEN  
BONN GEDOPT BALKON GESPALTEN  
BOWLINGBAHN ERTRÄNKT HAMBURG  
HOTEL ERHÄNGT 1987 BAGHWAN  
GEMARTERT FORELLENHOF BREMEN  
GESPRENGT ZK THEATER NIZZA  
GEWACHSHAUS VERBRÄUNT BUDAPEST  
ZERQUETSCHT PUFF LUDWIGSHAFEN  
REPRO GESTOSSEN ATHEN GEBACKEN  
BERGSPITZE BERLIN VERGRABEN N.Y.  
KLOSTER VERGEWÄLTIGT GEISTERBAHN  
AMSTERDAM GEVIERTEILT KINO BRAG  
VERLADEN PEKING THE GEMÄHLEN  
LEKTORAT AUFGESPIESST STUTTGART  
00 GEHÖLTERT LAGUNA BEACH DACH  
ROM HÄNGEMATTE ERWURGT PRAXIS  
GEGRILLT ALM MOSKAU ZERSAGT  
WG KIDNAPPING BETJ RAUMSCHIFF  
ZERSTÄUBT KÄSEREI URWALD KNAST  
SYDNEY VERFOLGT HL VERSTRAHLT  
KELLEREI GETÄUSCHT SCHLACHTHOF  
HOF ZWINGER GELIFET MÜNCHEN

# UND ORTE

## Verschwörungen

ge Behandlung von Ausländern durch die Hamburger Polizei verstrickt, hat sich aber um sie besorgt gezeigt. Ein Opportunist eben, und eigentlich haßt Bella Block Opportunisten, selbst wenn die sie lieben.

Das Buch hat in seinem andalusischen Teil Stärken. Doris Gercke ist jedoch die manirierte Stilisierung ihrer Bella Block und die Fähigkeit, Personen in anderen Gesellschaften und Landschaften gelten zu lassen, so weit auseinandergeraten, daß das Buch zerbricht, sobald Bella Block sich in Andalusien einmischt. Die Verschwörungstheorien, die Doris Gercke als Verknüpfung einsetzt, wirken wie eine literarische Kapitulation vor der Schwierigkeit, Distanz und Nähe innerhalb Europas anders denn als reinen Herrschaftskomplex mit dem BKA als Zentrum darzustellen. Vielleicht sollte Doris Gercke Bella Block zukünftig ihren Studien überlassen – ungestört.

**U**ta-Maria Heim ist auch ein Fan von Verschwörungen. Verschwörungen sind in ihren Krimis aber keine staatliche Veranstaltung, sondern der Kitt des Alltagslebens. Da gibt es zum Beispiel eine weltumfassende, aber ansonsten kaum beachtete schwäbisch-alemanische Verschwörung, deren Fäden längst in Berlin zusammengezogen werden. An der Spitze einer Berliner Abteilung gegen organisiertes Verbrechen, die allerdings die Aufgabe hat, solches auch dann nicht aufzudecken, wenn sie ihm zufällig auf die Spur kommt, steht etwa ein „Ossi“. Das ist aber keine ethnische Kennzeichnung, sondern nur der Spitzname eines Oswalds aus Stuegert, den es schon früh-

zeitig nach Westberlin gezogen hat, wie Leserinnen und Leser von *Der Wüstenfuchs* wissen. In *Bullenhitze* hat sich schon eine ganze Bande in der Hauptstadt versammelt. Aus Kalifornien kommend mischen sich sogar die beiden renommierten Forscher Edgar und Jooh in das Geschehen ein, um die Todesursache eines aus einem brandenburgischen Privat zoo entflohenen und wieder eingefangenen Löwen aufzuklären. Ist er nun an dem gleichen Virus gestorben, der in der Serengeti sein Unwesen treibt oder nicht?

„Johannes Brendle und Edgar Dehmel warteten auf die Maschine nach Stuttgart. Stuegert. Dort wollten beide ihre alten Eltern besuchen, die zwar gebrechlich, aber vollzählig erhalten waren, und nebenbei ein Stückchen Shit erwerben. Man gönnte sich ja sonst nichts. ‚Des isch schnell gange, gell?‘ Jooh. ‚Des hett i net denkt, Edgaahr. ‚I au net, Jooh. ‚Ond so billig gmacht. ‚Des war koi Konschtstück.“

Um was geht es da nicht alles: um Tierbefreiung, um Menschenschmuggel, um Familienzusammenführung, um Mord und Totschlag. Ort der Handlung sind Berlin und Kasienov im benachbarten Brandenburg. Dorthin hat es Chris Lebrun, „afrodeutsche bisexuelle Privatdetektivin“ aus „Sendlfenge“ die „dem Schwabenlande keine Träne nachweint“ zu ihrer Tante verschlagen, mangels anderer Gelegenheit unterzukommen. Wie Hermine, die inzwischen bei „Ossi“ als Undercoveragent ausgebildet wird, ist auch Chris schon aus *Der Wüstenfuchs* bekannt. *Bullenhitze* spielt auf jenen Jahrtausendsommer an, in dem Uta-Maria Heim per Literaturfonds in Berlin weilte. Sie hat ihn genutzt, beherrscht außer Dialekten viele Szenesprachen.

Auch sie ist, wie gesagt, eine Verschwörungstheoretikerin, aber sie läßt die unterschiedlichen und gegensätzlichen Verschwörungstheorien zum Bestandteil einer absurden Realität werden, die ohne sie nicht zu verstehen wäre, aber mit ihnen nicht zu erklären ist.

Zwischen Doris Gercke und Uta-Maria Heim liegt eine Generation, zwischen Bella Block und Chris Lebrun aber liegen Welten: Eine ganze linke Familiengeschichte.

Joscha Schmierer

Doris Gercke, *Auf Leben und Tod*. Ein Bella-Block-Roman, Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag) 1995 (207 S., 36,00 DM)  
Uta-Maria Heim, *Bullenhitze*, Reinbek (rororo-thriller) 1995 (201 S., 9,90 DM)



**D**ie *Sünderin*, der Roman von Jussuf Idris, erzählt die Geschichte eines ägyptischen Dorfes, das ein ungewöhnliches Ereignis verarbeiten muß. Ein Neugeborenes, offensichtlich ein „Kind der Sünde“ wird erwürgt aufgefunden. Dieser „Sündenfall“ verändert das gesamte Gefüge des Dorfes. Diese Veränderung wird an der Beziehung zwischen den Dorfbewohnern und den Tagelöhnern verdeutlicht, die jedes Jahr zur Baumwollsaason aus der Provinz Gharbiya ins Dorf kommen, um dort zu arbeiten. Die Suche nach der Frevlerin beschäftigt alle Dorfbewohner. Da sie zuerst nicht unter den Fremden zu finden ist, fangen die Dorfbewohner an, die eigenen Frauen zu verdächtigen. Aber alle sind erleichtert, als sie neun Tage nach dem Fund wie vermutet unter den Landarbeitern aufgespürt wird. Überraschend führt gerade diese Tatsache zu einem Wandel in der Haltung der Dorfbewohner den Fremden gegenüber. Zuerst treibt sie die Neugier und die Schadenfreude zum Krankenlager der Wöchnerin. Als sie entdecken, daß sie eine verheiratete Frau ist, die aus Verzweiflung ihr Neugeborenes, das nicht vom Ehemann stammt, erwürgt hat, verspüren sie Mitleid. Allmählich fallen die Barrieren, die sie von den fremden Landarbeitern bislang getrennt haben. Sie tragen sogar dazu bei, das Ereignis und den daraus resultierenden Tod der Frau vor dem Großgrundbesitzer zu verheimlichen, damit ihre Familie ihren Lohn bekommt. Dieses Geheimnis schweißt Dorfbewohner und Fremde zusammen.

Idris beschreibt diese Ereignisse vom Standpunkt des allwissenden Erzählers aus, der Anteil nimmt an dem Leid seiner Figuren. Durch seine analytische Schärfe und Ironie bewahrt er jedoch die erforderliche Distanz. Die Nebengeschichten, die er erzählt, haben manchmal groteske Züge, gerade wenn sie die wohlbehüteten Geheimnisse dieser nach außen hin intakten Dorfgemeinschaft zu Tage fördern.

Jussuf Idris, 1927 im unterägyptischen Dorf Barum geboren, gehört zu den bedeutendsten Vertretern der modernen ägyptischen Literatur. Gerade seine Kurzgeschichten und Novellen gehören zum besten, was in diesen Gattungen geschrieben wurde. Sie zeichnen sich durch ihren unerbittlichen Realismus aus, eingebettet in eine starke Zuneigung für seine Figuren, die er in der Regel den ärmeren Schichten der Bevölkerung entnimmt. 1953 erschien seine erste Sammlung von Kurzgeschichten mit dem Titel *Die billigsten Nächte*. Es folgten weitere Sammlungen, auch Theaterstücke, bis etwa Mitte der siebziger Jahre seine literarische Kreativität versiegte. Nach dem Studium der Medizin in Kaio arbeitete Idris als Arzt und anschließend als Gesundheitsinspektor im Gesundheitsmi-

nisterium, eine Tätigkeit, die ihn sehr häufig aufs Land führte, wo viele seiner Geschichten angesiedelt sind. Seit Mitte der sechziger Jahre lebte er als freier Schriftsteller und Mitarbeiter mehrerer Tages- und Wochenzeitungen, darunter auch *al-Ahram*, wo er seit den siebziger Jahren eine feste Kolumne hatte. Jussuf Idris ist 1991 in Kairo gestorben.

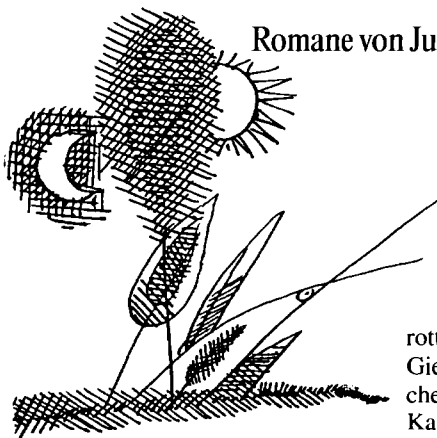
**E**igentlich ist es verfehlt, Ibrahim al-Konis *Blutender Stein* als „Roman aus Libyen“ anzukündigen. Es ist ein Roman, der von der Wüste erzählt. Assuf, die Hauptfigur, ist Hirte, wie sein Vater und Großvater vor ihm. Er weiß sich ihnen auch sehr stark verbunden, wie die Rückblenden, die al-Koni in den laufenden Erzählstrom einbaut, zeigen. Auch die Märchen seiner Kindheit, die die Mutter ihm zu erzählen pflegte, Märchen von den guten und bösen Dschinnen, die die Höhlen mit geheimnisvollen Zeichnungen bevölkern, leben in ihm weiter. Die Sandwüste ist seine Heimat, aber auch die Bergwüste, in die er seiner Ziegenherde auf der Suche nach Nahrung und Wasser folgt, ist ihm vertraut.

Sein einsames Leben wird von den Besuchen der „Christenmenschen“ unterbrochen, die zu den Höhlenzeichnungen pilgern. Sie stehen vor diesen Zeichnungen, von etwas überwältigt, was Assuf in seine Welt zu übersetzen versucht mit den Worten „wie die Muslime vor Gott“. Es ist ein Interesse, das Assuf nicht ganz verstehen kann, das aber seine Welt im wesentlichen unberührt läßt.

Erst als die Männer aus dem Norden in seine Gegend kommen, diesmal Araber, keine Fremden, ist seine Welt bedroht. Sie suchen nicht die Zeugnisse der Vergangenheit in den Höhlen. Sie sind auf der Suche nach Jagdtieren, nach Fleisch, nachdem sie die Tiere im Norden ausge-

## In Nordafrika

Romane von Jussuf Idris und Ibrahim al-Koni



rottet haben. Al-Koni personalisiert diese Gier nach Fleisch, diesen unwiderstehlichen Wunsch zu töten, in der Figur des Kain, der töten muß, um zu überleben, da er sich ausschließlich von Fleisch ernährt. Als sich Assuf Kain in den Weg stellt, um die Tierwelt, vor allem den Mufflon, vor ihm zu schützen, zögert der nicht, auch ihn zu töten.

*Blutender Stein* ist ein pessimistischer, leiser Roman. Al-Koni zeichnet die vom Untergang bedrohte Welt der Tuareg ohne Sentimentalität oder Nostalgie. Es ist ein Vorgang, der sich unabänderlich vollzieht. Wir erfahren viele Einzelheiten über diese unbekannte Welt, ohne daß der Autor dem Exotismus verfällt. Dem Zusammenstoß zwischen dem Wüstenbewohner und dem brutalen Städter verleiht al-Koni surrealistische Züge, was ihn davor bewahrt, in eine platte Zivilisationskritik zu versinken.

Ibrahim al-Koni ist 1948 geboren. In den Oasen Südlibyens ist er zur Schule gegangen. Nach einigen Jahren journalistischer Tätigkeit nahm er ein Studium der Literatur am Gorki-Institut auf. Er lebt seit einigen Jahren in der Schweiz.

Die Wüste ist der literarische Ort al-Konis, womit er eine große Ausnahme in der arabischen Gegenwartsliteratur bildet, die in den Dörfern und Städten der „Seßhaften“ beheimatet ist. Sein Hauptthema ist das Verhältnis von Mensch und Natur, von Mensch und Tier in seiner tiefen Gestörtheit, die der Mensch zu verantworten hat.

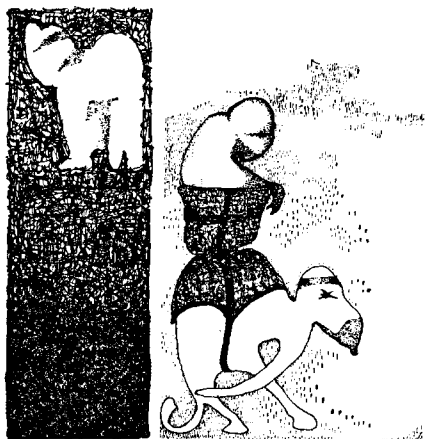
Al-Koni hat bis jetzt zwölf Bände Romane und Erzählungen veröffentlicht. Der vorliegende Roman ist im Original 1990 erschienen. Der Lenos Verlag hat mit seiner Übersetzung einen wichtigen Beitrag geleistet, um den Reichtum der modernen arabischen Literatur deutschsprachigen Lesern und Lesern nahezubringen.

*Cherifa Magdi*

Jussuf Idris, *Die Sünderin*. Aus dem Arabischen übersetzt von Hartmut Fährndrich, Zürich (Lenos Verlag) 1995 (189 S., 36,00 DM)  
Ibrahim al-Koni, *Blutender Stein*. Aus dem Arabischen übersetzt von Hartmut Fährndrich, Zürich (Lenos Verlag) 1995 (150 S., 34,00 DM)

# Hinter dem Vorhang

Romane von Wang Meng und Wang Shuo



**W**ang Meng und Wang Shuo gehören ganz unterschiedlichen „Literaturgenerationen“ an. Dennoch lassen sich in ihren beiden 1987 und 1989 in Peking erschienen Büchern bei aller Unterschiedlichkeit überraschende Parallelen entdecken. An „Zeitgeist“ wäre zu denken.

Wang Meng, 1934 in Peking geboren, (Kulturminister bis 1989; er trat nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens aus „gesundheitlichen Gründen“ zurück), einer der profiliertesten Autoren Chinas, Wegbereiter der jüngeren chinesischen Literatur und wahres Erzähl-talent, schrieb mit *Rare Gabe Torheit* eine im wesentlichen von 1949 bis in die siebziger Jahre reichende Familiengeschichte, die durch den Universitätsdozenten Ni Wucheng, glühenden Verehrer der westlichen Welt und Kultur, grotesk und tyrannisch beherrscht wird. Ni Wucheng träumt von einer Europäisierung Chinas, einem Aufschließen zu den „entwikelten Ländern“ hin.

Unmittelbar unter dieser Oberfläche liegen bei den verschiedensten Personen des Romans – bis hin zur zehnjährigen Ni Ping,

Ni Wuchengs Tochter – in einem dichten Geflecht von Vergangenheit und Gegenwart, Tristesse, Resignation, Schwermut, Seelenschmerz, Hilflosigkeit, lebenslange Jagd nach dem Glück, die nur Kummer und Schmerz einbringt, Monotonie und Lange weile, Sinnlosigkeit des Lebens:

„so war eben das Leben, da konnte man nichts machen. Alles Mögliche gab es im Leben, alles konnte mit einem geschehen, ebenso wie mit einem wiederum auch gar nichts geschehen konnte, überhaupt nichts Neues. Alles ging vorüber, und was kam, das kam eben.“

Auch Naturbeschreibungen lassen solche Empfindungen durchscheinen:

„Dann lag ich im Sand, um zu verschlafen, und hörte, wie die mächtigen Wogen unvergleichlich wuchtig und unvergleichlich sinnlos auf den Strand donnerten. Ich bewunderte die Großartigkeit des Meeres und empfand zugleich ein tiefes Bedauern darüber, daß dieses machtvolle Atemholen, diese pulsierende Energie letztlich doch keinem Zweck dienten.“

Der abendländische und der chinesische Kulturkreis werden mittels Europa-Platitüden oder Ironie entschlei-ert:

„Ich bin in Europa gewesen, bin Hochschuldozent, und in ein paar Jahren werde ich Professor oder sogar Rektor sein. Ich habe in Europa schwimmen, tanzen, reiten und Kaffee trinken gelernt.“

„Daß China so rückständig und schwach ist, hat ganz entschieden damit zu tun, daß die Chinesen sich nicht gerade halten.“

Geschmeidig wechselt Wang Meng von detailliert-realistischen Beschreibung zu deftiger Sprache, zu Ironie und Satire, so etwa, wenn der „wissenschaftsgläubige“ (und europagläubige) Ni Wucheng Lebertran schluckt:

„...der ganze Lebertran mitsamt dem übrigen Mageninhalt kam ihm bitter und übelriechend wieder hoch. Ni Wucheng gab sich nicht geschlagen. Kreidebleich, mit zusammengebissenen Zähnen schluckte er wie ein Wiederkäuer die traurige Mixtur wieder hinunter. Eine solche Loyalität gegenüber dem Lebertran und allen Erkenntnissen der Wissenschaft muß wohl als musterhaft bezeichnen.“

Der Buchtitel *Rare Gabe Torheit* ist Teil eines Sinnspruchs: „Geschtheit ist rar, und Torheit ist rar, noch rarer aber der Gescheite, der wieder ein Tor zu sein vermag. Wer Großes erstrebt und dafür auch den Schritt zurück nicht scheut, findet leicht zu innerem Frieden und erhofft sich nicht Lohn durch künftiges Glück.“ Hängt diese Kalligraphie zunächst in Ni Wuchengs Arbeitszimmer in Peking (er hat zu dem Spruch eine zwispaltige Beziehung), so schenkt er sie später einem europäischen Freund, der die chinesische Kultur außerordentlich schätzt.

Die Tragik des Romans, ein Leben, das nur Scheitern ist, an diesem Spruch gemessen, wird offenbar, wenn Ni Wuchengs Sohn bei dessen Tod äußert:

„Er ist tot ... sein Leben lang hat er nach Ehre und Glück und Liebe gestrebt, und hat doch nur Schande und Unglück und Haß über sich und andere gebracht.“ und: „Wahrscheinlich war es die einzige wirkliche Leistung, die Ni Wucheng in seinem ganzen Leben vollbrachte, daß sein Tod keinem einzigen Menschen echten Kummer bereitete.“

**W**ang Shuo, 1958 in Nanjing geboren, in Peking aufgewachsen, war von 1976–80 Matrose, arbeitete 1980–84 in einer Apotheke in Peking. 1978 erschien seine erste Erzählung. Inzwischen gehört er zu den Großverdienern, seine Werke wurden verfilmt, er erstellte Fernsehserien (mehr oder weniger „Seifenopern“), arbeitete auch als Drehbuchautor. Inzwischen hat er mit Freunden zusammen eine eigene Firma, sucht nach jüngeren Autoren und kümmert sich um Produktionsrechte. 1992 mit 37 Jahren – bracht er eine von ihm selbst editierte Gesamtausgabe seiner Werke heraus.

## Nadine Gordimers frühe Erzählungen

Seine enormen Auflagen sind sicherlich damit zu erklären, daß er das Lebensgefühl, die Gemütsverfassung junger Leute in den chinesischen Großstädten haarscharf trifft. Seine Literatur über Kleinkriminelle, arbeitslose Jugendliche, Aussteiger, welche in der Pekinger Umgangssprache „Pizi“ (= Gauner) genannt werden, wird als „Pizi-Literatur“ etikettiert. Wang Shuo hat den modernen Pekinger Straßenslang zur Literatursprache gemacht. Von Trivalliteratur zu sprechen liegt nahe.

*Herzklopfen*, halb Roman, halb Krimi, trägt autobiographische Züge. Den roten Faden bildet die Geschichte des Ich-Erzählers, Fang Yan, gegen den in einem alten Mordfall ermittelt wird. Wohl oder übel muß er versuchen, sich zu erinnern, seiner Vergangenheit auf die Spur zu kommen. Dabei zeigt sich immer mehr, daß das eigene Gedächtnis unzuverlässig und damit auch das eigene Ich nichts Sicheres mehr ist.

... ich komme mir vor wie in einem dicken Nebel, in dem ich mein eigenes Gesicht nicht erkenne, da ich mir nicht einmal selber Klarheit darüber verschaffen kann, was ich früher gemacht habe.“

Im wesentlichen spielt alles unter Kumpeln, in Männerfreundschaften, kartendurchspielten Nächten. Es geht um Anmache, Frauen (Liebe und Triebe), Kleinkriminalität. Dabei wird immer deutlicher: Menschliche Beziehungen sind absolut beliebig, brutalisiert, mehr oder weniger geht es nur um das eigene Überleben:

„Ich finde mich selbst zum Kotzen sagte ich lachend. ...Ich bin unheimlich mißtrauisch und gehe immer davon aus, daß die anderen mir schaden wollen. Ich glaube nichts von dem, was andere mir erzählen, und je fester jemand etwas behauptet, um so weniger glaube ich es. Zum Glück gebe ich meine Fehler zu, so daß die Leute, die mich gut kennen, .. mich einfach als Schweinehund nehmen.“ (...) „Ich lüge, ohne nachzudenken, aber es ist auch nicht so, daß mir die Wahrheit nicht über die Lippen käme es gibt nichts Wahres zu sagen. Was ist denn zu sagen? Wozu muß man die Wahrheit aussprechen?“

Die jungen Leute (es handelt sich bei *Herzklopfen* um den ersten Band einer geplanten Jugendtrilogie) leben in einer rücksichtslosen Gesellschaft, unbeständig, unstet, entwurzelt und illusionslos. Seinen Niederschlag findet das darin, daß ein Großteil der Handlung mit Orten,

Frauen sitzen seit Jahrhunderten zu Hause, ihnen waren die privaten Beziehungen stets vor Augen; die Gefühle der Menschen wurden ihnen aufgedrängt, schreibt Virginia Woolf in ihrem Essay „Ein Zimmer für sich allein“ An diese Worte mußte ich unwillkürlich denken, als ich Nadine Gordimers frühe Erzählungen *Die Sanfte Stimme der Schlange* las, beobachtet doch die Autorin hier intensiv aus den sogenannten Räumen des Weiblichen.

Als ihr Erzählband *The soft Voice of the Serpent* 1953 in London erschien, war Nadine Gordimer dreißig Jahre alt. Sie war in Johannesburg aufgewachsen, hatte eine Klosterschule besucht, später studiert und seit ihrer frühen Jugend geschrieben. Die weißen Frauen ihrer Generation waren eng ans Haus gebunden und lebten sehr auf das Private bezogen. Gordimers frühe Erzählungen sind einfühlsame und scharfe Bestandsaufnahmen privater Existenzen, ganz ohne den manchmal direkt politischen Ton ihrer späteren Texte. Die Geschichten aus den fünfziger Jahren zirkulieren um Tristesse und Enge des städtischen Alltags, um die bescheidenen Lebensentwürfe von Frauen und Männern. Sie konfrontierte sich mit der Endlichkeit des Lebens und der Verletzlichkeit der Menschen, schlägt beispielsweise in „Schätze der See“ fast schroff die Brücke zwischen Liebe und Tod.

In jeder einzelnen ihrer Geschichten zeigt sie ausgeprägtes Gespür für die Tragweite menschlicher Tragödien und hat sie einen genauen Blick für all die stillen und zehrenden Hoffnungen, die den einzelnen durchs Leben begleiten: die Sehnsucht nach Liebe, der Traum vom gesellschaftlichen Aufstieg, von Anerkennung, von Integration, vom Wunsch nach Veränderung des so gnadenlos ins Lot gepreßten Lebens. Ihre Protagonisten sind allesamt kleine Leute, keine Heroen; so auch die junge, namenlose Frau in „Ein Bohemienleben“ Sie bricht aus dem Haus ihrer Eltern, wo

Dingen zu tun hat, die für Wechsel, Übergang, Veränderung stehen: Straßen, Restaurants, Taxis, Bahnsteige, Züge. Daß das Leben „witzlos“ ist, scheint so sicher wie die Sinnleere und Langeweile des Lebens bei Wang Meng.

...also sollte wenigstens der Tod etwas Spannung ins Spiel bringen.“ (...) „Wir inszenieren eine Mordserie und bringen uns gegenseitig um. Jeder kann sein Talent zeigen, und wer am Schluß übrig bleibt, ist der Intelligenteste und der Mörderkönig. Nur so ist es dramatisch, erschütternd, ein Wahnsinnsspiel, das sich lohnt ..wenn es schon unser gemeinsames Spiel ist, warum soll dann nur mein Herz klopfen!“

Der Name des Ich-Erzählers Fang Yan offenbart schon die Schreibweise: Fang Yan bedeutet „Mundart“ In *Herzklopfen* häufen sich die Wortspiele, Pekinger Slang-Ausdrücke, Anspielungen auf chinesische klassische Literatur und nicht

die Mutter ein enges Netz von alltäglichen Reglementierungen gespannt hat, aus, um einen mittellosen Studenten zu heiraten. Mit leiser Trauer fast beschreibt Gordimer das neue Leben der jungen Rebellin: Ihr mutiger Schritt ist irgendwo versandet. Sie schuftet und verdrängt, um sich den Traum vom befreiten Leben aufrechtzuerhalten.

Nadine Gordimers Vater war Emigrant aus Litauen. Viele der Anfang des Jahrhunderts aus den osteuropäischen Ghettos kommenden jüdischen Einwanderer waren arm und eigenbrödlisch, führten eine Existenz zwischen der weißen und der schwarzen Gesellschaft. In „Die Besiegten“ erlebt die Ich-Erzählerin, wie ihre ehemalige Mitschülerin den Aufstieg in die weiße Klasse mit dem Verdrängen ihrer Herkunft bezahlt. Auf anderer Ebene zahlt auch die schwarze Haushälterin Sarah in „Oh, Weh über mich“ Sie hat ihre Kinder im Glauben erzogen, daß sie später einen „weißen“ Beruf ergreifen werden. Als sie krank und arbeitsunfähig wird, hinterläßt sie ihre Kinder im Niemandsland. Sie sind zu sehr von der anderen (der weißen) Seite geprägt, als daß sie sich reibungslos an die Lebenserwartungen der Townshipbewohner anpassen könnten.

*Die Sanfte Stimme der Schlange* ist auch mehr als vierzig Jahre nach ihrem ersten Erscheinen eine anregende Lektüre. Zeigt doch Nadine Gordimer bereits hier, daß sie die unterschiedlichsten Wahrnehmungswelten und all das zwischenmenschliche Beziehungsgeflecht, das unseren Alltag bestimmt, zu entwirren weiß. Wie sich darin Rassismus oder Klassenunterschiede festgefügt haben, kommt in schlichten Details und in den völlig unpektakulären Verhaltensweisen ihrer Figuren zutage.

Angelika Burkhard

Nadine Gordimer, *Die Sanfte Stimme der Schlange*. Erzählungen. Aus dem Englischen von Katrine von Hutten, Frankfurt/M. (S. Fischer Verlag) 1995 (318 S., 39,80 DM)

zuletzt umgangssprachliche ironische Abwandlungen von Mao-Zitaten. (Die Schwierigkeiten bei der Übersetzung schlagen sich in zwanzig Seiten eng gedruckten Anmerkungen nieder.)

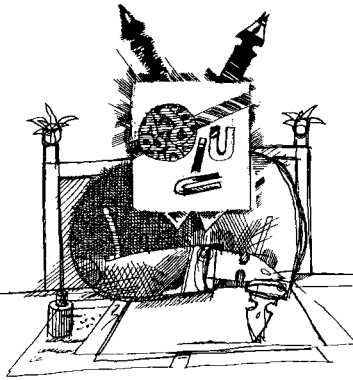
Ein flotter Spruch folgt auf den nächsten in den Dialogen, auch bei stärkster Regung geht es darum, gleichmütig zu bleiben. Hier zeigen sich Wang Shuos Vorbilder Ernest Hemingway und Raymond Chandler. Aber hinter Ironie und Zynismus glimmen wie bei Wang Meng Resignation und das Gefühl auf, die Jagd nach Glück ende in der Katastrophe. Vielleicht sind sogar Sehnsucht nach einer neuen Utopie, einer neuen (alten?) Moral herauszuhören. ■

Wang Meng, *Rare Gabe Torheit*. Roman. Deutsch von Ulrich Kautz, Frauenfeld (Verlag im Waldgut) 1994 (464 S., 49,00 DM)

Wang Shuo, *Herzklopfen heißt das Spiel*. Roman. Aus dem Chinesischen von Sabine Peschel in Zusammenarbeit mit Wang Ding und Edgar Wang, Zürich (Diogenes Verlag) 1995 (389 S., 44,00 DM)

# Aus dem Bücherkorb

## *Bodenlos und rasant: „Luzifers Lächeln“ von Drago Jancar*



Epidemisch greift die Pestilenz der Melancholie um sich. Gestochen scharfe Fotografien vom French Quarter in New Orleans, dem legendären Viertel zwischen Canal Street, Rampart, Esplanade Ave., French Market und Decatur, vom Lake Pontchartrain, vom Raddampfer „Natchez“ auf dem Mississippi, vom Audubon Park, natürlich auch von den Umzügen des „mardi gras“ der „Parade of Rex“ ganz zu schweigen von den Jazzkneipen Preservation Hall, Storyville und Maison Lafitte, gestochen scharfe Fotos also, die Drago Jancar in seinem neuen Roman „Luzifers Lächeln“ anfangs präsentiert, daß man meinen könnte, er wolle, wie so viele USA-Erstbereisende von der schreibenden Zunft, den ultimativen Reisebericht verfassen – aber da verliert auch er den Faden, oder die Fassung, denn auf einer Rice-and-Beans-Party mit der progressiven lokalen Intelligenz, die zur Zeit gerade um den Begriff der Alienation herumkrebst und Bücher schreibt, wie man mit dem Fahrrad durch N.O. kreuzt, aber diese Parties gleichen sich doch auf der ganzen Welt mit ihrer Fremdwörterei und Insiderchiffren, jedenfalls knallt's in N.O., im TV bringt sich einer vor laufenden Kameras um, und der slowenische Dichter verknallt sich in die Freundin des schreibenden Radfahrers – verdammt, man müßte zuvor noch die Luftfeuchtigkeit ins Spiel bringen, sie ist ziemlich schuldig an all den Sündenfällen, angesichts derer auch gefallene und hartgesottene Engel vor Neid erbleichen würden, aber darum geht's eigentlich nicht, überlegenswert ist freilich, ob die Hauptfigur des Buches, die melancholische Materie, nicht besondere hygrophile Eigenschaften besitzt, die das ganze Schlamassel verursachen.

Dabei ist es eine simple Geschichte. Ein slowenischer Autor erhält ein Stipendium in N.O., unterrichtet dort einen Kursus für Kreatives Schreiben, wobei es ihm nicht gelingt, den US-Girls & -Boys Luzifers Sturz nahezubringen, den Wanderprediger so faszinierend plastisch verkünden. Haben

wir Nachsicht mit ihm, der Fall ist einer der größten ungelösten Probleme der Schöpfung. Aus ihm resultiert der Sündenfall und alles weitere, Gewalt und Verderbnis, keine Chance, in dieser Welt einen Wurzelgrund zu finden, außer in Rigby's Bar, wo ein Eiswürfel fressender Hund in der Tür liegt und ein schwarzer Jesus manchmal göttlichen Blues auf dem Fotzhobel spielt, aber auch hier schlägt das wurzellose Unglück zu. Da spielt sich, nebst so vielen anderen Geschichten, eine völlig vertrackte und lieblose Liebesgeschichte ab, die so witzig erzählt wird, daß es einem fast schon wieder graust. Richtig, Abgründe. Und diese Abgründe öffnen sich überall, an jedem Ort, in jeder Gestalt, die scharfen Fotos werden grobkörnig, die Farbtöne werden durch die hohe Luftfeuchtigkeit ausgewaschen, die Bilder vergilben, zersetzen sich, zusehends von der melancholischen Säure angegriffen, springen auf, platzen wie eitrige Pusteln, Metastasen, Wundkrampf, höllisches Gelächter, nicht nur aus dem Abgrund. Und alles erklärt sich aus der Urkrankheit der Menschen, die mit ihrem Sturz in die Welt der Sünde beginnt, über deren Bekämpfung hervorragende Köpfe heftigst forschen, darunter auch Professor Blaumann, wenn er nicht gerade der Melancholie der Begierde erliegt. Weg aus N.O., weg aus New York, weg aus allen Babylons, zurück in die slowenische Heimat, zu den Gerüchen der Kindheit, zu den vertrauten Plätzen – aber auch hier öffnet sich der Reiß durch die Welt, ertönt zum Bimbam der Kirchenglocken das Gelächter melancholischer Teufel.

Das ist so rasant, so geistreich, so präzise erzählt, daß es einem den Atem verschlägt.

Balduin Winter

Auf dem polnischen Literaturmarkt hat sie mit einer Reihe von Büchern schon seit Beginn der achtziger Jahre Aufsehen erregt. Nach Erfolgsgeschichten wie „Kontredans“, „Fräuleins und Witwen“ und „Familiensage“ hat Maria Nurowska mit *Spanische Augen*, *Postscriptum* und *Briefe der Liebe* (alle auf deutsch erschienen) mit *Ehespiele* nun einen Roman vorgelegt, dessen „Stoff“ wie aus dem Leben geschnitten ist. Daria Kolecka, von Beruf Schriftstellerin, hat ihren Mann Edward nach langjähriger Ehe erschossen. Noch bevor der zuständige Kommissar mit der geständigen Daria ein Protokoll anfertigt, beginnt Daria über ihre Tat nachzudenken. Schuldig sei sie, so gesteht sie ihren Lesern. Und sie müsse auch dafür bestraft werden, zumal sie selbst Vorschub geleistet habe... Sie hatte jahrelang Edward ermutigt, Geliebte zu haben, und auch er hatte, mit gewissen Einschränkungen, nichts dagegen, wenn sie sich für andere Männer interessierte. Diese gegenseitige Toleranz endete, als Edward nur noch ihre literarischen Texte kritisierte und sie eine zweitklassige Schriftstellerin nannte.

Daria durchlebt in den ersten zwei Jahren ihres zehnjährigen Strafvollzugs alle Tiefen menschlicher Gefühle: Ekel vor den unmenschlichen sanitären Einrichtungen, Angst vor der körperlichen Nähe der Mithäftlinge, die sie besitzen, lieben, streicheln wollen, Widerwille gegen die Erzieherinnen, die alle aus der Zeit des staatssozialistischen Strafvollzugs stammen und sich mit wenigen Ausnahmen – als kleine Tyrannen aufspielen. Und Zuneigung und Liebe? Nur langsam gelingt es Daria, sich einen Kreis von Freundinnen aufzubauen, in dem sie Geborgenheit findet. Als Intellektuelle stößt sie zunächst auf Mißtrauen und Abneigung, erst als die anderen erkennen, daß sie „eine der ihren“ ist, wird sie auch von denen geachtet, die in ihr nur die Schriftstellerin gesehen haben, die die Wirklichkeit „verdreh“

Maria Nurowska gelingt es, mit Hilfe ihrer Ich-Erzählerin ein Sujet zu bewältigen, daß stets der Gefahr ausgesetzt ist, in Kolportage abzugleiten. Darias Erzählhaltung wechseln zwischen dem Blick in die Vergangenheit und der ständigen Reflexion des aktuellen Geschehens. Dadurch hat man stets das Gefühl, mitten in der Handlung zu sein, Anteil zu nehmen an dem Schicksal von Frauen, die an den Verhältnissen ihrer Gesellschaft gescheitert sind. Die Autorin greift darüber hinaus mit dem Thema „Frauengefängnis“ ein soziologisches Problem auf, das erst in der jüngsten

## Diese wunderbaren Lügen

Vergangenheit in Polen offen diskutiert werden durfte. Ihr Übersetzer, Alfred Lempp, folgt dem polnischen Original bis in die Nuancen, ohne die stilistische Eleganz des Originals auf Kosten der deutschen Übersetzung aufzugeben.

Wolfgang Schlott

### Reform & Political Correctness: die Folgen

Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht! Oder etwa nicht? Wer wollte leugnen, daß von den mannigfachen Initiativen der Linken und der 68er Bewegung, was ja nicht dasselbe ist, zumindest einigen ein gewisser Erfolg, nämlich: eine tatsächliche Veränderung von Strukturen, gelang, zum Beispiel an den Universitäten? Der Muff von tausend Jahren wurde mitsamt den Tälern und den Ordinarien mehr oder minder gründlich hinweggefegt. Die Universität wurde modernisiert, das war auch nötig, damit sie dem Ansturm der Studentenmassen der siebziger, achtziger und neunziger Jahre einigermaßen gewachsen sein konnte. Statt der Ordinariuniversität nun also die Gremienuniversität.

Noch etwas hat sich geändert: das Bewußtsein. Es ist nicht mehr so ohne weiteres möglich, dem männlichen Chauvinismus freien Lauf zu lassen in Seminaren und Vorlesungen. Und falls sich nicht sowieso, infolge des Bewußtseins-Wandels, aus den Reihen der Studierenden Widerspruch erhebt, ist institutionell für Abhilfe gesorgt: Frauenbeauftragte sollen dafür Sorge tragen, daß Machos und Vergewaltigern das Handwerk gelegt wird.

Was sich ebenfalls geändert hat, diesmal mehr vom Sein als vom Bewußtsein bestimmt: die Rahmenbedingungen. Das Geld ist knapp. Da gibt es mehrere Wege des Umgangs. Sparen oder Sponsoring. Sponsoring freilich will Resultate sehen, wissenschaftlichen Glamour ebenso wie womöglich wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse der Wissenschaft.

Das ist der Hintergrund für die Geschichte vom Glanz und Elend des Hanno Hackmann, des Protagonisten im Roman *Der Campus*. Hackmann ist ein äußerst erfolgreicher Soziologieprofessor mit einem gutgehenden Institut, besten Verbindungen, glänzender Reputation, gediegenem Einkommen, glücklichem Familienleben. Naja, was heißt glücklich? Die Ehe ist fad geworden, eine Affäre mit einer drallen Studentin immerhin war eine ganz nette Abwechslung, doch belastet sie, besser, man machte Schluß. Als Aufhänger will der Professor benutzen, daß seine Freundin bei ihm ihre Doktorarbeit schreiben möchte. Also die Umkehrung des normalen Verfahrens, wo gewöhnlich der Weg zum Ab-

Die Lügen der Wahrheit“ schreibt Mario Vargas Llosa im Vorwort zu *Die Wahrheit der Lügen*, „sind niemals willkürlich. Sie stehen für die Unzulänglichkeiten des Lebens“ Denn das gelebte Leben ist nicht das reale, sondern jenes, daß durch unsere Phantasie über es hinausgeht. Dieses je einzigartige Leben ist auch das Reich des Romans, und je besser er lügt, um so wahrer ist er, denn: „Die Tatsachen erfahren eine tiefgreifende Transformation, wenn sie in Worte übersetzt werden.“ Diese Folgerung ist gewissermaßen der rote Faden, der durch 25 Essays über Romane der Weltliteratur führt. Für Vargas Llosa entscheidet nicht die Modernität eines Stils über die Qualität, vielmehr das, wodurch er die Leser bereichert; so bespricht er nicht *Ulysses*, sondern Joyces Erzählkranz *Dubliners*, und findet hier die selbe Meisterschaft wie in Elias Canettis „realistischem Alptraum“ *Die Blendung*.

Überraschend wirkt zuerst die Aufnahme von sechs deutschsprachigen Büchern in die Auswahl. Nicht mehr jedoch, wenn man seine Einlassungen zu Canetti, Manns *Tod in Venedig*, Hesses *Steppenwolf*, Frischs *Stiller* Grass *Blechtrommel* und Bölls *Ansichten eines Clowns* gelesen hat. Dann hat man erfahren, wie sensibel Vargas Llosa die Literatur als Reflektor des Gesellschaftlichen aufnimmt, und es befremdet keineswegs, wenn er mit den Augen eines Bürgers der geschundenen peruanischen Nation auf den Seelenaufbruch des mitteleuropäischen Wohlstand-

sinтеллектуellen bei Frisch blickt und fragt: „Ist es möglich Schweizer zu sein?“ und bei Böll den signifikanten Zeigenossen über den Autor stellt. In „Lob des schlechten Romans“ erläutert er, warum John Steinbecks *Jenseits von Eden* trotz aller Mängel bestehen kann, ja warum er ihn sogar zu den „unzerstörbaren Geschichten“ zählt, die immer wieder Leser begeistern werden. – Llosas Besprechungen, so willkürlich seine Auswahl auch ausgefallen sein mag (*kein lateinamerikanischer Roman ist dabei*), weisen spezifische Stärken auf: Einführung in das Erzählte, Aufmerksamkeit für Entstehung und Struktur, Erkennen des Herausragenden, Erklärungen für Schwächen, und – nicht zuletzt – eine Übertragung der Begeisterung für das Gelesene auf den Leser. Eine Perle: die Besprechung von Boris Pasternaks *Doktor Schiwago* nicht als antisowjetischem Roman, sondern als Epos einer Selbstbehauptung noch im Scheitern gegenüber apokalyptischen gesellschaftlichen Prozessen.

Wie für seine literarische Selbstanalyse *Geheime Geschichte eines Romans* gilt auch für diesen Essay-Band das Motto: Was erzählt wurde, geht nicht verloren.

Michael Ackermann

Mario Vargas Llosa, *Die Wahrheit der Lügen. Essays zur Literatur. Aus dem Spanischen von Elke Wehr, Frankfurt/M. (Suhrkamp Taschenbuch 2283) 1994 (211 S., 16,80 DM)*  
*Geheime Geschichte eines Romans. Aus dem Spanischen von Elke Wehr, Frankfurt/M. (Suhrkamp Verlag) 1992 (82 S., 19,80 DM)*

schluß über das Bett des Professors führt, soll hier der Hinweis auf den Abschluß aus der Bett-Verstrickung befreien. Das gelingt, aber nicht ganz so, wie gedacht.

Durch verschiedene Verwicklungen kommt nämlich dabei der Eindruck zustande, ein Professor habe eine Studentin vergewaltigt. Und dies nun ruft nicht nur die Frauenbeauftragte auf den Plan, sondern setzt eine ganze Maschinerie von Interessenkonflikten und -verbindungen in Gang, die letztlich auf nichts anderes hinauslaufen kann, als im „inneruniversitären Reinigungsprozeß“ ein Opfer zu suchen und zu finden.

Mehr nicht zum Plot. Gang und Ausgang der Geschichte sind nämlich so rasant und kenntnisreich geschrieben wie spannend und lustig zu lesen. „Very funny“ würden englische Kritiker schreiben, und tatsächlich handelt es sich hier um einen Universitätsroman in der Art von David Lodge. Vielleicht ist er deshalb so gelungen, weil ihn ein Anglist geschrieben hat, der entsprechende Vorbilder gut kennt.

Natürlich, an Klischees fehlt es nicht und auch nicht an Moral und „Linie“. *Der Campus* ist eher ein konservatives Buch. Die Reform und ihre Resultate

werden als unerfreulich betrachtet. Die Sympathien des Lesers, vielleicht auch der Leserin, finden eher die Reaktionäre. Die Gestaltung und Haltung erinnert an Wolfes *Fegfeuer der Eitelkeiten*, in welchem Politik, Justiz, Presse gar nicht gut wegkommen.

Es mag des Autors eigene Überzeugung sein, die er seinem Helden beim Schlußplädoyer in den Mund legt: *Die Wahrheit ist, daß an der Universität kein Mensch mehr an der Wahrheit interessiert ist*. Der kynische Schluß, der dann noch folgt, ist absolut moralisch, und die Political Correctness wird keineswegs um ihrer selbst willen, sondern wegen der damit betriebenen *Heuchelei* angegriffen.

Man braucht den Standpunkt des Autors ja nicht zu teilen, aber er hat entschieden was für sich. Weswegen nicht nur Uni-Leuten dies Buch empfohlen sei.

Jürgen Walla

Drago Jancar, *Luzifers Lächeln. Roman. Aus dem Slowenischen von Klaus Detlef Olof, Klagenfurt/Celovec (Wiener Verlag) 1995 (350 S., 48,00 DM)*  
Maria Nurowska, *Ehespiele. Roman. Aus dem Polnischen von Alfred Lempp, Frankfurt/M. (S. Fischer) 1995 (279 S., 39,80 DM)*  
Dietrich Schwanitz, *Der Campus. Roman, Frankfurt/M. (Eichhorn Verlag) 1995 (382 S., 44,00 DM)*

In den ersten Stunden des 2. November 1975 wurde der 1922 geborene Pier Paolo Pasolini auf einem Sportplatz bei Ostia von dem siebzehnjährigen Strichjungen Pino Pelosi ermordet. Im Februar 1989 druckte das Wochenmagazin *Espresso* gerichtsmedizinische Fotos von dem schwer mißhandelten, vielleicht systematisch gefolterten Schriftsteller und Regisseur, die natürlich nie in die Hände von Journalisten hätten gelangen dürfen. Dieser Skandal, und vielleicht mehr noch, daß er von fast niemandem öffentlich als solcher bezeichnet wurde, veranlaßte Pasolinis Freund Dario Bellezza zu seinem Buch *Pasolinis Tod*, das dann 1981 erstmals erschien.

Bellezzas Hauptthese ist, daß Pasolinis Tod zu seinem Leben paßte. Der Ermordete hat demnach sein Ende zwar nicht gesucht, aber es hätte oder hat ihm als Fazit eingeleuchtet. Getrieben vom „Hunger auf seelenlose Körper“ hat er sich über Jahrzehnte hinweg fast jeden Abend in das Strichermilieu insbesondere der römischen Vorstädte begeben und war dabei schon oft in sehr gefährliche Situationen geraten. Sexualität war für ihn mit Regression und Vernichtung verbunden. Er konnte keine Frau lieben außer seine Mutter und mußte sich für die damit zusammenhängende Homosexualität bestrafen.

Untrennbar damit verknüpft, hatte „die Mechanik seiner grenzverletzenden und verzweifelten Sexualität“ auch einen politischen Aspekt. Pasolini liebte die mehr oder weniger kriminellen Subproletarier, weil er die Bourgeoisie haßte. Unter anderem der Roman *Ragazzi di vita* (1955) und das Filmdebüt *Accattone* (1961) legen davon Zeugnis ab. Etwa Mitte der sechziger Jahre schlug die Zuneigung jedoch in Verachtung um. Auch die ehemals heilig-dreckigen Vorstadtjungen hatten sich in Pasolinis Augen nun in konformistische Konsumisten verwandelt, die für etwas kleinbürgerlichen Komfort ihre Seele hergaben. Wie Bellezza feststellt, war diese Kritik heuchlerisch, denn wo der arme junge Autor auf nächtlichen Streifzügen Freunde gesucht hatte, kaufte sich der reiche Regisseur einfach, wen er wollte. Im Unterschied zu einigen Zeitgenossen glaubt Bellezza nicht an ein faschistisches Komplott gegen Pasolini. Dessen Wut über das moderne Wirtschaftswunder-Italien führte ihn in seinen letzten Jahren zu so rückwärtsgewandten Auffassungen, daß die Faschisten keinen Grund mehr hatten, ihm etwas anzutun.

Außer mit persönlichen Erinnerungen argumentiert Bellezza bei seiner Kritik überwiegend mit Pasolinis Gedichten, die er, wohl mit Recht, umstandslos als autobiographisch liest. Grundtonhaft spricht er jedoch auch von Sanftmut, Ernst und Freundlichkeit seines Freundes. Pasolini selbst zeigte diese Seiten in den 1968 geführten, jetzt erstmals auf Deutsch veröffentlichten Interviews mit dem irischen Filmkritiker Jon Halliday. Der Regisseur nahm sich Zeit für elf ausführliche Gespräche, drei davon allgemeineren Inhalts, die anderen acht zu je einem oder zwei Filmen. Pasolini antwortet geduldig und präzise. Überraschenderweise angesichts der in vielem so ungewöhnlichen Filme ist er kein großer Theoretiker, kann sich einige Zitate, die ihm der gut

vorbereitete Halliday vorhält, selbst nicht mehr erklären. Stolz ist er jedoch auf die Intuition, mit der er schnell die richtigen Schauspieler auswählt.

Mit dem Filmen hat er begonnen, weil er über die „Liebe zur Literatur“ die „Leidenschaft für das Leben“ nicht mehr ausdrücken konnte. Er brauchte eine neue Sprache, um über die „abgöttisch geliebte Wirklichkeit“ (sein Cousin Nico Naldini) dasselbe sagen zu können wie bisher. Während die Literatur ihr eigenes Zeichensystem habe, in das und aus dem die außerliterarische Welt erst übersetzt werden müsse, stimmten die Filmzeichen unmittelbar mit denen der Wirklichkeit überein. Pasolini wollte Identität und Totalität, weshalb er auch am liebsten mit Nichtschauspielern drehte, die im Film das darstellen sollten, was sie sonst auch waren. Er war nicht gläubig, hatte aber ein religiöses Verhältnis zur Welt. Seine Filme zeigen seine „Neigung, in allem, auch in den stumpfsinnigsten, einfachsten und banalsten Dingen und Ereignissen etwas Heiliges, Mythisches, Episches zu sehen“. Der Moment, dem diese Sakralität eigentlich ist wie keinem anderen, war für ihn „der Tod“.

Der Filmemacher Pasolini hat weiter geschrieben, aber teilweise anders. Bei dem langen Gedicht *Una disperata vitalità* (*Eine verzweifelte Vitalität*), zuerst 1964 in dem Gedichtband *Poesia in forma di rosa* (jetzt in Wagenbachs Salto-Bändchen), soll sich der Leser infolge von Schnitten, Rückblenden und angekündigten Stilwechseln fühlen „wie in einem Film von Godard“ wie es zweimal heißt. Der Versuch, in einer Kunst mit der Sprache einer anderen zu sprechen, überzeugt jedoch nicht. Ich kann mit dem überwiegend zwei Jahre später entstandenen, stilistisch aber älteren Gedicht *Who is me* mehr anfangen. Es beginnt mit Pasolinis Geburt im Friaul und endet 24 Seiten später mit der Musik, die er im Alter komponieren möchte. Dazwischen kommt in chronologischer Reihung das meiste vor, was für ihn sehr wichtig war: das ödipale Familienleben, der Tod des Bruders Guido als Partisan, die Bäder „mit den Bauernjungen“ im Fluß Tagliamento, der Marxismus gramscischer Prägung, der Wechsel nach Rom, wo er „lyrisch“ lebte „wie jeder Besessene“ die Vorstädte, die Literatur, der Film und so weiter. Alles in klarer, schöner Sprache, mit das Beste, was er geschrieben hat.

Michael Schweizer

»...lebte  
ich lyrisch  
wie jeder  
Besessene«

Bücher von und über  
Pier Paolo Pasolini



Dario Bellezza, *Pasolinis Tod*. Aus dem Italienischen von Ulrich Hartmann, Freiburg (Beck & Glückler) 1995 (181 S., 19,80 DM)

Pasolini über Pasolini. Im Gespräch mit Jon Halliday. Einleitung von Nico Naldini. Aus dem Englischen von Wolfgang Astelbauer, Wien/Bozen (Folio Verlag) 1995 (184 S., 28,00 DM)

Pier Paolo Pasolini, *Wer ich bin*. Mit einer Erinnerung von Alberto Moravia. Aus dem Italienischen von Peter Kammerer und Bettina Kienlechner, Berlin (Verlag Klaus Wagenbach) 1995 (78 S., 24,80 DM)



# FILM SCHNITTE

Wenn der siebzehnjährige Telly am Morgen eines heißen New Yorker Sommertages die Dreizehnjährige inmitten ihres Teddybär-Kinderzimmers mit schmatzendem Gesichtslutschen präpariert hat, kommt er zum Kern, dem Überzeugungs-labern, um den „Jungfrauenfick“ hinzukriegen, von dem er eine halbe Stunde später seinem wartenden Freund Casper vorschwärmt und auch mal am Finger riechen läßt. „Jungfrauen sind sauber, und sie müssen ewig an dich denken“ sagt Telly über seine Leidenschaft. Er weiß



## UNHEIMLICHES DREIECK

nicht, daß er HIV-positiv ist. Noch weiß das auch Jennie nicht, die Schüchternste im Kreis der Mädchen, die über die Zahl der Lover, Entjungferung und Schmerz, „Dampfhammerficken“ und Spermage-schmack schwätzen, als handle es sich um Bonbonschmecken. Casper und Telly ziehen sich parallel auf einer Party von Zwölf- bis Achtzehnjährigen jeden Stoff (außer Heroin) rein, der antunt. Später wird Casper als Teil der gemischtrassigen Skateboardszene ein schwules Pärchen beschimpfen und einen Schwarzen halbtot prügeln, weil er ein Meckerer und Nichtgruppenzugehöriger ist. Jennie hat da schon von ihrer Aidsinfektion erfahren, und weiß, daß nur Telly sie infiziert haben kann; niedergeschlagen macht sie sich auf die Suche nach ihm. Der bearbeitet inzwischen ein neues Opfer, während die Freunde im nächtlichen Pool einmal jugendliche Unsicherheit offenbaren. Spät nachts, schon mit Designerdrogen zugeknallt, findet Jennie Telly dann beim Vögeln der neuen Jungfrau. Sagen tut sie nichts. Später wird sie im bewußtlosen Zustand von Casper vergewaltigt. Im Morgengrauen erwacht, sagt der: „Jesus Christ. What happened!“

Was in Larry Clarks *Kids* geschieht, läßt sich in Kategorien eines „Jugendfilms“ nicht fassen. Seine Protagonisten hat Clark aus der Skateboardszene am Washington-Square geholt, und das Drehbuch hat ihm der achtzehnjährige Harmony Korine geschrieben. Mag dem Drehbuch ein persönlicher Blick auf ein Aids-Drama zugrunde liegen, in *Kids* wandelt es sich in ein semidokumentarisches Porträt einer Großstadtjugend, bei dessen Anblick Frösteln die harmloseste Empfindung ist. Wenn man nur für ein bißchen signifikant hält, wie leer, kommunikationsarm und grausam emotionslos und erotikfern die Welt von *Kids* ist, muß man jede Hoffnung fahren lassen; und was immer man in dieser 24-Stunden-Kreisbe-

wegung noch gerne als Rebellion entschlüsseln möchte, mit Freiheitsgefühlen hat sie jedenfalls nichts, mit der Auslieferung an drogenüberwölbte miese Wirklichkeit fast ausschließlich zu tun.

Auch Mathieu Kassovitz erzählt in *Haß* seine Geschichte über einen Zeitraum von 24 Stunden, und der Film beginnt mit Aufstandsszenen in einem Banlieu, wie es sie in Frankreich nun schon regelmäßig gibt. In den Retortenvorstädten von Paris hat sich sozialer Sprengstoff mit einer Mischung aus (Jugend-)Arbeitslosigkeit, ethnischer Diskriminierung, Gewalt und Leere, Freiheit von Tun und Fülle von Frust konzentriert.

Ein Jugendlicher schwebt nach einem Verhör durch die Polizei zwischen Leben und Tod, und drei Bekannte von ihm beginnen den Tag danach unter diesem Eindruck: Glatze Vinz, aus jüdischem Elternhaus, mit *Taxi-Driver*-Attitüden, der schwarze Hubert, dem in der Nacht zuvor das mühsam aufgebaute Boxstudio zerstört wurde, und Saïd, der junge Algerienfranzose, der noch im Banne seines älteren Cliquenchef-Bruders steht. Vinz hat die Pistole eines Zivilpolizisten gefunden und will sie benutzen, wenn der Bekannte stirbt, Hubert hält nichts von Rache, und Saïd steht eher naiv zwischen den beiden. Dazwischen wird er auch am nächsten Morgen mit schreckgeweiteten Augen stehen, als ein Freund erschossen am Boden liegt. Ein „Versehen“ und „Irrtum“ und von solchen wimmelt der Film. Der Wagen eines Unbeteiligten wird in der Aufstandsnacht abgefuckelt, Saïd wird festgenommen, als man den Schwerverletzten im Krankenhaus besuchen will, alle drei geraten in abstrusen Konflikt mit einem Gangster, ein Polizeiverhör wird zur rassistisch motivierten Folter-Ausbildung, ein Fernsichteam provoziert mit dreisten Fragen, eine Vernissage stellt zwei gänzlich verschiedene Arten von Provokationen vor und daß die drei

schließlich den Nachtzug nicht mehr erreichen, der sie vom Paris-Ausflug in das Banlieu zurückbringen soll, ist auch nur so ein „Zufall“ Diese „Zufälle“ „Versehen“ und „Irrtümer“ aber lassen gerade den Haß entstehen, und aus ihnen bezieht *Haß* seine Bilder. Denn Haß ist hier keine gezielte Regung gegen einen klar umrissenen Feind, er ist abgesehen von dem auf die (durchaus nicht nur aggressive) Polizei ein diffuses und von einem diffus lebensfeindlichen Raum erzeugtes und alles überziehendes Gefühl, das Mitleid,

Freude, Kommunikation, Denken und Kreativität einschränkt oder ganz zerstört. Hier spielt Sex kaum eine Rolle und sind Frauen periphere Wesen (Schwestern oder Mütter). Und so wenig Hinweise man in *Kids* auf ihr soziales Umfeld bekommt, so reichlich bekommt man sie in *Haß*. Das Leitmotiv die Off-Stimmen-Geschichte vom Mann, der aus dem 50ten Stock springt und bei jedem Stockwerk sagt, „Bis hierher ist alles in Ordnung“ verweist ausdrücklich auf die Gesellschaft, in der es letztendlich ja nur „auf die Landung ankommt“

Im Rhythmus des Rap, in Schwarzweiß und mit Elementen des Videoclips kommt *Haß* ästhetisch avanciert daher, während *Kids* in spröder Form universale Kälte ausstrahlt, um maximale Distanz zu erzielen. Merkwürdigerweise liefert dazu der alte Claude Chabrol mit *Biester* (*La Cérémonie*) eine mehr als nur hintergründige Fußnote. Chabrol konfrontiert in seinem statisch und kühl beginnenden, doch am Ende schrill blutigen Film eigentlich getrennt lebende soziale Schichten, mit Hausangestellter und Postbotin auf der einen und der wohlstuierten und gebildeteremomellen Bourgeois-Familie auf der anderen Seite. Selten waren die Bourgeois so freundlich zu anderen und wirken sie in ihrer Gesetztheit doch so energierend, daß sie Aggression förmlich auf sich ziehen. In Chabrols „letztem marxistischen Film“ (Eigenaussage) scheint die Klassengesellschaft rekonstruiert, der Unwille gegen sie aber ist furchtbar dumpf. Die einen haben alles, die anderen leben in einem sozialen Nichts. Die einen sind schuldlos schuldig (schon durch die Vergangenheit), die anderen schuldig unschuldig (auch durch die Vergangenheit). Daß keiner der Beteiligten ein Bewußtsein davon hat, macht die Lage erst so richtig explosiv. Auch in der schönen Bretagne ist Zukunft eine Leerformel.

Michael Ackermann

# körpergeschichte



**K**örpergeschichte und sie ist unser Thema gehört in die Tradition des körperlichen Widerstandes gegen die Vorherrschaft des Kopfes“ Dieses Statement stammt noch einmal aus Utz Jeggles *Der Kopf des Körpers* (siehe *Kommune* 11/95). Mit der Vorherrschaft des Kopfes, der „Teilung der materiellen und geistigen Arbeit“ fortgesetzt über die Trennung von Stadt und Land als ihre deutlichste Form, begann für Marx „die Teilung der Bevölkerung in zwei große Klassen“ (MEW Bd.3, S. 31, 50). Allein, das *Kopf versus Hand*-Thema soll hier nicht noch einmal ausgeführt werden.

Bemerkenswert scheint mir allerdings, daß Jeggle die Allegorisierung der Arbeitsteilung, ihre Darstellung durch je einen Körperteil – Hand und Kopf – zurück wendet: Der Kopf als ein Herrscher über den sich (als eine soziale Organisation) aus seinen Teilen zusammensetzenden Körper. Jeggle gibt dazu ein paar jener Fabeln zum besten, in welchen autonome Körperteile untereinander um die Vorherrschaft streiten, und interpretiert sie als „Ausdruck von kulturspezifischen Werthierarchien: Die Römer, die klassischen Ausbeuter, bevorzugten den Magen, die Deutschen des Wilhelminismus das unwillkürliche Herz und das stumme Blut, die Juden die Zunge und die Überredungskunst des Geistes“

Mögen solche allegorischen Fabeln auch altertümlich wirken, ist ihre Denkweise doch gegenwärtig. Noch vor wenigen Tagen hörte ich auf einer Gewerkschaftsversammlung jemanden mit Überzeugung den alten Slogan ausrufen, daß alle Räder stillstehen, „wenn dein starker Arm es will“ Auch hier ist „ein propagandistisches, werbendes Ziel“ (Jeggle) zu erkennen. Die Formel soll eine Ehrung des Arbeitsmannes und seiner Fähigkeit sein, mittels der Arme körperliche Kraft zur Anwendung zu bringen; sie ist im Grunde eine Unverschämtheit, weil sie ihn auch darauf reduziert. Dem Arm wird die Fähigkeit des Wollens zugeschrieben, nicht dem Mann. (Meine Mutter sagt auch immer: „Die Füße wollen nicht mehr so“) Mit großer Selbstverständlichkeit ordnen wir einzelnen Körperteilen – Arm, Fuß – Qualitäten zu, von denen zumindest fraglich ist, ob sie sie haben: Willen, letztlich Bewußtsein.

■ **Körpergeschichte** Geschichte jedenfalls ist eine bestimmte Form von Bewußtsein – egal, was ihre Inhalte sein mögen. Traditionelle Gesellschaften kennen nur den Zustand, der seit dem Anfang der Welt besteht und gewahrt wird; geschichtliche haben ein Bewußtsein davon, daß sich die menschlichen Lebensverhältnisse durch menschliche Praxis verändern. Freilich kann man unter Geschichte auch einfach verstehen, daß man die Erinnerung an Personen, Dinge oder Zustände pflegt, die es einmal gegeben hat und jetzt nicht mehr. So oder so, Geschichte steht für Bewußtsein.

Was heißt dann Körpergeschichte? Eine anthropologische Historie der Körper heutiger und früherer Menschen, das wäre eine Möglichkeit. Was sich der kleine Fritz im Museum fragt: Wie die großen Ritter früher bloß in diese kleinen Rüstungen gepaßt haben oder die Bauern in diese kleinen Schlafkoben, das alleine zeigt, daß es eine solche Geschichte der Körper durchaus gibt.

Utz Jeggle befaßt sich mehr damit, wie Menschen sich im Lauf der Geschichte auf ihre Körper bezogen haben; eine kultur-anthropologische Bewußtseinsgeschichte gewissermaßen. Dazu gehören populäre (oder popularisierte) Ansichten, wie sie beispielsweise im Handwörterbuch des Aberglaubens gesammelt wurden, etwa: „Wer weit abstehende Ohren hat, der stirbt bald, oder wenn einem das Ohr läppchen nicht angewachsen ist, wird er eine Witwe heiraten“ dazu gehört die Erfindung der „Judennase“ im 16. Jahrhundert; et cetera.

■ **Körpergedächtnis** Körpergeschichte kann aber auch den sich erinnernden Körper meinen. „Der Körper denkt und hat ein ausgezeichnetes Gedächtnis“ das ist, so heißt es in der *Sonntagszeitung* (12.11.95), das Credo des japanischen Ballett-Regisseurs Saburo Teshigawara: „Wir sollten uns nicht nur auf den Kopf verlassen“ Falls er damit, wie die Zeitung mutmaßt, tatsächlich „nichts anderes als den kreatürlichen Instinkt“ meinte, wäre es präziser zu sagen: Wir sollten uns nicht nur auf unsere Hirnrinde verlassen, sondern auch auf unser Stammhirn. Präziser wär's in einem medizinisch-biologischen Sinn, aber Saburo ist nicht Mediziner.

Wie also erinnert sich der Körper? Vor Jahren sah ich im Fernsehen einen (zugegebenermaßen etwas unappetitlichen,

gleichwohl interessanten) Bericht von einem Experiment, bei dem irgendwelche Würmer so oft zugleich mit Lampen angestrahlt und mit elektrischem Strom traktiert wurden, bis diese Würmer schon beim Aufleuchten der Lampen, auch ohne Strom, zusammenzuckten. Diese Würmer wurden püriert und ein wenig von der Wurm Paste danach anderen, bis dahin nicht gefolterten Würmern, injiziert. Die so geimpften Würmer zeigten bei Lampenlicht die gleichen Reflexe also Lernerfahrungen, die sie nicht selber gemacht hatten, sondern die ihnen mit ein paar Gewebezellen eingepflanzt worden waren. Das Beispiel ist, wie gesagt, nicht so „propagandistisch, werbend“ aber ein Indiz für die Existenz von so etwas wie Zellbewußtsein.

■ **Anker** Die physiologische Seite des Erinnerns läßt Jeggle jedoch außen vor, wenn er sich damit befaßt, wie Erinnerungen in den Körper eingeschrieben, -graviert und -gebrannt oder ihm eingebläut werden. Dazu zählen „die Körperverletzung, die beispielsweise die Nazis ihren KZ-Häftlingen antaten, indem sie ihnen unauslöschlich die Gefangenenummer einbrannten. Merkwürdigerweise wurde die SS-Zugehörigkeit ebenfalls unkorrigierbar dem Körper eingeschrieben“ Die tätowierte Nummer, die immer sichtbar bleibt und erinnert, ist gleichwohl mehr auf- als eingeschrieben, eher äußerlich, was den Prozeß des Erinnerns betrifft.

Es gibt den psychologischen Begriff des Ankers: daß ein bestimmtes, auch zufälliges Signal unwiderstehlich Erinnerungen weckt, sei es als bewußtes Erinnern oder auf der Ebene unbewußter Empfindungen. „Weißt du noch, unser Lied?“ Der Satz allein, als Baustein für Schnulzen stets geeignet, regt schon den Fluß der Tränen an, denn jeder kennt solche und ähnliche Momente aus der Erinnerung. Auch Wörter, Bilder oder körperliche Berührungen können solche Anker sein, und die können auch ganz bewußt gesetzt werden: Vergiß niemals. ! So wird mit einem körperlichen Engramm die Situation verankert, in der ein Gefangener gebrandmarkt, ein pubertierender Knabe beschnitten wird oder ähnliches. Hier erinnert der Körper, aber nicht sich.

Thomas Gehrman

Kommune 12/1995

Die New Yorker Musikszene hat in den letzten Jahren viel von ihrem Nimbus eingebüßt, das wichtigste Entwicklungslabor für neue Klänge auf dem Globus zu sein. Je weniger Impulse von der Metropole an der Ostküste ausgingen, desto größere Aufmerksamkeit erfuhr die Westküste, wo in der Bay-Area das günstigste Klima für musikalische Experimente herrscht. In der Bucht von San Francisco sind bis heute Traditionen wirksam, die den Geist der Avantgarde wachhalten und für kreative Stimulanz sorgen. Seit dreißig Jahren gibt „The Grateful Dead“ ein Paradebeispiel für die Unabhängigkeit einer Rockband von der Industrie und hält die Tür zur Improvisation offen.

Der Zirkel der radikalen Improvisatoren erhielt von Anthony Braxton entscheidende Anregungen, der jahrelang auf dem Lehrstuhl von Darius Milhaud am Mills College in Oakland tätig war. An dieser renommierten Musikfakultät hat auch Harry Partch (1901–1976) ein Sonderling der Avantgarde, der ebenfalls lange Zeit hier lebte Spuren hinterlassen. Seine Musik, die nur mit speziellen Instrumenten (Marke Eigenbau) aufgeführt werden konnte, wird heute im „Zentrum für zeitgenössische Musik“ (als „San Francisco Tape Music Centre“ zu Beginn der 60er Jahre von Pauline Oliveros und Morton Subotnik gegründet) digital weitergeführt. Vom Elektronikstudio der Universität ist der Weg nicht weit zu den exzentrischen Sounds von „The Residents“ und „Negativland“ die mit gewagten Klangexperimenten für subversive Verwirrung im Bereich der Popmusik sorgen.

Neben Steve Reich und Lou Harrison lehrte auch Terry Riley über eine längere Periode als Professor in der Bay-Area. Riley, der 1935 in den Bergen der Sierra Nevada in Nordkalifornien geboren wurde, wo er heute noch lebt, gilt als einer der Väter der Minimalmusik. Anfang der 60er Jahre war er Mitglied im Ensemble von La Monte Young, dem er wesentliche Anstöße verdankt. Später experimentierte Riley mit den Möglichkeiten der elektronischen Orgel, indem er sie auf feinste Intervalle stimmte. In oft nächtelangen Improvisationen verdichtete er die Mikrotöne durch repetitive Überlagerungen zu einem funkelnden Klangstrom, der sich laufend veränderte und doch immer irgendwie gleich blieb. Nach einer Phase, in der sich Riley intensiv dem Synthesizer widmete, orientierte er sich 1979 durch



## AUFGELESENE TÖNE

die Kollaboration mit dem „Kronos Quartett“ neu und wandte sich verstärkt dem akustischen Klang zu.

Die Komposition, die das „ROVA Saxophon Quartett“ aus San Francisco bei ihm in Auftrag gab, entwarf Riley am Synthesizer, um danach ein Tonband zu erstellen, damit sich die Musiker in die akustische Innenwelt reiner Intervalle einhören konnten, auf denen das Stück basiert. In langen Probesitzungen versuchten sich die vier Saxophonisten immer wieder an dem Werk, bekamen es jedoch nie richtig in den Griff. „Irgendetwas fehlte“ erinnert sich ROVA-Leiter Larry Ochs. „Ich war recht nervös, als ich Terry Riley anrief, um ihm mitzuteilen, daß wir die Komposition für unvollständig hielten. Nur wenige Komponisten würden eine solche Kritik freundlich aufnehmen. Aber Riley ist kein gewöhnlicher Komponist und war sofort fasziniert von dem Gedanken, dem Stück noch etwas hinzuzufügen. Überraschenderweise schlug er vor, daß wir das selber tun sollten.“ ROVA komplettierte das Stück, in dessen ersten 17 Minuten nur langstehende Akkorde übereinanderschichtet werden, was „Lippen aus Stahl, Lungen von Perlentauchern und eine unorthodoxe Grifftechnik erfordert“ (Larry Ochs), wobei Obertöne entstehen, die sich wie ein Gewölbe über das harmonische Fundament spannen. Danach wird es etwas turbulenter. Improvisatorische Freiräume entstehen, die von den Musikern ausgiebig genutzt werden. In den beiden abschließenden Sätzen nimmt das sechsteilige Mammutwerk (Dauer: 52 Minuten), das einem 18. Jahrhundert nachempfunden ist, nochmals eine

Wendung und fördert Terry Rileys neuerwaches Interesse an der Melodie zu Tage.

Tenor- und Sopransaxophonist Larry Ochs gibt nicht nur im „ROVA Saxophon Quartett“ den Ton an, sondern ist außerdem in ein breites Spektrum von musikalischen Projekten involviert, die von der Rockband „Mr. Bungle“ (sie wird vom „Faith No More“-Sänger Mike Patton geleitet) bis zu den meditativen Erkundungen zusammen mit der japanischen Kotospielerin Miya Masaoka reichen. „The Double Trio“ ist Larry Ochs' neueste Erregungssache, wofür er sein elektro-akustisches Ensemble „Room“ mit dem Trio von Glenn Spearman zusammenwarf, der sich in den 80er Jahren seine Spuren in der Band von Cecil Taylor erworben hat. Spartanische Melodiebögen und eruptive Ausbrüche zeigen, daß der Gruppenname nicht zufällig gewählt war. Das Sextett spielt die Festmelodie zur Geburtstagsparty des Freejazz, der dieses Jahr 35 Jahre alt wird. Ornette Coleman hatte 1960 die neue Stilrichtung aus der Taufe gehoben, und die Jazzwelt war danach nicht mehr dieselbe wie zuvor. Das Ensemble, mit dem Coleman die atonale Revolution einleitete, nannte er: Doppel-Quartett.

*Christoph Wagner*

Platten:  
Terry Riley/ROVA Saxophone Quartet Imbas Forasnai (Chanting the Light of Foresight), 1994, New Albion/Fono-Schallplatten NA064 CD.  
The Double Trio Smokehouse, 1994, Black Saint 120157-2



Larry Ochs Foto: Jörg Becker

## Unachtsamkeit

In Heft 10/95 habe ich den Artikel „Zwischen Lehrermangel und Germanisierungsfurcht Deutsche Sprache in Mittel- und Osteuropa“ gelesen. Es ist erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit Deutsche verschiedenster politischer Einstellung davon ausgehen, daß die deutsche Sprache nur von Deutschen unterrichtet werden kann. Bis jetzt habe ich in keinem osteuropäischen Land gehört, daß von einem österreichischen Deutschlehrer ein Germanisierungsdruck ausgegangen wäre, oder von Polen oder anderen Völkern des ehemaligen Ostblocks ein solcher empfunden worden wäre. Diese Unachtsamkeit beim Umgang mit Österreich erzeugt zwar keine Furcht, aber sie trägt dazu bei, daß ich auch immer mehr der Meinung bin, daß wir unseren großen Nachbarn genau beobachten sollten, obwohl ich nicht zu den „Österreichdümmlern“ gehöre.

Dr. Andreas Maislinger, Braunaauer  
Zeitgeschichte-Tage/Gedenkdienst, Innsbruck

## ECHO ECHO ECHO

„Unter der Überschrift ‚Jelzindämmerung. Ein Rückblick aus prekärer Gegenwart‘ schreibt Erhard Stöltung im August-Heft der *Kommune*:

„Die Epoche Jelzin geht zu Ende, ohne daß jene Versprechen, mit denen sie begann, erfüllt worden wären... Jelzin ist zwar noch immer eine Schlüsselfigur, aber der rotwangige Draufgänger von einst ist krank und böse geworden. Von seiner Populartät ist wenig geblieben... Es genügt, seine unkontrollierte Schimpftirade auf die Tschetschenen vor dem Siebener-Gipfel in Halifax auf dem Bildschirm zu verfolgen, um zu sehen, daß der Präsident nicht nur psychisch und physisch am Ende ist, sondern daß er von den russischen Medien auch so präsentiert wird. Wie sie es mit Brezhnev in seinen letzten Jahren taten, so führen die Medien jetzt den durch Streß, Alkohol und Krankheit zermürbten Jelzin gnadenlos

vor.“ Arnulf Baring, Die Krise Rußlands. Deutungen, Ursachenvermutungen, im *WDR* vom 4.9.95

„Joscha Schmierer fragt im Oktoberheft der *Kommune* noch einmal dem Projekt „Mitteleuropa“ nach, das ja auch eine Antwort von Schriftstellern war auf den verbarrikadierten Weg zur Klassenmacht“ (G. Konrad). Das Projekt mag tot sein, folgenlos blieb es nicht. Dunja Melcic beschäftigt sich mit der Rolle der Amerikaner auf dem Balkan und plädiert für rigorose Härte gegenüber Serbien, die Raiko Djuric in seinem gnadenlosen Porträt des Serbenführers Milosevic bestätigt (in *Lettre* 35).“

Roland H. Wiegenstein, Zeitschriften-Rundschau, *FR* 4.11.95

„Zur Ideenpolitik der Grünen wußte die Zeitschrift *Kommune* seit 13 Jahren Monat für Monat vielerlei Mosaiksteine beizutragen, ohne sich jemals irgendeiner Parteiräson unterzuordnen. Im Novemberheft setzt sie eine Debatte fort, die sie im Juni und August dieses Jahres in streckenweise kontroversen Teilen dokumentiert und kritisch kommentiert hatte. Thema: die Gründung einer grünen Akademie in engem Zusammenhang mit der geplanten Vereinigung dreier grünnaher Stiftungen. Ideenpolitik soll die neue Akademie entwickeln helfen...“ Jochen Köhler, Zwischen den Zeilen. Ein Blick in deutschsprachige Kultur- und Literaturzeitschriften, in *HR II*, 9.11.95

## BÜCHER BÜCHER

Ilya Prigogine, Die Gesetze des Chaos. Aus dem Französischen von Friedrich Griesse, Frankfurt/M. (Edit. Pandora, Campus) 1995 (115 S., 28,00 DM)

Helmut Hagemann, Banken, Brandstifter und Tropenwälder. Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Zerstörung der Tropenwälder, Gießen (Focus Verlag) 1995 (182 S., 28,00 DM)

Zlatko Dizdarevic, Der Alltag des Krieges. Ein Tagebuch aus Sarajevo. Aus dem Französischen von Bodo Schulze. Mit einem Vorwort von Claus Legge wie und einem Nachwort von Paul Parin, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1995 (222 S., 29,80 DM)

Helga Breuninger/Rolf Peter Sieferle (Hrsg.), Markt und Macht in der Geschichte, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) 1995 (383 S., Abb., 48,00 DM)

Peter Fuchs, Westöstlicher Diwan. Zweischneidige Beobachtungen, Frankfurt/M. (edition suhrkamp 1953) 1995 (175 S., Fotos, 18,80 DM)

Karl-Heinrich Bette/Uwe Schimank, Doping im Hochleistungssport. Anpassung durch Abweichung, Frankfurt/M. (edition suhrkamp 1957) 1995 (409 S., 27,80 DM)

Sergio Quinzio, Die jüdischen Wurzeln der Moderne. Aus dem Italienischen von Martina Kemper, Frankfurt/M. (Edit. Pandora, Campus) 1995 (173 S., 36,00 DM)

Jens Borchert, Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates. Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich, Frankfurt/M. (Campus Verlag) 1995 (419 S., 68,00 DM)

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München (Verlag C. H. Beck) 1995 (1515 S., 118,00 DM, Subskrip. 98,00 DM)

Suraiya Faroqi, Kultur und Alltag im Osmanischen Reich. Vom Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, München (Verlag C. H. Beck) 1995 (402 S., 18 Abb. u. Karten, 58,00 DM)

Hansjörg Küster, Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. Von der Eiszeit bis zur Gegenwart, München (Verlag C. H. Beck) 1995 (424 S., 211 Abb., dav. 193 i. Farbe, 78,00 DM)

Karl-Eduard von Schnitzler, Meine Schlösser oder Wie ich mein Vaterland fand, Hamburg (Edition Nautilus) 1995 (238 S., 36,00 DM)

V. S. Naipaul, Dunkle Gegenden. Sechs große Reportagen. Aus dem Englischen von Karin Graf, Frankfurt/M. (128. Band der Anderen Bibliothek, Eichborn Verlag) 1995 (320 S., 48,00 DM)

Gerhard Bolte, Von Marx bis Horkheimer. Aspekte Kritischer Theorie im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1995 (104 S., 29,80 DM)

Antonia Bruha, Ich war keine Heldin, Wien (Europaverlag) 1995 (160 S., 29,80 DM)

Luigi Malerba, Die nackten Masken. Roman. Aus dem Italienischen von Iris Schnebel-Kaschnitz, Berlin (Wagenbach) 1995 (304 S., 39,80 DM)

Deutsch-Polnische Ansichten zur Literatur und Kultur. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt. Nr. 6 (1994), Wiesbaden (Harrassowitz Verlag) 1995 (332 S., Abb., 30,00 DM)

## AutorInnen

Michael Ackermann, geb. 1953, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Jens Becker, geb. 1964, Doktorand für Osteuropaforschung und Soziale Bewegungen, wohnt in Dietzenbach

Thomas Bremer, geb. 1957, Slawist, Theologe, wissenschaftl. Mitarbeiter an der Uni Münster

Angelika Burkhard, geb. 1955, Publizistin, wohnt in Frankfurt/M.

Frank Eckardt, lebt als freier Journalist und Schriftsteller in den Niederlanden

Gerhard Fritz, geb. 1949, Angestellter, Gemeinderat für die Grün-Alternativen in Innsbruck

Thomas Gehrmann, geb. 1952, Volkskundler, wohnt in Rüsselsheim

Harald Goldhahn, geb. 1955, Illustrator, wohnt in Marktleuthen

Gerd Held, geb. 1951, Sozialwissenschaftler an der Uni Dortmund, wohnt

in Dortmund

Kolibri Werner Blattmann, geb. 1956, Karikaturist, wohnt in Berlin

Peter Lohauß, geb. 1948, Sozialwissenschaftler, wohnt in Berlin

Werner Mackenbach, geb. 1951, Verlagslektor und Übersetzer, arbeitet zur Zeit in Managua/Nicaragua

Chérifa Magdi, geb. 1941, Dolmetscherin und Übersetzerin, lebt in Frankfurt/M.

Jutta Maixner, geb. 1948, Publizistin, wohnt in Berlin

Marie-Luise Latsch, Übersetzerin und Publizistin, wohnt in Frankfurt/M.

Wilfried Meijer, geb. 1950, Literaturwissenschaftler und freier Autor, wohnt in Wallenhorst

Dunja Melcic, geb. 1950, Redakteurin der *Kommune*, wohnt in Frankfurt/M.

Kerstin Müller, Mitglied des Bundestages, Vorstandssprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Craig Naumann, geb. 1969, Dokto-

rand der Soziologie, wohnt in Aschberg

Wilhelm Pauli, geb. 1945, Publizist, wohnt in Berlin

Gerd Poppe, geb. 1941, Dipolm-Physiker, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen, wohnt in Berlin

Heinz-Günther Prof. Dr. Stobbe, Professor für Ökumenische Theologie und Friedens- und Konfliktforschung an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Uni Münster, wohnt in Münster

Albert Recknagel, geb. 1954, Projektkoordinator bei Terres des hommes in Cochabamba (Bolivien)

Claudia Roth, Mitglied des Europaparlaments für Bündnis 90/Die Grünen

Achim Russer, Publizist, wohnt in Boulogne/Frankreich

Udo Scheer, Publizist, wohnt in Bad Klosterlausnitz

Wolfgang Schlott, geb. 1951, Literaturwissenschaftler, arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa an der Uni

Bremen, wohnt in Bremen

Joscha Schmierer, geb. 1942, Redakteur der *Kommune* in Frankfurt/M.

Michael Schweizer, geb. 1960, Literaturwissenschaftler, wohnt in München

Erhard Stöltung, geb. 1942, Hochschullehrer an der Universität Potsdam, wohnt in Berlin

Jürgen Trittin, Sprecher des Bundesvorstandes Bündnis 90/Die Grünen

Ludger Volmer, Mitglied des Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Wagner, geb. 1955, Lehrer, wohnt zur Zeit in Hebden Bridge, West Yorkshire

Richard Wagner, geb. 1952, Schriftsteller, wohnt in Berlin

Jürgen Walla, geb. 1948, Redakteur, wohnt in München

Oliver Weiss, geb. 1966, Ingenieur, Grafiker und Karikaturist, wohnt in Grassau

Baldwin Winter, Journalist und Kritiker, wohnt in Fürth



## VOM REAKTOR ZUM FREIZEITPARK

Düsseldorf, 3. Nov. (dpa/Reuters) Der Schnelle Brüter in Kalkar am Niederrhein hat den Besitzer gewechselt. Aus dem sieben Milliarden Mark teuren Atomreaktor, der nie ans Netz gegangen war, soll ein riesiger Freizeitpark werden. Ein niederländischer Unternehmer und die Kernkraftwerksgesellschaft unterzeichneten nach monatelangen Verhandlungen in Kalkar den Kaufvertrag. Der «Kern-Wasser-Wunderland-Freizeitpark in Gründung» des Niederländers erhielt vor 70 anderen

Interessenten den Zuschlag. Über die Höhe des Kaufpreises wurde nichts bekannt. Der neue Besitzer möchte nach eigenen Angaben aus dem «Milliarden-Grab» einen riesigen Freizeitpark bauen, mit Hotels, Wasserrutschbahn, Achterbahnen, Karussells, Kinos und Kegelbahnen. Insgesamt sollen in den kommenden Jahren in Kalkar zwischen 40 und 60 Millionen Mark investiert werden.

Mit dem Bau des Schnellen Brütters war 1974 begonnen worden. Während des Kraftwerkbbaus in den siebziger Jahren hatten sich Kernkraftgegner mehrfach heftige Schlächten mit der Polizei geliefert. 1991 kam das Aus für den Reaktor. Diesen Frühling wurde er, nachdem das Gelände von Altlasten befreit worden war, zum Verkauf angeboten.



